

LSAP

Wahlprogramm

2018

Parlamentswahlen 2018

LSAP-Wahlprogramm

einstimmig am 12. Juli 2018
auf dem außerordentlichen Landeskongress
in Luxemburg angenommen

Solidaritéit liewen: Fir Fortschrëtt a Gerechtegkeet!

Die LSAP setzt sich seit über 100 Jahren konsequent für die Rechte der Arbeitnehmer, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt ein! Sie hat damit wesentlichen Anteil daran, dass in Luxemburg über Jahrzehnte hinweg ein leistungsfähiger Sozialstaat aufgebaut wurde, der auf Solidarität beruht und sozialen Frieden fördert.

Zum einen trägt der Sozialstaat zu einer umfangreichen Grundversorgung aller Alters- und Gesellschaftsschichten bei. So haben Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, freien Zugang zur Bildung, sie können in allen Lebensbereichen auf moderne Infrastrukturen und Dienste zurückgreifen: in der Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Altenpflege, im öffentlichen Nahverkehr und in der Freizeitgestaltung – in den Bereichen Kultur, Sport oder Naherholung.

Zum anderen sorgt der Sozialstaat mit seinen öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen dafür, dass Menschen auch in Notlagen – bei Arbeitslosigkeit oder Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Unfällen – Hilfe und Unterstützung bekommen. Indem er jedem Einzelnen umfangreichen Schutz und unzählige Möglichkeiten zur freien Entfaltung bietet, sorgt der Sozialstaat für das Wohl aller. Nur ein starker Sozialstaat kann gleichzeitig Garant sein für Gemeinwohl und hohe Lebensqualität. **Die LSAP wird deshalb auch in Zukunft alles tun, um den Sozialstaat zu stärken und langfristig abzusichern!**

Der Fortschritt muss den Menschen dienen!

Daneben richtet die LSAP ihren Blick konsequent nach vorn, indem sie dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt und die Zukunft aktiv mitgestaltet. Auf diese Weise konnten in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erzielt und neue Zukunftsperspektiven erschlossen werden: die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe, die Trennung von Kirchen und Staat sowie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern. Seither gilt der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ebenso wie eine gesetzliche Quote, die dafür sorgt, dass mehr Frauen die Möglichkeit haben, in der Politik Fuß zu fassen. Ohne LSAP wären diese wichtigen gesellschaftspolitischen Reformen so nicht möglich gewesen. **Fortschritt ist für die LSAP kein Selbstzweck: Er muss den Menschen dienen und ihr Leben konkret verbessern!**

Für die LSAP sind gleichberechtigte Teilhabe, Meinungsfreiheit und gegenseitiger Respekt - unabhängig von Religion, Hautfarbe, sozialer Herkunft, sexueller Orientierung oder möglichen Behinderungen - Voraussetzungen für friedliches Zusammenleben auf der Grundlage rechts- und sozialstaatlicher Prinzipien. **Die LSAP setzt sich deshalb konsequent für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein und trägt dafür Sorge, dass niemand auf der Strecke bleibt!** Das gilt für Hilfsbedürftige, die es allein nicht schaffen.

Das gilt für Rentner, die sich eine gute Altersversorgung aufgrund ihrer Lebensleistung redlich verdient haben. Das gilt auch und besonders für junge Menschen, die auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben echte Perspektiven benötigen, um sich eine eigene Existenz und Zukunft aufbauen zu können. Sie haben das Recht auf eine solide Grundausbildung, die lebenslanges Lernen und sozialen Aufstieg ermöglicht; sie haben aber auch Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum, eine saubere Umwelt und einen schonungsvollen Umgang mit Naturressourcen. **Solidarität verpflichtet, auch gegenüber künftigen Generationen!**

Gemeinwohl verpflichtet!

Die Politik steht zunehmend vor globalen Herausforderungen, sie muss komplexe Zusammenhänge in einer schnelllebigen Zeit erfassen und Bürgern nachhaltige Lösungsansätze anbieten. Der Klimawandel mit seinen spürbaren Folgen für Mensch und Umwelt, die zunehmende Bedrohung des Weltfriedens, die anhaltende Flüchtlingskrise, das Wiedererstarken von Rechtsextremismus und Fremdenhass, die Missachtung von Menschenrechten, die Unterwanderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit sind Problemfelder, die den Menschen Sorgen bereiten und ernst genommen werden müssen. Auch die digitale Revolution, die alle Gesellschaftsbereiche erfasst und sowohl Chancen als Risiken birgt, setzt die Politik weltweit unter Zugzwang. Die LSAP ist sich dieser großen Verantwortung bewusst. In ihrer langjährigen Geschichte hat sie immer wieder gezeigt, dass sie mit ihren Grundwerten und ihrem Handeln auf der richtigen Seite stand und erheblichen Anteil daran hat, dass sich Luxemburg im Laufe des europäischen Integrations- und Friedensprozesses zu dem entwickeln konnte, was es heute ist: ein weltoffenes Land, das für Gemeinwohl und hohe Lebensqualität steht.

Wenn es um die Zukunft des Landes, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, die Absicherung sozialstaatlicher Errungenschaften und neue Perspektiven für die Menschen geht, nimmt die LSAP stets eine Vorreiterrolle ein. Seit Mitte der 1980er Jahre hat sie mit einer Ausnahme (von 1999 bis 2004) immer Regierungsverantwortung übernommen. Das hat uns konsequent nach vorne und beispiellosen Wohlstand gebracht. Als Gründungsmitglied und kleinstes Land der Europäischen Union hat sich Luxemburg unter zunehmend schwierigen Bedingungen behaupten können. **Die LSAP wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass das Allgemeinwohl im Vordergrund steht und wirtschaftlicher Erfolg allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt!**

Reichtum und Wohlstand müssen gerecht verteilt werden!

Luxemburg steht heute weitaus besser da als 2013. Die Dreier-Koalition hat in wichtigen Politikbereichen gute Arbeit geleistet. Eine umfangreiche Steuerreform hat die unteren und mittleren Einkommen entlastet. Die Gemeindefinanzreform sorgt für eine gerechtere Verteilung der kommunalen Einnahmen, die den Bürgern unmittelbar zugutekommt. Die Reform der Rettungsdienste wird die Notfallversorgung landesweit verbessern und die

Polizeireform für mehr Sicherheit in den Städten und Gemeinden sorgen. Auch die soziale Absicherung wurde modernisiert und verbessert: im Bereich der Kinderbetreuung mit einem Gratis-Angebot von 20 Stunden, beim Eltern- und Vaterschaftsurlaub, bei den Studienbeihilfen, beim Mietzuschuss sowie bei der Gesundheitsversorgung und Pflege. Die Bilanz dieser fortschrittlichen Regierungsarbeit liest sich gut!

Auch die volkswirtschaftlichen Daten sind beeindruckend. Die Staatsfinanzen befinden sich im Gleichgewicht, trotz hoher Investitionen in die Menschen und Infrastrukturen des Landes. Die Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt, die Beschäftigung nimmt zu, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig und die Rücklagen der Rentenkassen wachsen weiter an. Die Regierung hat die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Dennoch klafft eine Gerechtigkeitslücke, die Sorgen bereitet. Die Schere zwischen Arm und Reich wird trotz hoher Wachstumsraten zunehmend größer. Dieses Phänomen beschränkt sich nicht auf Luxemburg; es ist ein globales, das mit unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung einhergeht.

Während Kapitalismus per se nach Gewinnmaximierung und Kostenminimierung strebt, gelten Arbeitnehmer als Humankapital, das den Gesetzen und Zielen des freien Marktes unterworfen wird. Nicht umsonst besitzen *„die 62 reichsten Menschen der Welt genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (rund 3,5 Milliarden Menschen) zusammen und 1% der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des Weltvermögens.“*¹ **Die LSAP wird diese Fehlentwicklung nicht tatenlos hinnehmen und sich konsequent für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Wohlstand einsetzen: hierzulande, in Europa und in der Welt!**

Freier Zugang zu Bildung und Gesundheit, konsequente Armutsbekämpfung, faire Handelsbeziehungen, ernstgemeinte Entwicklungshilfe sowie eine aktive Friedens- und Klimaschutzpolitik schaffen Zukunftsperspektiven und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisengebieten. Nur globale und gemeinsame Anstrengungen können Abhilfe schaffen und zu einer nachhaltigen Lösung der Flüchtlingskrise beitragen. Wer diese vorrangigen und globalen Herausforderungen nicht ernstnimmt, wird in Zukunft mit schwerwiegenden Folgeerscheinungen zu kämpfen haben. **Wegschauen und nichts tun, ist für die LSAP daher keine Option!**

Friedliches Zusammenleben in einer freien Gesellschaft ermöglichen!

Solidarität und Gerechtigkeit sind unteilbar; sie gehen mit Freiheit und Sicherheit Hand in Hand. Nur wer als Mensch Freiheit und Sicherheit genießt, kann selbstbestimmt leben und seine Persönlichkeit frei entfalten. Das sind Grundvoraussetzungen, damit Menschen sich dort wohl fühlen, wo sie aufwachsen und leben. Niemand verlässt freiwillig und ohne Grund seine Heimat.

¹ Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch: ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S.3

Die LSAP tritt für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, die die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger garantiert, rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien verteidigt und den Menschen klare Lebensperspektiven eröffnet. **Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Solidarität** bilden seit jeher die Grundlage unseres politischen Handelns. Sie **sind für die LSAP Richtschnur, wenn es darum geht, Menschen ein gutes Leben in einer solidarischen Gemeinschaft zu ermöglichen.**

Damit dies auch künftig gelingt, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an den technologischen Fortschritt angepasst und nachhaltige Antworten auf drängende Zukunftsfragen gegeben werden. Aus LSAP-Sicht sind die großen Herausforderungen und Prioritäten für die kommenden Jahre folgende:

- den Sozialstaat stärken und langfristig absichern
- den sozialen Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen ermöglichen
- die Schule und Arbeitswelt an die digitale Revolution anpassen
- in die Menschen investieren und Vollbeschäftigung anstreben
- die Armut bekämpfen und eine gerechtere Verteilung des Reichtums durchsetzen
- für eine gerechtere Besteuerung von Arbeit und Kapital sorgen
- brachliegendes Bauland besteuern und neuen Wohnraum schaffen
- auf Integration setzen und eine Kultur des Zusammenlebens fördern
- die Chancen der digitalen Revolution nutzen und mögliche Risiken vermeiden
- die Wirtschaft so ausrichten, dass sie den Ressourcenverbrauch einschränkt und nachhaltiges Wachstum schafft
- auf Forschung, Innovation und kulturelle Entwicklung setzen
- den Klima- und Umweltschutz vorantreiben und die Energiewende herbeiführen
- die Energieversorgung, Mobilität und Kommunikation miteinander vernetzen
- den Individualverkehr durch kohärente Landesplanung und nachhaltige Mobilität verringern
- für ein soziales Europa und eine friedliche Weltordnung eintreten
- die Fluchtursachen bekämpfen und Menschenrechte verteidigen

Die LSAP wird sich diesen Herausforderungen mit einem umfassenden Zukunftsplan für Luxemburg stellen und dabei konsequent auf Fortschritt, Gerechtigkeit, Solidarität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Umweltschutz setzen.

Eise Plang fir d'Zukunft

- **E moderne Rechts- a Sozialstaat
als Garant fir Sécherheet, Fräiheet a Gerechtegkeet ... Säit 8**
- **Zesummeliewen an enger inklusiver an oppener Gesellschaft ... Säit 20**
- **Eng staark ëffentlech Schoul an eng kannergerecht Betreierung ... Säit 29**
- **E favorabelt Ëmfeld fir Beschäftegung, beruflech Fort- a Weiderbildung ... 38**
- **Eng optimal Gesondheetsversuerung fir all Biergerin a Bierger ... Säit 45**
- **Eng zäitgeméiss sozial Ofsécherung fir jiddereen ... Säit 51**
- **Eng innovativ an dynamesch Wirtschaftsentwécklung fir Lëtzebuerg ... Säit 55**
- **Méi eng gerecht Verdeelung vun eisem Räichtum a Wuelstand ... Säit 65**
- **Bezuelbare Wunnraum an alle Regiounen vum Land ... Säit 68**
- **Kulturförderung nei ausriichten a verbesseren ... Säit 72**
- **Sportförderung konsequent fortsetzen ... Säit 75**
- **Méi Biergerbedeelegung an éierenamtlecht Engagement ... Säit 77**
- **Autonom Gemengen an eng kohärent Landesplanung ... Säit 79**
- **En aktive Klima- an Naturschutz
fir eng gutt Liewensqualitéit an eise Stied an Dierfer ... Säit 85**
- **Eng Mobilitéit, déi net bremst, mee eis virubrénkt ... Säit 93**
- **E kloert Bekenntnes zu engem sozialen a solidareschen Europa ... Säit 98**
- **E staarkt Engagement
fir d'Demokratie, d'Mënscherechter an de Weltfridden ... Säit 106**

E moderne Rechts- a Sozialstaat als Garant fir Sécherheet, Fräiheet a Gerechtegkeet

Moderne rechtsstaatliche Institutionen, die an den gesellschaftlichen Wandel angepasst sind, ein öffentlicher Dienst, der den Ansprüchen der Bürger und unserer Zeit gerecht wird, und gesunde Staatsfinanzen, die sozialstaatliche Errungenschaften absichern und wirtschaftliche Entwicklung durch öffentliche Investitionen fördern, legen den Grundstein für sozialen Frieden und sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können und dabei Anspruch auf Bildung, Gleichberechtigung und eine hohe Lebensqualität haben.

Damit all dies auch künftig gewährleistet und der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt werden kann, müssen die rechts- und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen einer freien, auf Menschen- und Bürgerrechten beruhenden Solidargemeinschaft immer wieder an neue Herausforderungen und Entwicklungen angepasst werden.

Das Gemeinwohl und der soziale Zusammenhalt sind Grundvoraussetzungen für friedliches Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft. Die **Grundwerte der LSAP** verkörpern diese allgemeine Zielsetzung, die für eine inklusive und offene Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger steht.

Freiheit eröffnet Perspektiven und ermöglicht persönliche Entwicklung.

Gerechtigkeit bietet Chancen und fördert sozialen Frieden.

Sicherheit stiftet Vertrauen und vermittelt Lebensqualität.

Solidarität schafft Verantwortung und sorgt für Zusammenhalt.

Diese vier Bausteine sind wesentlich, wenn es darum geht, Zukunft so zu gestalten, dass sich Menschen frei entfalten können und niemand auf der Strecke bleibt und ins gesellschaftliche Abseits gerät. „**Die LSAP tritt für das Recht auf Freiheit und Sicherheit als Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats ein.**“

- *Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, die persönlichen Freiheitsrechte, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht und das Gleichheitsprinzip sind durch die Luxemburger Verfassung garantiert: Als Grundprinzipien unserer demokratischen und freiheitlichen Rechtsordnung unterliegen sie dem Schutz durch den Staat.*
- *Wer die Sicherheit und freiheitlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger bedroht und sich dabei z.B. auf die Ausübung der Religionsfreiheit beruft, bewegt sich außerhalb unserer rechtsstaatlichen Ordnung und wird gemäß geltendem Recht sanktioniert.*

- *Dabei muss sichergestellt werden, dass das staatliche Gewaltmonopol stets mit Bedacht ausgeübt und das Recht auf Sicherheit nicht zu Lasten der persönlichen Freiheit durchgesetzt wird."*²

Das Zusammenwirken von rechtsstaatlichen Grundprinzipien und sozialstaatlichen Errungenschaften sowie die Bereitschaft, immer wieder neue Wege zu gehen, haben aus Luxemburg ein modernes, erfolgreiches und weltoffenes Einwanderungsland im Herzen Europas gemacht. Die LSAP wird auch künftig an dieser Grundausrichtung festhalten und dafür sorgen, dass Luxemburg modern, erfolgreich und weltoffen bleibt.

Den öffentlichen Dienst weiter modernisieren und stärken

Die LSAP tritt für einen modernen, gut organisierten Staatsdienst ein, der jedem Bürger – unabhängig von seiner Herkunft – die Möglichkeit gibt, soziale und andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Qualität und Zugang zu Bildung, Gesundheit und Sicherheit, um nur diese Kernbereiche zu nennen, dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Nur der Staat kann Gleichbehandlung und Gerechtigkeit gewährleisten. Dazu bedarf es gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeiter.

Der öffentliche Dienst steht in den kommenden Jahren auf allen Ebenen vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, die digitale Transformation und der zunehmende Fachkräftemangel sind Entwicklungen, die einer Lösung bedürfen. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Regierung bereits wesentliche Reformen zur Optimierung des öffentlichen Dienstes umgesetzt und auf den Weg gebracht: die Reform des allgemeinen Beamtenstatuts, das Gesetz über die Einführung von Zeitsparkonten und das umfassende Omnibusgesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsprozeduren sind wichtige Schritte, die in der Folgezeit durch weitere Maßnahmen ergänzt werden müssen.

Die LSAP wird auch in Zukunft auf die Stärkung des öffentlichen Dienstes, eine gut ausgebildete Belegschaft und ein kohärentes Personalentwicklungskonzept setzen. Sie wird das Prinzip der drei Verwaltungssprachen verteidigen. Wer im öffentlichen Dienst arbeiten will, sollte die drei Amtssprachen beherrschen. Mögliche Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden. Sogenannte Hoheitsaufgaben dürfen auch künftig nur von Bürgern mit Luxemburger Nationalität wahrgenommen werden. **Die LSAP steht für eine konsequente Einstellungspolitik, die mit der Entwicklung des Landes Schritt halten muss.** Sie wird das kürzlich mit der CGFP verhandelte Abkommen, das in der Hauptsache jungen Angestellten zugutekommt, vollständig und umgehend umsetzen. Das gilt vor allem für die Abschaffung der 80/80/90-Regelung für Berufseinsteiger und eine Verkürzung der Referendanzzeit (Stage) von drei auf zwei Jahre. Darüber hinaus wird die LSAP

- die Harmonisierung aller Berufslaufbahnen anstreben, gemäß dem Prinzip „gleiches Gehalt für gleichen Schulabschluss“

² LSAP: Mehr Demokratie wagen, Resolution zum Landeskongress in Mamer, 2015

- Telearbeit und Lifelong Learning im öffentlichen Dienst genauso wie im Privatsektor unterstützen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
- Arbeitszeiten flexibler gestalten
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz verbessern
- Gesundheit, Sicherheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz fördern
- die Personalplanung und -entwicklung optimieren
- die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse beschleunigen
- den Bürokratieabbau weiter vorantreiben

Der Ausbau des INAP und dessen Weiterentwicklung zu einer Verwaltungsschule des öffentlichen Dienstes hat für die LSAP Priorität. Alle Beschäftigten sollten einen Rechtsanspruch auf berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung haben. Öffentliche Angestellte sollten zudem die Möglichkeit bekommen, den europäischen Computer-Führerschein gratis als berufsbegleitende Maßnahme zu erwerben. Die LSAP wird sich auch dafür einsetzen, dass bestehende Kompetenzen und Berufserfahrungen besser genutzt werden und nicht verloren gehen. In diesem Sinne soll generationenübergreifende Wissensvermittlung im Rahmen eines flexibleren Stellenpools gefördert werden. Weiterbildung, Teamgeist, gute Arbeitsbedingungen und optimierte Verwaltungsprozesse tragen in doppelten Sinne zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes bei. Sie steigern die Zufriedenheit der Mitarbeiter und verbessern den Dienst am Bürger.

Eine neue Verfassung und zeitgemäße Institutionen

Das neue Verfassungsprojekt, an dem in den vergangenen Legislaturperioden unter maßgeblichem Einfluss der LSAP gearbeitet wurde, ist nach langen intensiven Beratungen in Bürgerforen und im zuständigen Parlamentsausschuss endlich spruchreif. Das neue Grundgesetz wird u.a.

- die Bürgerrechte weiter stärken und neue Staatsziele festlegen
- die Gewaltentrennung zwischen den rechtsstaatlichen Institutionen verankern und ihre wechselseitigen Beziehungen zueinander klarer definieren
- die Bedingungen regeln, unter denen die Regierung zurücktreten muss und Neuwahlen festgelegt werden können
- die Prozedur für Neuwahlen festlegen
- die Befugnisse des Staatsoberhauptes klar regeln und als reines Vollzugsorgan mit Repräsentationsfunktion definieren
- das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften im Sinne einer Trennung von Staat und Kirchen neu regeln

Die LSAP wird prinzipiell am neuen Verfassungstext festhalten und sich im Parlament im Rahmen der ersten Lesung für das neue vorgeschlagene Grundgesetz aussprechen. Anstelle einer zweiten Lesung soll der neue Verfassungstext allen stimmberechtigten

Bürgern anschließend nach breiter öffentlicher Diskussion zur **Abstimmung per Referendum** vorgelegt werden, damit er spätestens Ende 2020 in Kraft treten kann. Die LSAP setzt sich weiter dafür ein, das Primat des Allgemeinwohls über Privatinteressen durch die Formel „Eigentum verpflichtet“ in unserem Grundgesetz zu verankern.

Auch im Bereich der rechtsstaatlichen Institutionen gibt es erheblichen Handlungs- und Verbesserungsbedarf. Das gilt sowohl für die gesetzgeberische Arbeit im Parlament als auch für die Ressortverteilung innerhalb der Regierung sowie die Modernisierung der Justiz und des Strafvollzugs. **Die LSAP bekennt sich zu einer strikten Gewaltentrennung und wird die Funktionsweise der rechtsstaatlichen Institutionen weiter optimieren.**

Aufwertung des Parlaments

Im rechtsstaatlichen Institutionengefüge gilt es, das Parlament als Volksvertretung und Kontrollorgan der Regierung zu stärken. In europolitischen Fragen wird die Konsultierung des Parlaments im Vorfeld wichtiger Entwicklungen auf EU-Ebene Pflicht. Um gleichgewichtig und auf Augenhöhe mit der Regierungsverwaltung debattieren zu können, wird die Abgeordnetenkammer verstärkt auf interne und externe Expertise zurückgreifen. **Die LSAP wird ein unabhängiges Observatorium für die Evaluierung öffentlicher Politiken einführen.** Sie befürwortet eine Neuausrichtung der Haushaltspolitik nach politischen Zielsetzungen, wie sie mehrmals von LSAP-Vertretern in Haushaltsdebatten gefordert wurde.

Parlamentarische Ausschusssitzungen sollten in Zukunft prinzipiell öffentlich sein. **Im Sinne einer größeren Transparenz wird die LSAP ein Lobbyregister bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen einführen.** Die Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen darf nicht durch Interessengruppen gestartet werden.

Damit die Abgeordnetenkammer seine vielfältigen Aufgaben vollends erledigen kann, setzt sich die LSAP für ein **Vollzeitparlament** ein. Die Ausführung des Abgeordnetenmandats soll unvereinbar mit anderen beruflichen Tätigkeiten und politischen Ämtern in lokalen Exekutiven werden. Das gesetzliche Statut des Abgeordneten wird entsprechend reformiert werden. Den Abgeordneten oder den Fraktionen sollten zusätzliche Mittel zur Einstellung von Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Die LSAP ist bereit, über die **Einführung eines einheitlichen Wahlbezirks** zu diskutieren, mit entsprechender Anpassung des Wahlrechts.

Die LSAP wird die Demokratie weiter stärken und neben der Aufwertung des Parlaments **eine stärkere Partizipation der Bürger** an politischen Debatten und Entscheidungen fordern. Ähnlich wie dies bei der Verfassungsrevision der Fall war, wird dem Bürger bei wichtigen Gesetzesentwürfen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv mit Vorschlägen und Kritik in den Gesetzesprozess einzubringen. Darüber hinaus befürwortet die LSAP die Idee der Volksinitiative, wie sie im aktuellen Verfassungsentwurf vorgesehen ist. Es handelt sich

dabei um einen Zusatz zum erfolgreichen Petitionsrecht. Die LSAP wird sich für das Wahlrecht ab 16 Jahren einsetzen.

Die Nominierung der Staatsräte soll nicht mehr zu einem Drittel durch Kooptation erfolgen. Deren Nominierung sollte in Zukunft dem Parlament und der Regierung vorbehalten sein.

Beschwerden gegenüber staatlichen Behörden schneller und besser regeln

Die LSAP wird die bestehende Gesetzgebung über den Bürgerbeauftragten (Médiateur) aufgrund der bisherigen Erfahrung novellieren. Der zukünftige Ombudsmann soll weitere Zuständigkeiten erhalten im Bereich des Schutzes der Menschenrechte. Sein Wirkungsbereich wird auf den gesamten Sektor der öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen ausgedehnt werden. Ministerien und Verwaltungen müssen binnen einer gesetzlichen Frist zu den Anfragen des Ombudsmanns Stellung beziehen. Durch die Befassung dieser Schlichtungsinstitution zwischen den Bürgern und der Verwaltung werden die Gerichtsfristen zeitweilig unterbrochen, um so eine gütliche und kostenlose Einigung zu ermöglichen.

Optimierung der Regierungsarbeit

Die Regierung bestimmt die Politik des Landes. Sie ist vor dem Parlament verantwortlich. Die LSAP befürwortet eine Begrenzung der Zahl der Regierungsmitglieder auf maximal 15. Der Zuschnitt und Bündelung ministerieller Zuständigkeiten soll aufgrund politischer Prioritäten und Zielsetzungen erfolgen und nicht das Ergebnis von Personenfragen oder rein parteipolitischen Erwägungen sein.

Angeichts der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie etwa die Digitalisierung, die Verbesserung der Lebensqualität und die wachsenden Ungleichheiten, setzt sich die LSAP für die **Schaffung eines Zukunftsministeriums** ein, wie es auch schon in anderen Ländern eingerichtet worden ist. Das Zukunftsministerium arbeitet eine langfristige Strategie und konkrete Maßnahmen aus, wie den Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Umwelt begegnet werden kann.

Ein gut funktionierendes, zeitgemäßes Justizwesen

Ein gut funktionierendes Justizwesen gehört zu den Grundlagen eines ordentlichen Rechtsstaats. Die Justiz muss jedem Bürger zugänglich sein und in angemessenen Fristen Recht sprechen. Für die LSAP ist es prioritär, Gerichte und Justizverwaltungen sowohl materiell wie auch personell mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. **Die Unabhängigkeit der Justiz von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessengruppen ist Voraussetzung für eine rechtsstaatliche Demokratie.** Deshalb

wird **ein nationaler Justizrat** eingeführt werden, der diese Unabhängigkeit und ein korrektes Funktionieren der Justiz gewährleistet. Dieses neue Organ wird sich u.a. mit der Ernennung von Richtern sowie mit disziplinarischen und deontologischen Fragen befassen. Die Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaft und Richtern wird Verfassungsrang erhalten. Schon Menschen mit Einkommen, die knapp über dem Mindestlohn liegen, haben zurzeit keinen Anspruch auf die staatliche Rechtshilfe. Da der ungehinderte Zugang zur Justiz jedoch ein Menschenrecht ist, wird die LSAP die staatliche Rechtshilfe reformieren und so den Kreis der Nutznießer erweitern. Der Kreis der Nutznießer dieser Maßnahme wird erweitert. Eine erste kostenlose juristische Beratung der Bürger gehört auch zum Konzept einer bürgernahen Justiz. Die LSAP befürwortet darüber hinaus die Einrichtung einer Plattform, in der alle relevanten Daten und Informationen zu Rechtsfragen den Bürgern in verständlicher Form zur Verfügung gestellt werden. **Die LSAP setzt sich für eine zügige Umsetzung des Konzepts der „papierlosen“ Justiz ein.** Im Interesse der Chancengleichheit und Inklusion müssen diese Angebote barrierefrei gestaltet werden. Für Menschen, die keinen Zugang zu den digitalen Medien haben oder deren Nutzung nicht beherrschen, muss die Justizverwaltung Akten und Dokumente auch weiterhin in Papierform zur Verfügung stellen. Die LSAP wird auch dafür sorgen, dass sämtliche als verfassungswidrig eingestuftes Gesetzesbestimmungen abgeschafft oder zeitnah verfassungskonform gemacht werden.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass die Arbeits- und Sozialgerichte mehr Mittel und Ressourcen bekommen, um die anhängigen Streitfälle und Verfahren in einem angemessenen Zeitraum bearbeiten und abwickeln zu können.

Vereinfachung der Gerichtsverfahren und alternativer Strafvollzug

Eine Vereinfachung der Gerichtsverfahren und ein verstärkter Rückgriff auf alternative Strafen werden ebenfalls zu einem Rückgang der Verfahrensdauer beitragen. Auch bei der Vollstreckung von Urteilen sind Vereinfachungen und Kostenreduzierungen notwendig.

In der **Strafjustiz** wird die **Einsetzung eines Eilverfahrens** bei eindeutiger Sachlage vorgeschlagen ebenso wie ein verstärkter Rückgriff auf die Möglichkeit, Urteile im Einverständnis mit den Beschuldigten zu fällen. Das bestehende Gesetz zum Urteil im Einverständnis soll geprüft und gegebenenfalls abgeändert werden. Die **Mediation** wird als alternatives Lösungsmittel für Konfliktsituationen gefördert werden. **Die LSAP will die allgemeinen Reformen des Strafrechts vorantreiben:** Die verschiedenen Strafgesetze und die Verjährungsfristen müssen überarbeitet und harmonisiert werden. Jeder Strafrichter sollte als Alternative zu Gefängnis oder Geldstrafe gemeinnützige Arbeiten verordnen dürfen.

Mit der **Reform des Strafvollzugs** und der zuständigen Verwaltung sind die Voraussetzungen für einen humanen und effizienten Strafvollzug geschaffen. Minderjährige Straftäter dürfen nicht mit erwachsenen Tätern unter einem Dach

untergebracht werden. Arbeiten im öffentlichen Interesse sind als Alternativen zum klassischen Strafvollzug zu organisieren. Die LSAP wird darüber hinaus Übergangsstrukturen einrichten, die die Wiedereingliederung der Täter in die Gesellschaft erleichtern helfen.

Modernisierung des Zivilrechts

Im **Zivilrecht** soll nach der Reform des Eherechts und der Scheidungsgesetzgebung auch das **Adoptions-** und das **Vormundschaftsrecht** modernisiert werden. Die LSAP fordert eine qualitative Evaluierung der praktischen Anwendung der neuen Scheidungsregeln nach drei Jahren Erfahrung. **Die LSAP wird außerdem dafür sorgen, dass die medizinisch unterstützte Fortpflanzung inklusive Eizellspende gesetzlich geregelt wird.** Die im Ausland durchgeführte legale **Leihmutterschaft** soll in Bezug auf die Rechte der Kinder in Luxemburg anerkannt werden. Der Regierungsentwurf zur **Regelung der Geschlechtsbestimmung** im Zivilstand soll kurzfristig in Kraft treten.

Für die LSAP ist es wichtig, auch in Luxemburg eine allgemeine **rechtliche Regelung für Sammelklagen** zu schaffen und dies nicht bloß im Verbraucherschutz. Die LSAP spricht sich für einen **besseren gesetzlichen Schutz von Whistleblowern aus und befürwortet den entsprechenden EU-Richtlinienvorschlag.** Sie hält des Weiteren eine Neuregelung des „état de nécessité“ für angebracht.

Für Pressefreiheit und Meinungsvielfalt

Freiheit ist ein facettenreiches, äußerst kostbares und fragiles Gut. Als Grund- und Bürgerrecht ist sie untrennbar mit unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung verbunden. Neben dem Recht auf freie Entfaltung kommt der Meinungs- und Pressefreiheit in unserer Gesellschaft eine besonders wichtige Rolle zu. Zur Stärkung der Pressefreiheit wird die LSAP das Auskunftsrecht für Journalisten im Pressegesetz verankern. **Die LSAP wird entsprechend ihrer Grundsätze die Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung konsequent verteidigen** und jegliche Versuche unterbinden, die auf deren Einschränkung abzielen. Für eine kritische und aufgeklärte Gesellschaft ist eine hochwertige Presse unabdingbar. Das gilt in einem besonderen Maße angesichts der zunehmenden Verbreitung und Einflussnahme sogenannter „Fake News“.

Die LSAP wird sich auch weiterhin für Meinungs- und Pressevielfalt einsetzen. Um veränderten Lesegewohnheiten und technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, plädiert die LSAP für eine tiefgreifende **Reform des Pressehilfegesetzes.** Neben klassischen Printmedien sollen künftig auch Online-Medien staatliche Hilfe erfahren. Im Mittelpunkt muss dabei die Qualität der produzierten Inhalte stehen, nicht deren Quantität. Eine Impaktstudie über die derzeitige Pressehilfe soll der geplanten Reform vorausgehen.

Aus LSAP-Sicht muss der Reform der Pressehilfe neben einer substanziellen Aufstockung der Beihilfen eine umfassende nationale Strategie zugrunde liegen, die

- alle Medien berücksichtigt (Fernsehen, Radio, Internet und Printmedien)
- und der sprachlichen Vielfalt des Landes Rechnung trägt.

In diesem Zusammenhang und **im Sinne der Medienvielfalt** – auch im audiovisuellen Bereich – **spricht sich die LSAP für die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders** aus, mit programmatischem Schwerpunkt auf Nachrichtensendungen, Reportagen und Dokumentationen.

Auch **der veraltete und nicht mehr zeitgemäße gesetzliche Rahmen für den öffentlich-rechtlichen Radiosender 100,7 soll angepasst werden**. Dabei drängt sich auch eine konsequente Aufstockung der Mittel auf. **Parallel dazu wird die LSAP auch unabhängige, nicht kommerzielle Radiosender gezielt fördern und unterstützen**, sei es unmittelbar durch Fördergelder oder durch das Zurverfügungstellen von Sendefrequenzen.

Meinungs- und Pressevielfalt muss mit hohen Qualitätsansprüchen einhergehen, deshalb spricht sich die LSAP für **die Schaffung einer nationalen Presseagentur** aus, die vorrangig die Berichterstattung der gängigen lokalen und nationalen Nachrichten abdecken soll und einzelnen Medien damit zusätzlichen Spielraum für spezifische Themen, Recherchen und Analysen geben soll.

Eine zunehmend wichtige Rolle kommt der Medienerziehung auf allen Schulstufen zu. Die LSAP hat ein entsprechendes Positionspapier vorgelegt, das den Rahmen für einen sachgemäßen Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien abstecken soll. Neben der **Vermittlung von Medienkompetenz** sollen Schüler auch mit den deontologischen Regeln journalistischer Arbeit vertraut gemacht werden, damit sie in Zeiten zunehmender „Fake News“ Quellen kritisch hinterfragen können und ein Verständnis davon erlangen, wie Informationen und Bilder gemacht werden.

Mehr Sicherheit für die Bürger

Alle Bürger haben ein Recht auf Schutz und Sicherheit. Dieses Recht muss vom Staat unter Wahrung des Gewaltmonopols gewährleistet werden. Erfüllt der Staat diese Aufgabe nur unzureichend, führt dies unweigerlich zu einer Privatisierung von Sicherheit und einer Zerteilung innerhalb der Gesellschaft, zwischen jenen, die sich aufgrund ihrer Finanzressourcen private Sicherheitsanbieter leisten können und jenen, die diese Möglichkeit nicht haben. Eine derartige Entwicklung wird es mit der LSAP nicht geben.

Sicherheit kann nicht isoliert betrachtet werden und entsteht aus einem Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Zum einen hängt sie von konkreter Gefährdung und spezifischen Bedrohungslagen ab, zum anderen von einem subjektiven Sicherheitsempfinden und dem Gefühl der nachbarschaftlichen Nähe und Geborgenheit. **Die LSAP wird deshalb allen sicherheitsrelevanten Faktoren Rechnung tragen und konsequent auf**

gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gewalt- und Konfliktprevention sowie auf die Stärkung des nationalen Sicherheitsdispositivs und die überregionale, europäische und internationale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich setzen. Das gilt sowohl für die Bekämpfung organisierter Kriminalität als auch für mögliche Terrorbedrohungen oder Naturkatastrophen. Die LSAP wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb des Benelux und mit den Nachbarländern Deutschland und Frankreich ausbauen und sich für eine Reform der Finanzierung von Interpol einsetzen, damit künftig keine Partnerschaften mit internationalen Sicherheitsfirmen geschlossen werden, die zu Interessenkonflikten führen könnten. Darüber hinaus wird sie die Interoperabilität der Datenbanken auf EU-Ebene weiter unterstützen und vorantreiben.

Die Regierung hat mit der **Polizeireform** und der **Reform der Rettungsdienste** notwendige und wichtige Maßnahmen eingeleitet, um einen besseren Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und ihr Sicherheitsempfinden zu steigern. **Die LSAP wird diese Reformen in der kommenden Legislaturperiode konsequent umsetzen und die Aufstockung der nationalen Sicherheitskräfte kontinuierlich fortsetzen.** Sie wird diesbezüglich einen 10-Jahres-Plan aufstellen, um den Bedarf an Polizeikräften vor Ort zu decken und die Kriminalpolizei in ihrem Bestand zu stärken. Neu eingestellte Polizeikräfte sollen vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. **Zusammenlegungen von Polizeikommissariaten wird die LSAP weiterhin unterstützen, damit die Polizei effizienter arbeiten kann.** Polizeibeamte sollten sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können und falls möglich von administrativen Aufgaben entbunden werden. In diesem Sinn wird die LSAP dafür sorgen, dass ziviles Personal zur Bewältigung von administrativen und technischen Aufgaben weiterhin verstärkt eingestellt wird.

Die LSAP wird sich auch dafür einsetzen, dass Gemeindebedienstete (Agents municipaux) mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, um kleinere Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zu ahnden. Gleichzeitig wird Sorge dafür getragen, dass in diesem Zusammenhang keine zweite Polizei geschaffen und es zu einem Interessenkonflikt und Kompetenzgerangel kommen wird.

Darüber hinaus wird die LSAP auch die Sensibilisierungsmaßnahmen in Sicherheitsfragen verstärken, um möglichen Einbrüchen und anderen Übergriffen vorzubeugen.

Mehr Sicherheit fordern die Sozialisten auch im Straßenverkehr. Mit erzieherischen Maßnahmen wird die LSAP vor allem **präventiv vor möglichen Unfällen und ihren Folgen warnen.** Mit entsprechenden Sensibilisierungskampagnen und Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts sollen Erwachsene und Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Verhalten im Straßenverkehr angeleitet werden. Anstatt nach jedem schrecklichen Unfall mit zusätzlichen Verboten zu reagieren, muss es zu einer ernsthaften Analyse der Unfallursachen kommen. Oft können Gefahrenquellen durch straßenbauliche Maßnahmen und Vorrichtungen entschärft werden.

Repressive Maßnahmen wie Radaranlagen bleiben unumgänglich. Doch wollen die Sozialisten sicherstellen, dass Radargeräte nicht zu Bußgeldfallen werden. Vielmehr soll darauf geachtet werden, dass sie wirklich dort aufgestellt werden, wo sie für mehr Sicherheit sorgen und Unfälle vermeiden helfen. Eine Maximierung von Strafbescheiden tut dies nicht. **Aus LSAP-Sicht drängt sich eine Überarbeitung der Bußgeldstaffelung auf, wobei das reelle Ausmaß der Geschwindigkeitsüberschreitung berücksichtigt werden soll.**

Cannabis-Verkauf und -Konsum erlauben und staatlich regeln

Wissenschaftliche Forschung über Cannabis und dessen Konsum haben in den letzten Jahren vermehrt zu neuen Erkenntnissen geführt. Zudem stehen gegenwärtig erste belastbare Erfahrungen aus verschiedenen Regulierungsmodellen auf internationaler Ebene zur Verfügung.

Nach der Cannabis-Freigabe für therapeutische Zwecke in Luxemburg wird die LSAP noch einen Schritt weiter gehen und **den Cannabis-Verkauf und -Konsum auch für rekreative Zwecke ab 18 Jahren** erlauben und staatlich regeln. Um Drogentourismus zu vermeiden, wird der staatlich geregelte Verkauf von Cannabis sich auf in Luxemburg Ansässige beschränken. Berücksichtigt werden dabei Erfahrungswerte, die auf internationaler Ebene im Bereich der Regulierung gesammelt wurden. Ziel dieser gesellschaftspolitischen Maßnahme ist die Bekämpfung von Drogen- und Beschaffungskriminalität und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor unsauberen, gesundheitsgefährdenden Substanzen.

Die LSAP wird darüber hinaus Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Sensibilisierung auf mögliche Risiken und Gefahren durch Cannabis-Konsum aufmerksam machen. Die Bekämpfung von Drogenmissbrauch fällt in den Aufgabenbereich einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik. Die LSAP wird dieser Aufgabe auch in Zukunft konsequent nachkommen und insbesondere Jugendliche vor den Gefahren des Drogenmissbrauchs warnen.

Außerdem wird die LSAP neue Wege gehen zur dauerhaften Bekämpfung der Drogenproblematik (z.B. in Luxemburg-Gare, Esch/Alzette und Ettelbrück) und wird dabei auf eine Kombination von Prävention, Betreuung, kontrollierter Abgabe auch von harten Drogen und Repression setzen. Die LSAP wird sich dazu an erprobten Modellen in anderen Städten und Ländern inspirieren.

Trennung von Kirchen und Staat weiter absichern

Mit der Trennung von Kirchen und Staat ist der Dreier-Koalition ein wichtiger gesellschaftlicher Fortschritt gelungen, der die Beziehungen zwischen dem Staat und den anerkannten Religionsgemeinschaften neu regelt. Die Abschaffung der Kirchenfabriken und die Einrichtung eines einheitlichen Kirchenfonds zur Verwaltung von

Kirchengebäuden und -gütern war eine richtige und wichtige Entscheidung, weil sie einerseits für klare Besitzverhältnisse zwischen der katholischen Kirche und den Kommunen sorgt und andererseits die öffentliche Hand von ehemaligen Verpflichtungen entbindet (folglich auch den Staatshaushalt und die Kommunen entlastet) und eine gerechtere Behandlung aller Glaubensgemeinschaften ermöglicht. **Die LSAP wird diese Errungenschaften verteidigen und keinen Rückschritt in Sachen Trennung von Kirchen und Staat hinnehmen.** Das gilt in einem besonderen Maße für die im neuen Grundgesetz vorgeschlagenen Änderungsbestimmungen zur Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, die auf einem politischen Konsens beruhen.

Seit jeher markieren Zeremonien den Lebenslauf eines Menschen. Sei es bei der Geburt, beim Heiraten oder zum Schluss eines Lebens. Zeremonien findet man in fast allen Zivilisationen und sie bestimmen oft wichtige Etappen im Leben. Die LSAP wird die Gemeinden dabei unterstützen, ihren Bürgern zivile Zeremonien in einem gebührenden Rahmen anzubieten.

Daneben werden die Sozialisten ein „**Observatoire de laïcité et du fait religieux**“ schaffen, das nach französischem Vorbild Religionsgemeinschaften, laizistischen Einrichtungen, Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren beratend zur Seite stehen soll. Dabei geht es u.a. darum, weltanschauliche sowie religiöse Fragestellungen und Themen aufzugreifen und aufzubereiten.

Mehr Handlungsspielraum durch gesunde öffentliche Finanzen

Gesunde öffentliche Finanzen sind die Voraussetzung dafür, dass der Staat über den nötigen finanziellen Spielraum verfügt, um in die nationale Infrastruktur zu investieren, öffentliche Dienstleistungen anzubieten und den Sozialstaat angemessen zu finanzieren, ohne dabei nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg zu hinterlassen.

Der Dreierkoalition ist es seit 2014 gelungen, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen: Trotz einer großzügigen Steuerreform, die die Bürger um rund 500 Millionen Euro entlastet hat, weisen Staat, Gemeinden und Sozialversicherungen unter dem Strich einen Überschuss aus. Die öffentliche Verschuldung konnte bei gut 20% des BIP stabilisiert werden, die europäischen Stabilitätskriterien sind zu jeder Zeit eingehalten worden und Luxemburg ist eines der wenigen EU-Länder, das sich an den internationalen Finanzmärkten das „AAA-Rating“ bewahren konnte. Nicht nur die gute Konjunktur, sondern auch das 2014 geschnürte Zukunftspaket hat diese positive Bilanz erst ermöglicht.

Die Ausgaben des Staates für **Sozialpolitik** sind zwischen 2013 und 2018 um rund 13,4% angestiegen. Der Anteil der Staatsausgaben für Soziales am Gesamthaushalt liegt bei etwa 45%. **Die Sozialisten werden sicherstellen, dass die Ausgaben für Soziales auch weiterhin den wichtigsten Posten im Haushalt darstellen werden,** da Arbeit und Wohnen, Gesundheit und Pflege, Rente und 3. Alter, Bildung und Familie,

Chancengleichheit und Integration zu den Kernaufgaben eines Sozialstaats gehören, der soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Ziel hat. Gleichzeitig werden die Sozialisten sich dafür einsetzen, dass der Staat sich die Mittel gibt, um Sozialbetrug zu ermitteln und zu verhindern.

Auch die **Investitionen** in die öffentliche Infrastruktur sind zwischen 2014 und 2018 von Jahr zu Jahr gesteigert worden, die Investitionsquote ist mit 3-4% des BIP eine der höchsten in der EU. Den Löwenanteil dieser Investitionen konnte die Regierung aus dem laufenden Haushalt bezahlen, nur ein geringer Teil, etwa ein Viertel, wurde über neue Kredite finanziert. **Angesichts der Herausforderungen, die sich Luxemburg in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stellen werden, ist es für die LSAP unerlässlich, die Investitionen weiterhin auf einem hohen Niveau zu halten.** Die Prioritäten liegen dabei auf Mobilität und Wohnungsbau, Bildung und Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege und 3. Alter, Umwelt und Energie, sowie auf Forschung, Innovation und Digitalisierung.

Vor dem Hintergrund einer hohen öffentlichen Investitionsquote gilt für die LSAP aber auch die finanzpolitische Maßgabe, dass die Staatsverschuldung in den kommenden fünf Jahren nicht über 30 Prozent des BIP ansteigen darf.

Eine echte **Reform der Haushaltsprozedur** soll die Rolle der Abgeordnetenkommission stärken und einen Schwerpunkt auf eine ergebnisorientierte Politik und eine systematische Evaluierung dieser Politiken legen muss. Die LSAP schlägt daher die Schaffung einer unabhängigen Stelle (Observatoire des politiques publiques) vor, die insbesondere die Abgeordnetenkommission, aber auch die Regierung und die staatlichen Verwaltungen bei der Evaluierung ihrer Politiken unterstützt.

Zesummeliwen

an enger inklusiver an oppener Gesellschaft

Gesellschaftliches Zusammenleben beruht einerseits auf einer Kultur des gegenseitigen Respekts, der gemeinsamen Werte, die fest in unserer humanistischen Tradition verankert sind. Andererseits gründet Zusammenleben auf dem Prinzip der geteilten Verantwortung. Alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Religion und sexueller Orientierung bilden eine Gemeinschaft und müssen mit- und füreinander Verantwortung übernehmen. Niemand darf auf der Strecke bleiben oder ausgegrenzt bzw. diskriminiert werden. Solidarität ist jene Grundhaltung, die eine multikulturelle Gesellschaft verbindet und zusammenhält. **Für die LSAP ist solidarisches Handeln Voraussetzung, damit Integration gelingt.**

Integration erfolgt über die Sprache und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, über Bildung, Beschäftigung, Sport, Kultur und ehrenamtliches Engagement. **Die LSAP wird die Rahmenbedingungen so ausrichten, dass alle Generationen** – Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren im dritten und vierten Alter – **einen Platz in unserer Gesellschaft finden und sich ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können.**

- Die LSAP wird für familienfreundliche Städte und Kommunen eintreten und den Generationenvertrag absichern und mit Leben füllen.
- Sie wird Kinder und Jugendliche auf allen Entwicklungsstufen fördern und vor möglichen Gefahren, Risiken und gewaltsamen Übergriffen schützen.
- Sie wird Erwachsene in ihrem Streben nach freier Entfaltung unterstützen und Freiräume für gesellschaftliche Teilhabe schaffen.
- Sie wird Senioren in ihrem Streben unterstützen, ein selbständiges Leben zu führen.
- Sie wird Pflegebedürftige so versorgen, dass sie ihre menschliche Würde nicht verlieren.
- Sie wird dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Chancen und Rechte haben.
- Sie wird aktiv gegen Fremdenhass und jede Form von Diskriminierung vorgehen.
- Sie wird sich dafür einsetzen, dass behinderte Menschen behindertengerechte Lebensbedingungen vorfinden und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können.
- Sie wird Menschen helfen, die aus unterschiedlichen Gründen am Rande der Gesellschaft leben, damit sie wieder Fuß fassen und Hoffnung schöpfen.
- Sie wird Flüchtlingen in ihrer Not weiterhelfen, ihnen ein faires Asylverfahren und die Integration in unsere Gesellschaft ermöglichen.
- Sie wird die Integration und das Zusammenleben in lokalen Vereinen unterstützen. Jeder Verein sollte Anspruch auf eine staatliche finanzielle Unterstützung haben, wenn er zur Integration beiträgt

Die LSAP wird einen Aktionsplan gegen die digitale Kluft (digital divide) auflegen, um die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an der digitalen Welt sicherzustellen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass jeder seine Verwaltungsangelegenheiten auch weiterhin auf Papier, am Schalter und ohne zusätzliche Kosten erledigen kann.

Familien in allen Lebenslagen und Formen unterstützen

Eltern haben den Anspruch, gut für ihre Kinder und Angehörigen zu sorgen und ihnen gute Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. **Die LSAP wird Familien konsequent in ihren Bemühungen unterstützen, damit beide Elternteile ihre Verantwortung übernehmen und sich die beruflichen und familiären Aufgaben gerecht aufteilen können.** Dafür benötigen sie **finanzielle Unterstützung, angemessene Rahmenbedingungen (flexible Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle) und kindgerechte Betreuungsstrukturen mit angepassten Öffnungszeiten.**

Die LSAP setzt sich ein für eine fortschrittliche und flexible Familien- und Beschäftigungspolitik zum Wohl der Kinder und im Sinne der Gleichstellung von Mann und Frau.

Konkret plädiert die LSAP deshalb für ein Recht auf Teilzeitarbeit aus familiären Gründen (nach unterschiedlichen Zeitmodellen) bis zum 12. Lebensjahr des Kindes und mit einem Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Während dieser Zeit übernimmt der Staat die Beiträge zur Rentenversicherung für eine Reduzierung von bis zu 30% pro Elternteil. Das Recht auf Teilzeit in Verbindung mit der Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge ist nicht übertragbar von einem Elternteil auf den anderen.

Die LSAP setzt sich daneben für den Ausbau und mehr Qualität im Bereich Kinderbetreuung ein: Personalschlüssel, Qualifikationsanforderungen des Personals und deren Arbeitsbedingungen müssen einer kritischen Prüfung unterzogen und gegebenenfalls verbessert werden. Konsequente Kontrollen sollen dafür sorgen, dass das bestehende Qualitätskonzept auch tatsächlich umgesetzt wird und Früchte trägt.

Familien und Kinder brauchen flexiblere Betreuungsmöglichkeiten neben den traditionellen „Maisons relais“: die LSAP wird die Schaffung kleiner und überschaubarer Strukturen fördern. Alle Betreuungsstrukturen sollten den Kindern Rückzugsmöglichkeiten sowie genügend Bewegung und Außenaktivitäten bieten.

Im Sinne von kindgerechten Schulen und Betreuungsmöglichkeiten wird die LSAP dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betreuungsstrukturen besser funktioniert und dass die im Grundschulgesetz festgeschriebene Differenzierung im Unterricht tatsächlich angewandt wird.

Die Familie ist und bleibt eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Die LSAP wird sie in allen Erscheinungsformen – von der Ehe zwischen Männern und Frauen, über alleinerziehende Mütter und Väter, Patchwork-Familien bis hin zu gleichgeschlechtlichen

Paaren unterstützen. Auch dann, wenn es um die Betreuung kranker oder pflegebedürftiger Familienmitglieder geht. Daneben wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass Familienzusammensetzungen und Abstammung unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und biologischen Herkunft als gleichberechtigt anerkannt werden. Die LSAP wird auch dafür sorgen, dass Städte und Kommunen im Freizeit- und Naherholungsbereich über familiengerechte Angebote verfügen.

Für das Wohl der Kinder eintreten

Familien mit Kindern leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und müssen vom Staat unterstützt werden. **Die LSAP wird ab 2019 das Kindergeld strukturell erhöhen und anschließend wieder regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen.** Die LSAP wird das Kindwohl in den Vordergrund rücken und die Rechte der Kinder weiter stärken. **Kinderarmut ist auch in einem reichen Land wie Luxemburg eine unzumutbare Realität. Deshalb wird die LSAP Familien mit armutsgefährdeten Kindern gezielt helfen, sowohl finanziell als auch betreuungsmäßig.** Die soziale Lage der Eltern darf das Wohl der Kinder nicht gefährden. Der schulischen Bildung kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu, weil sie sicherstellen muss, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft entsprechend gefördert werden, damit sie Aufstiegschancen haben und späterhin ein gutes Leben führen können.

Kinder müssen darüber hinaus vor Gewalt und möglichen Übergriffen geschützt werden. Kindesmissbrauch darf es in unserer Gesellschaft nicht geben und muss mit harten Strafen geahndet werden. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine gesellschaftliche Priorität und muss wirksam auf allen Ebenen (in Schulen und Familien, in den Medien und im Freizeitbereich) verbessert werden, durch Sensibilisierung, Prävention und altersgerechte Betreuung. Die LSAP wird den **Kampf gegen Mobbing und sexuelle Übergriffe** mit allen verfügbaren Mitteln fortsetzen und zum Wohlbefinden aller Kinder beitragen.

Jugend fördern und stärken

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. Sie muss sicherstellen, dass Jugendliche über bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre persönliche Entwicklung verfügen. Das fängt bei der Bildung an. Schulen können über Wohl und Weh von Heranwachsenden entscheiden. Sie müssen sicherstellen, dass Jugendliche ein lernförderliches, kreatives Umfeld vorfinden, das ihren Interessen Rechnung trägt und sie in ihrer persönlichen Entwicklung voranbringt. Schulprogramme und -methoden, die sich ausschließlich auf die Vermittlung von Wissen beschränken, greifen entschieden zu kurz, weil Schüler sich mehr von ihrer Schule erwarten. Junge Menschen brauchen handlungsorientierte Anreize und Freiräume, die sie für neue praktische Erfahrungen nutzen können. Schulpläne müssen sich an die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Das gilt in einem besonderen

Maße in Zeiten zunehmender Digitalisierung. Medienkompetenz, politische Bildung, Gewalt-, Konflikt- und Suchtprävention, Umwelt-, Sexual- und Werteerziehung sind wichtige Bausteine für die Sozialisierung von Heranwachsenden.

Auch in ihrer Freizeit brauchen Jugendliche Angebote, die sie für ihre Weiterentwicklung nutzen können. **Die LSAP wird entsprechende Jugendeinrichtungen (Jugendparlamente, Jugendhäuser und Jugendtreffs) im Rahmen einer transversalen Jugendpolitik unterstützen und Heranwachsende verstärkt in gesellschaftliche Aufgaben einbinden.** Sie wird das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen unterstützen und den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Altersgruppen und Generationen fördern.

Heranwachsende durchlaufen in ihrer Pubertät schwierige Phasen der Selbstfindung und Persönlichkeitsentwicklung und brauchen bedarfsgerechte Betreuung und Unterstützung. In diesen Entwicklungsphasen benötigen Jugendliche besonderen Schutz. Vor diesem Hintergrund sollten Themen wie Mobbing, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Depressionen und Suizid verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert werden. **Besonders gefährdete Jugendliche benötigen darüber hinaus Auffangstrukturen, die ihnen bei ihren Alltagsproblemen weiterhelfen. Die LSAP wird solche Strukturen fördern und dafür sorgen, dass entsprechende Wohneinheiten für Jugendliche geschaffen werden, die nicht mehr in ihren Familien leben und Schwierigkeiten haben, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen.**

Jugendschutz muss frühzeitig einsetzen, um möglichen Risiken und Gefährdungen durch Sensibilisierung und präventive Maßnahmen zu begegnen. Das gilt auch im Hinblick auf eine **gesunde Ernährung** und eine gesundheitsbewusste Freizeitgestaltung. **Vor diesem Hintergrund wird die LSAP dafür sorgen, dass Kantinen Heranwachsenden ein hochwertiges, gesundes und vielseitiges Ernährungsangebot zur Verfügung stellen.** Vegane und vegetarische Mahlzeiten dürfen in diesem Angebot nicht fehlen. Daneben wird die LSAP sicherstellen, dass Jugendliche über angepasste Sport- und Freizeitangebote verfügen.

Ein Leben in Würde für das dritte und vierte Alter

Das dritte Alter sollte nicht als gesellschaftliche Bürde, sondern als Chance gesehen werden, um wichtige Erfahrungen auszutauschen und Kompetenzen mit Mitbürgern zu teilen. Angesichts steigender Lebenserwartung haben Senioren im Anschluss an ihre Berufstätigkeit nicht nur den Anspruch, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sie wollen sich auch in die Gesellschaft einbringen und ihr Wissen an nachkommende Generationen weitergeben. Die LSAP unterstützt diese Grundhaltung und wird verstärkt **auf die vielseitigen Kompetenzen von Senioren** setzen. Davon profitieren Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen. Die **Schaffung von Orten und Möglichkeiten der Begegnung** - Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften

zwischen Studenten und Senioren, Tutorien (Senioren betreuen Schüler und Jugendliche Senioren, z.B. im Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien) und „Au Pair“-Angebote (Jugendliche helfen Senioren bei der Bewältigung kleiner Alltagsaufgaben) - stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die Entwicklung und das Verantwortungsbewusstsein von Heranwachsenden. Senioren sollen mitreden und mitentscheiden können. **Die LSAP wird das Mitspracherecht älterer Menschen stärken** und auf Gemeindeebene verstärkt auf entsprechende Kommissionen setzen, die den kommunalen Entscheidungsträgern beratend zur Seite stehen. Daneben wird sich die LSAP für **verbesserte Rahmenbedingungen für Senioren** im Bereich des Wohnungsmarkts und der Städteplanung einsetzen. Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass Menschen bei Bedarf auf einen betreuten Wohnplatz in jener Region zurückgreifen können, wo sie vorher gelebt haben. **Seniorengerechte Wohnungen** gehören ebenso dazu wie Mobilitäts-, Freizeit-, Fortbildungs- und Versorgungsangebote, die an die Bedürfnisse dieser Altersgruppe angepasst sind. Die Sozialisten wollen auch **den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand sowie den Wechsel vom Eigenheim in eine Alters- und Pflegeeinrichtung flexibler gestalten und verbessern**. Wir werden das Wohnen in kleineren betreuten Einrichtungen fördern. Eine altersgerechte Versorgung bedarf einer wirksamen und kontinuierlichen Qualitätskontrolle und sollte nicht für kommerzielle Zwecke genutzt werden.

Für Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern sorgen

Die LSAP hat im Laufe ihrer Geschichte wesentlich zur Stärkung der Frauenrechte und Gleichberechtigung beitragen. Mit der Einführung des Frauenwahlrechts, der sexuellen Befreiung durch legale Verhütungsmittel, der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, der Einführung einer Quotenregelung zur Verbesserung der politischen Partizipation und gesetzlichen Bestimmungen zur Durchsetzung von Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern konnten wichtige gesellschaftspolitische Fortschritte erzielt werden, von denen Frauen heute in verstärktem Maße profitieren. Trotz dieser Errungenschaften bleibt noch vieles zu tun: auf politischer Ebene, in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Bereich. **Die LSAP wird sich auch in den kommenden Jahren für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen** und folgende Ziele anstreben:

- ein Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern auf Regierungsebene
- eine 40-prozentige Geschlechterquote in Aufsichtsräten von Unternehmen mit Staatsbeteiligung festlegen; in staatlichen Unternehmen, Ministerien und öffentlichen Einrichtungen soll diese Quote kraft einer gesetzlichen Regelung erreicht werden
- das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern bis auf Null reduzieren
- echte Chancengleichheit bei der Berufswahl herstellen; sogenannte „atypische“ Berufe sollte es in Zukunft nicht mehr geben. In Berufsgruppen mit besonders

ausgeprägtem Ungleichgewicht (z.B. in der Magistratur, im Schulbereich ...) sollte nach den Ursachen hierfür geforscht werden, um Abhilfe zu schaffen.

Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sollte **in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens** zum Thema gemacht werden. Die LSAP wird diese Diskussion vorantreiben und eine Bestandsaufnahme über bestehende Ungleichbehandlungen und Ungerechtigkeiten in den Bereichen Sport, Kultur und Medien ... machen. Gleichstellungspolitik ist transversal und erfasst alle Gesellschafts- und Politikbereiche. Es geht auch darum, Geschlechterstereotypen und -rollen zu überwinden, damit sich Jungen und Mädchen, Frauen und Männer gleichberechtigt, uneingeschränkt und ihren Fähigkeiten und Talenten gemäß entwickeln können.

Gleichberechtigung bedeutet auch respektvolles Verhalten gegenüber dem anderen Geschlecht. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass geschlechtsspezifische Gewalt (sexuelle Belästigung und körperliche Übergriffe im öffentlichen Raum) thematisiert und konsequent eingedämmt wird.

Um ein Gesamtbild zu bekommen und die Ergebnisse der Gleichstellungspolitik regelmäßig messen und bewerten zu können, befürwortet die LSAP eine umfassendere und geschlechtsspezifische Datenerhebung in allen Bereichen.

Geschlechtsidentität selbstbestimmt leben können

Das Grundrecht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit gilt auch für die Festlegung der eigenen Geschlechtsidentität, also auch für Transgender-Personen und intersexuelle Menschen. **Die LSAP wird eine Einschränkung dieses Rechts und Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtsidentität nicht zulassen.** Daher werden wir die Prozedur, um den Geschlechtseintrag und den Vornamen im Personenstandsregister (Etat civil) ändern zu lassen, vereinfachen und vor allem entpathologisieren. Für die Änderung des Geschlechtseintrags wird es künftig nicht mehr notwendig sein, medizinische und psychologische Gutachten zu erbringen, Hormontherapien zu durchlaufen oder sich geschlechtsanpassenden Operationen bis hin zur Sterilisation zu unterziehen. Neben dem Geschlechtseintrag "männlich" oder "weiblich" werden wir eine dritte Möglichkeit zulassen. Geschlechtszuweisende Operationen an Kindern, die nicht zustimmungsfähig sind, werden wir auf der Grundlage medizinethischer Erwägungen gesetzlich einschränken. Dabei muss sichergestellt werden, dass das Wohl des Kindes immer im Mittelpunkt steht.

Behindertengerechte Rahmenbedingungen schaffen

Schwachen und bedürftigen Mitbürgern kommt eine besondere Aufmerksamkeit zu. Das gilt in einem erhöhten Maß für Menschen mit Behinderungen. **Die LSAP wird das Leitmotiv**

„Design for all“ konsequent befolgen, dies auch im digitalen Bereich. Alle öffentlichen Einrichtungen und Transportmittel müssen behindertengerecht ausgestattet werden. Dasselbe gilt für den Zugang zu gemeinschaftlichen Privatwohnungen. Öffentliche Online-Dienste müssen auch für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen zugänglich sein. **Die LSAP wird Menschen mit Behinderungen auch in ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung bestärken und ihnen Zugang zu Bildung und Beschäftigung unter bestmöglichen Voraussetzungen gewähren.** Die LSAP wird sich für den weiteren Ausbau von behindertengerechten Aus- und Fortbildungsangeboten einsetzen und auch ihre Freizeitmöglichkeiten gezielt verbessern. **Die LSAP wird den Ausbau von Wohnstrukturen für schwerbehinderte Kinder unterstützen.** Eine Gemeinschaft ist nur dann wirklich stark, wenn sie jene unterstützt, die auf unsere aktive Hilfe und Solidarität angewiesen sind.

Die LSAP setzt sich für einen nationalen **Autismus-Plan** ein, für ein besseres Bewusstsein, mehr Informationen und angepasste Infrastrukturen für die betroffenen Personen.

Aktionsplan zur Integration von Asylberechtigten

Dieser Grundsatz gilt auch für den Umgang mit Flüchtlingen und Asylberechtigten, die in unserer Mitte Schutz und neue Lebensperspektiven suchen. Das Recht auf Asyl entspricht unseren Grundrechten und ist Bestandteil unseres demokratischen Rechtssystems. **Die LSAP befürwortet die Bündelung sämtlicher Kompetenzen in Sachen Asyl, Immigration und Integration in einem Ministerium, allerdings mit getrennten Verwaltungen.** Das ermöglicht eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Verwaltungen und führt zu einem besseren Verfahren und einer kohärenteren Betreuung der Asylbewerber. Asylbewerber haben Anspruch auf ein transparentes und zügiges Verfahren. Das entsprechende Prüfungsverfahren sollte im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nicht länger als sechs Monate dauern.

Die LSAP wird ihren Aktionsplan zur Integration von Asylberechtigten umsetzen. Die LSAP wird die Aufnahmebedingungen von Asylbewerbern weiter verbessern und insbesondere die Integration in unsere Gesellschaft erleichtern. Dazu müssen bestehende Hürden abgebaut und den Asylbewerbern mehr Möglichkeiten zur selbstbestimmten Gestaltung ihres Lebens gegeben werden. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang

- die beruflichen Kompetenzen von Asylbewerbern frühzeitig ermitteln und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern
- den Zugang zur Beschäftigung und gesellschaftlichen Teilhabe erleichtern
- die Integration durch Sprachenerwerb fördern
- keine Schulklassen innerhalb von Betreuungseinrichtungen mehr zulassen und Kindern von Asylbewerbern den Zugang zur öffentlichen Schule ermöglichen
- Unterbringung, Lebensbedingungen und Betreuung der Asylbewerber verbessern

- den Zugang zum Gesundheitssystem und zur psychologischen Betreuung für hilfsbedürftige Asylbewerber erleichtern

Damit unser Asylsystem auch weiterhin effizient funktionieren kann und nicht missbraucht wird, ist auch eine funktionierende Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern sowie Personen ohne Aufenthalts- oder Bleiberecht in ihre Herkunftsländer notwendig. Der LSAP ist es bei diesem schwierigen Prozess jedoch besonders wichtig, die Würde der Menschen stets zu respektieren. Um diesen Prozess künftig besser zu organisieren, wird die LSAP:

- langfristige Strukturen für abgelehnte Asylbewerber und Personen ohne Aufenthalts- oder Bleiberecht schaffen, darunter eine „Maison retour“ für Familien und für Personen mit besonderen Bedürfnissen
- eine bessere Informationspolitik für die abgelehnten Asylbewerber einführen
- Rückreisen in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen ausbauen
- Rückführungen zeitnah ausführen, damit gegebenenfalls die Aufenthaltsdauer in Abschiebehaft so kurz wie möglich ist
- Rückführungen bei eingeschulten Kindern und ihren Eltern nur während der großen Ferienperiode durchführen
- Abkommen mit den Herkunftsländern im Rahmen von europäischen, Benelux oder bilateralen Verhandlungen abschließen

Eine kohärente Einwanderungs- und konsequente Integrationspolitik

Luxemburg ist ein traditionsreiches Immigrationsland mit hohem Beschäftigungs- und Integrationsbedarf. Luxemburg hat in seiner langjährigen Entwicklung vom armen Agrarland zum wohlhabenden Industrie- und Dienstleistungsstandort wesentlich von der Arbeitskraft von Einwanderern, vom geschaffenen Mehrwert und Gewinn an kultureller Vielfalt profitiert. Das ist heute nach wie vor und in einem verstärkten Maße der Fall. Ohne den unerlässlichen Beitrag von Einwanderern und Pendlern würde unsere Wirtschaft, unser Sozialsystem zusammenbrechen. Luxemburg hat sich aufgrund seiner Weltoffenheit und Integrationskraft im Laufe der Jahrzehnte als wirtschaftliches und gesellschaftliches Erfolgsmodell erwiesen. Die LSAP wird diesen Weg weitergehen und die Erfolgsgeschichte durch eine kohärente Einwanderungs- und eine konsequente Integrationspolitik fortsetzen. Sie sind Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung und Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden.

Die LSAP wird konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, Fremdenhass und Rassismus vorgehen und das Zusammenleben zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen aktiv fördern. Vor diesem Hintergrund wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass CET und CCDH die nötigen Mittel erhalten, um diesbezügliche Daten und Fakten zu sammeln, aufzuarbeiten und zu bewerten.

Darüber hinaus spricht sich die LSAP für eine **Umstrukturierung und Neuausrichtung des Nationalen Ausländerrates** aus. Die Kompetenzen des „Conseil national des étrangers“

(CNE) sollen ausgeweitet und an jene der Berufskammern angepasst werden. Daneben befürworten die Sozialisten eine Aufwertung der kommunalen Integrationskommissionen, die eng mit dem CNE zusammenarbeiten sollten. Auch in anderen beratenden Kommissionen sollten Nicht-Luxemburger vertreten sein und über ein Mitspracherecht verfügen.

Ausländervereinigungen kommt in Sachen Integration eine bedeutende Rolle zu: Sie sind wichtige Interessenvertreter und gelten als Multiplikatoren, die das gesellschaftliche Zusammenleben und den interkulturellen Austausch fördern. Sie können einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung gemeinsamer Wertvorstellungen und guter Praktiken leisten. Die **LSAP wird Ausländervereinigungen auch künftig unterstützen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen für ausländische Mitbürger verbessern.** Das gilt sowohl für die Vermittlung von Sprachkompetenzen als auch für die staatsbürgerliche Betreuung von Zuwanderern. Die LSAP wird dafür sorgen, dass neu zugezogene Einwanderer besser über Funktionsweise und Errungenschaften des Luxemburger Rechts- und Sozialstaats informiert werden.

Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen Staat, Gemeinden, Zivilgesellschaft und Zuwanderer eng zusammenarbeiten. Während das Gastland sich dazu verpflichtet, Einwanderern Integrationskurse zum Erwerb notwendiger Sprach- und Bürgerkompetenzen anzubieten, müssen Zuwanderer dieses Angebot auch ernstnehmen und die Grundwerte und Gepflogenheiten des Gastlandes anerkennen. Diese Übereinkunft ist Voraussetzung für eine gelungene Integration.

Eng staark ëffentlech Schoul an eng kannergerecht Betreung

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft! Zukunft gestalten heißt Perspektiven durch Bildung schaffen, denn Bildung ist der Grundstein für Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung. Sie muss möglichst früh ansetzen, den sozialen Aufstieg ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Das ist der Grund, weshalb wir **eine starke öffentliche Schule benötigen, die für Chancengerechtigkeit sorgt und wichtige gesellschaftliche Werte vermittelt**: Toleranz, Respekt, Solidarität, Gleichberechtigung und ein Bewusstsein dafür, dass Schulbildung nicht nur Wissen und Kompetenzen vermittelt, sondern auch Zusammenleben ermöglicht. In einem Einwanderungsland mit überdurchschnittlich hoher Migrationsrate ist letzteres besonders wichtig.

Der Integrationsbedarf ist in Luxemburg nach wie vor groß. Das gilt nicht zuletzt für den Bildungsbereich. Nur eine starke und anpassungsfähige öffentliche Schule kann dieser enormen gesellschaftlichen Herausforderung im Ansatz gerecht werden. Dafür benötigt sie zum einen angemessene Schulangebote, ausreichende Ressourcen und Infrastrukturen, zum anderen braucht sie die volle Unterstützung aller Schulpartner: Lehrer, Erzieher, Eltern, Politik und Zivilgesellschaft müssen an einem Strang ziehen, zum Wohl unserer Kinder und im Sinne des Gemeinwohls.

Einige Baustellen im Schulbereich verdienen besondere Aufmerksamkeit:

- Der bürokratische Aufwand an Grundschulen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, was mit einer zusätzlichen Belastung des Lehrpersonals einhergeht und sich zwangsläufig auf die Unterrichtsqualität auswirkt! Diese Tatsache trägt nicht unbedingt zur Attraktivität des Lehrberufs bei.
- Der Lehrermangel ist eine schwere Hypothek für den Schulbetrieb. Dabei sind gut ausgebildete und motivierte Lehrer Voraussetzung für einen hochwertigen Schulunterricht.
- Die Digitalisierung und der gesellschaftliche Wandel gehen nicht spurlos an Schulen vorbei. Eine Überarbeitung und Anpassung der Schulprogramme und -methoden drängt sich auf.
- Die Mehrsprachigkeit zählt mit Sicherheit zu den Errungenschaften des Luxemburger Schulsystems. Gleichzeitig wird sie für viele Schüler zur unüberwindbaren Hürde auf dem Weg zum schulischen Abschluss.
- Nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Qualifikation. Das erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt und mindert ihre Zukunftsperspektiven.

In der kommenden Legislaturperiode wird es auch darum gehen, das Luxemburger Schulsystem zu konsolidieren und die in den vergangenen Jahren beschlossenen Reformen zu bilanzieren und gegebenenfalls nachzubessern. Reformen sollten mit Bedacht

umgesetzt werden und setzen bei ihrer Ausarbeitung das Einbeziehen der Lehrerschaft voraus.

Bildungsauftrag mit klaren Zielvorgaben

Die öffentliche Schule benötigt klare Zielvorgaben. Sie muss **Allgemeinbildung, Eigenverantwortung, Sozialkompetenzen** und **kritisches Denken** fördern, **fachspezifisches und fächerübergreifendes Wissen** vermitteln und schließlich dafür sorgen, dass Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, auf allen Unterrichtsstufen jene Förderung erfahren, die sie benötigen, um im späteren Verlauf einen Schulabschluss erlangen und sich eine Zukunft aufbauen zu können. Gleichzeitig geht es darum, potenziellen Schulaussteigern eine zweite Chance zu bieten und die Zahl der Schulabbrecher konsequent zu verringern. Und letztlich geht es um Schulentwicklung und die Fähigkeit, den gesellschaftlichen Wandel proaktiv zu begleiten, um neuen Herausforderungen angemessen begegnen zu können. Am Erreichen dieser vorrangigen Ziele werden Schule und Gesellschaft letztendlich gemessen.

Die Weiterentwicklung und Stärkung der öffentlichen Schule und Kinderbetreuung zählen zu den politischen Prioritäten der Sozialisten. Die Privatisierung von Bildungsangeboten kommt einer Schwächung des öffentlichen Schulbetriebs gleich. Die LSAP wird einer derartigen Entwicklung mit Widerstand begegnen und den öffentlichen Bildungsauftrag konsequent verteidigen.

Ganztagsbetreuung und frühkindliche Förderung

Die LSAP setzt auf Qualität in der frühkindlichen Förderung und Ganztagsbetreuung. Entsprechende Qualitätsstandards und Normen sollten für alle Einrichtungen einheitlich geregelt, verbindlich festgelegt und entsprechend kontrolliert werden. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist aus Sicht der Sozialisten ein wesentlicher Bestandteil einer hochwertigen Ganztagsbetreuung. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass auch der Personalschlüssel für ganztägige Betreuung so berechnet wird, dass er in allen Fällen dem tatsächlichen Betreuungsbedarf gerecht wird. Bei der Festlegung des Betreuungsbedarfs müssen Kinder mit spezifischen Bedürfnissen entsprechend berücksichtigt werden.

Die LSAP befürwortet darüber hinaus projekt- und entwicklungsorientierte Ansätze im Rahmen der ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Sportlichen, kulturellen und sozialen Tätigkeiten kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Jeder Grundschüler hat Anrecht auf eine ganztägige Betreuung. **Die LSAP wird sich konsequent für den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten und Maison-Relais-Plätzen einsetzen** und dafür sorgen, dass Ganztagsbetreuung erschwinglich und

weitgehend im Einflussbereich der Kommunen und öffentlichen Hand bleibt. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang auch prüfen, ob Betreuungseinrichtungen für Kinder in neu angelegten Gewerbebezonen geschaffen werden können.

Schulbildung und außerschulische Betreuung sind komplementäre Bestandteile eines umfangreichen öffentlichen Bildungsauftrags und sollten daher eng aufeinander abgestimmt werden. Ganztagschulen nehmen in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle ein und sollten auch weiterhin gefördert werden. **Die LSAP spricht sich für den landesweiten Ausbau von öffentlichen Ganztagschulen aus.**

Die LSAP setzt sich in Zusammenarbeit mit den Gemeinden dafür ein, dass das Recht der Kinder und Eltern auf Früherziehung in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die LSAP tritt für eine **Annäherung von Ganztagschulen und Maisons-Relais mit lokalen Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Musikschulen** ein.

Eltern sollten ein Recht auf freie Wahl zwischen verschiedenen Formen der Kinderbetreuung haben. In diesem Sinne wird die LSAP die Tagespflege als alternatives Betreuungsangebot verstärkt unterstützen und Tageseltern bessere Bedingungen anbieten, sowohl was ihre Entschädigung als auch den Zugang zu ihrer beruflichen Tätigkeit angeht.

Mehrsprachigkeit und Sprachenunterricht

Mehrsprachigkeit ist ein grundlegender Bestandteil des Luxemburger Schulsystems und der Gesellschaft, in der wir leben; sie zeugt von Weltoffenheit und gilt als Standortvorteil in einer globalisierten Welt. **Die LSAP wird Mehrsprachigkeit auch in Zukunft auf allen Unterrichtsstufen fördern und darauf achten, dass sie nicht zur unüberwindbaren Hürde auf dem Weg zum Schulabschluss wird.** Mehrsprachigkeit sollte als Errungenschaft und nicht als Bürde wahrgenommen werden.

Das Erlernen der Luxemburger Sprache spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in das Luxemburger Schulsystem geht. **Die LSAP wird diesem Sachverhalt Rechnung tragen und die mündliche Praxis der Luxemburger Sprache auch weiterhin verstärkt fördern.**

Das Erlernen mehrerer Sprachen ist besonders wichtig für ein kleines Land mit einer heterogenen Bevölkerung. Auch wenn der Schriftspracherwerb im Bildungsverlauf von herausragender Bedeutung ist, sollte der mündliche Sprachgebrauch nicht vernachlässigt werden, weil er unmittelbar dazu dient, sich im Alltag verständlich zu machen. **Die LSAP spricht sich für eine Neugewichtung und Aufwertung der mündlichen Sprachkompetenz aus.**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Bildung kennt keine Grenzen! **Die LSAP befürwortet** eine engere Einbeziehung der Großregion, die ihren konkreten Niederschlag im **Aufbau eines Netzwerks von Partnerschulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit und kulturellem Austausch finden soll**. Die LSAP unterstützt in diesem Sinne grenzüberschreitende Schulprojekte und Schüleraustauschprogramme. Sekundarschüler sollten das Recht auf ein Auslandssemester bzw. -trimester in einer fremdsprachigen Schule haben.

Die LSAP befürwortet und unterstützt grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Das deutsch-luxemburgische Schengen-Lyzeum in Perl hat sich als grenzüberschreitendes Schulprojekt bewährt. Die LSAP wird prüfen, ob ähnliche Initiativen mit den beiden anderen Nachbarländern sinnvoll und umsetzbar sind.

Digitalisierung und Medienerziehung

Die LSAP befürwortet ein vielseitiges, international ausgerichtetes Schulangebot, das den unterschiedlichen Bedürfnissen einer heterogenen Schulpopulation im Rahmen des öffentlichen Schulunterrichts gerecht wird. Im Zeitalter der Digitalisierung sollten autonomes, fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen gezielt und verstärkt gefördert werden. Der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Der gesellschaftliche Wandel im Zuge der digitalen Revolution ist unaufhaltsam. Schulen müssen diese Entwicklung proaktiv begleiten und ihre Schulprogramme entsprechend anpassen. **Die LSAP spricht sich für die Einführung eines fächerübergreifenden Medienerziehungsprogramms aus.** Das gilt sowohl für die Grundschule als auch für den Sekundarunterricht. Medienkompetenz ist im Zeichen fortschreitender Digitalisierung unabdingbar. Kinder und Jugendliche dürfen, was die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien angeht, nicht alleingelassen werden.

Gezielte Förderung und Chancengerechtigkeit

Es gibt immer mehr Kinder und Schüler mit Lernschwierigkeiten, spezifischen Bedürfnissen und Verhaltensauffälligkeiten. Das stellt den öffentlichen Schulbetrieb vor große Herausforderungen, die nur mit genügend Ressourcen (Fachkräfte und Geldmittel) bewältigt werden können. **Die LSAP stellt klar, dass bei Kindern und Jugendlichen in Sachen Bildung nicht gespart werden darf** und dass Schulen und Betreuungseinrichtungen so ausgestattet werden müssen, dass sie diese schwierige Aufgabe unter bestmöglichen Voraussetzungen wahrnehmen können. **Die LSAP tritt vor diesem Hintergrund für eine inklusive Schule ein, die für jeden Schüler ein passendes Angebot bereithält.** Schulen sollten in diesem Sinne verstärkt auf Sozial- und Sonderpädagogen zurückgreifen können.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass alle Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit sie ein möglichst hohes Entwicklungs- und Bildungsniveau erreichen können. Das gilt für schwächere und besonders begabte Schüler gleichermaßen. Auch die Übergänge zwischen „Enseignement secondaire classique“ und „Enseignement secondaire général“ sollten erleichtert und flexibler gestaltet werden. Schließlich geht es darum, Schüler in ihrer Ausbildungswahl und Schullaufbahn optimal zu unterstützen. Schulwechsel sollten grundsätzlich dort ermöglicht werden, wo es Sinn macht und den Interessen der Schüler entgegenkommt.

Die LSAP spricht sich für eine Ausweitung der Ausbildungspflicht auf 18 Jahre für Schüler aus, die keiner regulären Arbeit nachgehen. Damit soll dem frühzeitigen Schulausstieg entgegengewirkt und die Grundlage für eine möglichst hohe Qualifizierung und lebenslanges Lernen gelegt werden.

Das Luxemburger Handwerk leidet nach wie vor an einem chronischen Mangel an Fachkräften. **Die LSAP spricht sich für eine Aufwertung der Berufsausbildung und die Schaffung eines „Bac professionnel“ aus,** der gleichzeitig als Meisterprüfung und Hochschulreife dient.

Schulklima, Schülerbetreuung und Orientierung

Schüler haben unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder körperlichen Verfassung das Recht, sich in einem respektvollen Schulklima weiterentwickeln zu können. Bullying, Mobbing, Fremdenhass und Homophobie haben an Schulen nichts zu suchen und müssen von allen Schulpartnern konsequent durch gezielte Prävention und Konfliktbewältigung bekämpft werden. **Die LSAP tritt dafür ein, dass alle Schulpartner im Vorfeld eine Vereinbarung unterzeichnen, die es ermöglicht, Diskriminierungen und Übergriffe im schulischen Alltag wirksam zu unterbinden und mit Sanktionen zu belegen.**

Schüler brauchen Orientierung und Rückhalt, das gilt vor allem in schwierigen Entwicklungsphasen z.B. in der Pubertät oder wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen hinsichtlich der schulischen und beruflichen Laufbahn zu treffen. Tutorien, vertrauensbildende Maßnahmen und die gezielte Förderung von Sozialkompetenzen innerhalb des Schulunterrichts sind probate Mittel, um Schulklima und Schülerbetreuung zu verbessern. **Die LSAP befürwortet das Einsetzen von Vertrauenslehrern,** die gefährdeten und verunsicherten Schülern sowohl im Bereich der Konfliktprävention und Mediation als auch im Hinblick auf die schulische Orientierung an die Seite gestellt werden.

Die Übergänge zwischen den einzelnen Unterrichtsstufen müssen optimiert werden. In diesem Zusammenhang drängt sich eine bessere Abstimmung zwischen Grundschule und Sekundarunterricht auf. Auch im Hinblick auf das Erlangen der Hochschulreife und den Übergang zum Hochschulstudium sollte nachgebessert werden. **Die LSAP befürwortet die Einführung einer fächerübergreifenden Projektarbeit auf der gymnasialen Oberstufe,**

die auf die Interessen der Schüler und ihre mögliche Studienwahl zugeschnitten ist. Im „Enseignement secondaire général“ sollte die entsprechende Abschlussarbeit wahlweise aus einem berufsorientierten Praktikum oder einer praxisorientierten Projektarbeit bestehen.

Lehrerbildung, Schulentwicklung und Fortbildung

Schüler haben ein Recht auf gute Ausbildung und engagierte Lehrer. **Die LSAP wird alles dransetzen, um den Mangel an qualifizierten Lehrern in den kommenden Jahren abzubauen und die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern.**

Der Lehrermangel ist auch auf die ungenügende Anzahl an freien Studienplätzen zurückzuführen. **Die LSAP wird mit Nachdruck dafür eintreten, dass mehr Studienplätze für Lehramtsstudenten angeboten werden.** Die Universität Luxemburg wird größtenteils über öffentliche Gelder finanziert und muss einen verstärkten Beitrag zur Behebung des Lehrermangels und Erstellung von zeitgemäßen Schulmaterialien und -methoden leisten.

Darüber hinaus befürwortet die LSAP einen erleichterten **Zugang zum Lehrberuf über den zweiten Bildungsweg.**

Kinder benötigen geschlechtsspezifische Betreuung und Vorbilder im Rahmen ihrer Sozialisation. Um dem Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern in pädagogischen Berufen entgegenzuwirken, wird die LSAP prüfen, ob männlichen Studierenden der **Zugang zum Lehramts- und Pädagogikstudium nicht über gezielte Vorteilsgewährung** (positive Diskriminierung) erleichtert werden sollte.

Die LSAP unterstützt die Netzerkennung von Betreuungseinrichtungen und Schulen, um Innovation, Entwicklung und das Teilen von guten Praktiken voranzutreiben.

In Zeiten erhöhten Lehrermangels sind Lehrbeauftragte unerlässlich, um einen geordneten Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. **Die LSAP wird die Arbeits- und Lohnbedingungen für Lehrbeauftragte bilanzieren und verbessern.**

Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Deshalb ist es notwendig, dass Fortbildung und Entwicklung Hand in Hand gehen. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der Fortbildungsbedarf für Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen und pädagogische Hilfskräfte analysiert und das Fortbildungsangebot an neue gesellschaftliche Entwicklungen angepasst wird.**

Die LSAP will eine **Brücke** schlagen **zwischen Grundschule und Berufswelt.** Grundschüler sollten im Rahmen eines praxisbezogenen Unterrichts auch unterschiedliche Berufsgruppen kennenlernen, das gilt in einem besonderen Maße für Handwerksberufe, die auf Nachwuchs angewiesen sind.

Auch die Zivilgesellschaft sollte sich stärker auf Grundschulebene einbringen. Gemeinnützige Vereinigungen sollten im Rahmen pädagogischer Projekte die Möglichkeit bekommen, mit Grundschulern zusammenzuarbeiten. Kooperation stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stiftet Solidarität. **Die LSAP begrüßt entsprechende Initiativen und befürwortet eine Öffnung der Grundschule hin zur Gesellschaft und ehrenamtlichen Tätigkeit.**

Aktualitätsbezogene Themen sollten verstärkt Einzug in den Schulunterricht halten. Allgemeinbildung und Aktualitätsbezug gehen dabei Hand in Hand. Das gilt in einem besonderen Maße für eine globalisierte Welt deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sich rasant verändern. **Die LSAP spricht sich in diesem Kontext für eine Aktualisierung der Schulprogramme aus, die mit gesellschaftlichen Veränderungen Schritt halten müssen.** Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen, politische Bildung sowie Sexual- und Umwelterziehung sollten verstärkt in Schulprogrammen berücksichtigt werden. Auch das Wissen um einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, die begrenzt zur Verfügung stehen, sollte als transversales Zukunftsthema seinen Platz darin haben.

Zu viel Bürokratie schadet der Kreativität und verhindert Spontanität im schulischen Alltag. Bürokratische Prozeduren sollten auf das Sinnvolle beschränkt werden, um Lehrern und Erziehern mehr Spielraum für die Arbeit mit Schulkindern zu ermöglichen. **Die LSAP setzt sich für eine Bilanzierung und Verringerung des bürokratischen Aufwands im Schulbetrieb und die Überarbeitung der Schulentwicklungspläne ein.**

Brückenschlag zwischen Schule und Kultur

Kultur sollte einerseits verstärkt in Schulprogramme einfließen; andererseits sollten Schulklassen konsequenter in außerschulische Kunstprojekte eingebunden werden. **Die LSAP begrüßt die von der Regierung bereitgestellte Plattform für Kulturvermittlung in der Schule.** Sie ermöglicht Begegnungen von Kunstschaffenden mit Schülern sämtlicher Unterrichtsstufen. Kulturvermittlung ist Allgemeinbildung und fördert kreatives und autonomes Lernen. **Die LSAP unterstützt entsprechende Projekte und Initiativen und wird die hierfür notwendigen Fördergelder bereitstellen.**

Luxemburgensia beschränkt sich nicht auf Literatur in Luxemburger Sprache; in ihrer Mehrsprachigkeit ist sie Schmelztiegel kultureller Einflüsse und Vielfalt. **Die LSAP wird dafür sorgen, dass mehr Literatur aus Luxemburg Einzug in die Schulprogramme hält.** Das gilt gleichermaßen für die Grundschule und den Sekundarunterricht und bietet den Vorzug eines unmittelbaren Austauschs von hiesigen Autoren mit Schülern aller Altersgruppen.

Die LSAP wird auf allen Unterrichtsstufen Schulpartnerschaften mit Kultureinrichtungen unterstützen. Jede Luxemburger Schule sollte eine Partnerschaft mit einer kulturellen Institution eingehen. In diesem Kontext soll auch die Auszeichnung

von zusätzlichen Luxemburger Schulen als sogenannte UNESCO-Schulen gefördert werden. UNESCO-Schulen sind „normale“ Schulen mit dem kleinen Unterschied, dass auf dem Stundenplan die Einhaltung der Menschenrechte, kulturelle und Umwelt-Bildung und der gerechte Ausgleich zwischen Arm und Reich stehen.

Sportförderung muss möglichst früh einsetzen

Der Sportunterricht und die gezielte Förderung von Bewegung im schulischen und außerschulischen Kontext sind wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Anreize zur sportlichen Betätigung sind Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und müssen daher möglichst früh ansetzen. **Die LSAP wird das Sportförderkonzept für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren im Rahmen der außerschulischen Betreuungspläne und in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort umsetzen.** Gleichzeitig wird sie das Aus- und Fortbildungsangebot für das Schul- und Betreuungspersonal ausbauen und verbessern.

Elternvertretung und Schulpartnerschaft

Eltern sind als Erzieher ihrer Kinder wichtige Schulpartner und müssen in ihrer schulpartnerschaftlichen Rolle bestärkt werden. Der enge Kontakt zwischen Schulpersonal und Eltern muss auf allen Ebenen unterstützt und gefördert werden. **Die LSAP wird sich auch weiterhin für eine optimale Einbindung der Eltern als reelle Partner in der Schule einsetzen und die Zusammenarbeit mit der nationalen Elternvertretung fördern,** deren Rolle es sein wird, Elternarbeit und Schulpartnerschaft auf allen Schulstufen einzufordern und aktiv mitzugestalten. Im Sinne einer optimierten Schulpartnerschaft spricht sich die LSAP für die Einführung eines „Carnet de liaison“ aus, das als Plattform für den regelmäßigen Austausch zwischen Eltern, Schule und Maison-Relais dient.

Einheitlicher Werteunterricht

Die LSAP hat sich mit Nachdruck für die Abschaffung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen ausgesprochen und sich im Gegenzug für einen einheitlichen Werteunterricht starkgemacht. Dieses Ziel wurde mit der Einführung des Unterrichtsfachs „Vie et Société“ in der Grundschule und im Sekundarunterricht erreicht. **Die LSAP wird an dieser Errungenschaft festhalten und dafür sorgen, dass sich der einheitliche Werteunterricht mit den Herausforderungen unserer Zeit auseinandersetzt, sich an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientiert und sich entsprechend weiterentwickelt.** Der unmittelbare Aktualitäts- und Praxisbezug sollte im Rahmen dieses fächerübergreifenden Unterrichtsfachs besondere Berücksichtigung finden.

Für die LSAP hat der öffentliche Bildungsauftrag und freie Zugang zu einer kostenlosen Schulbildung Vorrang vor Privatschulen, die von Privatinvestoren, Eltern und öffentlicher Hand mitfinanziert werden. Nicht alle Eltern können sich eine Privatschule für ihre Kinder leisten und die zum Teil erheblichen Schulgelder aufbringen. Das führt mitunter dazu, dass parallele Schul- und Lebenswelten entstehen, die nicht eben förderlich sind für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Mixität. **Die LSAP will** diesem Sachverhalt Rechnung tragen und **Anreize zur Förderung von sozialer Durchmischung in Privatschulen schaffen**. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Privatschulen, die zu 80 Prozent von öffentlichen Geldern mitfinanziert werden, die gleichen Schulprogramme anbieten wie öffentliche Schulen.

E favorabelt Ëmfeld fir Beschäftegung, beruflech Fort- a Weiderbildung

„Arbeit genießt aus Sicht der LSAP einen übergeordneten Stellenwert (...).“³ Nicht umsonst stellt die LSAP seit mehr als acht Jahren den Arbeits- und Beschäftigungsminister, dessen erklärtes Ziel **Vollbeschäftigung** ist. Dank einer hohen Beschäftigungsquote und wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ADEM-Reform, Jugendgarantie, Beschäftigungspakt ...) ist es seit Ende 2013 gelungen, die Erwerbslosigkeit von 7,1 Prozent auf 5,6 Prozent zu verringern. Die LSAP wird auch in den kommenden Jahren alles dransetzen, die Zahl der Arbeitslosen weiter zu senken. **In der nächsten Legislaturperiode soll die Arbeitslosenquote auf unter 4 Prozent gesenkt werden**, das Erreichen dieses Eckwerts gilt als Vollbeschäftigung.

Statt in Arbeitslosigkeit wird die LSAP verstärkt **in die Menschen investieren**, in ihre Lern- und Entwicklungsfähigkeit, damit sie auch auf einem digitalen Arbeitsmarkt weiterhin bestehen können. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei jungen Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmern ohne Job. Neben einer guten Grundausbildung werden Fortbildung und lebenslanges Lernen daher immer wichtiger.

Doch auch **die arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen an die neue digitale Arbeitswelt** angepasst werden. Deren „*Spektrum reicht von der Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit über die Aussicht auf neue, hochwertige Arbeitsplätze, die zunehmende Entbindung von körperlicher Schwerarbeit und hoher Arbeitsintensität, bis hin zur Flexibilität, was Arbeitsplatz und Gestaltung der Arbeitszeit angeht.*“⁴

Die digitale Revolution wird den Wandel der Arbeitswelt in den kommenden Jahren rasant beschleunigen. **Die Interessen der Arbeitnehmer und die Arbeitsbedingungen stehen für die LSAP dabei stets im Vordergrund.** Ihr wird es vorrangig darum gehen,

- mögliche Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle) der Beschäftigten sozial abzusichern,
- berufliche Weiterbildung und Umschulung zu fördern,
- Arbeitszeitmodelle flexibler zu gestalten, in Absprache mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften, im Sinne der Beschäftigten
- Scheinselbstständigkeit und Prekarisierung von Arbeitsplätzen zu verhindern,
- eine gerechte und angemessene Entlohnung der Arbeitnehmer durchzusetzen,
- betriebliche Mitbestimmung auch in einer digitalen Welt zu ermöglichen,
- der digitalen Überwachung der Beschäftigten vorzubeugen,

³ LSAP: Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – Ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S.7

⁴ LSAP: Die digitale Entwicklung für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen – Tagespolitische Resolution, Luxemburg 2017

- dem erhöhten Leistungsdruck und dem Gefühl, ständig verfügbar zu sein, entgegenzuwirken.

Digitale Arbeitswelt: Chancen wahrnehmen, Risiken einschränken

Man kann derzeit nur mutmaßen, wie viele Arbeitsplätze der digitalen Revolution zum Opfer fallen werden und welche neuen Perspektiven und Risiken sich für die Beschäftigten daraus ergeben. Für die LSAP steht fest: Es geht um das Wohl der Arbeitnehmer und die Frage, wie sie vor Ausbeutung und unsicheren Arbeitsplätzen geschützt werden können. Die LSAP wird sich auch künftig für sichere Jobs, gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und echte Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer einsetzen. In diesem Sinne wird sie folgende Maßnahmen unterstützen und weiter ausbauen:

- landesweite Fortbildungs- und Umschulungsangebote für Beschäftigte zur Anpassung an den digitalen Wandel im Sinne des von der Regierung initiierten Pilotprojekts „Digital Skills Bridge“
- die Schaffung eines Übergangsgehalts für Arbeitnehmer, die von Stellenabbau betroffen sind und sich beruflich umorientieren müssen
- Arbeits- und Rahmenbedingungen, die an die digitale Arbeitswelt angepasst sind und die sozialen Rechte der Arbeitnehmer absichern und stärken: das gilt in einem besonderen Maße für das Recht auf Freiheit von beruflicher Kommunikation außerhalb der Arbeitszeit (*droit à la déconnexion*) und die Begrenzung bzw. das vollständige Verbot von Überwachung am Arbeitsplatz.

Der Produktivitätsgewinn, der sich unter anderem aus digitalen Prozessen ergibt, muss gerecht verteilt werden. Deshalb befürwortet die LSAP eine **Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, auf ein gesetzlich festgelegtes Maximum von 38 Stunden pro Woche. Im Sinne einer Angleichung des Privatsektors an den öffentlichen Sektor wird der Jahresurlaub im Privatsektor während einer Fünf-Jahresperiode jährlich um einen Tag verlängert.** Diese Maßnahmen werden insgesamt dazu führen, die Jahressoll-Arbeitszeit in Luxemburg wieder an die durchschnittliche Arbeitszeit der Eurozoneländer anzugleichen.⁵

Das **Recht auf Teilzeitarbeit** sollte darüber hinaus verallgemeinert und an ein **Recht auf Rückkehr in Vollzeitarbeit** gekoppelt werden. Bei Teilzeitarbeit aus familiären Gründen (nach unterschiedlichen Zeitmodellen) bis zum 12. Lebensjahr des Kindes übernimmt der Staat die Beiträge zur Pensionsversicherung für eine Reduzierung von bis zu 30% pro Elternteil. Das Recht auf Teilzeit in Verbindung mit der Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge ist nicht übertragbar von einem Elternteil auf den anderen.

⁵ Luxemburg: 1.804,7 Arbeitsstunden; Eurozone: 1.699,1 Arbeitsstunden (Stand 2016)
*Quelle: Fondation européenne pour l'amélioration des conditions de vie et de travail;
 European Industrial Relations Observatory*

Daneben sollte **Telearbeit** verstärkt gefördert und so geregelt werden, dass sie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Win-Win-Situation ergibt.

Auch freischaffende Online-Arbeiter und scheinselbstständige „Clickworkers“ bedürfen eines arbeitsrechtlichen und sozialen Schutzes. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass auf europäischer und internationaler Ebene entsprechende Regeln festgelegt und soziale Schutzmaßnahmen vereinbart werden.

Das Arbeitsrecht verteidigen und stärken

Das Arbeitsrecht hat auch in einem digitalen Zeitalter Allgemeingültigkeit und muss für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass unbefristete Arbeitsverträge auch künftig die Regel bleiben.**

Darüber hinaus wird sich die LSAP für die konsequente **Stärkung des Arbeitsrechts** einsetzen und entsprechende Reformen umsetzen

- im Bereich der Sozialpläne
- im Hinblick auf die Maßnahmen zum Beschäftigungserhalt
- in Bezug auf die Absicherung des Streikrechts
- zur Stärkung der Kollektivverträge
- zur Bekämpfung von Mobbing am Arbeitsplatz

Arbeitslosigkeit, Beschäftigungspolitik und gezielte Förderung

Menschen, die eine Arbeit suchen, sollten mit allen verfügbaren Mitteln unterstützt werden. Die ADEM (Agence pour le développement de l'emploi) muss in diesem Zusammenhang weiter eine wichtige Rolle zu spielen. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass die Modernisierung der ADEM konsequent fortgesetzt wird.** Sie wird auch weiterhin in die Qualifizierung der Betreuer investieren und die Prozeduren vereinfachen und transparent gestalten. Die ADEM sollte zu einer **Agentur für Beschäftigung und Fortbildung** ausgebaut und weiterentwickelt werden. In diesem Sinne befürwortet die LSAP eine Zusammenlegung von inhaltlich zusammenhängenden Kompetenzen. **Arbeit, Beschäftigung und berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung sollten künftig in den Zuständigkeitsbereich des Arbeitsministers fallen.**

Darüber hinaus spricht sich die LSAP für eine **Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosenentschädigung** aus, sofern sie an anerkannte und zertifizierte Fortbildungsmaßnahmen gekoppelt ist, die den betroffenen Menschen neue berufliche Perspektiven eröffnen. Entsprechende Fortbildungs- und Umschulungsprogramme müssen dabei nicht notgedrungen von der ADEM angeboten werden. Um die berufliche Wiedereingliederung von Arbeitsuchenden zu fördern, sollten auch die Bestimmungen überarbeitet werden, die die berufliche Nebentätigkeit von Erwerbslosen regelt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zählt zu den Hauptzielen der LSAP. Nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen ist das eigentliche Problem, sondern vielmehr das unzureichende Bewerbungsprofil vieler Erwerbslosen. Deshalb wird die LSAP **Fortbildungsmaßnahmen konsequent fördern und das Arbeitnehmerrecht auf Fortbildung weiter stärken.** In diesem Zusammenhang wird die LSAP ein persönliches Fortbildungskonto schaffen. Zu den Zielgruppen gehören u.a. Jugendliche, die eine Arbeit suchen, Frauen, die nach ihrer Mutterschaft wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, Langzeitarbeitslose, die sich auf dem Arbeitsmarkt aufgrund ihrer mangelnden Qualifikation schwertun, sowie ältere und behinderte Arbeitnehmer, die aus Kostengründen oder körperlichen Ursachen nur schwer vermittelbar sind.

- Die LSAP wird die eingeführte Jugendgarantie weiterentwickeln und zu einer beruflichen Ausbildungsgarantie ausbauen.
- Die LSAP wird Langzeitarbeitslose unterstützen und für die Schaffung angemessen entlohnter Arbeitsplätze im Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft eintreten. Gleichzeitig wird sie gemeinnützige Gesellschaften unterstützen und einen Aktionsplan zur Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft vorlegen.
- Die LSAP wird auf die Erfahrung und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer setzen und Altersmanagement in Betrieben fördern.
- Die LSAP wird dafür sorgen, dass Frauen in gleichem Maße wie Männer von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen profitieren können.
- Die LSAP wird das Stellenangebot für Menschen mit Behinderungen verbessern und darauf achten, dass geltende Quotenregelungen eingehalten werden. Diese Vorgabe gilt für Staat, Kommunen, öffentliche Einrichtungen und Privatunternehmen gleichermaßen. Die öffentliche Hand hat in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion, die sie aktiv wahrnehmen muss.

Gleiche Rechte und Pflichten für Frauen und Männer

Mütter und Väter sind gemeinsam für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Deshalb muss es möglich sein, dass sich beide Elternteile diese Aufgabe gerecht untereinander aufteilen. Frauen und Männer sind gleichberechtigt und haben den Anspruch, ihre jeweiligen Lebensentwürfe aufeinander abstimmen und verwirklichen zu können. Flexiblere Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten, Telearbeit, verbesserte Möglichkeiten bei der Gestaltung von Teilzeit- und Vollzeitarbeit sowie zeitgemäße Sonderurlaubsregelungen sind wichtige Voraussetzungen für mehr Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Es sind notwendige Schritte, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen. **Die LSAP wird sich für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung starkmachen und Familien in allen möglichen Erscheinungsformen unterstützen.**

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Arbeitsmedizin, Gewerbeinspektion und Arbeitgeber sind für das Wohl der Beschäftigten verantwortlich. Sie müssen gemeinsam sicherstellen, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht unzumutbaren Belastungen ausgesetzt und durch schlechte Arbeitsbedingungen und mögliche Unfall- bzw. andere Risiken gefährdet wird. **Die LSAP tritt für eine Reform der Arbeitsmedizin und die Modernisierung und Stärkung der Gewerbeinspektion ein.** Prävention und verstärkte Kontrollen sind dabei ebenso wichtig wie die Bewertung und aktive Vermeidung von Risiken und Gefahren bei Arbeitsabläufen durch Unternehmen. Sichere und gesunde Arbeitsplätze tragen gemeinhin zu einem guten Betriebsklima bei und helfen krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten zu verhindern. Kostenminimierung und Profitmaximierung erhöhen den Leistungsdruck, dem viele Arbeitnehmer in einer globalisierten Arbeitswelt ausgesetzt sind. Sozialdumping, Burnout und Mobbing sind gesellschaftliche Phänomene, die sich daraus ergeben und die mit Nachdruck bekämpft werden müssen. **Die LSAP setzt sich vor diesem Hintergrund für verstärkte Kontrollen durch die Gewerbeinspektion, Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz und eine wirksame Anti-Mobbing-Gesetzgebung ein.**

Berufsausbildung und Lifelong Learning

Eine gute Grund- und Berufsausbildung ermöglicht nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, sie bildet darüber hinaus eine Grundlage für weiterbildende Studien und lebenslanges Lernen. Eine zukunftsfähige Gesellschaft und eine erfolgreiche Volkswirtschaft benötigen gut ausgebildete Fachkräfte und kreative Köpfe, die bereit sind, neue Wege zu gehen und sich weiterzubilden.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit wird die LSAP ein besonderes Augenmerk auf jene Schüler richten, die sich mit der schulischen Bildung schwertun und den Anforderungen des Sekundarunterrichts nicht gerecht werden. Durch eine gezieltere Förderung und Betreuung sollen sie im Rahmen ihrer Schulzeit verstärkt auf die Berufswelt vorbereitet werden. Die LSAP wird in diesem Kontext die Zusammenarbeit zwischen ADEM und dem Haus der Orientierung fördern, damit „Préparatoire“-Schüler frühzeitig in Berufe orientiert werden, die praktisch sind und Zukunftsperspektiven bieten. Auch die **schulische Ausbildung** sollte möglichst **fächerübergreifend, praxis- und projektorientiert** sein und Schüler dazu befähigen, ein ihren Fähigkeiten entsprechendes Bewerbungsprofil (Arbeitsmappe, Motivationsbrief, Lebenslauf) zu erstellen. Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Erlernen der englischen Sprache zu, deren Stellenwert in einer globalisierten Welt immer größer wird.

Die LSAP wird alles dransetzen, allen Jugendlichen eine hochwertige Ausbildung und berufliche Perspektive zu bieten. In diesem Sinne setzt sich die LSAP für ein **Recht auf einen Ausbildungsplatz** ein und wird zusammen mit den Sozialpartnern dafür sorgen, dass mehr Lehrstellen in Betrieben zur Verfügung gestellt werden. **Die LSAP befürwortet**

die Vereinbarung eines Ausbildungspakts, der darauf abzielt, alle Jugendlichen – auch die Schwächeren – zu unterstützen und ihnen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Unternehmen, die konsequent in die Berufsausbildung investieren, sollten steuerlich entlastet werden, um anfallende Kosten zu kompensieren.

Darüber hinaus wird die LSAP berufsbegleitende Weiterqualifizierung fördern und die Validierung bzw. Zertifizierung von Berufs- und Lebenserfahrungen konsequent unterstützen. Die Qualitätssicherung und die Bewertung spielt in der beruflichen Fortbildung eine wesentliche Rolle. Die LSAP wird sich für die Schaffung einer **Akkreditierungsagentur für Fortbildungslehrgänge und Ausbilder** einsetzen und dabei auf objektive und transparente Bewertungskriterien drängen. Erfolgreich abgeschlossene Fortbildungsmaßnahmen sollten mit einem Bonus für Mindestlohnempfänger gewürdigt werden.

Die Einführung von **Arbeitszeitkonten und Fortbildungsschecks** sind wichtige Anreize zur Förderung der beruflichen Fortbildung. Insbesondere Menschen mit geringer Qualifikation und niedrigem Einkommen sollten von diesen Maßnahmen verstärkt profitieren und ihre beruflichen Perspektiven durch Weiterbildung verbessern können.

Berufsorientierung und weiterbildende Studien

Im Zeitalter der Digitalisierung ist es sinnvoll, eine enge Verknüpfung von beruflicher und akademischer Bildung zu fördern. **Die LSAP wird sich für die verstärkte Schaffung dualer Studiengänge einsetzen**, um dem technologischen Fortschritt und den Herausforderungen eines digitalen Arbeitsmarkts wirksamer begegnen zu können. Durch Innovation, neue Informations- und Kommunikationstechnologien und automatisierte Produktionsprozesse wird sich die Berufswelt in den kommenden Jahren rasant verändern. Alte Berufe werden verschwinden oder sich verändern, neue Berufsbilder werden entstehen. Vor diesem Hintergrund wird Berufsorientierung immer wichtiger. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass die berufliche Aus- und Fortbildung in enger Zusammenarbeit mit den Betrieben weiterentwickelt wird.** Auch die Ausbilder selbst müssen sich den veränderten Bedingungen anpassen und durch gezielte Weiterbildung mit der digitalen Entwicklung Schritt halten. Daneben spricht sich die LSAP dafür aus, das Berufsbild eines Orientierungsbeauftragten zu definieren und eine entsprechende Ausbildung anzubieten. Bei der Berufsorientierung und Studieninformation sollten Berufsverbände, Fachhochschulen und Universitäten verstärkt zusammenarbeiten.

Zweiter Bildungsweg und Erwachsenenbildung

Jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient. Zudem sollte jederzeit die Möglichkeit bestehen, eine abgebrochene Schul- oder Berufsausbildung wieder aufzunehmen und ein Abschlussdiplom auf dem zweiten Bildungsweg zu erlangen. Gleiches gilt für Erwachsene,

die ihre Kenntnisse auffrischen und ihre Kompetenzen erweitern wollen. Lifelong Learning ist ein Bürgerrecht und sollte von allen als gesellschaftliche Verpflichtung wahrgenommen werden. **Die LSAP wird die Schule des 2. Bildungsweges auch künftig unterstützen und konsequent weiterentwickeln.** Sie ist wesentlicher Bestandteil des öffentlichen Schulsystems und Anlaufstelle für Schulabbrecher und Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden. Die LSAP befürwortet die systematische Erfassung aller Jugendlichen, die ihre Ausbildung abbrechen. Dabei drängt sich eine konsequente Ursachenforschung auf, um mit angemessenen Lösungsansätzen darauf reagieren zu können.

Der **Förderung von Sprachkompetenzen** kommt im Rahmen der Erwachsenenbildung eine zentrale Bedeutung zu. Das gilt sowohl für das Erlernen der Luxemburger Sprache als Mittel zur Integration als auch für die Vermittlung von Fremdsprachen. **Die LSAP wird das Angebot an Sprachkursen weiter ausbauen und verbessern.** Darüber hinaus wird die LSAP das Prinzip einer „Open University“ unterstützen, das Erwachsenen jeden Alters freie Studien ermöglicht.

Auch Straftäter haben Anspruch auf Weiterbildung im Rahmen ihres Strafvollzugs. Fortbildungsmaßnahmen erhöhen die Chancen auf eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die LSAP spricht sich für die Schaffung eines Fortbildungsinstituts für Gefängnisse und Jugendstrafanstalten aus.

Eng optimal Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger

Der Mensch steht für die Sozialisten im Mittelpunkt ihres politischen Engagements.

Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine optimale Gesundheitsversorgung, die weder von der sozialen Herkunft noch von der Höhe des Einkommens oder vom jeweiligen Wohnort abhängen darf. Als Verfechter eines starken Sozialstaats wird die LSAP dafür sorgen, dass das Gesundheitssystem die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit annimmt und den neuen Anforderungen mit angemessenen Lösungsansätzen gerecht wird. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und alternden Bevölkerung leiden immer mehr Menschen an chronischen und degenerativen Erkrankungen, auf die unser öffentliches Gesundheitssystem angemessen reagieren muss. **Die LSAP wird die medizinische Grundversorgung** auch in den kommenden Jahren konsequent **weiterentwickeln und ausbauen.**

Medizinische Grundversorgung ausbauen und stärken

Die LSAP wird dafür sorgen, dass den Bedürfnissen der Patienten durch eine integrierte, dauerhafte und koordinierte medizinische Versorgung Rechnung getragen wird. **Die Allgemeinmediziner spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.** Sie sind die ersten Ansprechpartner für kranke Menschen; ihnen kommt dabei eine große Verantwortung zu. **Die LSAP wird die postuniversitäre Weiterbildung für Allgemeinmediziner weiterentwickeln.**

Dank des neuen Gesetzes zur Schaffung einer „**Medical School**“ werden Medizinstudenten künftig die Möglichkeit haben, ihr **Bachelor-Studium in Luxemburg** zu absolvieren. Das wird mit Sicherheit die Niederlassung von Allgemeinmedizinern hierzulande fördern. Gleichzeitig werden **spezialisierte Studiengänge** in den Bereichen **Onkologie** und **Neurologie** angeboten. Die Ausbildung von Medizinern in Luxemburg könnte durch weitere Spezialisierung ergänzt und weiterentwickelt werden. Wie in anderen europäischen Ländern wird die **berufliche Weiterbildung von Ärzten** auch in Luxemburg Pflicht.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, alle **Gesundheitsberufe** an die Anforderungen einer modernen Medizin anzupassen. Das gilt sowohl im Hinblick auf eine **bessere Planbarkeit der notwendigen Ressourcen** als auch in Bezug auf die reglementarische Anpassung verschiedener Gesundheitsberufe. Die neuen Bestimmungen für Hebammen, Krankenpfleger und Physiotherapeuten sollen zügig finalisiert werden. **Ziel ist es auch, Gesundheitsberufe attraktiver zu gestalten und gleichzeitig die Qualität der Dienstleistungen zu gewährleisten.** Die LSAP will junge Menschen motivieren, sich für diese Berufe zu interessieren und entsprechend zu orientieren.

Die LSAP wird ferner das Konzept des Referenzarztes ausbauen und Allgemeinmediziner bei ihrer Niederlassung helfen. Daneben unterstützt sie die Einrichtung von **Gruppenpraxen**, sei es zwischen Allgemeinmedizinerinnen, Spezialisten oder auch anderen Gesundheitsberufen. Durch die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen kann den Bürgern eine umfangreichere Gesundheitsversorgung angeboten werden. Gemeinschaftspraxen haben zahlreiche Vorzüge. Sie erlauben es, chronische Patienten besser zu versorgen, bieten flexiblere Sprechstunden und tragen neben den sogenannten „Maisons médicales“ dazu bei, die Notfallversorgung in Krankenhäusern zu entlasten und die regionale Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Die LSAP wird der demografischen Entwicklung Rechnung tragen und sicherstellen, dass auch in Zukunft genügend Apotheken zur Verfügung stehen, um landesweit eine optimale Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können.

Krankenhausversorgung optimieren

Das neue Spitalgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen wird **die qualitative Versorgung in Krankenhäusern nachhaltig verbessern.** Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der ambulanten Behandlung, die auf Krankenhausebene aufgewertet werden soll. Die **Bündelung von Kompetenzen** und die **Schaffung eines medizinischen Dokumentations- und Informationsdienstes** für sämtliche Krankenhäuser bzw. Krankenhausgruppen sind wesentliche Schritte hin zur Einrichtung von Exzellenzzentren, die zu einer optimierten Gesundheitsversorgung beitragen auf der Grundlage von Qualitätsstandards und -programmen.

Die Notfallversorgung muss weiter verbessert werden. Unnötige Wartezeiten sorgen bei betroffenen Patienten und ihren Angehörigen für Unmut und Unverständnis. Die LSAP wird den Schlussfolgerungen des Audits über die Notfallversorgung in Krankenhäusern Rechnung tragen und schnell Abhilfe schaffen. **Ziel ist es, die Notfallversorgung nachhaltig zu entlasten und die unnötigen Wartezeiten wesentlich zu verkürzen,** damit jeder Patient innerhalb von zwei Stunden ärztlich versorgt werden kann. Eine entsprechende Plattform wird die notwendigen und vorrangigen Maßnahmen koordinieren und auf ihre sofortige Umsetzung drängen.

Die LSAP strebt eine engere Koordination zwischen „Maisons Médicales“ und Krankenhäusern an. Die „Maisons Médicales“ sollen als unabhängige Strukturen in die Spitalgebäude integriert werden. Der „Service de tri“ soll gemeinsam sein.

Klinische Forschung: Herausforderung für das Gesundheitswesen

Die klinische Forschung zählt zu den großen Herausforderungen des Gesundheitswesens. **Die LSAP befürwortet die Schaffung eines Finanzierungsprogramms für klinische**

Forschung in Krankenhäusern auf der Grundlage existierender Modelle in anderen EU-Staaten. In diesem Zusammenhang sollten auch außerklinische Zusammenhänge berücksichtigt werden und in die klinische Forschung einfließen.

Die Sicherheit der Patienten und die Qualität der medizinischen Versorgung haben für die LSAP Vorrang. Ein Patientensicherheitsprogramm auf der Basis internationaler Standards soll sicherstellen, dass sowohl die ambulante als auch die klinische Versorgung in Krankenhäusern den vereinbarten Normen entspricht. Ein entsprechendes Akkreditierungsverfahren für sämtliche Krankenhäuser soll die bestmögliche Versorgung der Patienten gewährleisten.

Die LSAP setzt sich auch für eine **Verbesserung der Patientenrechte** ein und fordert die Schaffung eines Entschädigungsfonds für therapeutische Fehlbehandlungen. Patienten sollten in diesen Fällen ohne Fehlerbeweislaster entschädigt werden.

Die LSAP spricht sich darüber hinaus **für eine Anpassung der Gesetzgebung über das Nationale Gesundheitslabor aus**, wobei die Rolle der verschiedenen Akteure im Bereich der Biotechnologien und Gendiagnostik berücksichtigt werden müssen.

Gesundheit und Digitalisierung

Der Digitalisierung kommt in allen Gesundheitsbereichen eine zunehmend wichtige Rolle zu. Sie wird dazu beitragen, eine vorbeugende und personalisierte Medizin aufzubauen; sie wird die Behandlungsmethoden und Verhaltensweisen beeinflussen, sie wird helfen, Nebenwirkungen bei chronischen Erkrankungen zu verhindern und eine bessere medizinische Überwachung ermöglichen. Die Digitalisierung des Gesundheitssystems wird außerdem helfen, Zeit einzusparen, die dann besser für die medizinische Betreuung und eine hochwertige Versorgung der Patienten genutzt werden kann.

Darüber hinaus wird sie die Patienten befähigen, mehr Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Jeder Patient sollte in die Lage versetzt werden, sich medizinische Kenntnisse anzueignen, um bewusster Entscheidungen zur eigenen Gesundheit treffen zu können. Gemäß dem „Patient Empowerment“-Konzept „Health Literacy“ wird der Patient selbst Akteur, was den bewussten Umgang mit seiner Krankheit angeht.

Die LSAP wird die Digitalisierung des Gesundheitssystems vorantreiben:

- mit Projekten, die die digitale Transformation in Krankenhäusern beschleunigen und die Telemedizin in Luxemburg implementieren
- mit öffentlichen Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitsbereich
- durch die Entwicklung von mobilen Anwendungen (Apps), z.B. zur Förderung einer gesunden Lebenshygiene

- durch die Unterstützung von Maßnahmen zur Speicherung von Genomsequenzen.

Mehr in die Digitalisierung im Gesundheitsbereich zu investieren, entspricht nicht nur dem Standpunkt vieler Gesundheitsexperten, auch der Zukunftsforscher Jeremy Rifkin hat in seiner strategischen Studie zur dritten industriellen Revolution für Luxemburg die Digitalisierung als Schlüssel für die künftige Entwicklung in zentralen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen ausgemacht. Eine Auswertung der Aktivitäten und Aufgaben der eSanté-Agentur soll dazu beitragen, einen nationalen **Entwicklungsplan für ein digitales Gesundheitssystem** aufzustellen, der alle Vorzüge nutzen soll, die Luxemburg auf dem Gebiet der Digitalisierung zu bieten hat.

Eine bessere Steuerung des öffentlichen Gesundheitssystems

Die LSAP wird eine gesetzliche Grundlage schaffen, um das öffentliche Gesundheitssystem noch besser steuern und ein Krankheitsregister schaffen zu können. Ein derartiges Register ist ein wichtiges Instrument zur Steuerung eines modernen Gesundheitssystems. Abgesehen vom nationalen Register für Krebserkrankungen gibt es zurzeit keine gesetzliche Basis hierfür. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass mit Inkrafttreten der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung akuter Handlungsbedarf besteht, was den Umgang mit personenbezogenen Daten angeht.

Gesundheitspolitik ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb wird die LSAP den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessern und auch jene Bevölkerungsschichten verstärkt unterstützen, die angesichts ihres sozio-ökonomischen Hintergrunds zu den Risikogruppen für chronische Erkrankungen gehören. **Die LSAP wird diese Ungleichheiten bekämpfen und ein Nationales Komitee für einen gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung schaffen.** Dessen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sollen bei der Aufstellung eines Nationalen Gesundheitsplans berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wird die LSAP die **Entwicklung und Umsetzung einer Nationalen Agentur für Medikamente und Gesundheitsprodukte** vorantreiben und eine gesetzliche Basis hierfür schaffen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Förderung und Weiterentwicklung von Biotechnologien. Ein modernes Gesundheitssystem benötigt eine Gesundheitsverwaltung, die auch neuen Herausforderungen und Aufgaben Rechnung trägt. Das entsprechende Gesetz soll überarbeitet und die künftigen Aufgaben der Gesundheitsdirektion darin festgelegt werden. Die LSAP wird auch verstärkt auf aktive Gesundheitsförderung setzen, Gesundheitsrisiken gezielt entgegenwirken und gesundheitsbewusste Lebensweisen fördern.

Gesundheitsprävention, eine langfristige Aufgabe und Strategie

Die LSAP wird verstärkt auf Gesundheitsprävention setzen und eine langfristige Gesundheitsstrategie entwickeln. Alle bestehenden Präventionsprogramme sollen

evaluiert und als Grundlage für den ersten Nationalen **Gesundheitsplan** dienen. Dabei geht es u.a. um klare Zielsetzungen und konkrete Maßnahmen und Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt chronischen Erkrankungen und Pathologien mit hoher Sterblichkeitsrate wie **Herz- und Kreislauferkrankungen**.

Eine vorrangige Zielsetzung der nationalen Gesundheitspolitik wird der **Kampf gegen Fettsucht** sein. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang weiter am Rahmenprogramm „Gesond iessen, méi bewegen“ festhalten. **Gesunde Ernährung** zählt zu den weiteren Prioritäten in Sachen Krankheitsprävention. Die LSAP setzt dabei verstärkt auf **Partnerschaften** mit den Gemeinden, Arbeitgebern, Schulen, Betreuungseinrichtungen, Kantinenbetreibern, Vereinen, Landwirten und Lebensmittelproduzenten. Auch im Bereich der Etikettierung von Nahrungsmitteln wird die LSAP nachbessern. Sie wird eine **Gesundheitscharta** entwickeln, bei der es darum geht, den Einsatz von Salz, Zucker und Trans-Fettsäuren zu verringern. In diesem Zusammenhang wird die LSAP **steuerliche Lenkungsmaßnahmen** ins Auge fassen, um Konsumenten die Wahl von gesundheitsförderlichen Lebens- und Nahrungsmitteln nahezu legen. Die geplanten steuerlichen Maßnahmen werden Teil des globalen Programms zur Gesundheitsförderung sein. Das gleiche gilt für Bestimmungen, die das Angebot und den Zugang zu Qualitätsnahrungsmitteln verbessern und den Schutz von Kindern und Jugendlichen fördern.

Darüber hinaus wird eine Homepage eingerichtet, die sich mit gesunden Lebensweisen befasst und zur Schaffung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen beiträgt. Sie soll u.a. als **Plattform für den Meinungs- und Informationsaustausch** zwischen Bürgern und Gesundheitsberuflern dienen. Darüber hinaus sind Bildungslehrgänge und der Austausch guter Praktiken geplant. Eine Nationale Agentur soll sämtliche Kompetenzen aus den Bereichen „gesunde Ernährung“ und „Lebensmittelkontrolle und -sicherheit“ bündeln.

Kampf gegen Alkoholmissbrauch

Alkoholmissbrauch ist eine Volkskrankheit mit schwerwiegenden Folgen für betroffene Menschen und ihr unmittelbares Umfeld. Auch Jugendliche sind durch missbräuchlichen und wiederholten Alkoholkonsum stark gefährdet. Gelegentliche Alkoholexzesse schädigen die körperliche und geistige Gesundheit, während Komatrinken zu lebensbedrohlichen Situationen führen kann. Vor diesem Hintergrund drängt sich eine **Anpassung des legalen Alters für den Kauf und Konsum von alkoholischen Getränken** von derzeit 16 auf 18 Jahre auf. Die LSAP wird sich dabei an entsprechenden Regelungen in anderen EU-Staaten orientieren. Darüber hinaus wird die LSAP über Preispolitik und Werbung für Alkoholgetränke nachdenken und ein Werbeverbot für Alkoholika ins Auge fassen, das sich an ein jugendliches Zielpublikum richtet. Daneben soll mit Warnhinweisen auf mögliche **Gesundheitsrisiken von Alkoholkonsum** aufmerksam gemacht werden. Ferner werden internationale Empfehlungen zum Jugendschutz in Zusammenhang mit dem Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen.

Kompetenzzentrum für Neuropsychiatrie

Die LSAP befürwortet die enge **Zusammenarbeit zwischen dem Nordspital (CHdN) und dem neuropsychiatrischen Krankenhaus (CHNP)**. Durch eine Fusion beider Einrichtungen können Patienten gezielter betreut und vorhandene Ressourcen und Kompetenzen besser genutzt und aufeinander abgestimmt werden. Die enge Verbindung zwischen einer akuten neuropsychiatrischen Versorgung und der zeitweiligen Unterbringung in offenen Strukturen ermöglicht eine koordinierte Betreuung und schränkt die Rückfallrisiken dieser besonders gefährdeten Patientengruppen ein. Die Fusion von Partnern, die sich in den Bereichen akute Betreuung und Rehabilitation ergänzen, passt daher ausgezeichnet in das allgemeine Konzept von Netzwerkbildung und Kompetenzclustern, das landesweit die bestmögliche Versorgung aller Patienten anstrebt.

Eng zäitgeméiss sozial Ofsécherung fir jiddereen

Die gesetzliche Sozialversicherung zählt zu den wesentlichen Errungenschaften eines starken Sozialstaats, der Garant ist für eine gute Lebensqualität und ein würdevolles Leben in einer Gemeinschaft, die auf Solidarität und geteilte Verantwortung setzt. **Die LSAP wird nicht an den Grundlagen einer solidarischen Finanzierung der Sozialversicherung rütteln.** Sie bilden ein starkes Fundament, das allen Bürgerinnen und Bürgern eine zeitgemäße soziale Absicherung mit hochwertigen Leistungen in allen möglichen Lebenslagen bietet. Eine Zwei-Klassen-Medizin lehnt die LSAP daher ebenso ab wie Bestrebungen von Arbeitgeberseite, sich der kollektiven Verantwortung zu entziehen und die vereinbarte Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme zu untergraben.

Die gesetzliche Krankenversicherung absichern und weiterentwickeln

Die gesetzliche Krankenversicherung muss für alle Bürger obligatorisch bleiben, unabhängig von ihrem Einkommen. Dasselbe gilt für das Prinzip der Konventionierung der medizinischen Leistungserbringer. Die aus staatlichen Zuwendungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen solidarisch finanzierte Krankenversicherung hat eine wichtige gesellschaftliche Schutzfunktion. Sie hat sich nachhaltig als Erfolgsmodell bewährt und muss in ihrem Bestand langfristig abgesichert werden. **Die LSAP wird dafür sorgen, dass alle Versicherten - unabhängig von ihrem Krankheitszustand und ihrer finanzieller Lage - Zugang zur gleichen medizinischen Versorgung haben.** Die LSAP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Gesundheitsversorgung in Luxemburg solidarisch organisiert wird.

Die LSAP wird die Krankenversicherung auch in Zukunft weiter ausbauen und ihre Leistungen und Dienste gezielt verbessern:

- bei der Kostenübernahme für zahnärztliche Leistungen (u.a. für Zahnimplantate), Hörgeräte, Brillen, Kontaktlinsen und Eingriffe zur Verbesserung der Sehstärke ...
- durch die Abschaffung von 1.-Klasse-Zuschlägen auf Arzthonoraren: als Kompensation schlägt die LSAP angepasste Vergütungen für die Ärzte vor
- durch die Einführung des „tiers payant généralisé“
- durch die Rückerstattung von Kosten für wirksame alternative Behandlungsmethoden, u.a. für Osteopathie
- durch die Einführung von Einzelfallentscheidungen bei Sonder- und Härtefällen, im sozialen Bereich insgesamt
- durch die Kostenübernahme von aller Verhütungsmitteln ohne Altersbegrenzung
- durch die Kostenrückerstattung und die Tarifikation von medizinischen Akten und paramedizinischen Dienstleistungen in Zusammenhang mit dem Gesetz über Sterbehilfe
- durch weitere Anpassungen der ärztlichen Leistungskataloge an die medizinisch-technische Entwicklung (Neben der Anpassung der ärztlichen Leistungskataloge

sollten auch ärztliche Sondervergütungen (convenances personnelles) geregelt werden. Sämtliche medizinischen Behandlungen sollten einen festgelegten Preis haben, selbst dann, wenn die Kosten dafür nicht von der Gesundheitskasse rückerstattet werden.)

- durch die Aufnahme eines koordinierten Angebots an Gesundheitspräventions- und Sportprogrammen in den Leistungskatalog der Gesundheitskasse

In Europa hat sich die Stärke der Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit (société de secours mutuels) in den letzten Jahren substanziell weiterentwickelt: In unseren direkten Nachbarländern agieren große Mutualitäten mit dem sozialen Grundsatz der gegenseitigen Solidarität und ohne jeglichen Gewinnzweck. Deswegen unterliegen diese Mutualitäten besonderen gesetzlichen Bestimmungen, auch in Luxemburg. Die in der AIM (Association internationale de la Mutualité) weltweit förderierten Mutualitäten decken allein im Gesundheitsbereich mittlerweile eine Milliarde Menschen ab. Die LSAP wird dafür sorgen, dass in Luxemburg diejenigen Mutualitäten, die innerhalb der FNML (Fédération de la Mutualité Luxembourgeoise) gefördert und über 300.000 Mitglieder stark sind, dank eines modernen Gesetzes weiterhin den Grundgedanken der gegenseitigen Solidarität weiterverfolgen können und auch weiter existieren werden: Neben zusätzlichen Leistungen im Gesundheitsbereich und in der Prävention können auch andere Gruppenabsicherungen gefördert werden, die den Grundgedanken der Mutualität entsprechen. Die LSAP wird also keine Initiative unterstützen, die zum Ziel hat, das uneigennützig Mutualitätssystem abzuschaffen und es durch kommerzielle Alternativen zu ersetzen.

Generationenvertrag für sichere Renten

Der Generationenvertrag wird mit den Sozialisten auch in Zukunft Bestand haben.

Sichere Renten sind die verdiente Anerkennung einer Lebensleistung, die auf der Grundlage vormals erbrachter Beitragszahlungen per Umlageverfahren vergütet wird. Die heutigen Rentenbezieher sind die Beitragszahler von einst. Mit der 2012 beschlossenen Rentenreform hat die LSAP dazu beigetragen, dass dies auch künftig so sein wird, dass die heutigen Beitragszahler ihren Anspruch auf eine sichere Rente späterhin geltend machen können.

Die LSAP wird an den Grundlagen des gesetzlichen Rentensystems festhalten.

Aufgrund der großen Rentenreserven sieht die LSAP, was dessen Finanzierung angeht, kurzfristig keinen Handlungsbedarf. **Rentenkürzungen und eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wird es mit der LSAP daher nicht geben.** Die Sozialisten unterstützen dagegen Bemühungen, das tatsächliche Renteneintrittsalter näher an das legale Alterslimit von 65 Jahren heranzuführen. Auch sollte über die Berücksichtigung von Schwerstarbeit in Zusammenhang mit Rentenansprüchen nachgedacht werden. Ein entsprechender Faktor könnte zur Ermittlung dieses Sachverhalts herangezogen werden.

Die LSAP wird auch weiterhin an der Deckelung der Beiträge des solidarischen Rentensystems festhalten. Allerdings sollte mit den Sozialpartnern über Ansätze wie die Berücksichtigung von Überstundenvergütungen oder eine teilweise Anrechnung von Essenszulagen diskutiert werden. Darüber hinaus wird die LSAP auch den Aufbau eigener Pensionsrechte bis zur Höhe des früheren Einkommens weiter fördern. Nachbesserungen sind aus LSAP-Sicht auch bei Minimalrenten notwendig, wo es in Härtefällen zu strukturellen Anpassungen kommen muss.

Mittel- und langfristig muss angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung auch über alternative Einnahmequellen (z.B. eine Finanztransaktions- oder eine Robotersteuer) **und zusätzliche Finanzierungsmodelle nachgedacht werden.** Mit zunehmender Digitalisierung sollte nicht allein der Faktor Arbeit, sondern auch der Produktivitätsgewinn als Beitragsgrundlage für die langfristige Absicherung und Finanzierung der Renten herangezogen werden.

Die LSAP mahnt überdies zu einem nachhaltigen und umsichtigen Umgang mit vorhandenen Rentenreserven. Investitionsbereiche von Rentenfonds müssen maßgeblich auf nachhaltigen, ethischen, sozialverträglichen und werterhaltenden Kriterien beruhen. **Die LSAP setzt sich für den Aufbau eines Rentenfonds im öffentlichen Dienst ein, um die Finanzierung der öffentlichen Renten abzusichern.**

Reform der Pflegeversicherung: Bilanzierung und Anpassung

Die Pflegeversicherung wurde 1999 auf Vorschlag der Sozialisten eingeführt und 2017 auch auf Initiative der LSAP reformiert. **Seit ihrer Einführung zählt die Pflegeversicherung zu den großen sozialpolitischen Errungenschaften und gesellschaftlichen Fortschritten in Luxemburg.** Nicht nur Pflegebedürftige profitieren von einer umfangreichen Versorgung in spezialisierten Einrichtungen bzw. zu Hause durch Pflegedienste oder Pflegepersonen; auch die Angehörigen von Pflegebedürftigen werden durch die Leistungen der Pflegeversicherung wesentlich entlastet und können ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen dadurch besser nachkommen.

Durch die am 1. Januar 2018 in Kraft getretene Reform der Pflegeversicherung ist es gelungen, für mehr Flexibilität in der Betreuung von Pflegebedürftigen zu sorgen und die Leistungen auf mehreren Ebenen zu verbessern.

Die LSAP wird auch weiterhin auf den Errungenschaften der Pflegeversicherung und einer verbesserten Pflege und Qualitätskontrolle festhalten, um den Bedürfnissen der Versicherten durch angepasste Leistungen besser Rechnung tragen zu können.

Sozialversicherung und Digitalisierung

Anpassungen im Bereich der Sozialversicherung wird es auch durch den digitalen Wandel geben, der die Arbeitswelt und Gesellschaft verändert, neue Berufsfelder erschließt und die Arbeitnehmer und sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen stellt. Die digitale Arbeitswelt setzt verstärkt auf plattform- und projektbezogenes Arbeiten. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass Arbeits- und Sozialversicherungsrecht weiterentwickelt und modernisiert werden, um Online-Arbeitern einen angemessenen arbeitsrechtlichen Schutz und die notwendige soziale Sicherheit zu bieten.** Die LSAP schlägt in diesem Zusammenhang die **Einführung eines Sozialzuschlags für geleistete Online-Dienste** zur sozialen Absicherung sogenannter „Clickworker“ vor.

Eng innovativ an dynamisch Wirtschaftsentwécklung fir Lëtzebuerg

Das außerordentliche Bevölkerungswachstum, die steigende Zahl der Grenzgänger und die damit verbundenen Verkehrsprobleme und sehr hohen Wohnungspreise befeuern in Luxemburg seit einigen Jahren die Debatte um die Grenzen des Wachstums. Die Regierung hat sich intensiv mit den Fragen zur zukünftigen Entwicklung des Landes beschäftigt. Experten wurden zu Rate gezogen und Plattformen angeboten, die eine breit geführte öffentliche Diskussion angestoßen haben. Die LSAP hat daraus ihre Schlussfolgerungen gezogen und entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Qualitatives Wachstum als Voraussetzung für Lebensqualität

Im Mittelpunkt der Diskussionen über die künftige Entwicklung des Landes stand das Schlagwort „qualitatives Wachstum“. Gemeint ist damit eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die Bürgern ein hohes Maß an Lebensqualität bietet und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch auf ein erträgliches Niveau reduziert.

Luxemburg ist attraktiv. Alle aktuellen Entwicklungsszenarien gehen davon aus, dass die Zahl der Einwohner und Grenzgänger weiter steigen wird. Der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt wird auch in Zukunft groß bleiben. Gezielt weniger Betriebe anzusiedeln und weniger Arbeitsplätze zu schaffen, löst demnach keine Probleme.

Für die LSAP geht nachhaltige Entwicklung über das Schlagwort „qualitatives Wachstum“ hinaus. Vielmehr geht es darum, die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Dimension miteinander zu verbinden. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, die Wirtschaft weiterzuentwickeln und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch einzuschränken und die Umwelt zu schonen.

Die Agenda 2030 mit ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) stellt einen wichtigen Orientierungsrahmen dar. Luxemburg hat sich verpflichtet, die Agenda 2030 auf nationaler und globaler Ebene umzusetzen. Auf nationaler Ebene erfolgt dies u.a. aufgrund der spezifischen Zielvorgaben des 3. Nachhaltigkeitsplans, der vor kurzem von der Regierung verabschiedet wurde und den SDGs Rechnung trägt.

Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Diversifizierung der Wirtschaft gelegt werden. Luxemburg ist in hohem Maße abhängig vom Dienstleistungssektor. **Die LSAP wird diese Abhängigkeit weiter verringern und die wirtschaftliche Diversifizierung konsequent vorantreiben. Luxemburg soll dabei als Produktions- und Industriestandort erhalten bleiben.** Qualitatives Wachstum ist für uns nicht gleichzusetzen mit Deindustrialisierung. Es bedeutet an erster Stelle, dass Produktionsmethoden effizienter und weniger belastend

für die Umwelt werden müssen. Dieselben Grundbedürfnisse müssen auf eine Art erfüllt werden, die nicht unweigerlich zur Übernutzung von Ressourcen führt. Weitere gute Lösungsansätze bietet in diesem Kontext die sogenannte Rifkin-Studie zur 3. industriellen Revolution.

Darüber hinaus dürfen sich neue Betriebe nur dann in Luxemburg ansiedeln, wenn sie die bestmöglichen Technologien einsetzen, um ihre Emissionen und den Ressourcenverbrauch möglichst niedrig zu halten. **Die LSAP fördert parallel hierzu entsprechende Investitionen bei bestehenden Betrieben.**

Damit nachhaltiges Wachstum in Luxemburg Realität werden kann, braucht es nicht nur eine konkrete Strategie, sondern auch einen **Mentalitätswandel** und ein verändertes Konsumverhalten. Innovative Betriebe brauchen Konsumenten, die den Wert dieser Qualitätssteigerung schätzen. Die Sensibilisierung der Bürger und das Verständnis für Zusammenhänge müssen ebenfalls gefördert werden. Eine wichtige Rolle spielen hierbei positive Beispiele, die zur Nachahmung verleiten. Die LSAP will innovative Pilotprojekte unterstützen und ihnen eine möglichst hohe Sichtbarkeit verschaffen. Eine positive Einstellung gegenüber neuen Entwicklungen erhöht die Bereitschaft, eigene Gewohnheiten zu überdenken und zu verändern.

Für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft

Wir als Sozialisten bekennen uns klar zum Modell der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. **Die Wirtschaft steht im Dienst der Menschen und der Allgemeinheit, nicht umgekehrt.**

Der Markt kann vieles regeln, aber längst nicht alles. Er reguliert sich nicht von selbst. Das haben die sukzessiven Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte immer wieder gezeigt. Er braucht Regeln, nationale, aber vor allem europäische und globale, um den geschaffenen Wohlstand gerecht zu verteilen, um die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte zu gewährleisten und um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Als Sozialisten sind wir der Überzeugung, dass wir ein angemessenes Wirtschaftswachstum brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir wissen auch, dass wir Wachstum brauchen, um die nötigen Steuereinnahmen zu generieren, ohne die wir weder unseren Sozialstaat finanzieren, noch unsere öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen aufrechterhalten könnten. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ohne Wachstum die Arbeitslosigkeit ansteigt und die Staatsfinanzen ins Ungleichgewicht geraten. Das ist ein Fakt.

Wir brauchen also Wachstum, aber ein anderes Wachstum als bisher. Wir brauchen ein „**qualitatives Wachstum**“, das weniger negative Konsequenzen nach sich zieht: das

weniger Ressourcen verbraucht und Lebensräume zerstört, weniger Verkehrsaufkommen generiert, weniger personalintensiv ist, dafür aber stärker auf Produktivität und Nachhaltigkeit setzt.

Als LSAP werden wir daher unsere Wirtschaftspolitik an den Leitlinien und konkreten Vorschlägen orientieren, die im Rahmen der sogenannten „**Rifkin-Studie**“ gemeinsam mit vielen Akteuren aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft erarbeitet wurden. Die zentralen Bausteine dieser „Dritten Industriellen Revolution“ werden die Digitalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche, Energieeffizienz und der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energieträger sowie der Aufbau einer Kreislauf- und Plattform-Ökonomie sein.

Als Fortschrittspartei steht die LSAP diesem Prozess grundsätzlich offen und positiv gegenüber, aber wir wollen ihn nicht einfach nur über uns ergehen lassen. Wir wollen den technologischen Wandel gestalten und in geordnete Bahnen lenken, damit er den Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zugutekommt. Wir brauchen also ein **inklusives Wachstumsmodell für Luxemburg**, das gute und sichere Arbeitsplätze schafft, statt Prekarität, das produktiv ist und gute Löhne ermöglicht, und den geschaffenen Wohlstand gerecht verteilt, anstatt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer zu machen.

Die Digitalisierung darf uns nicht zu den Anfängen des industriellen Zeitalters zurückwerfen und die Errungenschaften von über 100 Jahren Sozialpolitik wieder in Frage stellen. Deshalb ist es uns wichtig, diesen Wandel im Dialog mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zu vollziehen.

Zur Wachstumsdebatte gehört auch die Frage, wie wir Wohlstand in Zukunft definieren wollen: nur monetär (BIP, Einkommen, Kaufkraft, Besitz, Vermögen) oder als Steigerung der Lebensqualität im weitesten Sinne. Als Sozialisten sind wir der Ansicht, dass wir den Wohlstandsbegriff in Zukunft breiter fassen und erfassen sollten, z.B. mit Instrumenten wie dem „PIBien-être“.

Wirtschaftliche Diversifizierung vorantreiben

Wir werden die **Diversifizierung** unserer Wirtschaft weiter vorantreiben. Luxemburg kann nicht ausschließlich auf den Dienstleistungssektor setzen. Zu einer breit aufgestellten, stabilen Wirtschaftsstruktur gehören auch Handwerks- und Industriebetriebe, die Arbeitsplätze für unterschiedlichste Berufe und Talente anbieten. Luxemburg muss auch Industrie- und Produktionsstandort bleiben!

- Wir werden den **sektoriellen Leitplan für Industrie- und Gewerbegebiete** (plan directeur sectoriel „zones d'activités économiques“) zügig durch die vorgesehenen Prozeduren bringen und in Kraft setzen, damit den Industrie- und Handwerksbetrieben die nötigen Ansiedlungsflächen zur Verfügung stehen. Die Kommunen müssen noch aktiver in diesen Prozess eingebunden werden, um die ausgewiesenen Flächen schneller zu entwickeln. Die Konzeption der Gewerbegebiete muss sich in Zukunft stärker am Prinzip der

Kreislaufwirtschaft orientieren, um sinnvolle Synergien zwischen den jeweiligen Betrieben herzustellen und zu nutzen.

- Wir werden die bestehenden **Kompetenz-Cluster** (Logistik, Automobil, Materialien, ICT, Biotech, Umwelt-Technologien) weiter ausbauen und sie kontinuierlich an den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld anpassen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Luxemburg seiner Vorreiterrolle im Bereich moderner Informations- und Kommunikationstechnologien auch in Zukunft gerecht wird. **Die LSAP wird den Mobilfunk konsequent verbessern und dafür sorgen, dass Luxemburg den 5G-Mobilfunk als erstes Land in Europa einführt.**
- Wir werden neue, **zukunftsweisende Sektoren** wie z.B. Weltraum-Technologie („Space Mining“), die Holzverarbeitende Industrie und die Kreativindustrien (Film, Medien, Gaming, Kunst, Design, Mode, Architektur, usw.) besonders fördern.
- Wir werden im Bereich der sogenannten **Plattform-Ökonomie** („Sharing Economy“) neue Modelle fördern, um das gemeinsame Teilen und Austauschen von Ressourcen zu fördern, ohne jedoch dem Phänomen der „Uberisierung“ Vorschub zu leisten (z.B. unlauterer Wettbewerb durch Vermeidung von Steuern, Umgehung des Arbeits- und Sozialrechts durch Scheinselbstständigkeit, usw.). In diesem Kontext werden wir auch den gesetzlichen Rahmen für alternative Gesellschaftsformen wie Kooperativen und Mutualitäten modernisieren, um diese wieder attraktiver zu machen.
- Wir werden die staatlichen **Beihilfen für Klein- und Mittelbetriebe** (KMU) von der Steuer befreien.
- Wir werden die Hilfestellungen insbesondere für KMU im Bereich der **Digitalisierung** weiter ausbauen durch eine bessere Koordination der vorhandenen Angebote und die Schaffung von Kompetenzzentren, sowie durch die Förderung der Weiterbildung der Beschäftigten (Initiative „Fit4Digital“). Auch in der Frage der Cyber-Security werden wir die Unternehmen verstärkt für Themen wie Datensicherheit, Cyber-Attacken und Industrie-Spionage sensibilisieren und sie darin unterstützen, sich gegen diese Risiken wirksam zu schützen. Ziel ist es, den Standort Luxemburg international als „sicheren Hafen“ („safe haven“) zu etablieren. Hierzu bieten sich auch Kooperationen und Synergien mit den Universitäten und Forschungsinstituten in der Großregion an.
- Wir werden auch weiterhin das gesamte Ecosystem für **Unternehmensgründungen** im Auge behalten und an die aktuellen Bedürfnisse anpassen.
- Wir werden das erfolgreiche **Nation-Branding** der vergangenen Jahre fortsetzen und Luxemburg in seinem ganzen Facettenreichtum (Wirtschaft, Tourismus, Natur, Kultur, usw.) international bewerben und vermarkten.
- Die begonnene Restrukturierung und Professionalisierung des **Tourismus**-Sektors muss konsequent fortgesetzt werden. Die Hotelkapazitäten müssen weiter ausgebaut werden ebenso wie das Netz an Jugendherbergen und Ferienunterkünften („gîtes“). Viele Angebote im Tourismus gehen auf private

Initiativen zurück und leben vom freiwilligen Engagement ihrer Träger. Um diese wertvollen Angebote zu unterstützen und dauerhaft abzusichern, müssen die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Auch die Vernetzung des Tourismus mit den Kulturinstitutionen und dem Kulturministerium muss intensiviert werden, um entsprechende Synergiepotenziale besser zu nutzen.

Der Finanzplatz: wichtiges Standbein unserer Wirtschaft

„LuxLeaks“, „Panama Papers“, „LuxFiles“: Die Skandale und Enthüllungen der vergangenen Jahre haben nicht nur dem Ruf des Finanzplatzes Luxemburg geschadet, sondern dem Image des Landes insgesamt. Damit muss endgültig Schluss sein!

Die Regierung hat - nach jahrelangem Stillstand - die Gesetzgebung und Regulierung des Finanzplatzes weitgehend an internationale und europäische Standards angepasst.

Für die LSAP bleibt der Finanzsektor auch in Zukunft ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft, das sich jedoch weiterentwickeln muss. Statt auf Geschäftsbereiche zu setzen, die auf der Ausnutzung steuerlicher und regulatorischer Vorteile beruhen und stets aufs Neue für Krisen und Negativschlagzeilen sorgen, muss der Finanzsektor ethischer werden, sich auf seine echten Kompetenzen konzentrieren, und sich wieder stärker in den Dienst der Realwirtschaft stellen.

Um den Finanzplatz wieder in den Dienst der Menschen und der Luxemburger Wirtschaft zu stellen und sein internationales Ansehen wiederherzustellen, schlägt die LSAP folgende Maßnahmen vor:

- Die **Sanktionsmöglichkeiten gegen Finanzakteure**, die gegen die Regeln verstoßen haben, müssen verschärft werden. Eine gute Regulierung darf nicht mehr als Wettbewerbsnachteil betrachtet werden. Sie dient ebenso dem Schutz der (Klein-) Anleger wie jenem der (Groß-)Investoren und stellt einen wesentlichen Faktor für die Glaubwürdigkeit und Legitimität des Finanzplatzes dar.
- Das System der sog. „**Schattenbanken**“, die enorme Geldsummen insbesondere über den Weg von Verbriefungen („Titrisation“) bewegen und dennoch kaum reguliert sind, muss einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden.
- Die Digitalisierung macht auch vor dem Finanzsektor nicht halt. **Kryptowährungen** (wie z.B. „Bitcoin“) und sogenannte „Initial Coin Offerings“ im Rahmen des **Crowdfundings** bieten zwar neue Chancen in der digitalen Welt, bergen aber auch Risiken, z.B. im Zusammenhang mit der organisierten (Online-)Kriminalität. Wir fordern, dass diese neuen digitalen Zahlungs- und Finanzierungsinstrumente einer genauen Risiko-Nutzen-Analyse unterzogen und gegebenenfalls reguliert werden.
- Die luxemburgische **Gesetzgebung** muss innovativ bleiben und den Akteuren am **Finanzplatz** den rechtlichen Rahmen bieten, um weiterhin international wettbewerbsfähig zu bleiben. Als LSAP werden wir jedoch darauf achten, dass die neuen Geschäftsfelder, die in Luxemburg erschlossen werden, ethischen Anforderungen gerecht werden. Entsprechend dieser Maßgabe sollte Luxemburg

ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche der sozial verantwortlichen Investitionen und der nachhaltigen Investitionen („Green Finance“) legen.

- Als LSAP sind wir der Ansicht, dass Luxemburg bei internationalen Verhandlungen in Fragen der **Finanzmarktregulierung und Steuerpolitik** kohärent und einig auftreten sollte. Daher sollte ein Komitee eingesetzt werden, das die relevanten Ministerien, Verwaltungen und Institutionen regelmäßig zusammenbringt und eine einheitliche Verhandlungsposition erarbeitet. Mittelfristig sollte die Regierung gemeinsam mit den betroffenen Akteuren und internationalen Experten ein strategisches **Leitbild für den Finanzplatz** ausarbeiten.

Öffentliche Unternehmen und die Grundversorgung der Bürger

Die öffentlichen Unternehmen und Unternehmen mit starker staatlicher Beteiligung spielen für die Bürger ebenso wie für den Wirtschaftsstandort Luxemburg eine bedeutende Rolle. Mit ihren modernen Infrastrukturen und breit gefächerten Dienstleistungen tragen sie wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs und zur Lebensqualität bei, sei dies im Bereich der **Mobilität**, der **Energie-** und **Wasserversorgung**, des **Post- und Telekommunikationswesens** oder im sozialen Bereich. Sie beschäftigen zehntausende von Menschen und bieten gute Löhne und Arbeitsbedingungen. **Die LSAP wird dafür sorgen, dass die wichtigen Versorgungsinfrastrukturen weiter in öffentlicher Hand bleiben**, Dienstleistungen flächendeckend angeboten werden und gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet sind.

Standort für Hochschulbildung, Innovation und Forschung

Die LSAP hat die Schaffung einer eigenständigen Universität stets gefördert, weil sie als Ort für kritischen Meinungsaustausch wesentlich zur Weiterentwicklung von Land und Menschen beiträgt und Luxemburg als Wissenschafts- und Forschungsstandort auf der Weltkarte positioniert hat. Für die Sozialisten steht zweifelsfrei fest, dass das Streben nach Exzellenz in den Bereichen Forschung und Lehre immer Hand in Hand mit der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft gehen muss.

Die LSAP hat sich in der vergangenen Legislaturperiode konstruktiv in die Universitätsreform eingebracht und wichtige Verbesserungen in Sachen interne Organisation und Mitbestimmung durchgesetzt. Die Sozialisten werden die weitere Entwicklung der Universität auch künftig kritisch begleiten und Verbesserungen anregen. Daneben wird die LSAP das von der Regierung überarbeitete Vergabesystem für **Studienbeihilfen** bilanzieren und gegebenenfalls nachbessern.

Die LSAP wird sich auch in Zukunft darum bemühen, die Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandort zu steigern. In diesem Sinne wird sie der Prekarität junger Forscher entgegenwirken und sich für die **Ausarbeitung klarer und transparenter Karrierepläne** einsetzen. Die Vergabe unbefristeter Arbeitsverträge gehört ebenso dazu wie Anreize zur Förderung von Innovation und Exzellenz. Vor diesem Hintergrund schlägt die LSAP die **Koppelung unbefristeter Arbeitsverträge an bedingte**

Leistungsverträge vor. Eine bessere Karriereplanung und sichere Arbeitsverhältnisse tragen zu einer ausgeglichenen „Work-Life-Balance“ bei und kommen jungen Forschern mit Familie und Frauen bei ihrer Entscheidung entgegen, eine akademische Laufbahn in Luxemburg einzuschlagen.

Im Bereich der Forschung setzt die LSAP auf **eine kohärente Strategie**, die sowohl **Grundlagenforschung** als auch **angewandte Forschung** in ihre Überlegungen einbezieht. Beide Forschungsbereiche müssen zur Wissensentwicklung, zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur Schaffung von wirtschaftlichem Mehrwert beitragen. Gleiches gilt für die Entwicklung neuer Spitzentechnologien, die Innovation fördern und unweigerlich zu einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Ausgewiesene Forschungsprioritäten sollten sich auch künftig an sozio-ökonomischen Interessen und neuen Entwicklungen orientieren. Die LSAP befürwortet in diesem Zusammenhang eine Neubewertung und Anpassung der ursprünglichen Forschungsprioritäten, wobei der biomedizinischen und klinischen Forschung besondere Bedeutung zukommt.

Die Umsetzung einer kohärenten Forschungsstrategie kommt ohne die notwendigen Ressourcen nicht aus. Die LSAP wird an der budgetären Ausrichtung der vergangenen Jahre festhalten und **die öffentlichen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation tendenziell ansteigen lassen**. In diesem Kontext scheint eine Zielsetzung von 3 bis 3,5 Prozent des BIP bis zum Horizont 2030 realistisch und im europäischen und internationalen Vergleich unabdingbar. Doch auch der Privatsektor wird weiter in Forschung und Innovation investieren müssen. Die LSAP wird entsprechende Anreize schaffen und den Transfer von Wissen und Kompetenzen aus dem Bereich der öffentlichen Grundlagenforschung fördern. Vor diesem Hintergrund wird die LSAP für eine optimierte Koordinierung auf Regierungsebene eintreten und die **Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen, Universität sowie öffentlichen und privaten Akteuren verbessern**.

Nachhaltige Landwirtschaft: Bestandteil der nationalen Versorgung

Die LSAP setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die die Abhängigkeit der Betriebe von importierten Produktionsmitteln verringert, ihre Produktionsmethoden nachhaltiger gestaltet und weitgehend nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft funktioniert.

Sowohl konventionelle als auch Biobetriebe müssen sich in diesem Sinne weiterentwickeln. Die Lebensmittelproduktion muss diversifiziert werden und sich stärker an der regionalen Nachfrage orientieren. Agrarflächen müssen an erster Stelle für die Lebensmittelherstellung und in geringerem Maß für die Futtermittelproduktion und Energieerzeugung genutzt werden. Die LSAP lehnt Intensivtierhaltung ab. Milch- und Rindfleischproduktion müssen auf bodengebundene sprich nachhaltige Tierhaltung ausgerichtet sein. Eine nachhaltige Landwirtschaft kommt ohne umweltschädliche Pestizide und synthetischen Dünger aus; sie ist kompatibel mit den Zielen des Natur- und Gewässerschutzes.

Damit in den kommenden Jahrzehnten eine schrittweise Umstellung der Betriebe in diesem Sinne möglich wird, will die LSAP deutlich mehr Mittel für Forschung, Aus- und Weiterbildung bereitstellen. Neueste Technologien (precision Farming) müssen diese Umstellung unterstützen. In enger Zusammenarbeit mit den Landwirten müssen Beratungsstrukturen verstärkt werden.

Jungbauern brauchen besondere Hilfestellung, damit die Nachfolge in den Betrieben gesichert werden kann. Zusätzliche staatliche Maßnahmen sollen es Quereinsteigern ermöglichen, in der Landwirtschaft Fuß zu fassen.

Da die zukünftige gemeinsame Agrarpolitik der EU voraussichtlich eine größere Flexibilität zulässt, muss dieser Spielraum für die Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft genutzt werden.

Die Leistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Gesellschaft erbringt, müssen entlohnt werden, so dass eine extensivere, naturnahe Produktion den Bauern ein faires Einkommen garantiert. Dazu zählen nicht nur Leistungen im Interesse des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch die stärkere Berücksichtigung des Tierwohls.

Parallel hierzu muss die lokale Vermarktung gestärkt werden. Entsprechend der Nachfrage muss die Bio-Zertifizierung der umgestellten Höfe gefördert werden. Das „Befüttern“ von Biogasanlagen mit speziell dafür angebauten Lebensmitteln wie Weizen und Mais lehnen wir ab.

Auf internationaler Ebene will sich die LSAP dafür einsetzen, dass die EU aufhört, den Export von Lebensmittels zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu fördern. Nicht zuletzt aus Gründen der politischen Kohärenz dürfen EU-Exporte lokale Märkte in Entwicklungsländern nicht weiterhin zerstören.

Weinbau: Qualität setzt sich durch

Auch **für den Weinbau gilt das Motto „Klasse statt Masse“**. Luxemburger Winzer produzieren ausgezeichnete Qualitätsweine. Dieses hohe Qualitätsniveau muss erhalten und nach Möglichkeit verbessert werden. Die LSAP wird entsprechende Vermarktungsstrategien fördern und besonders Kunden aus der Großregion für die Vorzüge dieses Luxemburger Qualitätsproduktes sensibilisieren. Der Bioweinbau wird gefördert und die Zertifizierung als zusätzliches Verkaufsargument valorisiert.

Nicht zuletzt trägt die Weinbauregion mit ihren lokalen Produkten zur Attraktivität für den Tourismus bei. Dabei bietet der Önotourismus eine gute Gelegenheit, ausländische Weinliebhaber von der Qualität Luxemburger Produkte zu überzeugen.

Die Rechte der Verbraucher stärken

Für die LSAP stehen die Konsumenten im Mittelpunkt der Verbraucherschutzpolitik.

Nicht die Interessen der Unternehmen dürfen die Verbraucherschutzpolitik bestimmen, sondern einzig und allein Rechte der Verbraucher.

- Wir werden eine gesetzliche Basis für Sammel- bzw. Musterklagen schaffen, damit geschädigte Verbraucher ihre Rechte wirksam einklagen können;
- Wir setzen uns für die Schaffung einer unabhängigen Behörde für Verbraucherschutz und Wettbewerbsrecht ein;
- Wir werden uns auf europäischer Ebene für eine verbesserte Kennzeichnungspflicht u.a. bei Lebensmitteln und Kosmetika einsetzen;
- Wir werden uns dafür stark machen, dass das Konsumentenrecht verständlicher wird. Unternehmen dürfen sich nicht hinter ellenlangen, komplizierten Geschäftsbedingungen verstecken können. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch darauf, ihre wesentlichen Rechte und Pflichten auf eine einfache und klare Weise vermittelt zu bekommen.
- Wir werden uns auf europäischer Ebene auch für gesetzliche Regeln zur Unterbindung von geplanter Obsoleszenz einsetzen (d.h. dass Geräte, Software, etc. so gebaut und programmiert werden, dass sie viel schneller als nötig kaputtgehen, unbrauchbar oder langsamer werden). Wir werden das Prinzip der Beweislastumkehr prüfen. In diesem Fall müsste der Hersteller beweisen, dass seine Produkte nicht veraltet und unbrauchbar sind, und nicht der Käufer.
- Im Zeitalter der Digitalisierung und des „Big Data“ ist Verbraucherschutz mehr denn je auch Datenschutz. Daher wird sich die LSAP nicht nur für strenge Regeln im Bereich des Datenschutzes einsetzen, sondern auch dafür sorgen, dass die Verbraucher ihre Rechte in diesem Bereich wirksam durchsetzen können. Die nationale Datenschutzkommission wird dazu die nötigen Mittel erhalten.

Globalisierung und fairer Welthandel

Die Globalisierung ist eine Realität. Sie zu verleugnen oder zu bekämpfen wäre der falsche Weg. Ohne den weltweiten Handel mit Ressourcen, Waren und Dienstleistungen wäre unser Leben, wie wir es kennen, überhaupt nicht denkbar. Aber die Globalisierung ist keine Fatalität, keine Naturgewalt. Sie kann und muss gestaltet, gesteuert und geregelt werden. Wer die Globalisierung in geregelte Bahnen lenken und Handelskonflikte vermeiden möchte, muss dies über den Weg multilateraler und bilateraler Verhandlungen und Vertragstexte tun.

- Die LSAP setzt sich für einen **ethischen und fairen Welthandel** ein. Der Handel muss der sozialen Entwicklung von allen beteiligten Ländern dienen, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und die Menschenrechte garantieren.

- Die LSAP erkennt den Nutzen und die Notwendigkeit multilateraler und bilaterale Handelsabkommen an; sie besteht jedoch darauf, dass diese in aller Transparenz ausgehandelt und auf demokratischem Weg diskutiert und beschlossen werden, und dass sie hohe soziale und ökologische Standards festschreiben, um Umwelt- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben.
- Die LSAP wird sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass transnationale Unternehmen verbindlich dazu verpflichtet werden, ihre Lieferkette zu kennen und die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien zu überwachen („devoir de vigilance“).

Méi eng gerecht Verdeelung vun eisem Räichtum a Wuelstand

Trotz hoher Wachstumsraten und steigender Beschäftigung öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter. Für die LSAP ist diese Entwicklung nicht hinnehmbar. Im Rahmen einer umfangreichen Steuerreform hat sie die niedrigen und mittleren Einkommen ab 2017 wesentlich entlastet und den Spitzensteuersatz von 40 auf 42 Prozent erhöht. Rechnet man die Solidaritätssteuer hinzu, ergibt dies einen Steuersatz von knapp 45,8 Prozent. Aus Sicht der Sozialisten war dies ein erster wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen, dem weitere folgen müssen.

Armutsbekämpfung und Lohnentwicklung

Die LSAP wird zum 1. Januar 2019 den Mindestlohn als Sofortmaßnahme um 100 Euro netto erhöhen. Darüber hinaus befürwortet sie eine strukturelle Anpassung des Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung. Wer arbeitet und zum Wohlstand des Landes beiträgt, muss leistungsgerecht entlohnt und am Produktivitätszuwachs beteiligt werden. Dieses Grundprinzip gilt für alle Arbeitnehmer. Tarifpolitik muss sich am geschaffenen Mehrwert und Produktivitätsgewinn orientieren. Die LSAP unterstützt die Arbeitnehmerverbände in ihren Bemühungen für eine leistungsgerechte Entlohnung der Beschäftigten. **Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass alle Menschen von ihrem Einkommen leben können, ohne Sozialhilfe beantragen zu müssen.** Arbeit muss sich lohnen und darf nicht gleichbedeutend sein mit Armutsrisiko.

Die Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern wurde per Gesetz verankert. Seit Inkrafttreten der neuen Regelung konnte das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern von 8 auf 5 Prozent gesenkt werden. Das ist sicherlich ein Fortschritt, doch angesichts der eigentlichen Zielsetzung noch nicht genug. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass es Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern nicht nur *de jure*, sondern auch *de facto* gibt.**

Die Bekämpfung des Armutsrisikos ist eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, die einer kollektiven Anstrengung bedarf. **Die LSAP wird die Schwächsten in unserer Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen unterstützen und sicherstellen, dass dort gezielt geholfen wird, wo die Not am größten ist.** Alleinerzieher sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt und tragen somit eine große Verantwortung für ihre Kinder. Die Sozialisten werden **Alleinerzieher** konsequent unterstützen und sie weiter **steuerlich entlasten**, z.B. durch eine Erhöhung des Steuerkredits oder eine Anpassung der Steuerklassen. Die LSAP spricht sich zudem für die **Auszahlung eines Unterhaltsvorschuss** für Alleinerzieher im Rahmen der RMG- bzw. REVIS-Bestimmungen aus, ohne dass vorher alle Rechtswege ausgeschöpft werden mussten. Auch sollen

Pensionsbeiträge von RMG- bzw. REVIS-Beziehern ganz vom Staat übernommen werden. Dieselbe Regelung soll auch für Bezieher eines „Revenu pour personnes gravement handicapés“ gelten.

Die LSAP hat in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass **der automatische Index-Mechanismus** wieder voll eingesetzt wird, um die Preissteigerung und den erlittenen Kaufkraftverlust nachträglich zu kompensieren. **Die LSAP wird auch weiterhin ohne Abstriche an diesem System festhalten.**

Die LSAP wird in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen einer weiteren Steuerreform die mittleren und unteren Einkommen entlasten und dabei verstärkt Alleinerzieher, Mindestlohnbezieher und Verwitwete berücksichtigen.

Die LSAP spricht sich für das Erstellen einer Matrix aller **Sozialleistungen** aus, um den Einfluss von Einkommensvariationen auf die verschiedenen Transferleistungen und Beihilfen berechnen und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen zu können.

Besteuerung von Arbeit, Kapital und Ressourcenverbrauch

In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Steuereinnahmen, die von Privathaushalten stammen im Vergleich zur anteilmäßigen Steuerlast der Unternehmen kontinuierlich erhöht. Multinationale Konzerne haben mit staatlicher Hilfe die Möglichkeit zur **Steuroptimierung** dank günstiger Steuerruling-Vereinbarungen voll ausgeschöpft und Luxemburg in der öffentlichen Darstellung damit erheblichen Schaden zugefügt. Auch Großkonzerne müssen künftig ihre Verantwortung übernehmen und einen sozialgerechten Beitrag zum nationalen Steueraufkommen leisten. Die LSAP wird sich in diesem Sinne für eine **Neujustierung der Steuerpolitik** einsetzen und **der ungleichen Besteuerung von Arbeit und Kapital entgegenwirken.**

Die LSAP wird den sozialen Mindestlohn durch eine Anhebung der Steuergutschrift für Arbeitnehmer und Rentner (crédit d'impôt salariés / crédit d'impôt pensionnés) von der Einkommensteuer befreien.

Die Steuerklasse 1A (Alleinerziehende, Verwitwete und alleinstehende Senioren) wird im unteren Bereich günstiger gestaltet um die Bezieher kleiner und mittlerer Löhne und Renten zu entlasten. Die Steuergutschrift für Alleinerzieher (crédit d'impôt monoparental) wird deutlich angehoben, um das erhöhte Armutsrisiko dieser Gruppe gezielt zu bekämpfen. Durch diese Verbesserungen wird die Steuerklasse 1A an die Steuerklasse 2 angenähert.

Im Sinne einer administrativen Vereinfachung wird die „Mammerent“ steuerlich freigestellt.

Langfristig wird sich die LSAP für die Einführung der Individualbesteuerung einsetzen, um die Ungerechtigkeiten im Luxemburger Steuersystem zu überwinden.

Für die LSAP gibt es keine Notwendigkeit, den Unternehmenssteuersatz weiter zu senken. Vielmehr wird es darum gehen, **den Faktor Arbeit langfristig zu entlasten** und **den Produktivitätsgewinn im Rahmen der digitalen Entwicklung stärker zu belasten** (durch eine Robotersteuer oder die Besteuerung von künstlicher Intelligenz). **Die Sonderregelung für Stock-Options wird die LSAP nach einer Übergangsfrist ersatzlos streichen.** Daneben befürwortet die LSAP eine globale **Finanztransaktionssteuer** und setzt sich dafür ein, dass die EU als „global player“ hier eine Vorreiterrolle einnimmt.

Auch **bei der Mehrwertsteuer** wird die LSAP im Rahmen möglicher Flexibilität **nachbessern** und gemeinnützige Dienstleistungen und Güter des täglichen Bedarfs neu einstufen bzw. mit dem super-reduzierten TVA-Satz von 3 Prozent belegen. Das gilt u.a. für Hygieneartikel, tierärztliche Dienstleistungen und verpackungsfreie Produkte. Auch Reparaturen und Recycling-Produkte sollten mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent belegt werden.

Die Grundsteuer und ihre Bemessungsgrundlage sind nicht mehr zeitgemäß. Die LSAP tritt für eine Abschaffung des Einheitswerts und eine Neubewertung aller Immobilien ein, wobei nicht die Wohn- bzw. Nutzfläche, sondern das Grundstück als neue Bemessungsgrundlage herangezogen werden sollte. Eine eventuelle Mehrbelastung durch die Grundsteuer muss mit einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform einhergehen.

Bezahlbarer Wohnraum an alle Regionen vom Land

In Luxemburg herrscht seit Jahren akute Wohnungsnot. Trotz einer Vielzahl an Gegenmaßnahmen (Wohnungspakt, staatliche Bau- und Beihilfen, Steuervergünstigungen, Mietzuschuss ...) ist es bislang nicht gelungen, entschieden gegenzusteuern und den Druck auf die Wohnungspreise zu verringern. Das Gegenteil ist der Fall. Die Grundstückspreise explodieren, während die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt dem Angebot meilenweit hinterherhinkt. Inzwischen hat sich die Wohnungsbauproblematik zur größten sozialen Baustelle ausgewachsen. Insbesondere Menschen, die vom Armutsrisiko bedroht sind, leiden unter einer anhaltenden Wohnungsnot. Doch auch Haushalte und Familien mit durchschnittlichem Einkommen tun sich mit den steigenden Grundstückspreisen und Wohnkosten zunehmend schwer.

Die Regierung hat auch in den vergangenen Jahren nicht tatenlos zugeschaut und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um die Wohnungsnot zu verringern und betroffenen Menschen unter die Arme zu greifen. Ein Baulückenprogramm wurde initiiert, größere Wohnungsbauprojekte sind in Planung, Prozeduren wurden vereinfacht, der „Fond du logement“ wurde reformiert und ein Mietzuschuss wurde eingeführt und nachgebessert. Hinzu kommen Baulandverträge, das Landesplanungsgesetz und der sektorielle Leitplan für den Wohnungsbau. Doch all dies reicht bei weitem nicht, um allen Bürgern in absehbarer Zeit bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Hierzu bedarf es einer kollektiven und langfristigen Anstrengung, die darauf abzielt, neues Bauland zu erwerben und verfügbares Bauland möglichst schnell für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu nutzen.

Alle Akteure, die auf dem nationalen Wohnungsmarkt eine Rolle spielen, stehen in der Verantwortung und müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, damit die Ungleichheiten und das Gefälle zwischen Arm und Reich durch die steigenden Grundstückspreise nicht noch größer werden. Wir brauchen eine echte Wohnungsbauoffensive und Partnerschaft zwischen Staat, Gemeinden, öffentlichen Bauträgern, privaten Promotoren und Grundstücksbesitzern. Sie müssen gemeinsam dazu beitragen, dass alle Bürger eine angemessene Wohnung finden und in Würde leben können. Dieses in der neuen Verfassung zugrunde gelegte Bürgerrecht wird zur Bürgerpflicht für alle.

Wohnungsbauoffensive zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum

Vorrangig geht es für die LSAP in den kommenden Jahren darum, Spekulation auf Grundstückspreisen zu bekämpfen, neues Bauland zu erwerben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Wohnungsangebot massiv zu steigern. Um diese notwendigen Ziele mittel- und langfristig erreichen zu können, müssen alle Akteure eng zusammenrücken und an einem Strang ziehen. **Ohne echte Wohnungsbauoffensive wird**

die Wohnungsnot in absehbarer Zeit nicht zu lindern sein. Die LSAP schlägt konkrete Maßnahmen vor, um diese gesellschaftspolitische Herausforderung energisch anzugehen:

1. *Die konsequente Bekämpfung der Baulandspekulation und -retention durch*
 - die **Einführung einer nationalen Spekulationssteuer** auf leerstehenden Immobilien und ungenutztem Bauland
 - die **Einführung einer Wertschöpfungsabgabe** für neu eingestufte und als Bauland ausgewiesene Grundstücke, die dadurch an Wert zugelegt haben
 - der **Rückgriff auf Grundstücksenteignungen** mit entsprechenden Entschädigungen falls ein öffentliches Bauvorhaben aus Spekulationsgründen verhindert wird
2. *Das Anschaffen von Bauland für die öffentliche Hand durch*
 - die **Schaffung eines staatlichen Wohnungsbaufonds** zum Erwerb von neuem Bauland in bestehenden Bauperimetern und in angrenzenden Gebieten. Dieser Fonds sollte sich als Ziel setzen, mindestens 50 Ha an (potenziellen) Bauflächen pro Jahr (das entspricht ca. 3.000 Wohneinheiten) zu erwerben
 - die **Neuaufgabe eines verbesserten Wohnungsbaupakts zwischen dem Staat und den Gemeinden**: Ziel dieser kollektiven Anstrengung ist, mehr und schneller bauen zu können und gleichzeitig den Anteil an erschwinglichen und sozialen Wohnungen zu steigern. Der Wohnungsbaupakt sollte Gemeinden nicht nur verpflichten, neuen Wohnraum zu schaffen. Dieses Förderinstrument sollte auch an die Bedingung geknüpft sein, dass soziale Mietwohnungen und subventionierte, zu erschwinglichen Preisen angebotene Wohnungen mindestens 15 Prozent dieses Wachstums ausmachen.
 - die **Stärkung des Vorkaufsrecht für Staat, Gemeinden und öffentliche Bauträger**
3. *Schnellere Prozeduren durch*
 - die **Einrichtung einer staatlichen Plattform für private Grundbesitzer**, die ihr Grundstück direkt an den Staat verkaufen wollen
 - die **Vereinfachung der Prozeduren im Rahmen der kommunalen Flächennutzung** (PAG/PAP) insbesondere, was Umweltauflagen angeht
 - die **Verbesserung der Bedingungen für Wohnungsbaugenossenschaften**
 - die **Schaffung einer dauerhaften Beratungsagentur**, die kleinere Gemeinden bei Wohnungsbauprojekten technisch und juristisch beraten soll

Die konsequente Verringerung der Wohnungsnot ist eine der größten gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen in Luxemburg. Die öffentliche Hand sollte deshalb ehrgeizige Ziele anstreben, um diesem Problemfeld mit Nachdruck zu begegnen. Die LSAP strebt folgende Ziele an:

- Die öffentliche Hand soll pro Jahr 1.000 neue Wohneinheiten für den sozialen Mietwohnungsbau bereitstellen.
- Kommunen sollten grundsätzlich mehr staatliche Unterstützung bekommen, um soziale Wohnungen zu bauen.

Bestehende Beihilfen und Maßnahmen an die Preisentwicklung anpassen

Wohnungsbau- und Sozialpolitik sind eng miteinander verknüpft. **Die LSAP tritt dafür ein, alle bestehenden Maßnahmen nachzubessern, die den Zugang zum Eigenheim oder einer Mietwohnung erleichtern.** Das gilt für die Wohnungsbauhilfen ebenso wie für die steuerlichen Vergünstigungen („Bëllegen Akt“ und superermäßigten Mehrwertsteuersatz). Die LSAP wird diese Beihilfen aufstocken und dabei insbesondere Familien mit Kindern begünstigen. Der „Bëllegen Akt“, der zurzeit einem Steuerkredit von 20.000 Euro pro Person entspricht, soll pro Kind um 10.000 Euro angehoben werden.

Beim Bau von Erstwohnungen und Renovierungsarbeiten gilt der superreduzierte TVA-Satz von drei Prozent mit einem Höchstbetrag von 50 000 Euro. Diesen Höchstbetrag wird die LSAP um 10.000 Euro erhöhen.

Die **Staatsgarantie** beim Erwerb eines ersten Eigenheims sollte entsprechend nachgebessert werden, um Bürgern verstärkt dabei zu helfen, ein Immobiliendarlehen bei einer Bank zu erlangen. Die LSAP spricht sich für **eine Verdreifachung der Staatsbürgschaft** aus. Daneben sollten **Mietkaufmodelle** entwickelt werden, die es auch Geringverdienern ermöglichen, Geld über den gezahlten Mietzins anzusparen, um die Immobilie späterhin erwerben zu können.

Bedingungen für Mieter verbessern

Die LSAP wird darüber hinaus verstärkt Mieter unterstützen, die in der Regel keine eigene Wohnung erwerben können. Neben dem eingeführten Mietzuschuss will die LSAP dafür sorgen, dass anfallende Vermittlungsgebühren bei der Unterzeichnung eines Mietvertrags nicht einseitig zu Lasten der Mieter gehen. Auch Vermieter müssen ihren Beitrag leisten und ihren Teil der anfallenden Kosten übernehmen. In Zukunft sollte der Auftraggeber die Kosten für die Vermittlung übernehmen. **Darüber hinaus wird die LSAP die Gesetzgebung über die Mietgemeinschaft verbessern und Untermieten vereinfachen,** um so den Ansprüchen auf neue Wohn- und Lebensformen (Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser) gerecht zu werden. Daneben spricht sich

die LSAP für die **Einführung einer regelrechten Mietpreisbremse** und die Erstellung eines Mietspiegels auf der Grundlage kommunaler Mietkataster aus. Die bisherige 5-Prozent-Regelung in Bezug auf das investierte Kapital hat sich im Hinblick auf eine Begrenzung der Mietpreise als unbrauchbar erwiesen.

Die LSAP spricht sich des Weiteren für die **Weiterentwicklung von sozialen Immobilienagenturen** und die Schaffung von erschwinglichen Mietwohnungen auf kommunaler Ebene aus. Weiter wird die LSAP die Schaffung von kommunalen und interkommunalen Wohnungsbaugesellschaften ermöglichen, die dazu beitragen können, das Wohnungsangebot weiter zu steigern und alternative Kaufmodelle zu entwickeln. Soziale Wohnungen, die von Staat und Kommunen mitfinanziert wurden, sollten dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben und nicht nach zehn oder zwölf Jahren zu erhöhten Preisen auf dem privaten Wohnungsmarkt landen.

Kulturförderung neu ausrichten a verbessern

Kultur legt die notwendige Basis für eine funktionierende Demokratie in einer interkulturellen und freien Gesellschaft. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Kultur und kulturelle Bildung. Bildung und Kultur bedingen sich wechselseitig und gehören zu den Grundlagen einer humanistischen Wertegemeinschaft, die auf Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität beruht.

Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für eine enge Zusammenarbeit zwischen Kulturbetrieb und Bildungseinrichtungen aus. Grundschulen, Lyzeen, Musikschulen, Universitäten, Fachhochschulen und Fortbildungszentren sollten enge Partnerschaften mit Kunstschaftern und Kulturträgern eingehen. Die LSAP befürwortet die **Einrichtung eines Kulturpasses**, der Schülern und Studenten Gratis-Einlass zu öffentlichen Kultureinrichtungen gewährt. Kulturelle Bildung schafft neue Lernkulturen und beeinflusst nachhaltig unser Leben innerhalb und außerhalb der Schulen.

Kultur weitet den Blick für fremde Welten und andere Perspektiven. Literatur, Musik, bildende Kunst, Architektur, Theater, Film und große Teile der Kreativwirtschaft schaffen eine phantasievolle Grundlage für die Auseinandersetzung mit den politischen und kulturellen Realitäten des Alltags. **Für die Sozialisten ist eine moderne Kulturpolitik in Luxemburg eine gesellschaftliche Notwendigkeit und Priorität.** In der Kulturpolitik geht es um neue Perspektiven, neue Denkweisen und neue Modelle des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, die einem steten Wandel unterliegt und vor neuen Herausforderungen steht. Es geht vor allem auch um gesellschaftliche Teilhabe, die durch eine aktive und moderne Kulturpolitik gefördert wird.

Die LSAP wird die Fördersysteme anpassen, neue Zugänge gewährleisten, Partizipation ermöglichen und den Nachwuchs verstärkt unterstützen. Sie wird insbesondere die vielen kleinen Projekte, die auf lokaler Ebene stattfinden und Jugendliche direkt erreichen, grundlegender fördern. Für die LSAP müssen die Künstlerinnen und Künstler sowie die Vermittlung von Kultur im Mittelpunkt der Kulturpolitik stehen. Luxemburg braucht eine Kulturpolitik, die Kreativität, künstlerische Freiheit und Unabhängigkeit stärkt. Luxemburg braucht eine Kulturpolitik, die die soziale Lage der Kulturschaftern und Kreativen tatsächlich verbessert.

Kulturförderung ist nicht bloß Subventionierung, sondern Investition in die Zukunft. Diese Investition muss bei den Künstlerinnen und Künstlern selbst ankommen, u.a. um ihre Lebensgrundlagen zu sichern. In diesem Sinne wird die LSAP

- Kreativität und Partizipationsbereitschaft fördern
- den Zugang zur Kultur für alle Schichten der Gesellschaft weiter öffnen
- strukturelle Änderungen in der Fördervergabe vornehmen
- die kulturelle Produktivität und ihr ökonomisches Potenzial ausbauen

Kulturpolitik ist auch Standortpolitik und als solche ein zentrales Element der Landes- und Imageentwicklung. Sie stiftet Identität und trägt so zur Identifikation der Bürger mit

ihrem Land und der Großregion bei. Kulturelle Vielfalt und eine moderne Kulturpolitik sind wichtige Standortfaktoren für die Ansiedlung neuer Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die touristische Entwicklung Luxemburgs innerhalb der Großregion und in Europa.

Der LSAP geht es auch darum, kreative und kulturelle Potenziale in allen Bereichen und Genres anzuregen und weiterzuentwickeln. Auch neue Kunstformen wie „Medien- und Digitalkunst“ sollen spezifisch gefördert und geschützt werden. Es geht darum, den Rechts- und Sozialstaat um die Dimension eines Kulturstaats zu bereichern.

Handlungsbedarf sieht die LSAP auch, was die „Governance“ in der Kulturpolitik angeht. **Die LSAP wird die Vereinfachung der immer noch komplexen und bürokratischen Förderprozeduren im Rahmen eines Kulturentwicklungsplans vorantreiben.** Ein leicht verständlicher Kriterienkatalog zur Bewertung der Qualität eingereichter Projekte ist ebenso notwendig wie klare Leitlinien, Prioritäten und Rahmenbedingungen im Bereich der Kulturentwicklung.

Die LSAP befürwortet die Gründung von „LuxCreation“ als nationaler Agentur für die kreativen und kulturellen Berufe und Vereinigungen. Sie soll die einzelnen Künstlerinnen und Künstler in ihrer Entwicklung begleiten und ihnen beratend zur Seite stehen. Von besonderer Bedeutung ist die Förderung des Exports von Luxemburger Kunst ins Ausland. LuxCreation soll den Kulturschaffenden u.a. bei der Bewältigung von administrativen und juristischen Hürden oder bei der Budgetisierung von Projekten zur Seite stehen und auf geeignete Förderungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene aufmerksam machen. Auch Luxemburger Botschaften sollen verstärkt in den Bereich der Kulturförderung und -promotion eingebunden werden.

Die LSAP steht für einen Ausgleich und eine Neugewichtung zwischen institutioneller Kulturförderung, Projektförderung und personenbezogener Förderung im Rahmen des Kulturentwicklungsplans. Es gilt sowohl etablierte Strukturen, freie Szene als auch Nachwuchskünstler zu fördern. In diesem Sinne spricht sich die LSAP auch für eine Neuregelung der staatlichen Ausschreibungen im Bereich der bildenden Kunst aus.

Luxemburg sollte auf europäischer Ebene die Initiative ergreifen, künstlerische Dienstleistungen einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu unterwerfen. Derzeit unterliegen künstlerische Dienstleistungen einem Mehrwertsteuersatz von 17 Prozent, dem Höchstsatz, der auch beim Kauf von Luxusgütern anfällt. Aber Kunst ist kein Luxus, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. **Die LSAP befürwortet in diesem Sinne einen stark ermäßigten Mehrwertsteuersatz für künstlerische Leistungen von 3 Prozent wie für gedruckte Bücher und Zeitungen.**

Die LSAP setzt sich auch für eine bessere Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden in der Kulturpolitik ein. U.a. geht es dabei um eine ausgeglichene Verteilung der Subventionen, zwischen Großereignissen und kleinen Kulturveranstaltungen einerseits, zwischen Luxemburg-Stadt und den übrigen Regionen des Landes andererseits. Die LSAP

wird darüber hinaus die Kooperation zwischen kulturellem und sozialem Sektor stärken. Das gilt auch für die Zusammenarbeit des Service des Sites et Monuments und des Centre national de recherches archéologiques mit den Kommunen.

Die LSAP steht nicht zuletzt für die Wertschätzung und den Schutz des „Patrimoine culturel“ in allen Erscheinungsformen: Hochkultur, Volkskultur, Alltagskultur, Industriekultur und last but not least digitale Kultur. **Die LSAP wird die längst überfällige Reform des Denkmalschutzes in Angriff nehmen** und das verabschiedete Archivgesetz auf seinen praktischen Nutzen und seine Effizienz hin überprüfen.

Die Denkmalschutzbehörden und alle anderen Kulturinstitutionen sollen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben im Bereich der Erforschung und Vermittlung unseres Kulturerbes erfüllen können. Die LSAP wird dafür sorgen, dass Archivalien und Museumsobjekte unter bestmöglichen Bedingungen aufbewahrt werden und auch in Zukunft genügend Raumreserven für deren Aufbewahrung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird die LSAP Privatpersonen unterstützen, die Kunstwerke und -objekte aus ihren Privatsammlungen an öffentliche Kulturinstitutionen abgeben wollen. Vor diesem Hintergrund wird die LSAP die Förderinstrumente des FOCUNA analysieren und gegebenenfalls nachbessern.

Aus LSAP-Sicht ist es wichtig, die Bevölkerung mit dem nationalen Kulturerbe und der Geschichte des Landes vertraut zu machen. In diesem Sinne wird die LSAP die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Forschungseinrichtungen und Unterrichtsministerium fördern und dafür sorgen, dass entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und Lerninhalte verstärkt in Schulprogramme einfließen.

Kultur für alle bedeutet aus LSAP-Sicht nicht nur die Förderung dezentraler, regionaler und lokaler Museen. *Kultur für alle* bedeutet auch, den Zugang zum Luxemburger Kulturerbe für jene zu erleichtern, die eine Hilfestellung benötigen. Die LSAP wird dafür sorgen, dass entsprechende Inhalte durch vereinfachte Texte in verschiedenen Sprachen vermittelt werden können und Menschen mit Behinderungen durch angepasste Infrastrukturen und Hilfsmittel Zugang zu diesem vielfältigen nationalen Kulturerbe haben.

Die LSAP sichert darüber hinaus dem Projekt Europäische Kulturhauptstadt „Esch 2022“ und der Südregion ihre volle Unterstützung zu und fordert in diesem Kontext den Erhalt der Gebläsehalle in Belval, einer der ältesten Zeitzeugen der regionalen und nationalen Industriekultur.

Sportförderung konsequent fortsetzen

Neben Bildung und Kultur hat auch der Sport einen herausragenden gesellschaftlichen Stellenwert. Sport trägt wesentlich zur Gesundheit, Erziehung, Freizeitgestaltung, Integration und sozialen Kohäsion bei. Die LSAP wird den Sport auch weiterhin in seiner doppelten Funktion als Ort der Begegnung und Grundlage für eine gesunde Lebenshygiene unterstützen und fördern. **Damit der Sport jenen Stellenwert behält, der ihm in unserer vielschichtigen Gesellschaft zukommt, wird die LSAP an einem eigenständigen Sportministerium festhalten.** Dies ist die beste Voraussetzung für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft mit hohem Integrations- und Bewegungsbedarf.

Die LSAP wird den Schul-, Breiten- und Hochleistungssport auf allen Ebenen unterstützen und an den bewährten Grundlagen einer gezielten Sportförderung festhalten. Das gilt sowohl für die **finanzielle Unterstützung von Vereinen und Sportföderationen** als auch für den **Ausbau und die Modernisierung notwendiger Sportinfrastrukturen**. Die LSAP wird den Bau des Velodroms und des neuen Fußball- und Rugby-Stadions zügig im Zusammenspiel mit den Gemeinden vorantreiben.

Das 2013 gegründete Sportlyzeum ist eine wichtige Einrichtung zur Entwicklung junger Sportler. **Die LSAP wird das Sportlyzeum schrittweise mit jenen Infrastrukturen und Mitteln ausstatten, die notwendig sind, damit es optimal funktionieren und seinen Zweck erfüllen kann.** Das gilt in einem besonderen Maße für das geplante Internat. Darüber hinaus denkt die LSAP über die Möglichkeit eines neuen Standorts für das Sportlyzeum nach. Hierbei muss sichergestellt werden, dass der neue Standort Platz für ein Internat für Sportschüler bietet, optimal an den öffentlichen Transport angebunden ist und in der Nähe wichtiger Sportinfrastrukturen liegt.

Auch die Schaffung eines **Olympia-Stützpunkts für Hochleistungssportler** ist eine wichtige Errungenschaft für den Luxemburger Spitzensport. Die LSAP wird sich weiter darum bemühen, die Arbeits- und Fortbildungsbedingungen für Spitzensportler zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden verstärkt Synergien mit wichtigen Partnern im Bereich des Hochleistungssports angestrebt. Darüber hinaus wird die LSAP sich verstärkt darum bemühen, Brücken für Spitzensportler zu schaffen, damit sie am Ende ihre Sportlaufbahn ihre Hochschulausbildung abschließen bzw. im Berufsleben schneller Fuß fassen können.

Die konsequente **Förderung des Elitesports** trägt in einem besonderen Maß zur Imagepflege des Landes bei. Durch die großartigen Leistungen Luxemburger Spitzensportler ist es gelungen, das kleine Luxemburg auf der Weltkarte des Hochleistungssports zu etablieren. Ein entsprechendes Spitzensportlerstatuts verbessert die Rahmenbedingungen der Elitesportler. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass entsprechende Maßnahmen konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Selbst wenn der Hochleistungssport aufgrund seines enormen Identifikationspotenzials das Aushängeschild der Luxemburger Sportwelt darstellt und viel Medienaufmerksamkeit

auf sich zieht, so kommt auch dem **Breitensport** in unserer Gesellschaft eine herausragende Rolle zu. Breitensport versteht sich als vielseitiges Angebot an alle Generationen und Gesellschaftsschichten. Die LSAP wird Initiativen wie die „Europäische Sportwoche“, „BeActive“ oder „Fit 50+“ sowie andere Pilotprojekte zur Förderung des Breitensports unterstützen und den nationalen Aktionsplan „Gesond iessen, méi bewegen“ fortsetzen und entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Sie wird gemeinsam mit den Kommunen einen Plan ausarbeiten, um die Schaffung von Multisportfeldern zu unterstützen, die jedem frei zugänglich sind.

Auch auf Verwaltungsebene wird die LSAP die Sportstrukturen weiter stärken und dafür sorgen, dass genügend Personal zur Verfügung steht, um den Sportföderationen und -vereinen jene Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um ihre Mitglieder angemessen betreuen zu können. Das gleiche gilt auch für die Betreuung von Sportlern mit Behinderungen. Sportvereine werden auch in Zukunft auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen sein. Die LSAP wird sich verstärkt darum bemühen, **bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Helfer** zu schaffen.

Sportförderung muss bereits in der frühen Kindheit und Erziehung ansetzen. **Die LSAP wird die Nationale Schule für Sporterziehung und Sportarten weiterentwickeln** und daraus ein „Institut National de l'Éducation physique et des sports“ mit erweiterten Aufgabenbereichen machen. Dabei geht es u.a. um die Ausarbeitung und Ausweitung eines Fortbildungsangebots für Lehrer(innen) und Erzieher(innen) und die Umsetzung des Konzepts zur motorischen, physischen und sportlichen Erziehung von Kindern im Alter von 0 bis 12 Jahren.

Nachbessern wird die LSAP auch, was die **Sonderurlaubsbestimmungen** (congé sportif) für Leiter von Sportföderationen angeht. In Sachen **Dopingbekämpfung** wird die LSAP am Prinzip der Null-Toleranz festhalten. Die Antidoping-Agentur wird auch weiter über genügend staatliche Hilfen verfügen, um ihrer Aufgabe und den Anforderungen der internationalen Dopingbekämpfung gerecht zu werden.

Sport und Forschung ist ein weiterer Bereich, der staatliche Förderung verdient. Das gilt insbesondere für die Sportsmedizin und die Analyse und Bewertung von Trainingsmethoden. Forschung kann wichtige Erkenntnisse zur Verbesserung der Betreuung von Hochleistungssportlern liefern. Wer Spitzensport und seine Exponenten ernstnimmt, darf auch in diesem Bereich nicht sparen. Die LSAP wird Ressourcen bereitstellen, um Sportforschung zu unterstützen.

Méi Biergerbedeelegung an éirenamtlecht Engagement

Die Luxemburger Identität lebt von ihrer Pluralität und profitiert wesentlich von ihrem vielfältigen Entwicklungs- und Integrationspotenzial. Politische Partizipation, Kultur, Sport und ehrenamtliches Engagement sind wichtige Faktoren, wenn es um persönliche Entwicklung, Identitätsstiftung und gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Die LSAP wird zusätzliche Spielräume schaffen für aktive Bürgerbeteiligung und gemeinnütziges Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Den beiden sozialistischen Grundwerten Freiheit und Solidarität kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie stiften Gemeinsinn und Identität; sie fördern Kreativität und schaffen gesellschaftlichen Mehrwert.

Mehr demokratische Teilhabe ermöglichen

Gesellschaftliche Teilhabe beschränkt sich nicht nur auf Kultur und Sport. Bürgerinnen und Bürger wollen auch über die reine Wahlpflicht hinaus an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Der große Zuspruch, den Petitionen haben, zeugt hiervon. Die LSAP trägt diesem Sachverhalt Rechnung und **„fördert eine stärkere Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen des Landes.“**

- *Gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie; eine zeitgemäße und transparente Informationspolitik, politische Bildungsangebote für Jugendliche, Erwachsene und Zuwanderer und die Veranstaltung von Bürgerforen gehören zu den Grundlagen einer Politik, die auf Partizipation und Bürgernähe setzt.*
- *Die Demokratie stärken heißt auch soziale Kohäsion fördern, um die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Staat, Gemeinden und Zivilgesellschaft sollen sich weiter verpflichten, optimale Integrationsbemühungen zu schaffen, die verstärkt auf Toleranz und gegenseitigem Respekt beruhen und der Vermittlung von Sprachkompetenzen, rechtsstaatlichen Prinzipien und demokratischen Grundregeln dienen.“⁶*

Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für eine Stärkung der partizipativen Demokratie aus:

- *„Wichtige Themen (z.B. Landesplanung, kommunale Flächennutzung, Bebauungspläne, Gemeindefusionen), die einen wesentlichen Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, sollten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf einer möglichst breiten Ebene diskutiert werden. (...)*
- *Bürgerinnen und Bürger sollen per Gesetz unter Auflagen ein Initiativrecht bekommen, eigene Gesetzesvorschläge im Parlament einzubringen“⁷, die den zuständigen Parlamantsausschüssen zur Beratung und dem Plenum*

⁶ LSAP: Mehr Demokratie wagen, Resolution zum Landeskongress in Mamer, 2015

⁷ Ebd.

zur Abstimmung vorgelegt werden müssen, sofern sie von mindestens 12.500 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden.

Das Zentrum für **politische Bildung, Jugendparlamente** und **Jugendforen** sind geeignete Instrumente, um Heranwachsende mit politischen Fragestellungen und Praktiken vertraut zu machen. Die LSAP wird auch in Zukunft diese Einrichtungen fördern und nutzen, um Jugendliche zu freien, kritischen, selbstständigen und verantwortungsbewussten Bürgern heranzubilden. Die LSAP wird sich auch weiter darum bemühen, Zuwanderern über den Weg der politischen Bildung verstärkt unsere rechtsstaatlichen Grundlagen und Prinzipien zu vermitteln.

Das Ehrenamt stärken: Verantwortung für andere übernehmen

Bürgerinnen und Bürger, die sich an ehrenamtlichen Aktivitäten beteiligen, sind für ein gut funktionierendes Gemein- und Sozialwesen unerlässlich. Eine Solidargemeinschaft ist auf das Engagement vieler Bürger in sozialen Netzwerken, Kultur- und Sportvereinen, Nicht-Regierungsorganisationen und anderen gemeinnützigen Initiativen angewiesen. Ihnen allen gebührt große Anerkennung und Dank.

Die „Agence du bénévolat“ und die „Maison des Associations“ sind wichtige Anlaufstellen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit in Luxemburg. Interkulturelle Projekte, Initiativen wie Sprachencafés, Weltküchen ... ermöglichen den Austausch von Erfahrungen und stärken die soziale Kohäsion. **Die LSAP wird gemeinnützige Initiativen auch in Zukunft unterstützen und soziales Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv fördern.**

Die LSAP wird die Schaffung eines ehrenamtlichen Statuts anregen, um engagierten Bürgern und Zeitschenkern im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine **soziale Absicherung** zu ermöglichen. In diesem Sinne befürwortet die LSAP auch die grundsätzliche Übernahme anfallender Kosten für eine **Unfallversicherung** zur Abdeckung möglicher Risiken in Zusammenhang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Darüber hinaus wird die LSAP **Fortbildungsmaßnahmen und Sonderurlaubsregelungen** unterstützen, die sich zur Ausübung von ehrenamtlichen Aufgaben als notwendig erweisen. Die LSAP schlägt in diesem Zusammenhang vor, eine Bestandsaufnahme aller geltenden Bestimmungen durchzuführen, um sie gegebenenfalls auf weitere Bereiche des Ehrenamts ausweiten zu können. Daneben befürwortet die LSAP zusätzliche Anreize zur **Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit**. Die Einführung einer Ehrenamtskarte könnte beispielsweise an Preisermäßigungen bei Kultur- und Sportveranstaltungen oder im Bereich des öffentlichen Transports gekoppelt werden. Die LSAP will den Philanthropie-Gedanken in Luxemburg fördern. Die LSAP befürwortet ebenfalls die Einführung eines nationalen Tages der Philanthropie, um das breite Publikum für dieses Thema zu sensibilisieren und lokalen Akteuren und Initiativen Sichtbarkeit zu verleihen.

Autonom Gemengen an eng kohärent Landesplanung

Kommunen sind ein wesentlicher Baustein im sozialstaatlichen Gefüge! Die LSAP wird die Gemeindeautonomie mit Nachdruck verteidigen; sie ist verfassungsrechtlich garantiert und entspricht dem europäischen Subsidiaritätsprinzip. *„Starke, eigenständige Gemeinden und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Staat und Kommunen sind wichtige Voraussetzungen für eine effiziente, bürgernahe Politik. Um ihre vielfältigen und zunehmenden **Aufgaben im Dienst der Allgemeinheit** erfüllen zu können, benötigen Gemeinden auch in Zukunft genügend Finanz- und Personalressourcen.“*⁸

Genügend Ressourcen für kommunale Aufgaben

Die auf Betreiben der LSAP durchgesetzte **Gemeindefinanzreform** war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie hat transparente, landesplanerische Kriterien eingeführt, für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung kommunaler Ressourcen gesorgt und die Finanzmittel entsprechend aufgestockt. **Die LSAP wird auch in den kommenden Jahren an dieser soliden und gerechten Finanzgrundlage festhalten** und dafür sorgen, dass Gemeinden ihre Aufgaben und Pflichten zur Zufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können. **Mit der LSAP wird es daher keinen Rückschritt in Sachen Gemeindefinanzierung geben.**

Auch die Bündelung der **Rettungsdienste** in einer einheitlichen Struktur, die von Staat und Gemeinden zu gleichen Teilen finanziert wird, ist ein Meilenstein und Wegbereiter für eine bessere Notfallversorgung in allen Teilen des Landes. **Die LSAP unterstützt die zügige Umsetzung der Reform und wird die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.** Wenn es darum geht, Menschenleben zu retten, darf keine Mühe gescheut werden, um gefährdeten Bürgern schnellstmöglich Hilfe zu leisten.

*„Mit dem sogenannten Omnibus-Gesetz konnte der administrative Aufwand u.a. im Bereich der kommunalen Flächennutzung verringert werden. Die LSAP wird weiter daran arbeiten, **bürokratische Hürden** abzubauen und die staatliche Kontrolle des Gemeindesektors auf das Notwendige zu beschränken, damit der kommunale Handlungsspielraum im Sinne der Subsidiarität voll ausgeschöpft werden kann.“*

Öffentliche Dienstleistungen, die auf die Grundversorgung der Bürger abzielen und auf kommunaler Ebene besser aufgehoben sind, sollten weiterhin von den Gemeinden angeboten werden. Dort, wo es im Sinne einer flächendeckenden Versorgung notwendig ist, auf

⁸ LSAP; Rahmenwahlprogramm – Kommunalwahlen, Luxemburg 2017, S.1

interkommunale und regionale Zusammenarbeit zu setzen, sollten vorhandene Ressourcen gebündelt und Synergien angestrebt werden.

Keine Zwangsfusionen

Das gilt auch für mögliche Zusammenschlüsse von Kommunen. **Gemeindefusionen** sind kein Selbstzweck und dürfen nicht vom Staat verordnet werden (...).⁹ Zwangsfusionen verstoßen nicht nur gegen das Prinzip der Gemeindeautonomie, sondern stellen aus LSAP-Sicht auch eine Verletzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung dar, die von Luxemburg unterzeichnet wurde. „Die LSAP wird Fusionen zwischen Kommunen nur dort unterstützen, wo es in den Augen der Gemeinden und ihrer Bürger Sinn macht“¹⁰ und durch eine lokales Referendum bestätigt wurde. Aus diesem Grund lehnt die LSAP ein nationales Referendum über Gemeindefusionen ab. Mit welcher Begründung sollten z.B. Bürger im Süden oder Zentrum des Landes über Gemeindefusionen im Norden oder Osten abstimmen. Das wäre allein schon aufgrund der Stimmengewichtung in bevölkerungsreichen Regionen gegenüber weniger dicht besiedelten Gebieten und Kommunen eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung jener Gemeinden, für die Fusionen in Frage kämen.

Ein neues zeitgemäßes Gemeindegesetz

Handlungsbedarf sieht die LSAP, was die Gemeindegesetzgebung und kommunalen Kompetenzen angeht. Die Aufgabenbereiche der Gemeinden werden immer zahlreicher und vielseitiger. Aus diesem Grund macht es Sinn, die kommunale und interkommunale Gesetzgebung zu überarbeiten und zusammenzulegen. Die interkommunale Zusammenarbeit in Syndikaten soll so gestaltet werden, dass weder die Gemeindeautonomie dadurch untergraben noch der demokratische Bürgerentscheid beeinträchtigt wird.

Ein neues Gemeindegesetz soll u.a. die pflichtmäßigen Aufgaben der Kommunen neu festlegen und die Gemeindedienste entsprechend ausstatten. Die LSAP setzt sich für eine Aufwertung der Gemeindemandate und eine Anpassung der „Congé politique“-Bestimmungen ein. Einer prinzipiell wünschenswerten Trennung der Mandate der kommunalen Exekutive von nationalen Abgeordnetenmandaten wird die LSAP nur zustimmen, wenn sichergestellt wird, dass der kommunale Sektor ein wichtiger und mitentscheidender Faktor im Gesetzgebungsprozess bleibt. Die Kompetenzen des Syvicol sollen ausgeweitet werden und an jene der Berufskammern angepasst werden.

Die LSAP tritt dafür ein, dass jede Gemeinde neben der Verwaltung sowie dem finanziellen und dem technischen Bereich auch über einen sozialen Dienst verfügen muss. In diesem

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

Sinne soll über die **Wiedereingliederung der Sozialdienste in den Verwaltungsbereich der Gemeinden** diskutiert werden. Damit will die LSAP gewährleisten, dass es zu keiner Loslösung dieser wichtigen Einrichtung vom kommunalpolitischen Entscheidungsprozess kommt.

Der soziale Dienst sollte u.a. Koordinationsaufgaben in wesentlichen Politikbereichen übernehmen, die eine kollektive Anstrengung erfordern und das Gemeinwohl betreffen. **Solidarisches Handeln und eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Kommunen** müssen in diesem Zusammenhang eine stärkere Rolle spielen. Das gilt sowohl für die Schaffung von neuem Wohnraum als auch für Hilfseinrichtungen für sozial schwache und gefährdete Mitbürger oder die Unterbringung von Flüchtlingen. Die LSAP wird diese kollektive Verantwortung ernstnehmen und auf kommunaler Ebene eine Vorreiterrolle einnehmen. Sie wird auf entsprechende Fortschritte in den genannten Politikbereichen drängen. Für die LSAP gilt deshalb der Grundsatz: Jede Gemeinde muss einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten! **Gemeinden und Regionen, die ein starkes Engagement beim Bau von Sozialwohnungen oder der Unterbringung von Flüchtlingen zeigen, sollten zusätzliche Geldmittel aus dem Staatshaushalt und aus europäischen Strukturfonds erhalten.**

Kinderbetreuung: eine kommunalpolitische Aufgabe

Die Kinderbetreuung stellt in den Augen der LSAP eine primäre Aufgabe der Kommunalpolitik dar. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Ausgliederung von Betreuungseinrichtungen nicht zur Regel wird, sondern die Ausnahme bildet. **Gemeinden müssen landesweit für eine hochwertige Kinderbetreuung sorgen.** Die LSAP setzt sich dafür ein, dass für öffentliche und private Betreuungseinrichtungen gleiche Qualitätskriterien gelten und entsprechende Auflagen auch eingehalten werden. Die LSAP befürwortet eine effiziente Qualitätskontrolle mit unmittelbarer Einbindung von Elternvertretern.

Ausbau des kommunalen Klima- und Naturschutzes

Die Gemeinden sind seit jeher ein wichtiger Partner, was den **Klima- und Naturschutz** angeht. Die LSAP tritt für eine Aufwertung dieser Rolle ein und wird das Subsidiaritätsprinzip beim Klima- und Naturschutz ausbauen. Darüber hinaus muss über finanzielle Mechanismen verhindert werden, dass sich einzelne Gemeinden dieser Aufgabe entziehen. Die LSAP wird den Klimapakt auch weiterhin für eine gute interkommunale Zusammenarbeit nutzen und dessen Zielsetzungen aktiv unterstützen. Das gilt auch für Klimaschutzprojekte und Maßnahmen zur Anpassung an Klimaveränderungen in Entwicklungsländern.

Grundsteuer neu ausrichten

Die LSAP spricht sich für eine **grundlegende Reform der Grundsteuer** aus. Dabei muss einerseits garantiert werden, dass Spekulation auf Grund und Boden deutlich höher besteuert wird. Andererseits kann über eine Entlastung jener Haushalte diskutiert werden, die nur über eine einzige Eigentumswohnung verfügen. Falls die Grundsteuer zu einem gewichtigen Bestandteil der Gemeindefinanzierung werden soll, muss es im Gegenzug zu einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform kommen.

Kommunale Entwicklung und Landesplanung

Die Entwicklung der Gemeinden und die kommunale Raumplanung stehen in direktem Zusammenhang mit der nationalen Landesplanung. Eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Staat ist in diesem Bereich unumgänglich. Die LSAP erwartet, dass die Entwürfe für die vier sektoriellen Leitpläne „Transport“, „Wohnen“, „Landschaften“ und „Zonen für wirtschaftliche Aktivitäten“, die von der Regierung am Ende der Legislatur in die öffentliche Prozedur gegeben wurden, zügig beurteilt und in Kraft gesetzt werden. Den Stellungnahmen von Bürgern und Gemeinden muss dabei Rechnung getragen werden.

Die sektoriellen Leitpläne werden dringend gebraucht, um eine geordnete Entwicklung zu gewährleisten, die ein Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen sektoriellen Bedürfnissen schafft und eine effiziente Nutzung des sehr begrenzten Luxemburger Territoriums erlaubt.

Geordnete Entwicklung der urbanen Zentren

Die LSAP unterstützt die Umsetzung eines Entwicklungsszenarios, das eine harmonische und geordnete Entwicklung erlaubt. Die zentralen Orte „**Nordstad**“, „**Agglolux**“ im Zentrum und „**Agglosud**“ rund um Esch-Alzette sollen den Großteil des Bevölkerungswachstums aufnehmen und bereits urbanisierte Räume sollen ausgebaut werden. Insbesondere in der „Nordstad“ und Umgebung muss in zusätzliche Infrastrukturen investiert werden, damit das vorhandene Potenzial auch genutzt werden kann. Die Entwicklung der urbanen Zentren muss so geplant werden, dass ein besseres Gleichgewicht zwischen den Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeitaktivitäten innerhalb dieser Orte entsteht. Die LSAP fordert in diesem Zusammenhang eine bessere Nutzung von Bestandgebäuden und vorhandenen Baulücken.

Dieses Entwicklungskonzept lässt sich nur dann umsetzen, wenn es in der Bevölkerung auf eine breite Akzeptanz stößt. Voraussetzung hierfür ist eine hohe urbanistische Qualität bei der Planung neuer Viertel. Eine starke Verdichtung beim Wohnungsbau muss nicht mit

einem Verlust an Lebensqualität für die Bewohner einhergehen. Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für eine bessere Nutzung öffentlicher Flächen aus. Eine gelungene Verkehrsführung, attraktive öffentliche Plätze, eine gut durchdachte Begrünung und eine hochwertige Architektur, die Privatsphäre erlaubt und den direkten Kontakt mit der Natur zulässt sind hierfür Schlüsselemente.

„Urban gardening“ muss ein fester Bestandteil urbaner Raumplanung werden. Kommunale Bauverordnungen sollten den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Einwohner Rechnung tragen und eine Ghettoisierung verhindern. **Die LSAP will sich dafür einsetzen, dass alternative Wohnformen** (Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser usw.) **nicht durch reglementarische Hindernisse eingeschränkt werden.** Der zunehmende Bedarf an Zweifamilienhäusern sollte ebenfalls berücksichtigt werden.

Die Kapazitäten für den öffentlichen Transport müssen prioritär zwischen diesen urbanen Entwicklungszentren ausgebaut werden.

Die Weiterentwicklung des ländlichen Raums

Das bedeutet für die anderen Regionen des Landes keinesfalls Stillstand. Die etwas kleineren regionalen Zentren und der ländliche Raum müssen sich ebenfalls weiterentwickeln, wenn auch mit anderen Schwerpunkt-Funktionen. Der ländliche Raum wird weiterhin stark von der Landwirtschaft geprägt sein. Die Flächen sollen prioritär für die Lebensmittelproduktion und an geeigneten Standorten für die Produktion von erneuerbarer Energie genutzt werden. Der Dorfcharakter im ländlichen Raum soll nicht durch dicht bebaute Neubausiedlungen zerstört werden. Ein Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten soll weiterhin auf den Tourismus ausgerichtet sein.

Die LSAP will sowohl den urbanen als auch der ländlichen Raum bei ihren spezifischen Entwicklungsprojekten mit staatlichen Mitteln unterstützen. Fördermaßnahmen sollten nicht danach bewertet werden, ob sie ländlichen oder urbanen Gemeinden zu Gute kommen, sondern für konkrete Projekte bereitgestellt werden, die eine Entwicklung im Sinne der nationalen Landesplanung voranbringen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern

Die LSAP ist überzeugt, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Landesplanung immer wichtiger wird. Gleiches gilt für die Bereiche Mobilität, Umweltschutz und den schonenden Umgang mit Naturressourcen. Die Probleme sind überall ähnlich und müssen gemeinsam gelöst werden.

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Grenzregionen ist im Interesse Luxemburgs, weil sie das Gefälle zwischen den Regionen verringert und den Wachstumsdruck besser aufteilt. Im Hinblick auf die vielen Grenzgänger ist es auch sinnvoll,

dass Luxemburg sich finanziell an bestimmten Infrastrukturprojekten jenseits seiner Landesgrenzen beteiligt.

Handlungsspielraum für künftige Planungsoptionen

Das Leitprogramm der Landesplanung, die sektoriellen Leitpläne und die Allgemeinen Bebauungspläne (PAG) auf Gemeindeebene müssen in einer langfristigen Perspektive ausgearbeitet werden. **Über die geplanten Infrastrukturprojekte und den mittelfristig absehbaren Bedarf hinaus muss sichergestellt werden, dass auch in 20 oder 30 Jahren noch genügend Handlungsspielraum bleibt** und möglichst viele Planungsoptionen bestehen bleiben.

Da die reale Entwicklung selten der vorhergesehenen entspricht, müssen alle Planungsinstrumente regelmäßig überprüft und angepasst werden. Dieser Prozess muss transparent sein, damit für betroffene Akteure jederzeit **Rechtssicherheit** gegeben ist. Die Planungsinstrumente sollen grundlegende Fragen zu Nutzungsmöglichkeiten einer bestimmten Fläche im Voraus beantworten und so **Genehmigungsverfahren beschleunigen und vereinfachen**.

En aktive Klima- an Naturschutz fir eng nohaltege Liewensqualit  t an eise Stied and Dierfer

Zunehmende Treibhausgasemissionen und ihre Auswirkungen auf die atmosphärische Zirkulation gehören laut Klimaexperten zu den menschengemachten Ursachen für die Klimaerwärmung, die mit der industriellen Revolution eingesetzt hat und durch die weitere Entwicklung beschleunigt wird, mit verheerenden Folgen für Menschen und Umwelt in betroffenen Regionen. Der Rückgang von Permafrost-Gebieten, steigende Meeresspiegel, die Verschiebung von Klimazonen mit zunehmend extremen Wetterlagen ... Stürme, Überschwemmungen, D  rren, sorgen für existenz- und lebensbedrohliche Gefahren sowie enorme volkswirtschaftliche Folgeschäden und treiben Menschen in die Flucht in weniger betroffene Regionen. Hinzu kommen Artenrückgang, übertriebener Ressourcenverbrauch und die zunehmende Verschmutzung von Natur und Umwelt, die die Menschheit vor globale Herausforderungen und eine kollektive Verantwortung stellt, der niemand sich entziehen darf. Auch in Luxemburg nicht!

Treibhausgasemissionen verringern

Luxemburg muss seine Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahren schrittweise verringern. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls müssen die Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 2005 um 20 Prozent gesenkt werden. Legt man das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 zugrunde, so müssen die Emissionen bis 2030 um 40 Prozent reduziert werden. Luxemburg hat den Weltklimavertrag COP21 per einstimmigen Parlamentsbeschluss 2016 ratifiziert. Nun müssen die vereinbarten Einsparziele konsequent umgesetzt werden.

Den größten Anteil an den nationalen Treibhausgasemissionen hat der Transportsektor mit rund 64 Prozent. Einen hohen Energiebedarf und somit CO₂-Emissionen haben derzeit noch Häuser und Wohnungen (rund 19 Prozent); rund 9 Prozent entfallen auf die Landwirtschaft. Handel, Handwerk und Industrie sind für etwa 4 Prozent der nationalen Emissionen verantwortlich. **Daraus ergeben sich für die LSAP klare Prioritäten:**

- die Verringerung des Verkehrsaufkommens
- die Steigerung der Energieeffizienz
- die Förderung erneuerbarer Energien
- die digitale Vernetzung von Energieversorgung, Kommunikation und Mobilität

Die Maßnahmen zur **Verringerung des Verkehrsaufkommens** und die verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln verbessern nicht nur die Lebensqualität der Einwohner und Grenzgänger, sie reduzieren auch den Energieverbrauch und verringern somit CO₂-Emissionen.

Der **technische Fortschritt** wird dazu beitragen, sparsamere und emissionsärmere Fahrzeuge herzustellen. **Die LSAP wird Innovationen in diesem Bereich konsequent unterstützen.** Es gilt außerdem, die richtigen Schlussfolgerungen aus den aufgedeckten Dieselskandalen zu ziehen und Automobilhersteller stärker in die Pflicht zu nehmen. **Elektromobilität soll stärker gefördert werden.** Die LSAP befürwortet

- eine Herabsetzung der Autosteuer für Elektroautos auf 25 Euro
- die Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf Elektromobilität bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode

Elektromobilität erlaubt eine flexiblere Nutzung erneuerbarer Energie, gleichzeitig wird dadurch die innerstädtische Luftverschmutzung reduziert. Aus Sicht der LSAP drängt sich in diesem Zusammenhang die Durchführung einer Lebenszyklusanalyse auf, um die Effizienz und Nachhaltigkeit verschiedener Antriebssysteme besser vergleichen und die Förderpolitik entsprechend anpassen zu können. Im Sinne der Gerechtigkeit und des Fortschritts muss darauf geachtet werden, dass jeder Bürger von dieser Förderpolitik profitiert, wenn ein wirkliches Umdenken gelingen soll.

Auch der **Treibstoffexport** und der Tanktourismus lasten schwer auf der nationalen CO₂-Bilanz. Das ist nicht zuletzt auf die internationale Berechnungsmethode zurückzuführen. Emissionen aus dem Treibstoff, der in Luxemburg verkauft wird, werden hier angerechnet, auch wenn der Sprit selbst hierzulande nicht verbraucht wird. Im Gegenzug schlägt sich der Energieimport Luxemburgs nicht in der Kyoto-Bilanz nieder. Der hohe Treibstoffexport Luxemburgs ergibt sich aus der Preisdifferenz zu den Nachbarländern.

Höhere Spritpreise hierzulande würden den Tanktourismus tendenziell verringern und den Treibstoffverkauf zunehmend in unsere Nachbarländer verlagern; die globalen CO₂-Emissionen gingen dadurch aber nicht zurück. Das hätte wohl einen positiven Einfluss auf die nationale Klimabilanz, würde aber gleichzeitig den Staatshaushalt belasten.

Da die Einnahmen aus dem Treibstoffverkauf voraussichtlich abnehmen und möglicherweise ganz ausfallen können, setzt sich die LSAP dafür ein, dass der Anteil der Einnahmen, der dem Treibstoffexport zugerechnet werden kann, in zukunftsweisende Projekte investiert wird, um die Abhängigkeit Luxemburgs von Energieimporten zu verringern.

Auch der zunehmende Flugverkehr ist für ein hohes Maß an Treibhausgasemissionen verantwortlich und beeinträchtigt die Lebensqualität von vielen Menschen. Die LSAP wird sich für die Einhaltung des Nachflugverbotes einsetzen. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass Lande- und Starterlaubnisse am Flughafen Findel an Effizienzkriterien gebunden werden.**

Energiewende herbeiführen

Neben der schrittweisen Verringerung von Treibhausgasemissionen wird die LSAP **konsequente Maßnahmen ergreifen um die Energiewende herbeizuführen und die Energieeffizienz zu verbessern**. Fossile Brennstoffe sind begrenzte Naturressourcen und verursachen Umweltschäden. **Die LSAP wird verstärkt auf erneuerbare Energien setzen und die Energieversorgung weiter dezentralisieren und diversifizieren**. Bis 2020 soll Luxemburg den Gesamtenergieverbrauch mit einem Mindestanteil von 11 Prozent an erneuerbaren Energien abdecken. Im Rahmen einer EU-weiten Zielsetzung hat sich Luxemburg zudem verpflichtet, den Anteil an erneuerbaren Energien bis 2030 auf 32 Prozent zu erhöhen. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass dieses Ziel hierzulande erreicht wird.

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der Energiewende **ist der Ausbau der Energieversorgungsnetze und deren Anschluss an dezentrale Energieproduzenten**. Die LSAP wird private Initiativen und Kooperativen zur Produktion von erneuerbarer Energie (Solarenergie, Wind- und Wasserkraft ...) unterstützen. Sogenannte „Prosumers“, die gleichzeitig ihren eigenen Energiebedarf decken und ihre überschüssige Energieproduktion ins Netz einspeisen, werden beim Ausbau erneuerbarer Energien eine zunehmend wichtige Rolle spielen und sollten entsprechend gefördert werden. Von größerer Bedeutung wird auch ein verändertes Konsumverhalten sein. **Die LSAP wird die Staffelung von Energiepreisen durch Smartmetering fördern** und Energie verstärkt dann nutzen, wenn sie am günstigsten ist.

Großes **Energiesparpotenzial** bieten auch der Wohnungsbau und die Altbausanierung. **Die LSAP wird die bestehenden Instrumente zur Förderung der energetischen Altbausanierung überprüfen und gegebenenfalls anpassen**. Darüber hinaus soll die Qualität im Wohnungsbau konstant verbessert werden. Betroffene Berufsgruppen sollen durch Aus- und Weiterbildung mit technischen Entwicklungen Schritt halten. Der Einsatz neuer Materialien und Bauweisen sollte nur dann gezielt gefördert werden, wenn sie sich in der Praxis bewährt haben. Daneben sollte **Energieberatung** verstärkt genutzt werden. Die LSAP wird die Beratertätigkeit von „myenergy“ ausbauen.

Die LSAP wird die Chancen und Perspektiven nutzen, die die Digitalisierung im Energiebereich bietet. Die Rifkin-Studie über die dritte industrielle Revolution beruht auf der Einsicht und Schlussfolgerung, dass die Vernetzung von Energie, Mobilität und Kommunikation nicht nur enormes Energieeinspar- und Entwicklungspotenzial bietet, sondern auch Voraussetzung für eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Zukunftspolitik ist. Die LSAP wird diesen Weg einschlagen und die Energiewende konsequent umsetzen.

Ein klares Nein zur Atomenergie

Die LSAP wird sich weiterhin für die Schließung der grenznahen und veralteten Atomkraftwerke einsetzen. Der notwendige Ausstieg aus fossilen Energien rechtfertigt nicht den Bau neuer Atomkraftwerke. Ganz abgesehen davon, dass Uran nicht zu den unbegrenzt verfügbaren Energiequellen zählt, ist das Problem der Endlagerung atomaren Mülls alles andere als gelöst. Die Altlasten, Langzeitfolgen und Risiken der zivilen Nutzung von Atomenergie stellen eine große Hypothek für heutige und künftige Generationen von Menschen und Tieren dar. Atomenergie ist für die LSAP daher keine Option; sie ist weder nachhaltig noch unbedenklich. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der Euratom-Vertrag reformiert wird. Der Bau neuer Atomkraftwerke darf nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Auch die Haftungsregeln für Betreibergesellschaften müssen überarbeitet und verschärft werden. Für die LSAP führt mittel- und langfristig kein Weg am Atomausstieg vorbei.

Natur und Artenvielfalt schützen

Im Umweltbereich wurden in der zu Ende gehenden Legislatur neue Gesetze und andere Reglementierungen ausgearbeitet, von denen einige sich noch auf dem Instanzenweg befinden. Diese neuen Bestimmungen müssen sich nun in der Praxis bewähren. Die Umsetzung dieses komplexen Regelwerks aus Vorschriften, Prozeduren und ausgewiesenen Schutzzonen muss regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Hierzu zählt das kürzlich in Kraft getretene neue **Naturschutzgesetz**. Die LSAP begrüßt die Einführung eines Ökopunktesystems und die Schaffung regionaler und nationaler Flächenpools, mit denen Umweltschäden durch Bauprojekte ausgeglichen werden können. Schwierigkeiten bereitet nach wie vor der rechtliche Status des **Biotopkatasters** und des verwaltungsinternen Leitfadens zur Bestimmung von geschützten Biotopen. Die LSAP wird in dieser Frage für Rechtssicherheit und Transparenz sorgen. Projektträger brauchen Planungssicherheit. Wenn es innerhalb des Bauperimeters geschützte Elemente gibt, so muss dies von vorneherein ersichtlich sein.

Auch außerhalb des Bauperimeters muss für jeden erkennbar sein, welche Aktivitäten wo erlaubt sind. Die LSAP will die bisherigen Initiativen im Sinne eines **verbesserten Managements der Natura-2000-Zonen** weiterführen und die **Sensibilisierung** der Allgemeinheit für den Schutz der Biodiversität insgesamt verstärken.

Trotz aller bisher getroffenen Maßnahmen nimmt die **Artenvielfalt** in Luxemburg ab. Die Ursachen sind vielfältig. Die Zersiedlung der Landschaft, der Rückgang spezifischer Lebensräume und die Intensivierung der Landwirtschaft sind für einen wesentlichen Teil des Biodiversitätsverlusts verantwortlich. Maßnahmen, um diesen Trend zu stoppen und wenn möglich umzukehren, beschränken sich nicht auf die Ausweisung von Schutzzonen, sondern müssen auch in andere Politikbereiche einfließen.

Den Wald als wichtigen Lebensraum und Ressource schützen

Wälder bedecken rund 35 Prozent des Luxemburger Territoriums. Sie stellen einen wichtigen Lebensraum für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten dar und müssen in einem guten Zustand erhalten werden. Etwa zwei Drittel der Wälder sind als Schutzgebiete ausgewiesen.

Da der Wald viele verschiedene Funktionen erfüllt, muss die Nutzung klaren Regeln unterliegen. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der bereits vorliegende Entwurf für **ein neues Waldgesetz** gleich zu Beginn der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten kann.

Für viele Menschen ist der Wald ein **beliebtes Naherholungsgebiet**. Freizeitaktivitäten im Wald müssen jedoch gerade angesichts der wachsenden Bevölkerungsdichte so geregelt werden, dass sie nicht mit den bestehenden Naturschutzziele in Konflikt geraten.

Dem Wald kommt ebenfalls eine wichtige Rolle beim Klimaschutz zu. Einerseits speichert der Wald CO₂, andererseits liefert er wertvolle, klimaneutrale Rohstoffe, die verstärkt im Bausektor und zur Möbelherstellung genutzt werden können. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass das bestehende Holzcluster weiter ausgebaut und gefördert wird**, damit in Zukunft besonders wertvolles Stammholz regional valorisiert werden kann. Darüber hinaus liefert der Wald Holz, das in erneuerbare Energie umgewandelt werden kann. Dies darf jedoch ausschließlich nach den Regeln einer nachhaltigen Bewirtschaftung geschehen.

Bodenschutz ist unverzichtbar

Boden ist eine begrenzte natürliche Ressource, die existenziell wichtig für Menschen, Tiere und Pflanzen ist. Qualitativ hochwertige Böden bilden die Grundlage für Ackerbau und Viehzucht und sind somit für die Lebensmittelproduktion unverzichtbar. Sie müssen vor Erosion, Verdichtung, Kontamination und Versiegelung geschützt werden. Böden haben ebenfalls Einfluss auf das Klima und auf den Wasserhaushalt.

Bodenschäden lassen sich kaum noch rückgängig machen, so dass man von einer endlichen, nicht regenerierbaren Ressource sprechen muss. Umso wichtiger sind wirksame Schutzmaßnahmen. **In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde erstmals in Luxemburg ein Entwurf für ein Bodenschutzgesetz vorgelegt. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass dieses Gesetzesprojekt ohne Zeitverlust diskutiert, gegebenenfalls ergänzt und verabschiedet wird.**

Trinkwasserversorgung langfristig absichern

Auch das Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, die knapp ist und geschützt werden muss. Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser zählt zu den vorrangigen Aufgaben der öffentlichen Hand. Sie muss sicherstellen, dass Luxemburg über genügend Trinkwasser

verfügt. Auch wenn die Trinkwasservorräte derzeit ausreichend sind, müssen Vorkehrungen für die Zukunft getroffen werden. Um die Versorgungssicherheit im Trinkwasserbereich zu verbessern, wird die LSAP innerhalb der Großregion für die **Anbindung an ausländische Trinkwasserversorgungsnetze** eintreten.

Mit der LSAP wird es keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung geben. Der Ausbau der neuen SEBES-Anlage wird zusätzliche Kapazitäten schaffen. Dennoch können ein starkes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zu Engpässen in der Wasserversorgung führen, wenn wir nicht sorgsam mit dieser begrenzten lebenswichtigen Ressource umgehen. Eine Übernutzung von Grundwasser muss vermieden werden.

Die LSAP tritt für einen verantwortungsbewussten Wasserkonsum und einen schonenden Umgang mit diesem kostbaren Gut ein. Privathaushalte, Kommunen, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe sind gleichermaßen in der Pflicht:

- Wassersparende technische Lösungen müssen bestmöglich in der Industrieproduktion genutzt werden.
- Versorgungsnetze und bestehende Infrastrukturen müssen gewartet und bei Bedarf instandgesetzt werden; Trinkwasser darf nicht ungenutzt versickern.
- Trennsysteme sollen überall dort eingerichtet werden, wo es möglich ist, damit Regenwasser aufgefangen und in die Bäche zurückgeführt werden kann, ohne dass die Kläranlagen überlastet werden.
- Die Bevölkerung muss für einen sparsamen Umgang mit Trinkwasser sensibilisiert werden.
- Wasserverschwendung muss über einen gestaffelten Wasserpreis reduziert werden.
- Landwirtschaft sollte nachhaltig sein und auf umweltschädliche Pestizide und synthetischen Dünger verzichten.

Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine hochwertige Trinkwasserversorgung, die auch für künftige Generationen Bestand haben muss. Der Abwasserbehandlung kommt große Bedeutung zu. Die LSAP tritt dafür ein, dass

- Kläranlagen kontinuierlich ausgebaut werden, damit ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen, um steigenden Einwohnerzahlen Rechnung zu tragen
- geeignete Kläranlagen durch staatliche Förderung mit einer vierten Reinigungsstufe ausgerüstet werden, damit weniger Medikamentenrückstände und andere Verunreinigungen in unsere Gewässer gelangen
- Wasserversorgung und Abwasserbehandlung auch in Neubaugebieten gewährleistet werden, bevor die Genehmigung für neues Baugebiet erteilt werden kann.

Der Zustand unserer Oberflächengewässer und des Grundwassers ist schlecht. Daran hat sich trotz aller Maßnahmen in den vergangenen Jahren nichts geändert. Wir sind weit davon entfernt, das von der EU vorgegebene Ziel, alle Gewässer schrittweise in einen guten

Zustand zu bringen, zu erreichen. **Die LSAP setzt sich für die weitere Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ein und wird auch weiterhin Renaturierungsprojekte fördern.**

Darüber hinaus wird die LSAP den Hochwasserschutz verstärken und genügend Geldmittel zur Verfügung stellen, um Hochwasserpartnerschaften zu unterstützen und die Realisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen zu ermöglichen.

Luft- und Lichtverschmutzung verringern

Saubere Luft ist eine Voraussetzung für unsere Gesundheit. Luftverschmutzung muss auf ein Minimum reduziert werden. Hierfür braucht es ein systematisches Monitoring. **Die LSAP wird bestehende Mess-Systeme ausbauen und die Maßnahmen, die im nationalen Luftreinhalteplan von 2017 festgehalten wurden, konsequent umsetzen.** Die zunehmende Verstädterung und Industrialisierung zählen zu den Hauptursachen der Lichtverschmutzung. Die wachsende Weltbevölkerung verstärkt dieses Phänomen. Die Umwelt leidet unter künstlichen Lichtquellen, die den Nachthimmel erhellen und Flora und Fauna negativ beeinflussen können. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass zusammen mit den Städten und Gemeinden ein Maßnahmenkatalog zur Reduzierung der Lichtverschmutzung erstellt und umgesetzt wird.**

Abfall vermeiden, Plastikmüll verringern

Die LSAP wird Vorkehrungen und Maßnahmen unterstützen, die Abfall vermeiden. Kreislaufwirtschaft und Sharing Economy können einen wichtigen Beitrag hierzu leisten. Darüber hinaus muss die Abfallentsorgung weiter optimiert werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der neue Abfallbewirtschaftungsplan konsequent umgesetzt wird. Sie wird außerdem konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Entstehung von Plastikmüll zu verringern.

Die LSAP spricht sich für ein klares Ausstiegsszenario aus, was den Gebrauch von Plastikverpackungen und Plastikeinwegutensilien angeht. In einer ersten Phase sollen Produzenten und Verbraucher durch Sensibilisierungsmaßnahmen verstärkt auf das globale Umweltproblem Plastikmüll aufmerksam gemacht werden. In einer zweiten Phase werden die Sozialisten die Nutzung von Plastikverpackungen und -einwegutensilien durch steuerliche Maßnahmen einschränken, bevor in einer dritten Phase Verbote und Sanktionen per Gesetz verhängt werden. Am Ende der kommenden Legislaturperiode wird Phase 3 eingeleitet.

Nicht nur Menschen, auch Tiere haben Rechte

Die aktuelle Regierung hat ein neues fortschrittliches Tierschutzgesetz ausgearbeitet. Die LSAP begrüßt diese Initiative und wird sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung dieser Gesetzesvorlage in der Praxis zu einer spürbaren Verbesserung im Umgang mit Tieren führt. Anerkannte Tierschutzorganisationen, die mit diesem Gesetz zusätzliche Rechte erhalten, können einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten.

Darüber hinaus wird der Tierschutz Einzug in das neue Grundgesetz halten, das in der kommenden Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Damit wird der Stellenwert und Schutz der Tiere eine neue gesellschaftliche Qualität bekommen. Dadurch wird auch unmissverständlich klar, dass nicht nur Menschen, sondern auch Tiere Rechte haben und schützenswert sind. Die LSAP hat einen wesentlichen Beitrag zur Ausarbeitung des neuen Verfassungstextes geleistet. Die verfassungsrechtliche Verankerung des Tierschutzes wäre aus LSAP-Sicht ein wichtiger gesellschaftspolitischer Fortschritt, der Anerkennung verdient.

Die LSAP setzt sich konsequent für einen artgerechten Umgang mit Haus-, Nutz- und Wildtieren ein. Die LSAP tritt dafür ein, dass Tierhalter über einen artgerechten Umgang mit Zucht- und Gebrauchstieren aufgeklärt werden. Konzentrierte Intensivtierhaltung ist mit Tierschutz bzw. einer artgerechten Tierhaltung unvereinbar und muss strikt unterbunden werden. Tiertransporte, Schlachthäuser, Tierversuche und Tierhandel müssen ihrerseits strengen Kontrollen unterliegen. Jedwede Form von Tierquälerei muss geahndet und konsequent bestraft werden. Vom Aussterben bedrohte Tiere und ihre Lebensräume müssen geschützt werden. Der Rückgang der Biodiversität ist eine reelle Bedrohung für das gesamte Ökosystem. Deshalb ist es im Urinteresse aller Menschen, den Artenrückgang aktiv zu bekämpfen und Naturressourcen zu schonen.

Hundehalter müssen mit ihren Haustieren verantwortungsvoll und artgerecht umgehen. **Die LSAP wird mit Sensibilisierungsmaßnahmen dafür werben, dass möglichst viele Hundehalter einen Hundeführerschein machen.** Sie spricht sich auch dafür aus, die Liste der als gefährlich eingestuften Hunde zu überprüfen und gegebenenfalls nachzubessern. Die LSAP befürwortet darüber hinaus die Einrichtung von Tierfriedhöfen.

Eng Mobilitéit, déi net bremst, mee eis virubrénkt

Der zunehmende Individualverkehr auf unseren Straßen belastet nicht nur die Umwelt, sondern schränkt auch unsere Lebensqualität und unseren Anspruch auf Freiheit und unbehinderte Mobilität ein. In Luxemburg wohnen über 600.000 Einwohner. Es sind über 500.000 Fahrzeuge registriert. Zwei Drittel aller Bürger benutzen vornehmlich das Auto für ihre private Mobilität. Drei Viertel nehmen das Auto zum Einkaufen. Luxemburg beschäftigt 180.000 Grenzgänger, von denen die große Mehrheit ein Auto nutzt. Darüber hinaus werden unsere Straßen durch den internationalen Transitverkehr zusätzlich belastet. Damit bleibt der permanente Stau vorprogrammiert, wenn das wachsende Verkehrsaufkommen nicht zunehmend vermieden oder verlagert wird.

Mehr Lebensqualität durch eine verbesserte Mobilität

Die Priorität muss der Erweiterung des öffentlichen Transportangebotes gelten. **Die LSAP wird mittelfristig den kostenlosen öffentlichen Transport einführen und dafür sorgen, dass das vorhandene Angebot entsprechend ausgebaut und verbessert wird.** Die Sozialisten werden weiterhin in den Ausbau des Eisenbahn-Netzes investieren. Neue, schienengebundene Verkehrswege müssen geplant und realisiert werden. Diese stellen das Rückgrat des öffentlichen Verkehrsnetzes dar. **Ein intelligentes, zukunftsfähiges Mobilitätskonzept, das dem Mobilitätsbedarf gerecht wird, muss multimodal sein und die Groß- bzw. Grenzregion mit einbeziehen.** Busdienste werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle als Zubringer zu multimodalen Umsteigeplattformen und als wichtigstes öffentliches Verkehrsmittel auf weniger intensiv genutzten Strecken spielen. P&R in den Grenzregionen sollen es Pendlern ermöglichen, früh auf ein öffentliches Verkehrsmittel umzusteigen. Oftmals verfügen Anrainergemeinden nicht über die notwendigen Finanzressourcen, um diese Infrastrukturen allein zu finanzieren. Luxemburg sollte auch hier Verantwortung übernehmen und sich an der Finanzierung von P&R-Einrichtungen im Grenzgebiet beteiligen. Von dieser Maßnahme zur Entlastung des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs würden alle profitieren: Pendler, die Nachbarländer sowie Luxemburg und seine Einwohner. Den Individualverkehr entlasten werden auch Investitionen in die sanfte Mobilität. Sichere separate Fuß- und Radwege innerorts erleichtern den Verzicht aufs Auto für kurze Strecken. Neue Radwege, die Entwicklungszentren auf direktem Weg verbinden, ergänzen das Mobilitätsangebot. Das Straßennetz muss auch in Zukunft ausgebaut und sicherer gestaltet werden; diese notwendige Infrastruktur muss jedoch effizienter genutzt werden.

Mobilitätsbedarf und Verkehrsaufkommen reduzieren

Neben einer verbesserten Mobilität im Bereich des öffentlichen Transports wird es künftig auch darum gehen, den Mobilitätsbedarf und Individualverkehr durch alternative Angebote zu verringern. Flexiblere Arbeitszeiten und -modelle, zeitgemäße Infrastrukturen und eine verstärkte Dezentralisierung können hier Abhilfe schaffen und einen wichtigen Beitrag zur Senkung des Verkehrsaufkommens leisten.

Die LSAP wird in diesem Sinne Telearbeit fördern, Pendlerhäuser bzw. Telearbeitszentren befürworten, die von Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen in Grenznähe und an Mobilitätsknotenpunkten eingerichtet werden.

Dezentrale Büroeinheiten, die sich in der Nähe der Wohnorte der Mitarbeiter befinden und direkt an den öffentlichen Transport angebunden sind, haben gleich mehrere Vorteile: Sie bringen einen Zeitgewinn für Arbeitnehmer, verringern den Pendlerverkehr und ermöglichen Kostenersparnisse für Arbeitgeber, die auf günstigere Büroflächen zurückgreifen können. Sogenannte Pendlerhäuser oder Telearbeitszentren bieten zudem eine offiziellere und vor allem leistungsfähigere Büroumgebung, was die technische Ausstattung und gesicherte Übertragung sensibler Daten angeht als das private Umfeld eines Homeoffice. Darüber hinaus erlauben sie den Berufstätigen die arbeitstechnisch saubere Trennung von Berufs- und Privatleben.

Die LSAP spricht sich auch für die verstärkte Dezentralisierung öffentlicher Verwaltungen aus, die in direktem Kontakt mit den Bürgern und Kunden stehen. Auch eine **Flexibilisierung der Arbeits- und Schulzeiten** kann die Verkehrssituation zu Stoßzeiten entlasten und den Verkehr über längere Zeiträume besser verteilen. Denkbar sind unterschiedliche Arbeitszeitmodelle, gegebenenfalls kombiniert mit einer Arbeitszeitverkürzung.

Vorrang für den öffentlichen Transport

Wenn es darum geht, den Individualverkehr einzuschränken und das Mobilitätsangebot zu verbessern und effektiver zu gestalten, führt kein Weg an einem Ausbau des öffentlichen Transports vorbei. Zug, Tram und Bus können eine große Anzahl von Passagieren am wirksamsten von A nach B bringen. In einem geringeren Maße gilt das für Pkw, die voll besetzt sind. Mitfahrdienste können demnach einen Beitrag zur Entlastung der Hauptverkehrsachsen leisten. Priorität muss dagegen die Kapazitätserweiterung des öffentlichen Gemeinschaftstransports haben.

Öffentliche Verkehrsmittel werden genutzt, wenn sie preisgünstig, zuverlässig, komfortabel und schneller am Ziel sind als das Privatauto, und dies auch an Sonn- und Feiertagen. Insbesondere Busdienste können diese Bedingungen erfüllen, wenn sie im Straßenverkehr auf einer eigener Spur am Stau vorbeifahren können. Innovative Konzepte, wie Busspuren, die je nach Bedarf einen Wechsel der Fahrtrichtung erlauben oder intelligente Ampelanlagen können den Bussen dort Vorrang geben, wo ein Ausbau der Straße nicht

möglich ist. Die LSAP wird derartige Konzepte konsequent unterstützen und auch dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen – Komfort, Zuverlässigkeit und Infrastrukturen – des öffentlichen Transports kontinuierlich verbessert werden. Nachholbedarf gibt es insbesondere, was die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im nationalen Zugverkehr betrifft. Zahlreiche Verspätungen und Zugausfälle sind darauf zurückzuführen, dass das Schienennetz überlastet ist und eine hohe Taktfrequenz nicht bewältigen kann. **Die LSAP wird hier Abhilfe schaffen und den Ausbau des Schienennetzes vorantreiben.**

Die LSAP wird Gewalt im öffentlichen Transport verstärkt durch Videoüberwachung, Sensibilisierung und Weiterbildungsmaßnahmen für Begleitpersonal bekämpfen.

Ein gutes öffentliches Transportangebot ist untrennbar verbunden mit einer guten Raum- und Städteplanung. Neue Einkaufszentren, Kultur- und Sporteinrichtungen sollten vorzugsweise innerhalb der Städte errichtet werden bzw. dort, wo ein hochwertiges öffentliches Transportangebot besteht. Auf dem Hauptstadtgebiet muss die Einführung der Tram im Zusammenspiel mit dem Busangebot genutzt werden, um die einzelnen Stadtteile besser miteinander zu verbinden.

Fakt ist: Der öffentliche Transport kann keinen flächendeckenden Von-Tür-zu-Tür-Service anbieten. Ziel ist daher, Teilstrecken bis zum nächsten Knotenpunkt mit dem Auto, oder wenn möglich mit dem Rad oder zu Fuß zurückzulegen. Die genutzten Verkehrsmittel müssen daher optimal aufeinander abgestimmt sein, um ein bequemes Umsteigen ohne Zeitverlust zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer optimierten Information in Echtzeit. **Die LSAP wird das „Mobiliéit.lu“-Angebot weiter ausbauen und dabei sicherstellen, dass alle Busse im Netz über die nötige technische Ausrüstung verfügen.** Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Nutzer in der Lage sind, Informationen über eine App oder eine Webseite abzurufen. Die LSAP wird dafür sorgen, dass an allen wichtigen Knotenpunkten Personal verfügbar ist, um vor Ort bei Bedarf Auskunft geben zu können.

Ausbau der Infrastrukturen im Sinne einer kohärenten Landesplanung

Ausbau des Schienennetzes: Das öffentliche Transportangebot ist vielseitig und umfangreich. In den vergangenen Jahren wurde viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Ein herausragendes Beispiel ist die Wiederaufnahme des Trambetriebs in Luxemburg-Stadt nach jahrelangen Diskussionen über Sinn und Zweck dieser wichtigen Investition in die Zukunft des Landes. **Mit der Inbetriebnahme der hauptstädtischen Tram wurde eine langjährige Forderung der LSAP Ende 2017 Realität.** Die Tram wird das öffentliche Mobilitätsangebot auch in Zukunft wesentlich verbessern.

Doch das Bevölkerungswachstum und die wirtschaftliche Entwicklung werden die Nachfrage an benutzerfreundlichen Mobilitätsangeboten weiter steigern. Ein **Ausbau des Tram-Netzes** entlang der „route d’Arlon“ bis nach Mamer mit Anbindung an die Europaschule drängt sich auf. Das gleiche gilt für die Weiterführung von der „Cloche d’or“ nach Bartringen und Strassen mit Anschluss an die Strecke Mamer-„Place de l’étoile“.

Die LSAP tritt darüber hinaus für die Schaffung einer schnellen Schienentrasse zwischen Esch/Alzette und Luxemburg-Stadt ein. Die neue Streckenführung soll die Entwicklungspole Belval, Esch/Schifflingen, Monnerich/Foetz und Leudelingen mit der Hauptstadt verbinden. Dabei muss sichergestellt werden, dass alle Entwicklungspole im Süden an die neue Streckenführung angebunden werden. Die LSAP unterstützt in diesem Zusammenhang die Idee einer schnellen Tram auf dieser Strecke. Die LSAP wird auch prüfen, ob eine schnelle Tram vom französischen Grenzgebiet (im Raum Düdelingen) nach Luxemburg Sinn macht. Hinzu kommt die Umsetzung wichtiger Projekte, die bereits verabschiedet sind, wie der Bau zusätzlicher Quai-Anlagen am Hauptstadtbahnhof, die Tramverbindung ab Flughafen Findel, über das Stadtzentrum und den Hauptbahnhof bis zur „Cloche d’or“ sowie multimodale Plattformen. Da sich das Gebiet rund um den Flughafen auch in Zukunft weiter stark entwickeln wird, könnten sich die Kapazitäten dieser Tramlinie und der heutigen Busverbindung zwischen dem Hauptbahnhof und dem Findel via Cents als unzureichend erweisen. **Die LSAP schlägt die Freihaltung eines Korridors vom Hauptbahnhof über den Cents zum Findel vor**, damit später bei Bedarf auf diesem Streckenabschnitt eigene Busspuren oder gegebenenfalls eine Tramlinie eingerichtet werden können.

Daneben spricht sich die LSAP für eine verbesserte Anbindung des Streckenabschnitts Rümelingen-Noertzange an die Hauptstadt aus, mehr Direktzüge und kürzere Umstiegszeiten würden hier Abhilfe schaffen. Das bestehende Schienennetz sollte ebenfalls genutzt werden, um **eine direkte Verbindung zwischen Rümelingen, Esch/Belval/Universität und Petingen** herzustellen.

Zu den großen Prioritäten, was den Ausbau des Schienennetzes angeht, zählt auch die **Verbindung zwischen den Hauptentwicklungszentren Nordstad, Luxemburg und Esch/Alzette**. Auch der Norden des Landes braucht ein Mobilitätskonzept. Dazu gehören aus LSAP-Sicht:

- der zweigleisige Ausbau der Nordstrecke, dort wo es möglich ist
- die Aufrechterhaltung des Streckenabschnitts Ettelbrück-Diekirch
- die Verbesserung des Busangebots als Zubringerdienst
- die Nutzung der Bahnstrecke ab Bissen als Zubringer für die Nordstrecke
- die Verwirklichung einer Nordstad-Verbindung zwischen Bissen, Ettelbrück, Diekirch und Gilsdorf als mögliche Alternative
- der Ausbau der Nordstrecke über die Nordstad hinaus nach Clerf und Ulflingen

Ausbau der Straßeninfrastrukturen: Beim Straßenbau werden die Sozialisten dem **Bau lokaler Umgehungsstraßen** den Vorrang geben. Wie die Beispiele Lintgen, Sandweiler oder nunmehr Junglinster zeigen, können nach dem Bau von lokalen Umgehungsstraßen innerorts Maßnahmen zur **Verkehrsberuhigung** und Bevorteilung von Fußgängern und Radfahrern verwirklicht werden. Ortschaften wie Ettelbrück, Dippach, Bascharage, Hosingen, Ulflingen und andere müssen schnellstens vom Transitverkehr befreit werden.

Aus Sicherheitsgründen und zur Vermeidung von Rückstaus bei Unfällen muss die Hauptachse des internationalen Durchgangsverkehrs (Arlon-Luxemburg-Thionville) ausgebaut werden.

Die Escher Autobahn (A4) soll auf drei Spuren erweitert werden, wobei die zusätzliche Spur für Busse und Autos mit Mitfahrern reserviert wird.

Ausbau der Radwege: Die LSAP werden auch weiterhin sanfte Mobilität fördern, sowohl auf nationaler wie lokaler Ebene. Die Ausweitung des Radwegenetzes ist ein wesentlicher Bestandteil eines zeitgemäßen Mobilitätskonzepts. **Die LSAP wird den Ausbau des nationalen Radwegenetzes forcieren** und dabei besonders den Alltags- und Berufsverkehr berücksichtigen und gleichzeitig sicherstellen, dass nationale Radwege bis ins Zentrum der Ortschaften und Städte hineinreichen. Daneben wird die LSAP Möglichkeiten ausloten, um neben der geplanten Verbindung zwischen Esch/Alzette und Stadt Luxemburg weitere **Radschnellwege** einrichten zu können. Die LSAP wird sich auch für eine bessere Anbindung von Bahnhöfen an das nationale Radwegenetz einsetzen und mehr Radstellplätze bereitstellen. Radfahren sollte zudem Teil der Ausbildung an Grundschulen sein. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang die Teilnahme von Grundschulern an der „Coupe scolaire“ systematisch fördern. Auch der Radtourismus ist Teil einer globalen Mobilitätsstrategie, die zur Attraktivität des Luxemburger Standorts beiträgt und verstärkt internationale Gäste anlocken wird. Die LSAP wird sich am Schweizer Vorbild orientieren und eine nationale Radwegstrategie für den Radtourismus ausarbeiten.

Verbesserung der Wasserwege: Im Bereich der Moselschifffahrt wird die LSAP sich für den zügigen Ausbau der Moselschleusen mit jeweils zwei Schleusenkammern einsetzen.

E kloert Bekenntnes zu engem sozialen a solidareschen Europa

Ohne europäische Integration hätte sich Luxemburg in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu dem entwickeln können, was es heute ist: ein erfolgreiches und weltoffenes Land, das in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnimmt. Auch in Zukunft wird es darum gehen, neue Wege zu gehen, die Europäische Union zu stärken und so auszurichten, dass sie den Menschen dient und neue Perspektiven eröffnet.

“Die Europäische Union ist (...) in erster Linie eine Werte- und Solidargemeinschaft mit großem Wirtschaftspotenzial. Nur eine solidarische und in sich gefestigte EU kann ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Welt auch politisch geltend machen. Für die LSAP gibt es keine Alternative zur EU, die angesichts großer Herausforderungen nicht nur den Ausbau und die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, sondern allen voran die Sozialunion vorantreiben muss (...).“¹¹

Die LSAP hat klare Vorstellungen, wie sich die Europäische Union weiterentwickeln muss, damit die Bürgerinnen und Bürger ihr das notwendige Vertrauen entgegenbringen. In den kommenden Jahren wird es vorrangig darum gehen,

- die soziale Dimension innerhalb der EU zu stärken,
- die Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben,
- die Sicherheit und Verteidigung zu koordinieren und zu verbessern
- den Umwelt- und Klimaschutz aktiv voranzutreiben
- die europäischen Grundwerte zu verteidigen und verstärkt auf die Gemeinschaftsmethode zu setzen
- faire und transparente Handelsbeziehungen einzufordern und zu fördern
- Menschenhandel, illegale Immigration und Fluchtursachen zu bekämpfen

Sozial- und Werteunion

Demokratische und soziale Konvergenzkriterien sind aus LSAP-Sicht für die Vertrauensbildung unabdingbar und tragen wesentlich zur Glaubwürdigkeit der EU bei. Die Freiheit von Presse und Justiz, die anerkannten Bürger- und Gewerkschaftsrechte sind unantastbar. EU-Mitgliedsstaaten, die dagegen verstoßen, müssen mit schwerwiegenden Sanktionen rechnen.

Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass verbindliche soziale Rechte durch EU-Richtlinien und Verordnungen eingeführt werden. Dabei muss gewährleistet werden, dass geltende Standards nicht nach unten, sondern nach oben angepasst werden. Die

¹¹ LSAP; Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S. 12

sozialen Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer dürfen nicht den wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber untergeordnet werden.

Die LSAP fordert darüber hinaus einen Solidarpakt, der sicherstellen soll, dass aus der EU eine echte Beschäftigungsunion wird. Dazu gehören:

- die Einführung eines Mindestlohns, der oberhalb der Armutsgrenze in den jeweiligen Mitgliedsstaaten liegt
- die Bekämpfung von Sozial- und Steuerdumping
- die Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde, die mit echten Kontrollbefugnissen ausgestattet ist und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen durchsetzen kann
- zusätzliche Mittel für die Europäische Jugendgarantie
- die Ausweitung des Erasmus-Programms, damit auch Sekundarschüler davon profitieren können
- die Einführung von europäischen Kulturschecks
- die Einführung einer europäischen Garantie für armutsgefährdete Kinder
- die Einführung einer europäischen Garantie für ältere Arbeitnehmer, damit sie ihre Arbeitslosigkeit überwinden können.

Wirtschafts- und Währungsunion

Die Erfahrungen, die seit dem Ausbruch der Eurokrise gesammelt wurden, haben gezeigt, dass die gemeinsame Währung nur gelingen kann, wenn sie durch eine kluge und kohärente Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene begleitet wird und in einen klaren institutionellen Rahmen eingebettet ist. Für uns Sozialisten ist klar, dass die ausschließliche Fokussierung auf Austerität und Privatisierung gescheitert ist und viel Schaden besonders in den südlichen Euro-Ländern angerichtet hat. Nur wenn EU-weit die Nachfrage angekurbelt und produktive Investitionen gefördert werden, können sich die betroffenen Mitgliedstaaten aus der Krise herausarbeiten. Deshalb steht die LSAP den Überlegungen für eine **Stärkung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik** sowie ihrer institutionellen Organisation grundsätzlich positiv gegenüber. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Europas und Luxemburgs kann dies jedoch nur gelingen, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine echte Sozialunion ergänzt wird, um u.a. Lohn- und Sozialdumping zu vermeiden. Auch die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion, die Reform des EU-Haushalts und die Beendigung des schädlichen Steuerwettbewerbs gehören zu den Voraussetzungen, um aus dem Euro langfristig eine Erfolgsgeschichte zu machen.

Steuerdumping ist kein nachhaltiges Geschäftsmodell. Luxemburg wird sich EU-weit für einen Mindeststeuersatz für Unternehmen einsetzen. Auch innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion sollte verstärkt auf eine koordinierte Führung und Solidarität gesetzt werden. In diesem Sinne fordert die LSAP **mehr Eigenmittel für den EU-Haushalt** und einen gemeinsamen Politikansatz, der auf Stabilität, Effizienz und Transparenz setzt und

die soziale Dimension und demokratische Kontrolle einbezieht. Die LSAP macht sich für eine **Demokratisierung der Eurozone** und einen **Vollzeit-Finanzminister** stark, der gleichzeitig Mitglied der EU-Kommission ist. Die demokratische Kontrolle sollte durch eine Spezialkommission des Europaparlaments gewährleistet werden. Die LSAP spricht sich ferner dafür aus, den Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds umzuwandeln, auf den in Krisenzeiten zurückgegriffen werden kann.

Auch die Eurogruppe sollte reformiert und erweitert werden. Die LSAP fordert, dass sie sich nicht mehr ausschließlich mit Wirtschafts- und Finanzfragen befassen soll. Vielmehr sollten auch Beschäftigungs- und Sozialminister an deren Treffen beteiligt werden. Darüber hinaus setzt die LSAP sich dafür ein,

- dass Kriterien für soziale Rechte im Europäischen Semester verankert werden: Mitglieder der Eurozone sollen auf diese Weise verpflichtet werden, soziale Kriterien bei der Aufstellung ihrer Haushalts- und Reformentwürfe zu berücksichtigen
- dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird
- dass der Kampf gegen Geldwäsche und die Finanzierung terroristischer Attacken verstärkt wird
- dass die Bankenunion durch ein wirksames Einlagensicherungssystem ergänzt wird
- dass die EU-Ressourcen erhöht werden, um globalen Herausforderungen (Brexit, Sicherheit, Migration, Forschung, Klimawandel ...) besser begegnen zu können. Die LSAP befürwortet diesbezüglich eine Aufstockung des EU-Haushalts auf 1,3 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts sowie eine Erhöhung der EU-Eigenmittel durch Besteuerung von CO₂-Emissionen, Finanztransaktionen und Digitalunternehmen.

Handlungsbedarf gibt es auch im Hinblick auf die **Weiterentwicklung der Wirtschaftsunion**. Die LSAP tritt dafür ein, dass die soziale Verantwortung der Unternehmen in Europa Standard wird. Die EU braucht klare und verbindliche Richtlinien, um soziale Verantwortung in den Unternehmen durchzusetzen. Darüber hinaus muss ein Rechtsrahmen für digitale Entwicklung geschaffen werden, der Innovation fördert und Arbeitnehmern und Nutzern wirksamen Schutz bietet. Die LSAP setzt auf Investitionen, die Innovation und Weiterbildung fördern und für Beschäftigung in den EU-Mitgliedsstaaten sorgen.

Darüber hinaus befürwortet die LSAP die Einführung von Privatanleihen zur Förderung von Sozialprojekten, die umwelt- und sozialverträgliche Kriterien erfüllen.

Die regionale Sperrung (Geoblocking) von Internetinhalten und Online-Angeboten ist unvereinbar mit einem freien, digitalen EU-Binnenmarkt. Davon betroffen sind vor allem Konsumenten und Nutzer kleinerer Staaten, die nicht auf entsprechende Online-Dienste zurückgreifen können. Die LSAP setzt sich für ein wirksames Verbot von Geoblocking auf EU-Ebene ein: Jeder EU-Bürger sollte freien Zugang zu Internet-Angeboten haben.

Sicherheit und Verteidigung

Angesichts vieler Konfliktregionen und einer zunehmend unsicheren Weltlage wird auch die EU verstärkt gefordert sein und sich zu einer Sicherheitsunion weiterentwickeln müssen, die eine klare und gemeinsame Linie verfolgt.

Die EU muss sich für den Frieden und die Stabilisierung fragiler Regionen einsetzen.

Für die LSAP steht fest, dass Einsätze in Krisengebieten nur auf der Grundlage eines klaren UNO-Mandats erfolgen können. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Nachrichtendienste enger zusammenarbeiten. Ferner sollte über eine Ausweitung der Kompetenzen der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft nachgedacht werden, um Terrorismus wirksamer zu bekämpfen. Doch diese Anstrengungen müssen mit der Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte einhergehen. In diesem Sinne spricht sich die LSAP dafür aus, den Gebrauch von Aufklärungs- und Überwachungsdrohnen strikt zu reglementieren und die Menschenrechte dabei zu wahren. Dem Einsatz von automatisierten und intelligenten Waffensystemen erteilt die LSAP dagegen eine klare Absage. Sie müssen verboten und geächtet werden.

Die LSAP spricht sich ferner für die Schaffung einer Europäischen Zivilschutztruppe aus, die bei Naturkatastrophen, z.B. bei Erdbeben und Überschwemmungen zum Einsatz kommen soll.

Umwelt- und Klimaschutz

Der Klimawandel mit seinen Folgeerscheinungen für Mensch und Umwelt zählt mit Sicherheit zu den größten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte. Die EU als Global Player trägt hier eine besondere Verantwortung und sollte im Bereich des aktiven Klimaschutzes eine führende Rolle übernehmen.

Die LSAP spricht sich dafür aus, die Folgekosten von CO₂-Emissionen angemessen zu veranschlagen, um die Energiewende mit Nachdruck zu fördern. Die EU-Kommission sollte ernsthaft über die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Produkten nachdenken, die an den Außengrenzen der EU importiert werden, um auf diese Weise zu verhindern, dass Unternehmen sich außerhalb der EU ansiedeln. Ziel muss sein, die Entkarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Dabei sollten insbesondere jene Regionen mit EU-Mitteln unterstützt werden, die am meisten Hilfe benötigen. Um der Wechselwirkung von Klimaveränderung und Waldbränden entgegenzutreten wird eine „Zero Vision“-Strategie zur Vermeidung von Waldbränden benötigt. Sie soll mit Hilfe von EU-Geldern finanziert und umgesetzt werden.

Abfallvermeidung ist ein wichtiger Bestandteil des Natur- und Umweltschutzes. Die LSAP spricht sich für eine europäische Regelung aus, die die Produktion und Nutzung von Plastikverpackungen und Einwegplastikutensilien schrittweise unterbindet.

Innovation und Digitalisierung

Die Zukunft ist digital. Die Europäische Union muss dieser Tatsache verstärkt Rechnung tragen und die digitale Revolution als globale Herausforderung mit enormen Entwicklungsperspektiven aktiv nutzen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist **die Schaffung einer Europäischen Agentur zur Förderung von Innovation**. Forschung und Innovation müssen auf transnationaler und interregionaler Ebene durch administrative Vereinfachung und grenzüberschreitende Kooperation gefördert und ermöglicht werden.

Daneben spricht sich die LSAP für die **Besteuerung von Digitalunternehmen** und die **Regulierung von Internet-Plattformen** aus. Netzneutralität muss dabei ebenso gewährleistet werden wie der freie Zugang zu Online-Angeboten. Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Menschen ausgeschlossen werden. Die EU-Kommission muss darüber hinaus sicherstellen, dass europäische Grundwerte und Prinzipien nicht durch Robotisierung und die Nutzung künstlicher Intelligenz in Frage gestellt werden.

Maßnahmen zur Stärkung Europas

Nur eine solidarische Union ist eine starke Union! „Die EU-Mitgliedsstaaten haben eine gemeinsame historische Verantwortung, die weit über den europäischen Binnenmarkt und nationale Partikularinteressen hinausgeht. Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt und die falschen Lehren aus der Vergangenheit zieht, wird das Erstarken der Nationalstaaten und die Verbreitung nationalistischer Ressentiments fördern und damit Rechtsextremismus, Fremdenhass, Intoleranz und gewaltsamen Übergriffen Vorschub leisten. Globale Krisen und Herausforderungen können nur gemeinsam und solidarisch bewältigt werden. Das gilt für die globale Flüchtlingskrise ebenso wie für den globalen Kampf gegen Armut und Klimawandel, die Bekämpfung von Terrorismus und religiösem Fanatismus.“¹²

Die LSAP tritt für eine starke und solidarische Union ein, die Fremdenhass, Intoleranz und Rechtsextremismus aktiv bekämpft. Die Institutionen der Europäischen Union müssen so abgestimmt werden, dass die **Gemeinschaftsmethode** künftig wieder voll zum Zug kommt und als **Grundlage europäischer Politik** dient. Als Gründungsmitglied und Kernland der Europäischen Union hat Luxemburg eine besondere Verantwortung und sollte auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen. Die LSAP befürwortet und unterstützt Initiativen und Maßnahmen verstärkter Kooperation, sofern sie den europäischen Grundwerten und Verträgen entsprechen. Verstärkte Kooperation sollte allen EU-Mitgliedsstaaten offen stehen, die die europäische Integration vorantreiben und die EU stärken wollen.

Die LSAP befürwortet:

- die Einführung transnationaler Kandidatenlisten bei Europawahlen
- Spitzenkandidaten, die ihre politischen Bewegungen bei Europawahlen anführen

¹² LSAP; Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S. 12

- die Ausweitung des Europatages (9. Mai) zum gesetzlichen Feiertag als Vorbote eines in sämtlichen EU-Staaten gültigen Feiertags
- die Einführung eines Erasmus-Programms für Sekundarschüler; alle sollten das Recht haben, mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land zu verbringen
- die Unterstützung von europäischen Universitätsnetzwerken zur Förderung eines mehrsprachigen Studentenaustauschs

Im Sinne einer verbesserten Kohärenz und Transparenz sollte zudem sichergestellt werden, dass die Kompetenzen auf nationaler und europäischer Ebene klarer verteilt und vermittelt werden.

EU: Außen-, Kooperations- und Handelspolitik

Um glaubwürdig zu sein und politisches Gewicht zu haben, muss die EU grundsätzlich mit einer Stimme sprechen. Das gilt für die Bürgerkriege in Syrien und Jemen genauso wie für den Nahost-Konflikt oder die Kooperation mit afrikanischen Ländern.

Die LSAP unterstützt Bemühungen zur Förderung des europäischen Integrationsprozesses. **EU-Beitrittskandidaten benötigen eine europäische Perspektive, die ihnen auch im Hinblick auf die Stärkung der Balkanregion erlaubt, Wirtschafts- und Sozialreformen durchzuführen**, um die Sicherheit und den Wohlstand eines ganzen Kontinents zu gewährleisten. Gleichzeitig geht die LSAP davon aus, dass die Konsolidierung innerhalb der EU derzeit Vorrang hat. Bevor neue Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beitreten können, müssen auf EU-Ebene konkrete Fortschritte in wichtigen Politikbereichen erzielt werden.

Die Lage in der Türkei ist nach wie vor Besorgnis erregend. Die Missachtung der Pressefreiheit und Menschenrechte, die autoritäre Staatsform, die Druck auf Oppositionelle ausübt und sie wegsperren lässt, sind mit den Grundwerten und Prinzipien der EU nicht vereinbar. **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten so lange auf Eis gelegt werden, bis sich die Menschenrechtslage und das politische Umfeld dort wesentlich verbessert.**

Die LSAP erwartet, dass die EU ihre gemeinsamen Werte und Prinzipien auch auf internationaler Ebene mit Nachdruck verteidigt. Die Missachtung von Bürger- und Menschenrechten, eine Globalisierung ohne Sozial- und Umweltstandards und die Befeuerung von Konflikten in Krisenregionen passen nicht ins Weltbild der Europäischen Union. Aus LSAP-Sicht geht es vielmehr darum, soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltige Entwicklung und internationale Kooperation auf der Grundlage fairer Handelsbeziehungen anzustreben. In diesem Sinne fordert die LSAP:

- einen gerechten Welthandel mit klaren Regeln und Standards

- eine koordinierte Kooperationspolitik, die auf eine nachhaltige Entwicklung setzt und die vereinbarten Ziele konsequent anstrebt

Handels- und Kooperationsabkommen müssen soziale und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, Lebensmittelsicherheit gewährleisten, die Umwelt schützen und den Frieden in der Welt fördern.

Die LSAP wird dem gemischten Teil des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) nur dann zustimmen, wenn:

- das EuGH vor der Abstimmung im Luxemburger Parlament die Vereinbarkeit der geplanten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit mit europäischem Recht festgestellt haben wird
- die Unparteilichkeit und Unbefangenheit der Schiedsgerichtsmitglieder durch einen entsprechenden Verhaltenskodex sichergestellt wird.

Künftig sollen sämtliche Freihandelsabkommen der EU soziale und ökologische Mindeststandards aufweisen, die nicht unter den Maßgaben des CETA-Abkommens liegen. Geltende Verträge mit Drittstaaten oder bilaterale Abkommen zwischen Mitgliedsstaaten müssen entsprechend nachgebessert und die bestehenden Schiedsgerichtssysteme endgültig abgeschafft werden.

EU: Asyl- und Flüchtlingspolitik

„Die EU braucht eine kohärente Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Alle EU-Staaten müssen ihre Verantwortung gleichermaßen übernehmen. Das gilt sowohl für die Sicherung der Außengrenzen, die Regulierung von legaler Zuwanderung als auch im Hinblick auf die gemeinschaftliche Errungenschaft des freien Personenverkehrs im Schengen-Raum.“¹³

Während das Asylrecht zu den Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und Rechtsstaatlichkeit gehört, müssen Menschenhandel und illegale Einwanderung konsequent bekämpft werden.

Die Lage an den Außengrenzen Europas hat sich nicht grundlegend verbessert. **Für die LSAP ist eine Reform der europäischen Asylpolitik unabdingbar.** Sie muss schnell umgesetzt werden, um Flüchtlingen ein würdevolles Leben in Europa zu ermöglichen. Die LSAP wird sich zusammen mit den europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten für die Verbesserung der Lebenslage jener Menschen einsetzen, die internationalen Schutz benötigen. Das gilt in einem besonderen Maße für Gruppen, die stark gefährdet und erhöhten Risiken ausgesetzt sind wie Kinder ohne Begleitung, Kranke oder schwangere Frauen.

Alle EU-Mitgliedsstaaten stehen in der Pflicht und müssen gemeinsam zu einer kohärenten Asylpolitik beitragen, die eine europaweite Harmonisierung anstrebt und auf Solidarität

¹³ LSAP; Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S. 13

beruht: Lasten und Ressourcen müssen gerecht zwischen den einzelnen Mitgliedsländern verteilt werden. Wer sich dieser Verantwortung entzieht, sollte mit Sanktionen belegt werden und keinen Anspruch auf EU-Hilfsgelder haben.

Um die Überwachung der EU-Außengrenzen wirksamer gewährleisten zu können, muss die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.

Die EU wird auch in den kommenden Jahren weiterhin mit Armutsflüchtlings konfrontiert sein sowie zunehmend mit Klimaflüchtlings. Diese Menschen haben kein Anrecht auf Asyl im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Daher müssen wir die Bedingungen in ihren Herkunftsländern konkret verbessern helfen, damit sie sich eine Zukunft in ihrer Heimat aufbauen können, sei es über die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik, sei es über Entwicklungszusammenarbeit und fairen Welthandel. Zudem muss die EU auch Wege der legalen Migration ermöglichen.

E staarkt Engagement fir d'Demokratie, d'Mënscherechter an de Weltfridden

Das Völkerrecht als internationales Ordnungssystem, die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine aktive Friedenspolitik, die auf Konfliktvermeidung, internationale Zusammenarbeit und Solidarität setzt, bilden die Grundlage einer friedlichen Weltordnung, für die sich die LSAP seit jeher einsetzt.

Kriegerische Auseinandersetzungen, die Missachtung des humanitären Völkerrechts und geopolitische Alleingänge von Supermächten zur Durchsetzung ihrer Interessen bewirken das genaue Gegenteil: Sie schüren Hass, steigern das Konfliktpotenzial und erhöhen die Sicherheitsrisiken weltweit! Das gilt für Putins Krim-Annexion ebenso wie für US-Präsident Trumps einseitige Aufkündigung des Atomdeals mit dem Iran oder die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem.

Der allgemeinen Bedrohung des Weltfriedens muss konsequent mit einem multilateralen Politikansatz begegnet werden, der die kollektive Verantwortung für die Weltgemeinschaft nicht aus dem Blick verliert.

Die Grundlagen Luxemburger Außenpolitik

Die LSAP bekennt sich zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen und hält an den drei Säulen der Luxemburger Außen- und Kooperationspolitik fest: Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung. Luxemburg ist Teil des NATO-Bündnisses und steht auch weiterhin zu dieser Verpflichtung. Die LSAP wird daran nicht rütteln. Gleiches gilt für die verstärkten Sicherheits- und Verteidigungsbemühungen innerhalb EU. Luxemburg wird auch hier seine Verantwortung übernehmen und einer zunehmend komplexen internationalen Sicherheitslage Rechnung tragen.

- Die LSAP tritt für einen weitgefassten Sicherheitsbegriff ein, der sich nicht einseitig auf die Erhöhung von Militärausgaben fokussiert!
- Die LSAP setzt auf Friedensdiplomatie, Konfliktprävention, Krisenmanagement, humanitäres Engagement und Entwicklungshilfe!
- Die LSAP fordert das sofortige Ende der Bürger- und Stellvertreterkriege in Syrien und Jemen: Nur politische Lösungen zwischen allen Konfliktparteien und Regionalmächten können diese humanitären Katastrophen entschärfen und beenden!
- Die LSAP fordert die konsequente Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit!
- Die LSAP spricht sich gegen Atom- und Massenvernichtungswaffen aus!
- Die LSAP lehnt Militäreinsätze ohne UNO-Mandat kategorisch ab!

- Die LSAP hält im Nahost-Konflikt an einer Zwei-Staaten-Lösung fest: Israelis und Palästinenser haben die gleichen Rechte und Anspruch auf einen eigenen Staat!
- Die LSAP fordert die Aufrechterhaltung des Atomabkommens mit dem Iran, das in einer UN-Resolution verankert ist!

Sicherheit gewährleisten

Sicherheit kann nicht allein durch militärische Stärke und steigende Militärausgaben gewährleistet werden. Vielmehr gilt es, ganzheitliche und langfristige Lösungen anzustreben, die in Krisenregionen **wirtschaftliche Entwicklung und soziale Absicherung** ermöglichen, um für mehr Stabilität vor Ort zu sorgen und Perspektiven für die Menschen zu schaffen. Das gilt nicht nur für die Krisengebiete im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch für den afrikanischen Kontinent. Afrika ist in seiner Dynamik und Vielfalt ein wichtiger Partner für die EU und Luxemburg. Eine enge Zusammenarbeit ist nötig, um der afrikanischen Jugend Perspektiven zu ermöglichen und Fluchtursachen gezielt entgegenzuwirken. Dabei geht es einerseits um **Friedenssicherung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, andererseits muss es entsprechende Bildungs- und Mobilitätsangebote geben, um Innovation, Forschung, technologischen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Alle Länder müssen ihren Teil zu einer friedlichen Entwicklung beitragen. Auch wenn Großmächte wie die USA, Russland und China sowie die Europäische Union hier eine besondere Verantwortung haben, so können auch kleine Länder in verschiedenen Bereichen einen wichtigen Beitrag leisten. Obwohl die Luxemburger Armee aufgrund ihrer Größe und Stärke nie in der Lage war, das nationale Staatsgebiet vor fremden Angriffen zu schützen, so war sie stets in militärischen Bündnissen aktiv. Das wird auch künftig so sein. Eine moderne Armee benötigt eine langfristige Strategie und entsprechende Ressourcen, um neuen Herausforderungen und Sicherheitsrisiken begegnen zu können.

Die **Modernisierung der Luxemburger Armee** ist ebenso Bestandteil dieser umfassenden Strategie wie die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung oder die Luxemburger Entwicklungshilfe mit ihren klaren Zielsetzungen. Die LSAP wird daher die Modernisierung der Militärkasernen vorantreiben und das Gesetz zur Regelung von friedenserhaltenden Maßnahmen überarbeiten, um den neuen Herausforderungen der Armee und der verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene Rechnung zu tragen. Die LSAP wird darüber hinaus die Armeereform unterstützen und die Rechte und Pflichten der freiwilligen Soldaten dabei berücksichtigen. Die LSAP spricht sich für eine Verlängerung des Freiwilligendienstes und verbesserte Chancen auf berufliche Wiedereingliederung aus. Daneben sollten Armeeangehörige im Rahmen ihres Militärdienstes die Möglichkeit haben, einen Sekundarschulabschluss zu absolvieren.

Die LSAP unterstützt die Leitlinien und langfristige Ausrichtung der nationalen Verteidigungspolitik. Dabei soll sichergestellt werden, dass entsprechende Ausgaben nicht nur militärischen, sondern auch zivilen und wirtschaftlichen Nutzen haben. Die

Bekämpfung von Cyberkriminalität, die aktive Überwachung des Luftraums sowie Behandlungen im Rahmen des geplanten Militärspitals sind zeitgemäße Aufgabengebiete, die von einem modernen Corps wahrgenommen werden sollen.

Krisenprävention und Entwicklungshilfe durch Kooperation

Die Kooperation ist ein grundlegender Bestandteil Luxemburger Außenpolitik und trägt wesentlich zu ihrem guten Ruf bei. **Die LSAP unterstützt die Ausrichtung der Luxemburger Kooperation und Entwicklungshilfe.** Sie setzt auf inklusives, nachhaltiges Wachstum, verantwortungsvolle Staatsführung und den Respekt der Menschenrechte und entspricht damit den Vorgaben der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Die LSAP ist auch weiterhin bereit, 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Kooperation und Entwicklungshilfe auszugeben. Die Finanzierung von internationalen Klimaschutzmaßnahmen und anfallende Kosten zur Aufnahme von Flüchtlingen werden auch weiterhin nicht als Entwicklungshilfe angerechnet. Diese notwendigen Hilfgelder sind Ausdruck gelebter Solidarität und werden vorrangig eingesetzt, um Armut und Hunger zu bekämpfen, Schul- und Berufsausbildung zu fördern, die Gesundheitsversorgung zu verbessern und ländliche sowie lokale Entwicklung in den Zielländern der Luxemburger Kooperation zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf jenen Ländern, die am fragilsten und wenigsten entwickelt sind.

Auch die Luxemburger Zivilgesellschaft und die Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag im Bereich der Kooperation und Entwicklungshilfe. Die LSAP wird diese Bemühungen auch in Zukunft unterstützen und sich dafür einsetzen, dass dieses gemeinnützige Aufgabengebiet Einzug in die kommunale Gesetzgebung hält.

Die LSAP tritt für die verbindliche Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen der Luxemburger Kooperationspolitik ein. Sie wird dabei verstärkt auf Partnerschaft und gemeinsame Interessen bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele setzen. Das Zusammenwirken verschiedener Akteure - Privatinvestoren, Zivilgesellschaft, Forschungseinrichtungen und Universitäten - kann in diesem Zusammenhang einen zusätzlichen Beitrag leisten und sollte gefördert werden.

Wirtschaftswachstum trägt zur Steigerung des Bruttonationaleinkommens bei. Die sich daraus ergebenden zusätzlichen Finanzmittel für die Kooperation sollten teilweise für **multilaterale und humanitäre Hilfe** genutzt werden, um die Vereinten Nationen zu stärken, die Menschenrechtslage zu verbessern und Frauen weltweit in ihrem Streben nach Gleichberechtigung zu unterstützen.

Doch Geld allein reicht nicht; es muss auch möglichst wirksam, kohärent und zielführend eingesetzt werden. **Die LSAP spricht sich in diesem Zusammenhang für eine entsprechende Evaluierung der Kooperation auf der Grundlage transparenter Kriterien aus.** Darüber hinaus ist es im Hinblick auf eine kohärente Politik sinnvoll, Rolle

und Kompetenzen des CID (Comité interministerériel pour la coopération au développement) und der CIDD (Commission interdépartementale du développement durable) zu überdenken und aufeinander abzustimmen.

Daneben befürwortet die LSAP eine **Anpassung des Kooperationsgesetzes** an jüngste Entwicklungen. Ferner gilt es, neue Partnerstaaten zu identifizieren und die Lage in den afrikanischen Staaten, im Mittleren Osten und in Myanmar zu berücksichtigen. Partnerstaaten sollten auch dabei unterstützt werden, eigene Daten zu sammeln und Statistiken zu erstellen.

Der LSAP geht es darum, in Krisengebieten und Entwicklungsländern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, neue Perspektiven zu schaffen, in die Menschen zu investieren und gleichzeitig Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Die Einführung eines Studienbeihilfeprogramms wäre vor diesem Hintergrund eine sinnvolle Ergänzung im weiten Spektrum Luxemburger Kooperationspolitik.

Parlamentswahlen 2018

LSAP-Wahlprogramm

einstimmig am 12. Juli 2018
auf dem außerordentlichen Landeskongress
in Luxemburg angenommen

Solidaritéit liewen: Fir Fortschrëtt a Gerechtegkeet!

Die LSAP setzt sich seit über 100 Jahren konsequent für die Rechte der Arbeitnehmer, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt ein! Sie hat damit wesentlichen Anteil daran, dass in Luxemburg über Jahrzehnte hinweg ein leistungsfähiger Sozialstaat aufgebaut wurde, der auf Solidarität beruht und sozialen Frieden fördert.

Zum einen trägt der Sozialstaat zu einer umfangreichen Grundversorgung aller Alters- und Gesellschaftsschichten bei. So haben Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, freien Zugang zur Bildung, sie können in allen Lebensbereichen auf moderne Infrastrukturen und Dienste zurückgreifen: in der Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Altenpflege, im öffentlichen Nahverkehr und in der Freizeitgestaltung – in den Bereichen Kultur, Sport oder Naherholung.

Zum anderen sorgt der Sozialstaat mit seinen öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen dafür, dass Menschen auch in Notlagen – bei Arbeitslosigkeit oder Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Unfällen – Hilfe und Unterstützung bekommen. Indem er jedem Einzelnen umfangreichen Schutz und unzählige Möglichkeiten zur freien Entfaltung bietet, sorgt der Sozialstaat für das Wohl aller. Nur ein starker Sozialstaat kann gleichzeitig Garant sein für Gemeinwohl und hohe Lebensqualität. **Die LSAP wird deshalb auch in Zukunft alles tun, um den Sozialstaat zu stärken und langfristig abzusichern!**

Der Fortschritt muss den Menschen dienen!

Daneben richtet die LSAP ihren Blick konsequent nach vorn, indem sie dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt und die Zukunft aktiv mitgestaltet. Auf diese Weise konnten in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erzielt und neue Zukunftsperspektiven erschlossen werden: die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe, die Trennung von Kirchen und Staat sowie konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern. Seither gilt der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ebenso wie eine gesetzliche Quote, die dafür sorgt, dass mehr Frauen die Möglichkeit haben, in der Politik Fuß zu fassen. Ohne LSAP wären diese wichtigen gesellschaftspolitischen Reformen so nicht möglich gewesen. **Fortschritt ist für die LSAP kein Selbstzweck: Er muss den Menschen dienen und ihr Leben konkret verbessern!**

Für die LSAP sind gleichberechtigte Teilhabe, Meinungsfreiheit und gegenseitiger Respekt - unabhängig von Religion, Hautfarbe, sozialer Herkunft, sexueller Orientierung oder möglichen Behinderungen - Voraussetzungen für friedliches Zusammenleben auf der Grundlage rechts- und sozialstaatlicher Prinzipien. **Die LSAP setzt sich deshalb konsequent für gesellschaftlichen Zusammenhalt ein und trägt dafür Sorge, dass niemand auf der Strecke bleibt!** Das gilt für Hilfsbedürftige, die es allein nicht schaffen.

Das gilt für Rentner, die sich eine gute Altersversorgung aufgrund ihrer Lebensleistung redlich verdient haben. Das gilt auch und besonders für junge Menschen, die auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben echte Perspektiven benötigen, um sich eine eigene Existenz und Zukunft aufbauen zu können. Sie haben das Recht auf eine solide Grundausbildung, die lebenslanges Lernen und sozialen Aufstieg ermöglicht; sie haben aber auch Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum, eine saubere Umwelt und einen schonungsvollen Umgang mit Naturressourcen. **Solidarität verpflichtet, auch gegenüber künftigen Generationen!**

Gemeinwohl verpflichtet!

Die Politik steht zunehmend vor globalen Herausforderungen, sie muss komplexe Zusammenhänge in einer schnelllebigen Zeit erfassen und Bürgern nachhaltige Lösungsansätze anbieten. Der Klimawandel mit seinen spürbaren Folgen für Mensch und Umwelt, die zunehmende Bedrohung des Weltfriedens, die anhaltende Flüchtlingskrise, das Wiedererstarken von Rechtsextremismus und Fremdenhass, die Missachtung von Menschenrechten, die Unterwanderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit sind Problemfelder, die den Menschen Sorgen bereiten und ernst genommen werden müssen. Auch die digitale Revolution, die alle Gesellschaftsbereiche erfasst und sowohl Chancen als Risiken birgt, setzt die Politik weltweit unter Zugzwang. Die LSAP ist sich dieser großen Verantwortung bewusst. In ihrer langjährigen Geschichte hat sie immer wieder gezeigt, dass sie mit ihren Grundwerten und ihrem Handeln auf der richtigen Seite stand und erheblichen Anteil daran hat, dass sich Luxemburg im Laufe des europäischen Integrations- und Friedensprozesses zu dem entwickeln konnte, was es heute ist: ein weltoffenes Land, das für Gemeinwohl und hohe Lebensqualität steht.

Wenn es um die Zukunft des Landes, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung, die Absicherung sozialstaatlicher Errungenschaften und neue Perspektiven für die Menschen geht, nimmt die LSAP stets eine Vorreiterrolle ein. Seit Mitte der 1980er Jahre hat sie mit einer Ausnahme (von 1999 bis 2004) immer Regierungsverantwortung übernommen. Das hat uns konsequent nach vorne und beispiellosen Wohlstand gebracht. Als Gründungsmitglied und kleinstes Land der Europäischen Union hat sich Luxemburg unter zunehmend schwierigen Bedingungen behaupten können. **Die LSAP wird sich auch künftig dafür einsetzen, dass das Allgemeinwohl im Vordergrund steht und wirtschaftlicher Erfolg allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt!**

Reichtum und Wohlstand müssen gerecht verteilt werden!

Luxemburg steht heute weitaus besser da als 2013. Die Dreier-Koalition hat in wichtigen Politikbereichen gute Arbeit geleistet. Eine umfangreiche Steuerreform hat die unteren und mittleren Einkommen entlastet. Die Gemeindefinanzreform sorgt für eine gerechtere Verteilung der kommunalen Einnahmen, die den Bürgern unmittelbar zugutekommt. Die Reform der Rettungsdienste wird die Notfallversorgung landesweit verbessern und die

Polizeireform für mehr Sicherheit in den Städten und Gemeinden sorgen. Auch die soziale Absicherung wurde modernisiert und verbessert: im Bereich der Kinderbetreuung mit einem Gratis-Angebot von 20 Stunden, beim Eltern- und Vaterschaftsurlaub, bei den Studienbeihilfen, beim Mietzuschuss sowie bei der Gesundheitsversorgung und Pflege. Die Bilanz dieser fortschrittlichen Regierungsarbeit liest sich gut!

Auch die volkswirtschaftlichen Daten sind beeindruckend. Die Staatsfinanzen befinden sich im Gleichgewicht, trotz hoher Investitionen in die Menschen und Infrastrukturen des Landes. Die Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren gut entwickelt, die Beschäftigung nimmt zu, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig und die Rücklagen der Rentenkassen wachsen weiter an. Die Regierung hat die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Dennoch klafft eine Gerechtigkeitslücke, die Sorgen bereitet. Die Schere zwischen Arm und Reich wird trotz hoher Wachstumsraten zunehmend größer. Dieses Phänomen beschränkt sich nicht auf Luxemburg; es ist ein globales, das mit unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung einhergeht.

Während Kapitalismus per se nach Gewinnmaximierung und Kostenminimierung strebt, gelten Arbeitnehmer als Humankapital, das den Gesetzen und Zielen des freien Marktes unterworfen wird. Nicht umsonst besitzen *„die 62 reichsten Menschen der Welt genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (rund 3,5 Milliarden Menschen) zusammen und 1% der Weltbevölkerung besitzt fast die Hälfte des Weltvermögens.“¹* **Die LSAP wird diese Fehlentwicklung nicht tatenlos hinnehmen und sich konsequent für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Wohlstand einsetzen: hierzulande, in Europa und in der Welt!**

Freier Zugang zu Bildung und Gesundheit, konsequente Armutsbekämpfung, faire Handelsbeziehungen, ernstgemeinte Entwicklungshilfe sowie eine aktive Friedens- und Klimaschutzpolitik schaffen Zukunftsperspektiven und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisengebieten. Nur globale und gemeinsame Anstrengungen können Abhilfe schaffen und zu einer nachhaltigen Lösung der Flüchtlingskrise beitragen. Wer diese vorrangigen und globalen Herausforderungen nicht ernstnimmt, wird in Zukunft mit schwerwiegenden Folgeerscheinungen zu kämpfen haben. **Wegschauen und nichts tun, ist für die LSAP daher keine Option!**

Friedliches Zusammenleben in einer freien Gesellschaft ermöglichen!

Solidarität und Gerechtigkeit sind unteilbar; sie gehen mit Freiheit und Sicherheit Hand in Hand. Nur wer als Mensch Freiheit und Sicherheit genießt, kann selbstbestimmt leben und seine Persönlichkeit frei entfalten. Das sind Grundvoraussetzungen, damit Menschen sich dort wohl fühlen, wo sie aufwachsen und leben. Niemand verlässt freiwillig und ohne Grund seine Heimat.

¹ Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch: ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S.3

Die LSAP tritt für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, die die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger garantiert, rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien verteidigt und den Menschen klare Lebensperspektiven eröffnet. **Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Solidarität** bilden seit jeher die Grundlage unseres politischen Handelns. Sie **sind für die LSAP Richtschnur, wenn es darum geht, Menschen ein gutes Leben in einer solidarischen Gemeinschaft zu ermöglichen.**

Damit dies auch künftig gelingt, müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen an den technologischen Fortschritt angepasst und nachhaltige Antworten auf drängende Zukunftsfragen gegeben werden. Aus LSAP-Sicht sind die großen Herausforderungen und Prioritäten für die kommenden Jahre folgende:

- den Sozialstaat stärken und langfristig absichern
- den sozialen Aufstieg durch Bildung und lebenslanges Lernen ermöglichen
- die Schule und Arbeitswelt an die digitale Revolution anpassen
- in die Menschen investieren und Vollbeschäftigung anstreben
- die Armut bekämpfen und eine gerechtere Verteilung des Reichtums durchsetzen
- für eine gerechtere Besteuerung von Arbeit und Kapital sorgen
- brachliegendes Bauland bester und neuen Wohnraum schaffen
- auf Integration setzen und eine Kultur des Zusammenlebens fördern
- die Chancen der digitalen Revolution nutzen und mögliche Risiken vermeiden
- die Wirtschaft so ausrichten, dass sie den Ressourcenverbrauch einschränkt und nachhaltiges Wachstum schafft
- auf Forschung, Innovation und kulturelle Entwicklung setzen
- den Klima- und Umweltschutz vorantreiben und die Energiewende herbeiführen
- die Energieversorgung, Mobilität und Kommunikation miteinander vernetzen
- den Individualverkehr durch kohärente Landesplanung und nachhaltige Mobilität verringern
- für ein soziales Europa und eine friedliche Weltordnung eintreten
- die Fluchtursachen bekämpfen und Menschenrechte verteidigen

Die LSAP wird sich diesen Herausforderungen mit einem umfassenden Zukunftsplan für Luxemburg stellen und dabei konsequent auf Fortschritt, Gerechtigkeit, Solidarität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Umweltschutz setzen.

Eise Plang fir d'Zukunft

- **E moderne Rechts- a Sozialstaat
als Garant fir Sécherheet, Fräiheet a Gerechtegkeet ... Säit 8**
- **Zesummeliewen an enger inklusiver an oppener Gesellschaft ... Säit 20**
- **Eng staark ëffentlech Schoul an eng kannergerecht Betreierung ... Säit 29**
- **E favorabelt Ëmfeld fir Beschäftegung, beruflech Fort- a Weiderbildung ... 38**
- **Eng optimal Gesondheetsversuerung fir all Biergerin a Bierger ... Säit 45**
- **Eng zäitgeméiss sozial Ofsécherung fir jiddereen ... Säit 51**
- **Eng innovativ an dynamesch Wirtschaftsentwécklung fir Lëtzebuerg ... Säit 55**
- **Méi eng gerecht Verdeelung vun eisem Räichtum a Wuelstand ... Säit 65**
- **Bezuelbare Wunnraum an alle Regioune vum Land ... Säit 68**
- **Kulturförderung nei ausriichten a verbesseren ... Säit 72**
- **Sportförderung konsequent fortsetzen ... Säit 75**
- **Méi Biergerbedeelegung an éirenamtlecht Engagement ... Säit 77**
- **Autonom Gemengen an eng kohärent Landesplanung ... Säit 79**
- **En aktive Klima- an Naturschutz
fir eng gutt Liewensqualitéit an eise Stied an Dierfer ... Säit 85**
- **Eng Mobilitéit, déi net bremst, mee eis virubrénkt ... Säit 93**
- **E kloert Bekenntnes zu engem sozialen a solidareschen Europa ... Säit 98**
- **E staarkt Engagement
fir d'Demokratie, d'Mëscherechter an de Weltfridden ... Säit 106**

E moderne Rechts- a Sozialstaat als Garant fir Sécherheet, Fräiheet a Gerechtegkeet

Moderne rechtsstaatliche Institutionen, die an den gesellschaftlichen Wandel angepasst sind, ein öffentlicher Dienst, der den Ansprüchen der Bürger und unserer Zeit gerecht wird, und gesunde Staatsfinanzen, die sozialstaatliche Errungenschaften absichern und wirtschaftliche Entwicklung durch öffentliche Investitionen fördern, legen den Grundstein für sozialen Frieden und sorgen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger in Freiheit und Sicherheit leben können und dabei Anspruch auf Bildung, Gleichberechtigung und eine hohe Lebensqualität haben.

Damit all dies auch künftig gewährleistet und der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt werden kann, müssen die rechts- und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen einer freien, auf Menschen- und Bürgerrechten beruhenden Solidargemeinschaft immer wieder an neue Herausforderungen und Entwicklungen angepasst werden.

Das Gemeinwohl und der soziale Zusammenhalt sind Grundvoraussetzungen für friedliches Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft. Die **Grundwerte der LSAP** verkörpern diese allgemeine Zielsetzung, die für eine inklusive und offene Gesellschaft freier Bürgerinnen und Bürger steht.

Freiheit eröffnet Perspektiven und ermöglicht persönliche Entwicklung.

Gerechtigkeit bietet Chancen und fördert sozialen Frieden.

Sicherheit stiftet Vertrauen und vermittelt Lebensqualität.

Solidarität schafft Verantwortung und sorgt für Zusammenhalt.

Diese vier Bausteine sind wesentlich, wenn es darum geht, Zukunft so zu gestalten, dass sich Menschen frei entfalten können und niemand auf der Strecke bleibt und ins gesellschaftliche Abseits gerät. „**Die LSAP tritt für das Recht auf Freiheit und Sicherheit als Grundlagen unseres demokratischen Rechtsstaats ein.**“

- *Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, die persönlichen Freiheitsrechte, das Versammlungs- und Vereinigungsrecht und das Gleichheitsprinzip sind durch die Luxemburger Verfassung garantiert: Als Grundprinzipien unserer demokratischen und freiheitlichen Rechtsordnung unterliegen sie dem Schutz durch den Staat.*
- *Wer die Sicherheit und freiheitlichen Rechte der Bürgerinnen und Bürger bedroht und sich dabei z.B. auf die Ausübung der Religionsfreiheit beruft, bewegt sich außerhalb unserer rechtsstaatlichen Ordnung und wird gemäß geltendem Recht sanktioniert.*

- *Dabei muss sichergestellt werden, dass das staatliche Gewaltmonopol stets mit Bedacht ausgeübt und das Recht auf Sicherheit nicht zu Lasten der persönlichen Freiheit durchgesetzt wird.*"²

Das Zusammenwirken von rechtsstaatlichen Grundprinzipien und sozialstaatlichen Errungenschaften sowie die Bereitschaft, immer wieder neue Wege zu gehen, haben aus Luxemburg ein modernes, erfolgreiches und weltoffenes Einwanderungsland im Herzen Europas gemacht. Die LSAP wird auch künftig an dieser Grundausrichtung festhalten und dafür sorgen, dass Luxemburg modern, erfolgreich und weltoffen bleibt.

Den öffentlichen Dienst weiter modernisieren und stärken

Die LSAP tritt für einen modernen, gut organisierten Staatsdienst ein, der jedem Bürger – unabhängig von seiner Herkunft – die Möglichkeit gibt, soziale und andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Qualität und Zugang zu Bildung, Gesundheit und Sicherheit, um nur diese Kernbereiche zu nennen, dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen. Nur der Staat kann Gleichbehandlung und Gerechtigkeit gewährleisten. Dazu bedarf es gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeiter.

Der öffentliche Dienst steht in den kommenden Jahren auf allen Ebenen vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, die digitale Transformation und der zunehmende Fachkräftemangel sind Entwicklungen, die einer Lösung bedürfen. In der vergangenen Legislaturperiode hat die Regierung bereits wesentliche Reformen zur Optimierung des öffentlichen Dienstes umgesetzt und auf den Weg gebracht: die Reform des allgemeinen Beamtenstatuts, das Gesetz über die Einführung von Zeitsparkonten und das umfassende Omnibusgesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsprozeduren sind wichtige Schritte, die in der Folgezeit durch weitere Maßnahmen ergänzt werden müssen.

Die LSAP wird auch in Zukunft auf die Stärkung des öffentlichen Dienstes, eine gut ausgebildete Belegschaft und ein kohärentes Personalentwicklungskonzept setzen. Sie wird das Prinzip der drei Verwaltungssprachen verteidigen. Wer im öffentlichen Dienst arbeiten will, sollte die drei Amtssprachen beherrschen. Mögliche Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden. Sogenannte Hoheitsaufgaben dürfen auch künftig nur von Bürgern mit Luxemburger Nationalität wahrgenommen werden. **Die LSAP steht für eine konsequente Einstellungspolitik, die mit der Entwicklung des Landes Schritt halten muss.** Sie wird das kürzlich mit der CGFP verhandelte Abkommen, das in der Hauptsache jungen Angestellten zugutekommt, vollständig und umgehend umsetzen. Das gilt vor allem für die Abschaffung der 80/80/90-Regelung für Berufseinsteiger und eine Verkürzung der Referendanzzeit (Stage) von drei auf zwei Jahre. Darüber hinaus wird die LSAP

- die Harmonisierung aller Berufslaufbahnen anstreben, gemäß dem Prinzip „gleiches Gehalt für gleichen Schulabschluss“

² LSAP: Mehr Demokratie wagen, Resolution zum Landeskongress in Mamer, 2015

- Telearbeit und Lifelong Learning im öffentlichen Dienst genauso wie im Privatsektor unterstützen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
- Arbeitszeiten flexibler gestalten
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz verbessern
- Gesundheit, Sicherheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz fördern
- die Personalplanung und -entwicklung optimieren
- die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse beschleunigen
- den Bürokratieabbau weiter vorantreiben

Der Ausbau des INAP und dessen Weiterentwicklung zu einer Verwaltungsschule des öffentlichen Dienstes hat für die LSAP Priorität. Alle Beschäftigten sollten einen Rechtsanspruch auf berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung haben. Öffentliche Angestellte sollten zudem die Möglichkeit bekommen, den europäischen Computer-Führerschein gratis als berufsbegleitende Maßnahme zu erwerben. Die LSAP wird sich auch dafür einsetzen, dass bestehende Kompetenzen und Berufserfahrungen besser genutzt werden und nicht verloren gehen. In diesem Sinne soll generationenübergreifende Wissensvermittlung im Rahmen eines flexibleren Stellenpools gefördert werden. Weiterbildung, Teamgeist, gute Arbeitsbedingungen und optimierte Verwaltungsprozesse tragen in doppelten Sinne zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes bei. Sie steigern die Zufriedenheit der Mitarbeiter und verbessern den Dienst am Bürger.

Eine neue Verfassung und zeitgemäße Institutionen

Das neue Verfassungsprojekt, an dem in den vergangenen Legislaturperioden unter maßgeblichem Einfluss der LSAP gearbeitet wurde, ist nach langen intensiven Beratungen in Bürgerforen und im zuständigen Parlamentsausschuss endlich spruchreif. Das neue Grundgesetz wird u.a.

- die Bürgerrechte weiter stärken und neue Staatsziele festlegen
- die Gewaltentrennung zwischen den rechtsstaatlichen Institutionen verankern und ihre wechselseitigen Beziehungen zueinander klarer definieren
- die Bedingungen regeln, unter denen die Regierung zurücktreten muss und Neuwahlen festgelegt werden können
- die Prozedur für Neuwahlen festlegen
- die Befugnisse des Staatsoberhauptes klar regeln und als reines Vollzugsorgan mit Repräsentationsfunktion definieren
- das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften im Sinne einer Trennung von Staat und Kirchen neu regeln

Die LSAP wird prinzipiell am neuen Verfassungstext festhalten und sich im Parlament im Rahmen der ersten Lesung für das neue vorgeschlagene Grundgesetz aussprechen. Anstelle einer zweiten Lesung soll der neue Verfassungstext allen stimmberechtigten

Bürgern anschließend nach breiter öffentlicher Diskussion zur **Abstimmung per Referendum** vorgelegt werden, damit er spätestens Ende 2020 in Kraft treten kann. Die LSAP setzt sich weiter dafür ein, das Primat des Allgemeinwohls über Privatinteressen durch die Formel „Eigentum verpflichtet“ in unserem Grundgesetz zu verankern.

Auch im Bereich der rechtsstaatlichen Institutionen gibt es erheblichen Handlungs- und Verbesserungsbedarf. Das gilt sowohl für die gesetzgeberische Arbeit im Parlament als auch für die Ressortverteilung innerhalb der Regierung sowie die Modernisierung der Justiz und des Strafvollzugs. **Die LSAP bekennt sich zu einer strikten Gewaltentrennung und wird die Funktionsweise der rechtsstaatlichen Institutionen weiter optimieren.**

Aufwertung des Parlaments

Im rechtsstaatlichen Institutionengefüge gilt es, das Parlament als Volksvertretung und Kontrollorgan der Regierung zu stärken. In europolitischen Fragen wird die Konsultierung des Parlaments im Vorfeld wichtiger Entwicklungen auf EU-Ebene Pflicht. Um gleichgewichtig und auf Augenhöhe mit der Regierungsverwaltung debattieren zu können, wird die Abgeordnetenkammer verstärkt auf interne und externe Expertise zurückgreifen. **Die LSAP wird ein unabhängiges Observatorium für die Evaluierung öffentlicher Politiken einführen.** Sie befürwortet eine Neuausrichtung der Haushaltspolitik nach politischen Zielsetzungen, wie sie mehrmals von LSAP-Vertretern in Haushaltsdebatten gefordert wurde.

Parlamentarische Ausschusssitzungen sollten in Zukunft prinzipiell öffentlich sein. **Im Sinne einer größeren Transparenz wird die LSAP ein Lobbyregister bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen einführen.** Die Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen darf nicht durch Interessengruppen gestartet werden.

Damit die Abgeordnetenkammer seine vielfältigen Aufgaben vollends erledigen kann, setzt sich die LSAP für ein **Vollzeitparlament** ein. Die Ausführung des Abgeordnetenmandats soll unvereinbar mit anderen beruflichen Tätigkeiten und politischen Ämtern in lokalen Exekutiven werden. Das gesetzliche Statut des Abgeordneten wird entsprechend reformiert werden. Den Abgeordneten oder den Fraktionen sollten zusätzliche Mittel zur Einstellung von Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Die LSAP ist bereit, über die **Einführung eines einheitlichen Wahlbezirks** zu diskutieren, mit entsprechender Anpassung des Wahlrechts.

Die LSAP wird die Demokratie weiter stärken und neben der Aufwertung des Parlaments **eine stärkere Partizipation der Bürger** an politischen Debatten und Entscheidungen fordern. Ähnlich wie dies bei der Verfassungsrevision der Fall war, wird dem Bürger bei wichtigen Gesetzesentwürfen die Möglichkeit gegeben, sich aktiv mit Vorschlägen und Kritik in den Gesetzesprozess einzubringen. Darüber hinaus befürwortet die LSAP die Idee der Volksinitiative, wie sie im aktuellen Verfassungsentwurf vorgesehen ist. Es handelt sich

dabei um einen Zusatz zum erfolgreichen Petitionsrecht. Die LSAP wird sich für das Wahlrecht ab 16 Jahren einsetzen.

Die Nominierung der Staatsräte soll nicht mehr zu einem Drittel durch Kooptation erfolgen. Deren Nominierung sollte in Zukunft dem Parlament und der Regierung vorbehalten sein.

Beschwerden gegenüber staatlichen Behörden schneller und besser regeln

Die LSAP wird die bestehende Gesetzgebung über den Bürgerbeauftragten (Médiateur) aufgrund der bisherigen Erfahrung novellieren. Der zukünftige Ombudsmann soll weitere Zuständigkeiten erhalten im Bereich des Schutzes der Menschenrechte. Sein Wirkungsbereich wird auf den gesamten Sektor der öffentlich-rechtlichen Dienstleistungen ausgedehnt werden. Ministerien und Verwaltungen müssen binnen einer gesetzlichen Frist zu den Anfragen des Ombudsmanns Stellung beziehen. Durch die Befassung dieser Schlichtungsinstitution zwischen den Bürgern und der Verwaltung werden die Gerichtsfristen zeitweilig unterbrochen, um so eine gütliche und kostenlose Einigung zu ermöglichen.

Optimierung der Regierungsarbeit

Die Regierung bestimmt die Politik des Landes. Sie ist vor dem Parlament verantwortlich. Die LSAP befürwortet eine Begrenzung der Zahl der Regierungsmitglieder auf maximal 15. Der Zuschnitt und Bündelung ministerieller Zuständigkeiten soll aufgrund politischer Prioritäten und Zielsetzungen erfolgen und nicht das Ergebnis von Personenfragen oder rein parteipolitischen Erwägungen sein.

Angesichts der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie etwa die Digitalisierung, die Verbesserung der Lebensqualität und die wachsenden Ungleichheiten, setzt sich die LSAP für die **Schaffung eines Zukunftsministeriums** ein, wie es auch schon in anderen Ländern eingerichtet worden ist. Das Zukunftsministerium arbeitet eine langfristige Strategie und konkrete Maßnahmen aus, wie den Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Umwelt begegnet werden kann.

Ein gut funktionierendes, zeitgemäßes Justizwesen

Ein gut funktionierendes Justizwesen gehört zu den Grundlagen eines ordentlichen Rechtsstaats. Die Justiz muss jedem Bürger zugänglich sein und in angemessenen Fristen Recht sprechen. Für die LSAP ist es prioritär, Gerichte und Justizverwaltungen sowohl materiell wie auch personell mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. **Die Unabhängigkeit der Justiz von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessengruppen ist Voraussetzung für eine rechtsstaatliche Demokratie.** Deshalb

wird **ein nationaler Justizrat** eingeführt werden, der diese Unabhängigkeit und ein korrektes Funktionieren der Justiz gewährleistet. Dieses neue Organ wird sich u.a. mit der Ernennung von Richtern sowie mit disziplinarischen und deontologischen Fragen befassen. Die Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaft und Richtern wird Verfassungsrang erhalten. Schon Menschen mit Einkommen, die knapp über dem Mindestlohn liegen, haben zurzeit keinen Anspruch auf die staatliche Rechtshilfe. Da der ungehinderte Zugang zur Justiz jedoch ein Menschenrecht ist, wird die LSAP die staatliche Rechtshilfe reformieren und so den Kreis der Nutznießer erweitern. Der Kreis der Nutznießer dieser Maßnahme wird erweitert. Eine erste kostenlose juristische Beratung der Bürger gehört auch zum Konzept einer bürgernahen Justiz. Die LSAP befürwortet darüber hinaus die Einrichtung einer Plattform, in der alle relevanten Daten und Informationen zu Rechtsfragen den Bürgern in verständlicher Form zur Verfügung gestellt werden. **Die LSAP setzt sich für eine zügige Umsetzung des Konzepts der „papierlosen“ Justiz ein.** Im Interesse der Chancengleichheit und Inklusion müssen diese Angebote barrierefrei gestaltet werden. Für Menschen, die keinen Zugang zu den digitalen Medien haben oder deren Nutzung nicht beherrschen, muss die Justizverwaltung Akten und Dokumente auch weiterhin in Papierform zur Verfügung stellen. Die LSAP wird auch dafür sorgen, dass sämtliche als verfassungswidrig eingestuftes Gesetzesbestimmungen abgeschafft oder zeitnah verfassungskonform gemacht werden.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass die Arbeits- und Sozialgerichte mehr Mittel und Ressourcen bekommen, um die anhängigen Streitfälle und Verfahren in einem angemessenen Zeitraum bearbeiten und abwickeln zu können.

Vereinfachung der Gerichtsverfahren und alternativer Strafvollzug

Eine Vereinfachung der Gerichtsverfahren und ein verstärkter Rückgriff auf alternative Strafen werden ebenfalls zu einem Rückgang der Verfahrensdauer beitragen. Auch bei der Vollstreckung von Urteilen sind Vereinfachungen und Kostenreduzierungen notwendig.

In der **Strafjustiz** wird die **Einsetzung eines Eilverfahrens** bei eindeutiger Sachlage vorgeschlagen ebenso wie ein verstärkter Rückgriff auf die Möglichkeit, Urteile im Einverständnis mit den Beschuldigten zu fällen. Das bestehende Gesetz zum Urteil im Einverständnis soll geprüft und gegebenenfalls abgeändert werden. Die **Mediation** wird als alternatives Lösungsmittel für Konfliktsituationen gefördert werden. **Die LSAP will die allgemeinen Reformen des Strafrechts vorantreiben:** Die verschiedenen Strafgesetze und die Verjährungsfristen müssen überarbeitet und harmonisiert werden. Jeder Strafrichter sollte als Alternative zu Gefängnis oder Geldstrafe gemeinnützige Arbeiten verordnen dürfen.

Mit der **Reform des Strafvollzugs** und der zuständigen Verwaltung sind die Voraussetzungen für einen humanen und effizienten Strafvollzug geschaffen. Minderjährige Straftäter dürfen nicht mit erwachsenen Tätern unter einem Dach

untergebracht werden. Arbeiten im öffentlichen Interesse sind als Alternativen zum klassischen Strafvollzug zu organisieren. Die LSAP wird darüber hinaus Übergangsstrukturen einrichten, die die Wiedereingliederung der Täter in die Gesellschaft erleichtern helfen.

Modernisierung des Zivilrechts

Im **Zivilrecht** soll nach der Reform des Eherechts und der Scheidungsgesetzgebung auch das **Adoptions-** und das **Vormundschaftsrecht** modernisiert werden. Die LSAP fordert eine qualitative Evaluierung der praktischen Anwendung der neuen Scheidungsregeln nach drei Jahren Erfahrung. **Die LSAP wird außerdem dafür sorgen, dass die medizinisch unterstützte Fortpflanzung inklusive Eizellspende gesetzlich geregelt wird.** Die im Ausland durchgeführte legale **Leihmutterschaft** soll in Bezug auf die Rechte der Kinder in Luxemburg anerkannt werden. Der Regierungsentwurf zur **Regelung der Geschlechtsbestimmung** im Zivilstand soll kurzfristig in Kraft treten.

Für die LSAP ist es wichtig, auch in Luxemburg eine allgemeine **rechtliche Regelung für Sammelklagen** zu schaffen und dies nicht bloß im Verbraucherschutz. Die LSAP spricht sich für einen **besseren gesetzlichen Schutz von Whistleblowern aus und befürwortet den entsprechenden EU-Richtlinienvorschlag.** Sie hält des Weiteren eine Neuregelung des „état de nécessité“ für angebracht.

Für Pressefreiheit und Meinungsvielfalt

Freiheit ist ein facettenreiches, äußerst kostbares und fragiles Gut. Als Grund- und Bürgerrecht ist sie untrennbar mit unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung verbunden. Neben dem Recht auf freie Entfaltung kommt der Meinungs- und Pressefreiheit in unserer Gesellschaft eine besonders wichtige Rolle zu. Zur Stärkung der Pressefreiheit wird die LSAP das Auskunftsrecht für Journalisten im Pressegesetz verankern. **Die LSAP wird entsprechend ihrer Grundsätze die Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung konsequent verteidigen** und jegliche Versuche unterbinden, die auf deren Einschränkung abzielen. Für eine kritische und aufgeklärte Gesellschaft ist eine hochwertige Presse unabdingbar. Das gilt in einem besonderen Maße angesichts der zunehmenden Verbreitung und Einflussnahme sogenannter „Fake News“.

Die LSAP wird sich auch weiterhin für Meinungs- und Pressevielfalt einsetzen. Um veränderten Lesegewohnheiten und technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, plädiert die LSAP für eine tiefgreifende **Reform des Pressehilfegesetzes.** Neben klassischen Printmedien sollen künftig auch Online-Medien staatliche Hilfe erfahren. Im Mittelpunkt muss dabei die Qualität der produzierten Inhalte stehen, nicht deren Quantität. Eine Impaktstudie über die derzeitige Pressehilfe soll der geplanten Reform vorausgehen.

Aus LSAP-Sicht muss der Reform der Pressehilfe neben einer substanziellen Aufstockung der Beihilfen eine umfassende nationale Strategie zugrunde liegen, die

- alle Medien berücksichtigt (Fernsehen, Radio, Internet und Printmedien)
- und der sprachlichen Vielfalt des Landes Rechnung trägt.

In diesem Zusammenhang und **im Sinne der Medienvielfalt** – auch im audiovisuellen Bereich – **spricht sich die LSAP für die Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders** aus, mit programmatischem Schwerpunkt auf Nachrichtensendungen, Reportagen und Dokumentationen.

Auch **der veraltete und nicht mehr zeitgemäße gesetzliche Rahmen für den öffentlich-rechtlichen Radiosender 100,7 soll angepasst werden**. Dabei drängt sich auch eine konsequente Aufstockung der Mittel auf. **Parallel dazu wird die LSAP auch unabhängige, nicht kommerzielle Radiosender gezielt fördern und unterstützen**, sei es unmittelbar durch Fördergelder oder durch das Zurverfügungstellen von Sendefrequenzen.

Meinungs- und Pressevielfalt muss mit hohen Qualitätsansprüchen einhergehen, deshalb spricht sich die LSAP für **die Schaffung einer nationalen Presseagentur** aus, die vorrangig die Berichterstattung der gängigen lokalen und nationalen Nachrichten abdecken soll und einzelnen Medien damit zusätzlichen Spielraum für spezifische Themen, Recherchen und Analysen geben soll.

Eine zunehmend wichtige Rolle kommt der Medienerziehung auf allen Schulstufen zu. Die LSAP hat ein entsprechendes Positionspapier vorgelegt, das den Rahmen für einen sachgemäßen Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien abstecken soll. Neben der **Vermittlung von Medienkompetenz** sollen Schüler auch mit den deontologischen Regeln journalistischer Arbeit vertraut gemacht werden, damit sie in Zeiten zunehmender „Fake News“ Quellen kritisch hinterfragen können und ein Verständnis davon erlangen, wie Informationen und Bilder gemacht werden.

Mehr Sicherheit für die Bürger

Alle Bürger haben ein Recht auf Schutz und Sicherheit. Dieses Recht muss vom Staat unter Wahrung des Gewaltmonopols gewährleistet werden. Erfüllt der Staat diese Aufgabe nur unzureichend, führt dies unweigerlich zu einer Privatisierung von Sicherheit und einer Zerteilung innerhalb der Gesellschaft, zwischen jenen, die sich aufgrund ihrer Finanzressourcen private Sicherheitsanbieter leisten können und jenen, die diese Möglichkeit nicht haben. Eine derartige Entwicklung wird es mit der LSAP nicht geben.

Sicherheit kann nicht isoliert betrachtet werden und entsteht aus einem Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Zum einen hängt sie von konkreter Gefährdung und spezifischen Bedrohungslagen ab, zum anderen von einem subjektiven Sicherheitsempfinden und dem Gefühl der nachbarschaftlichen Nähe und Geborgenheit. **Die LSAP wird deshalb allen sicherheitsrelevanten Faktoren Rechnung tragen und konsequent auf**

gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gewalt- und Konfliktprävention sowie auf die Stärkung des nationalen Sicherheitsdispositivs und die überregionale, europäische und internationale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich setzen. Das gilt sowohl für die Bekämpfung organisierter Kriminalität als auch für mögliche Terrorbedrohungen oder Naturkatastrophen. Die LSAP wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb des Benelux und mit den Nachbarländern Deutschland und Frankreich ausbauen und sich für eine Reform der Finanzierung von Interpol einsetzen, damit künftig keine Partnerschaften mit internationalen Sicherheitsfirmen geschlossen werden, die zu Interessenkonflikten führen könnten. Darüber hinaus wird sie die Interoperabilität der Datenbanken auf EU-Ebene weiter unterstützen und vorantreiben.

Die Regierung hat mit der **Polizeireform** und der **Reform der Rettungsdienste** notwendige und wichtige Maßnahmen eingeleitet, um einen besseren Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und ihr Sicherheitsempfinden zu steigern. **Die LSAP wird diese Reformen in der kommenden Legislaturperiode konsequent umsetzen und die Aufstockung der nationalen Sicherheitskräfte kontinuierlich fortsetzen.** Sie wird diesbezüglich einen 10-Jahres-Plan aufstellen, um den Bedarf an Polizeikräften vor Ort zu decken und die Kriminalpolizei in ihrem Bestand zu stärken. Neu eingestellte Polizeikräfte sollen vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. **Zusammenlegungen von Polizeikommissariaten wird die LSAP weiterhin unterstützen, damit die Polizei effizienter arbeiten kann.** Polizeibeamte sollten sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können und falls möglich von administrativen Aufgaben entbunden werden. In diesem Sinn wird die LSAP dafür sorgen, dass ziviles Personal zur Bewältigung von administrativen und technischen Aufgaben weiterhin verstärkt eingestellt wird.

Die LSAP wird sich auch dafür einsetzen, dass Gemeindebedienstete (Agents municipaux) mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, um kleinere Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zu ahnden. Gleichzeitig wird Sorge dafür getragen, dass in diesem Zusammenhang keine zweite Polizei geschaffen und es zu einem Interessenkonflikt und Kompetenzgerangel kommen wird.

Darüber hinaus wird die LSAP auch die Sensibilisierungsmaßnahmen in Sicherheitsfragen verstärken, um möglichen Einbrüchen und anderen Übergriffen vorzubeugen.

Mehr Sicherheit fordern die Sozialisten auch im Straßenverkehr. Mit erzieherischen Maßnahmen wird die LSAP vor allem **präventiv vor möglichen Unfällen und ihren Folgen warnen.** Mit entsprechenden Sensibilisierungskampagnen und Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts sollen Erwachsene und Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Verhalten im Straßenverkehr angeleitet werden. Anstatt nach jedem schrecklichen Unfall mit zusätzlichen Verboten zu reagieren, muss es zu einer ernsthaften Analyse der Unfallursachen kommen. Oft können Gefahrenquellen durch straßenbauliche Maßnahmen und Vorrichtungen entschärft werden.

Repressive Maßnahmen wie Radaranlagen bleiben unumgänglich. Doch wollen die Sozialisten sicherstellen, dass Radargeräte nicht zu Bußgeldfallen werden. Vielmehr soll darauf geachtet werden, dass sie wirklich dort aufgestellt werden, wo sie für mehr Sicherheit sorgen und Unfälle vermeiden helfen. Eine Maximierung von Strafbescheiden tut dies nicht. **Aus LSAP-Sicht drängt sich eine Überarbeitung der Bußgeldstaffelung auf, wobei das reelle Ausmaß der Geschwindigkeitsüberschreitung berücksichtigt werden soll.**

Cannabis-Verkauf und -Konsum erlauben und staatlich regeln

Wissenschaftliche Forschung über Cannabis und dessen Konsum haben in den letzten Jahren vermehrt zu neuen Erkenntnissen geführt. Zudem stehen gegenwärtig erste belastbare Erfahrungen aus verschiedenen Regulierungsmodellen auf internationaler Ebene zur Verfügung.

Nach der Cannabis-Freigabe für therapeutische Zwecke in Luxemburg wird die LSAP noch einen Schritt weiter gehen und **den Cannabis-Verkauf und -Konsum auch für rekreative Zwecke ab 18 Jahren** erlauben und staatlich regeln. Um Drogentourismus zu vermeiden, wird der staatlich geregelte Verkauf von Cannabis sich auf in Luxemburg Ansässige beschränken. Berücksichtigt werden dabei Erfahrungswerte, die auf internationaler Ebene im Bereich der Regulierung gesammelt wurden. Ziel dieser gesellschaftspolitischen Maßnahme ist die Bekämpfung von Drogen- und Beschaffungskriminalität und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor unsauberen, gesundheitsgefährdenden Substanzen.

Die LSAP wird darüber hinaus Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Sensibilisierung auf mögliche Risiken und Gefahren durch Cannabis-Konsum aufmerksam machen. Die Bekämpfung von Drogenmissbrauch fällt in den Aufgabenbereich einer verantwortungsvollen Gesundheitspolitik. Die LSAP wird dieser Aufgabe auch in Zukunft konsequent nachkommen und insbesondere Jugendliche vor den Gefahren des Drogenmissbrauchs warnen.

Außerdem wird die LSAP neue Wege gehen zur dauerhaften Bekämpfung der Drogenproblematik (z.B. in Luxemburg-Gare, Esch/Alzette und Ettelbrück) und wird dabei auf eine Kombination von Prävention, Betreuung, kontrollierter Abgabe auch von harten Drogen und Repression setzen. Die LSAP wird sich dazu an erprobten Modellen in anderen Städten und Ländern inspirieren.

Trennung von Kirchen und Staat weiter absichern

Mit der Trennung von Kirchen und Staat ist der Dreier-Koalition ein wichtiger gesellschaftlicher Fortschritt gelungen, der die Beziehungen zwischen dem Staat und den anerkannten Religionsgemeinschaften neu regelt. Die Abschaffung der Kirchenfabriken und die Einrichtung eines einheitlichen Kirchenfonds zur Verwaltung von

Kirchengebäuden und -gütern war eine richtige und wichtige Entscheidung, weil sie einerseits für klare Besitzverhältnisse zwischen der katholischen Kirche und den Kommunen sorgt und andererseits die öffentliche Hand von ehemaligen Verpflichtungen entbindet (folglich auch den Staatshaushalt und die Kommunen entlastet) und eine gerechtere Behandlung aller Glaubensgemeinschaften ermöglicht. **Die LSAP wird diese Errungenschaften verteidigen und keinen Rückschritt in Sachen Trennung von Kirchen und Staat hinnehmen.** Das gilt in einem besonderen Maße für die im neuen Grundgesetz vorgeschlagenen Änderungsbestimmungen zur Neuregelung der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften, die auf einem politischen Konsens beruhen.

Seit jeher markieren Zeremonien den Lebenslauf eines Menschen. Sei es bei der Geburt, beim Heiraten oder zum Schluss eines Lebens. Zeremonien findet man in fast allen Zivilisationen und sie bestimmen oft wichtige Etappen im Leben. Die LSAP wird die Gemeinden dabei unterstützen, ihren Bürgern zivile Zeremonien in einem gebührenden Rahmen anzubieten.

Daneben werden die Sozialisten ein „**Observatoire de laïcité et du fait religieux**“ schaffen, das nach französischem Vorbild Religionsgemeinschaften, laizistischen Einrichtungen, Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren beratend zur Seite stehen soll. Dabei geht es u.a. darum, weltanschauliche sowie religiöse Fragestellungen und Themen aufzugreifen und aufzubereiten.

Mehr Handlungsspielraum durch gesunde öffentliche Finanzen

Gesunde öffentliche Finanzen sind die Voraussetzung dafür, dass der Staat über den nötigen finanziellen Spielraum verfügt, um in die nationale Infrastruktur zu investieren, öffentliche Dienstleistungen anzubieten und den Sozialstaat angemessen zu finanzieren, ohne dabei nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg zu hinterlassen.

Der Dreierkoalition ist es seit 2014 gelungen, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen: Trotz einer großzügigen Steuerreform, die die Bürger um rund 500 Millionen Euro entlastet hat, weisen Staat, Gemeinden und Sozialversicherungen unter dem Strich einen Überschuss aus. Die öffentliche Verschuldung konnte bei gut 20% des BIP stabilisiert werden, die europäischen Stabilitätskriterien sind zu jeder Zeit eingehalten worden und Luxemburg ist eines der wenigen EU-Länder, das sich an den internationalen Finanzmärkten das „AAA-Rating“ bewahren konnte. Nicht nur die gute Konjunktur, sondern auch das 2014 geschnürte Zukunftspaket hat diese positive Bilanz erst ermöglicht.

Die Ausgaben des Staates für **Sozialpolitik** sind zwischen 2013 und 2018 um rund 13,4% angestiegen. Der Anteil der Staatsausgaben für Soziales am Gesamthaushalt liegt bei etwa 45%. **Die Sozialisten werden sicherstellen, dass die Ausgaben für Soziales auch weiterhin den wichtigsten Posten im Haushalt darstellen werden,** da Arbeit und Wohnen, Gesundheit und Pflege, Rente und 3. Alter, Bildung und Familie,

Chancengleichheit und Integration zu den Kernaufgaben eines Sozialstaats gehören, der soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Ziel hat. Gleichzeitig werden die Sozialisten sich dafür einsetzen, dass der Staat sich die Mittel gibt, um Sozialbetrug zu ermitteln und zu verhindern.

Auch die **Investitionen** in die öffentliche Infrastruktur sind zwischen 2014 und 2018 von Jahr zu Jahr gesteigert worden, die Investitionsquote ist mit 3-4% des BIP eine der höchsten in der EU. Den Löwenanteil dieser Investitionen konnte die Regierung aus dem laufenden Haushalt bezahlen, nur ein geringer Teil, etwa ein Viertel, wurde über neue Kredite finanziert. **Angesichts der Herausforderungen, die sich Luxemburg in den kommenden Jahren und Jahrzehnten stellen werden, ist es für die LSAP unerlässlich, die Investitionen weiterhin auf einem hohen Niveau zu halten.** Die Prioritäten liegen dabei auf Mobilität und Wohnungsbau, Bildung und Kinderbetreuung, Gesundheit, Pflege und 3. Alter, Umwelt und Energie, sowie auf Forschung, Innovation und Digitalisierung.

Vor dem Hintergrund einer hohen öffentlichen Investitionsquote gilt für die LSAP aber auch die finanzpolitische Maßgabe, dass die Staatsverschuldung in den kommenden fünf Jahren nicht über 30 Prozent des BIP ansteigen darf.

Eine echte **Reform der Haushaltsprozedur** soll die Rolle der Abgeordnetenkommission stärken und einen Schwerpunkt auf eine ergebnisorientierte Politik und eine systematische Evaluierung dieser Politiken legen muss. Die LSAP schlägt daher die Schaffung einer unabhängigen Stelle (Observatoire des politiques publiques) vor, die insbesondere die Abgeordnetenkommission, aber auch die Regierung und die staatlichen Verwaltungen bei der Evaluierung ihrer Politiken unterstützt.

Zesummeliwen

an enger inklusiver an oppener Gesellschaft

Gesellschaftliches Zusammenleben beruht einerseits auf einer Kultur des gegenseitigen Respekts, der gemeinsamen Werte, die fest in unserer humanistischen Tradition verankert sind. Andererseits gründet Zusammenleben auf dem Prinzip der geteilten Verantwortung. Alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Alter, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Religion und sexueller Orientierung bilden eine Gemeinschaft und müssen mit- und füreinander Verantwortung übernehmen. Niemand darf auf der Strecke bleiben oder ausgegrenzt bzw. diskriminiert werden. Solidarität ist jene Grundhaltung, die eine multikulturelle Gesellschaft verbindet und zusammenhält. **Für die LSAP ist solidarisches Handeln Voraussetzung, damit Integration gelingt.**

Integration erfolgt über die Sprache und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, über Bildung, Beschäftigung, Sport, Kultur und ehrenamtliches Engagement. **Die LSAP wird die Rahmenbedingungen so ausrichten, dass alle Generationen** – Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren im dritten und vierten Alter – **einen Platz in unserer Gesellschaft finden und sich ihren Fähigkeiten entsprechend entfalten können.**

- Die LSAP wird für familienfreundliche Städte und Kommunen eintreten und den Generationenvertrag absichern und mit Leben füllen.
- Sie wird Kinder und Jugendliche auf allen Entwicklungsstufen fördern und vor möglichen Gefahren, Risiken und gewaltsamen Übergriffen schützen.
- Sie wird Erwachsene in ihrem Streben nach freier Entfaltung unterstützen und Freiräume für gesellschaftliche Teilhabe schaffen.
- Sie wird Senioren in ihrem Streben unterstützen, ein selbständiges Leben zu führen.
- Sie wird Pflegebedürftige so versorgen, dass sie ihre menschliche Würde nicht verlieren.
- Sie wird dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleiche Chancen und Rechte haben.
- Sie wird aktiv gegen Fremdenhass und jede Form von Diskriminierung vorgehen.
- Sie wird sich dafür einsetzen, dass behinderte Menschen behindertengerechte Lebensbedingungen vorfinden und sich aktiv in die Gesellschaft einbringen können.
- Sie wird Menschen helfen, die aus unterschiedlichen Gründen am Rande der Gesellschaft leben, damit sie wieder Fuß fassen und Hoffnung schöpfen.
- Sie wird Flüchtlingen in ihrer Not weiterhelfen, ihnen ein faires Asylverfahren und die Integration in unsere Gesellschaft ermöglichen.
- Sie wird die Integration und das Zusammenleben in lokalen Vereinen unterstützen. Jeder Verein sollte Anspruch auf eine staatliche finanzielle Unterstützung haben, wenn er zur Integration beiträgt

Die LSAP wird einen Aktionsplan gegen die digitale Kluft (digital divide) auflegen, um die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an der digitalen Welt sicherzustellen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass jeder seine Verwaltungsangelegenheiten auch weiterhin auf Papier, am Schalter und ohne zusätzliche Kosten erledigen kann.

Familien in allen Lebenslagen und Formen unterstützen

Eltern haben den Anspruch, gut für ihre Kinder und Angehörigen zu sorgen und ihnen gute Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. **Die LSAP wird Familien konsequent in ihren Bemühungen unterstützen, damit beide Elternteile ihre Verantwortung übernehmen und sich die beruflichen und familiären Aufgaben gerecht aufteilen können.** Dafür benötigen sie **finanzielle Unterstützung, angemessene Rahmenbedingungen (flexible Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle) und kindgerechte Betreuungsstrukturen mit angepassten Öffnungszeiten.**

Die LSAP setzt sich ein für eine fortschrittliche und flexible Familien- und Beschäftigungspolitik zum Wohl der Kinder und im Sinne der Gleichstellung von Mann und Frau.

Konkret plädiert die LSAP deshalb für ein Recht auf Teilzeitarbeit aus familiären Gründen (nach unterschiedlichen Zeitmodellen) bis zum 12. Lebensjahr des Kindes und mit einem Recht auf Rückkehr in Vollzeit. Während dieser Zeit übernimmt der Staat die Beiträge zur Rentenversicherung für eine Reduzierung von bis zu 30% pro Elternteil. Das Recht auf Teilzeit in Verbindung mit der Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge ist nicht übertragbar von einem Elternteil auf den anderen.

Die LSAP setzt sich daneben für den Ausbau und mehr Qualität im Bereich Kinderbetreuung ein: Personalschlüssel, Qualifikationsanforderungen des Personals und deren Arbeitsbedingungen müssen einer kritischen Prüfung unterzogen und gegebenenfalls verbessert werden. Konsequente Kontrollen sollen dafür sorgen, dass das bestehende Qualitätskonzept auch tatsächlich umgesetzt wird und Früchte trägt.

Familien und Kinder brauchen flexiblere Betreuungsmöglichkeiten neben den traditionellen „Maisons relais“: die LSAP wird die Schaffung kleiner und überschaubarer Strukturen fördern. Alle Betreuungsstrukturen sollten den Kindern Rückzugsmöglichkeiten sowie genügend Bewegung und Außenaktivitäten bieten.

Im Sinne von kindgerechten Schulen und Betreuungsmöglichkeiten wird die LSAP dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Betreuungsstrukturen besser funktioniert und dass die im Grundschulgesetz festgeschriebene Differenzierung im Unterricht tatsächlich angewandt wird.

Die Familie ist und bleibt eine tragende Säule unserer Gesellschaft. Die LSAP wird sie in allen Erscheinungsformen – von der Ehe zwischen Männern und Frauen, über alleinerziehende Mütter und Väter, Patchwork-Familien bis hin zu gleichgeschlechtlichen Paaren

unterstützen. Auch dann, wenn es um die Betreuung kranker oder pflegebedürftiger Familienmitglieder geht. Daneben wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass Familienzusammensetzungen und Abstammung unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und biologischen Herkunft als gleichberechtigt anerkannt werden. Die LSAP wird auch dafür sorgen, dass Städte und Kommunen im Freizeit- und Naherholungsbereich über familiengerechte Angebote verfügen.

Für das Wohl der Kinder eintreten

Familien mit Kindern leisten einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag und müssen vom Staat unterstützt werden. **Die LSAP wird ab 2019 das Kindergeld strukturell erhöhen und anschließend wieder regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen.** Die LSAP wird das Kindwohl in den Vordergrund rücken und die Rechte der Kinder weiter stärken. **Kinderarmut ist auch in einem reichen Land wie Luxemburg eine unzumutbare Realität. Deshalb wird die LSAP Familien mit armutsgefährdeten Kindern gezielt helfen, sowohl finanziell als auch betreuungsmäßig.** Die soziale Lage der Eltern darf das Wohl der Kinder nicht gefährden. Der schulischen Bildung kommt in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zu, weil sie sicherstellen muss, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft entsprechend gefördert werden, damit sie Aufstiegschancen haben und späterhin ein gutes Leben führen können.

Kinder müssen darüber hinaus vor Gewalt und möglichen Übergriffen geschützt werden. Kindesmissbrauch darf es in unserer Gesellschaft nicht geben und muss mit harten Strafen geahndet werden. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine gesellschaftliche Priorität und muss wirksam auf allen Ebenen (in Schulen und Familien, in den Medien und im Freizeitbereich) verbessert werden, durch Sensibilisierung, Prävention und altersgerechte Betreuung. Die LSAP wird den **Kampf gegen Mobbing und sexuelle Übergriffe** mit allen verfügbaren Mitteln fortsetzen und zum Wohlbefinden aller Kinder beitragen.

Jugend fördern und stärken

Jugendpolitik ist Zukunftspolitik. Sie muss sicherstellen, dass Jugendliche über bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre persönliche Entwicklung verfügen. Das fängt bei der Bildung an. Schulen können über Wohl und Weh von Heranwachsenden entscheiden. Sie müssen sicherstellen, dass Jugendliche ein lernförderliches, kreatives Umfeld vorfinden, das ihren Interessen Rechnung trägt und sie in ihrer persönlichen Entwicklung voranbringt. Schulprogramme und -methoden, die sich ausschließlich auf die Vermittlung von Wissen beschränken, greifen entschieden zu kurz, weil Schüler sich mehr von ihrer Schule erwarten. Junge Menschen brauchen handlungsorientierte Anreize und Freiräume, die sie für neue praktische Erfahrungen nutzen können. Schulpläne müssen sich an die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen. Das gilt in einem besonderen

Maße in Zeiten zunehmender Digitalisierung. Medienkompetenz, politische Bildung, Gewalt-, Konflikt- und Suchtprävention, Umwelt-, Sexual- und Werteerziehung sind wichtige Bausteine für die Sozialisierung von Heranwachsenden.

Auch in ihrer Freizeit brauchen Jugendliche Angebote, die sie für ihre Weiterentwicklung nutzen können. **Die LSAP wird entsprechende Jugendeinrichtungen (Jugendparlamente, Jugendhäuser und Jugendtreffs) im Rahmen einer transversalen Jugendpolitik unterstützen und Heranwachsende verstärkt in gesellschaftliche Aufgaben einbinden.** Sie wird das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen unterstützen und den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen verschiedenen Altersgruppen und Generationen fördern.

Heranwachsende durchlaufen in ihrer Pubertät schwierige Phasen der Selbstfindung und Persönlichkeitsentwicklung und brauchen bedarfsgerechte Betreuung und Unterstützung. In diesen Entwicklungsphasen benötigen Jugendliche besonderen Schutz. Vor diesem Hintergrund sollten Themen wie Mobbing, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Depressionen und Suizid verstärkt in der Öffentlichkeit diskutiert werden. **Besonders gefährdete Jugendliche benötigen darüber hinaus Auffangstrukturen, die ihnen bei ihren Alltagsproblemen weiterhelfen. Die LSAP wird solche Strukturen fördern und dafür sorgen, dass entsprechende Wohneinheiten für Jugendliche geschaffen werden, die nicht mehr in ihren Familien leben und Schwierigkeiten haben, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen.**

Jugendschutz muss frühzeitig einsetzen, um möglichen Risiken und Gefährdungen durch Sensibilisierung und präventive Maßnahmen zu begegnen. Das gilt auch im Hinblick auf eine **gesunde Ernährung** und eine gesundheitsbewusste Freizeitgestaltung. **Vor diesem Hintergrund wird die LSAP dafür sorgen, dass Kantinen Heranwachsenden ein hochwertiges, gesundes und vielseitiges Ernährungsangebot zur Verfügung stellen.** Vegane und vegetarische Mahlzeiten dürfen in diesem Angebot nicht fehlen. Daneben wird die LSAP sicherstellen, dass Jugendliche über angepasste Sport- und Freizeitangebote verfügen.

Ein Leben in Würde für das dritte und vierte Alter

Das dritte Alter sollte nicht als gesellschaftliche Bürde, sondern als Chance gesehen werden, um wichtige Erfahrungen auszutauschen und Kompetenzen mit Mitbürgern zu teilen. Angesichts steigender Lebenserwartung haben Senioren im Anschluss an ihre Berufstätigkeit nicht nur den Anspruch, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu führen, sie wollen sich auch in die Gesellschaft einbringen und ihr Wissen an nachkommende Generationen weitergeben. Die LSAP unterstützt diese Grundhaltung und wird verstärkt **auf die vielseitigen Kompetenzen von Senioren** setzen. Davon profitieren Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen. Die **Schaffung von Orten und Möglichkeiten der Begegnung** - Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften

zwischen Studenten und Senioren, Tutorien (Senioren betreuen Schüler und Jugendliche Senioren, z.B. im Umgang mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien) und „Au Pair“-Angebote (Jugendliche helfen Senioren bei der Bewältigung kleiner Alltagsaufgaben) - stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern die Entwicklung und das Verantwortungsbewusstsein von Heranwachsenden. Senioren sollen mitreden und mitentscheiden können. **Die LSAP wird das Mitspracherecht älterer Menschen stärken** und auf Gemeindeebene verstärkt auf entsprechende Kommissionen setzen, die den kommunalen Entscheidungsträgern beratend zur Seite stehen. Daneben wird sich die LSAP für **verbesserte Rahmenbedingungen für Senioren** im Bereich des Wohnungsmarkts und der Städteplanung einsetzen. Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass Menschen bei Bedarf auf einen betreuten Wohnplatz in jener Region zurückgreifen können, wo sie vorher gelebt haben. **Seniorengerechte Wohnungen** gehören ebenso dazu wie Mobilitäts-, Freizeit-, Fortbildungs- und Versorgungsangebote, die an die Bedürfnisse dieser Altersgruppe angepasst sind. Die Sozialisten wollen auch **den Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand sowie den Wechsel vom Eigenheim in eine Alters- und Pflegeeinrichtung flexibler gestalten und verbessern**. Wir werden das Wohnen in kleineren betreuten Einrichtungen fördern. Eine altersgerechte Versorgung bedarf einer wirksamen und kontinuierlichen Qualitätskontrolle und sollte nicht für kommerzielle Zwecke genutzt werden.

Für Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern sorgen

Die LSAP hat im Laufe ihrer Geschichte wesentlich zur Stärkung der Frauenrechte und Gleichberechtigung beitragen. Mit der Einführung des Frauenwahlrechts, der sexuellen Befreiung durch legale Verhütungsmittel, der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, der Einführung einer Quotenregelung zur Verbesserung der politischen Partizipation und gesetzlichen Bestimmungen zur Durchsetzung von Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern konnten wichtige gesellschaftspolitische Fortschritte erzielt werden, von denen Frauen heute in verstärktem Maße profitieren. Trotz dieser Errungenschaften bleibt noch vieles zu tun: auf politischer Ebene, in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Bereich. **Die LSAP wird sich auch in den kommenden Jahren für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen** und folgende Ziele anstreben:

- ein Gleichgewicht zwischen Frauen und Männern auf Regierungsebene
- eine 40-prozentige Geschlechterquote in Aufsichtsräten von Unternehmen mit Staatsbeteiligung festlegen; in staatlichen Unternehmen, Ministerien und öffentlichen Einrichtungen soll diese Quote kraft einer gesetzlichen Regelung erreicht werden
- das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern bis auf Null reduzieren
- echte Chancengleichheit bei der Berufswahl herstellen; sogenannte „atypische“ Berufe sollte es in Zukunft nicht mehr geben. In Berufsgruppen mit besonders

ausgeprägtem Ungleichgewicht (z.B. in der Magistratur, im Schulbereich ...) sollte nach den Ursachen hierfür geforscht werden, um Abhilfe zu schaffen.

Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sollte **in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens** zum Thema gemacht werden. Die LSAP wird diese Diskussion vorantreiben und eine Bestandsaufnahme über bestehende Ungleichbehandlungen und Ungerechtigkeiten in den Bereichen Sport, Kultur und Medien ... machen. Gleichstellungspolitik ist transversal und erfasst alle Gesellschafts- und Politikbereiche. Es geht auch darum, Geschlechterstereotypen und -rollen zu überwinden, damit sich Jungen und Mädchen, Frauen und Männer gleichberechtigt, uneingeschränkt und ihren Fähigkeiten und Talenten gemäß entwickeln können.

Gleichberechtigung bedeutet auch respektvolles Verhalten gegenüber dem anderen Geschlecht. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass geschlechtsspezifische Gewalt (sexuelle Belästigung und körperliche Übergriffe im öffentlichen Raum) thematisiert und konsequent eingedämmt wird.

Um ein Gesamtbild zu bekommen und die Ergebnisse der Gleichstellungspolitik regelmäßig messen und bewerten zu können, befürwortet die LSAP eine umfassendere und geschlechtsspezifische Datenerhebung in allen Bereichen.

Geschlechtsidentität selbstbestimmt leben können

Das Grundrecht auf Selbstbestimmung und freie Entfaltung der Persönlichkeit gilt auch für die Festlegung der eigenen Geschlechtsidentität, also auch für Transgender-Personen und intersexuelle Menschen. **Die LSAP wird eine Einschränkung dieses Rechts und Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtsidentität nicht zulassen.** Daher werden wir die Prozedur, um den Geschlechtseintrag und den Vornamen im Personenstandsregister (Etat civil) ändern zu lassen, vereinfachen und vor allem entpathologisieren. Für die Änderung des Geschlechtseintrags wird es künftig nicht mehr notwendig sein, medizinische und psychologische Gutachten zu erbringen, Hormontherapien zu durchlaufen oder sich geschlechtsanpassenden Operationen bis hin zur Sterilisation zu unterziehen. Neben dem Geschlechtseintrag "männlich" oder "weiblich" werden wir eine dritte Möglichkeit zulassen. Geschlechtszuweisende Operationen an Kindern, die nicht zustimmungsfähig sind, werden wir auf der Grundlage medizinethischer Erwägungen gesetzlich einschränken. Dabei muss sichergestellt werden, dass das Wohl des Kindes immer im Mittelpunkt steht.

Behindertengerechte Rahmenbedingungen schaffen

Schwachen und bedürftigen Mitbürgern kommt eine besondere Aufmerksamkeit zu. Das gilt in einem erhöhten Maß für Menschen mit Behinderungen. **Die LSAP wird das Leitmotiv**

„Design for all“ konsequent befolgen, dies auch im digitalen Bereich. Alle öffentlichen Einrichtungen und Transportmittel müssen behindertengerecht ausgestattet werden. Dasselbe gilt für den Zugang zu gemeinschaftlichen Privatwohnungen. Öffentliche Online-Dienste müssen auch für Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen zugänglich sein. **Die LSAP wird Menschen mit Behinderungen auch in ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung bestärken und ihnen Zugang zu Bildung und Beschäftigung unter bestmöglichen Voraussetzungen gewähren.** Die LSAP wird sich für den weiteren Ausbau von behindertengerechten Aus- und Fortbildungsangeboten einsetzen und auch ihre Freizeitmöglichkeiten gezielt verbessern. **Die LSAP wird den Ausbau von Wohnstrukturen für schwerbehinderte Kinder unterstützen.** Eine Gemeinschaft ist nur dann wirklich stark, wenn sie jene unterstützt, die auf unsere aktive Hilfe und Solidarität angewiesen sind.

Die LSAP setzt sich für einen nationalen **Autismus-Plan** ein, für ein besseres Bewusstsein, mehr Informationen und angepasste Infrastrukturen für die betroffenen Personen.

Aktionsplan zur Integration von Asylberechtigten

Dieser Grundsatz gilt auch für den Umgang mit Flüchtlingen und Asylberechtigten, die in unserer Mitte Schutz und neue Lebensperspektiven suchen. Das Recht auf Asyl entspricht unseren Grundrechten und ist Bestandteil unseres demokratischen Rechtssystems. **Die LSAP befürwortet die Bündelung sämtlicher Kompetenzen in Sachen Asyl, Immigration und Integration in einem Ministerium, allerdings mit getrennten Verwaltungen.** Das ermöglicht eine bessere Abstimmung zwischen den einzelnen Verwaltungen und führt zu einem besseren Verfahren und einer kohärenteren Betreuung der Asylbewerber. Asylbewerber haben Anspruch auf ein transparentes und zügiges Verfahren. Das entsprechende Prüfungsverfahren sollte im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nicht länger als sechs Monate dauern.

Die LSAP wird ihren Aktionsplan zur Integration von Asylberechtigten umsetzen. Die LSAP wird die Aufnahmebedingungen von Asylbewerbern weiter verbessern und insbesondere die Integration in unsere Gesellschaft erleichtern. Dazu müssen bestehende Hürden abgebaut und den Asylbewerbern mehr Möglichkeiten zur selbstbestimmten Gestaltung ihres Lebens gegeben werden. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang

- die beruflichen Kompetenzen von Asylbewerbern frühzeitig ermitteln und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern
- den Zugang zur Beschäftigung und gesellschaftlichen Teilhabe erleichtern
- die Integration durch Sprachenerwerb fördern
- keine Schulklassen innerhalb von Betreuungseinrichtungen mehr zulassen und Kindern von Asylbewerbern den Zugang zur öffentlichen Schule ermöglichen
- Unterbringung, Lebensbedingungen und Betreuung der Asylbewerber verbessern

- den Zugang zum Gesundheitssystem und zur psychologischen Betreuung für hilfsbedürftige Asylbewerber erleichtern

Damit unser Asylsystem auch weiterhin effizient funktionieren kann und nicht missbraucht wird, ist auch eine funktionierende Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern sowie Personen ohne Aufenthalts- oder Bleiberecht in ihre Herkunftsländer notwendig. Der LSAP ist es bei diesem schwierigen Prozess jedoch besonders wichtig, die Würde der Menschen stets zu respektieren. Um diesen Prozess künftig besser zu organisieren, wird die LSAP:

- langfristige Strukturen für abgelehnte Asylbewerber und Personen ohne Aufenthalts- oder Bleiberecht schaffen, darunter eine „Maison retour“ für Familien und für Personen mit besonderen Bedürfnissen
- eine bessere Informationspolitik für die abgelehnten Asylbewerber einführen
- Rückreisen in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen ausbauen
- Rückführungen zeitnah ausführen, damit gegebenenfalls die Aufenthaltsdauer in Abschiebehaft so kurz wie möglich ist
- Rückführungen bei eingeschulerten Kindern und ihren Eltern nur während der großen Ferienperiode durchführen
- Abkommen mit den Herkunftsländern im Rahmen von europäischen, Benelux oder bilateralen Verhandlungen abschließen

Eine kohärente Einwanderungs- und konsequente Integrationspolitik

Luxemburg ist ein traditionsreiches Immigrationsland mit hohem Beschäftigungs- und Integrationsbedarf. Luxemburg hat in seiner langjährigen Entwicklung vom armen Agrarland zum wohlhabenden Industrie- und Dienstleistungsstandort wesentlich von der Arbeitskraft von Einwanderern, vom geschaffenen Mehrwert und Gewinn an kultureller Vielfalt profitiert. Das ist heute nach wie vor und in einem verstärkten Maße der Fall. Ohne den unerlässlichen Beitrag von Einwanderern und Pendlern würde unsere Wirtschaft, unser Sozialsystem zusammenbrechen. Luxemburg hat sich aufgrund seiner Weltoffenheit und Integrationskraft im Laufe der Jahrzehnte als wirtschaftliches und gesellschaftliches Erfolgsmodell erwiesen. Die LSAP wird diesen Weg weitergehen und die Erfolgsgeschichte durch eine kohärente Einwanderungs- und eine konsequente Integrationspolitik fortsetzen. Sie sind Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung und Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden.

Die LSAP wird konsequent gegen jede Form von Diskriminierung, Fremdenhass und Rassismus vorgehen und das Zusammenleben zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen aktiv fördern. Vor diesem Hintergrund wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass CET und CCDH die nötigen Mittel erhalten, um diesbezügliche Daten und Fakten zu sammeln, aufzuarbeiten und zu bewerten.

Darüber hinaus spricht sich die LSAP für eine **Umstrukturierung und Neuausrichtung des Nationalen Ausländerrates** aus. Die Kompetenzen des „Conseil national des étrangers“

(CNE) sollen ausgeweitet und an jene der Berufskammern angepasst werden. Daneben befürworten die Sozialisten eine Aufwertung der kommunalen Integrationskommissionen, die eng mit dem CNE zusammenarbeiten sollten. Auch in anderen beratenden Kommissionen sollten Nicht-Luxemburger vertreten sein und über ein Mitspracherecht verfügen.

Ausländervereinigungen kommt in Sachen Integration eine bedeutende Rolle zu: Sie sind wichtige Interessenvertreter und gelten als Multiplikatoren, die das gesellschaftliche Zusammenleben und den interkulturellen Austausch fördern. Sie können einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung gemeinsamer Wertvorstellungen und guter Praktiken leisten. Die **LSAP wird Ausländervereinigungen auch künftig unterstützen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen für ausländische Mitbürger verbessern.** Das gilt sowohl für die Vermittlung von Sprachkompetenzen als auch für die staatsbürgerliche Betreuung von Zuwanderern. Die LSAP wird dafür sorgen, dass neu zugezogene Einwanderer besser über Funktionsweise und Errungenschaften des Luxemburger Rechts- und Sozialstaats informiert werden.

Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen Staat, Gemeinden, Zivilgesellschaft und Zuwanderer eng zusammenarbeiten. Während das Gastland sich dazu verpflichtet, Einwanderern Integrationskurse zum Erwerb notwendiger Sprach- und Bürgerkompetenzen anzubieten, müssen Zuwanderer dieses Angebot auch ernstnehmen und die Grundwerte und Gepflogenheiten des Gastlandes anerkennen. Diese Übereinkunft ist Voraussetzung für eine gelungene Integration.

Eng staark ëffentlech Schoul an eng kannergerecht Betreierung

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft! Zukunft gestalten heißt Perspektiven durch Bildung schaffen, denn Bildung ist der Grundstein für Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung. Sie muss möglichst früh ansetzen, den sozialen Aufstieg ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Das ist der Grund, weshalb wir **eine starke öffentliche Schule benötigen, die für Chancengerechtigkeit sorgt und wichtige gesellschaftliche Werte vermittelt**: Toleranz, Respekt, Solidarität, Gleichberechtigung und ein Bewusstsein dafür, dass Schulbildung nicht nur Wissen und Kompetenzen vermittelt, sondern auch Zusammenleben ermöglicht. In einem Einwanderungsland mit überdurchschnittlich hoher Migrationsrate ist letzteres besonders wichtig.

Der Integrationsbedarf ist in Luxemburg nach wie vor groß. Das gilt nicht zuletzt für den Bildungsbereich. Nur eine starke und anpassungsfähige öffentliche Schule kann dieser enormen gesellschaftlichen Herausforderung im Ansatz gerecht werden. Dafür benötigt sie zum einen angemessene Schulangebote, ausreichende Ressourcen und Infrastrukturen, zum anderen braucht sie die volle Unterstützung aller Schulpartner: Lehrer, Erzieher, Eltern, Politik und Zivilgesellschaft müssen an einem Strang ziehen, zum Wohl unserer Kinder und im Sinne des Gemeinwohls.

Einige Baustellen im Schulbereich verdienen besondere Aufmerksamkeit:

- Der bürokratische Aufwand an Grundschulen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, was mit einer zusätzlichen Belastung des Lehrpersonals einhergeht und sich zwangsläufig auf die Unterrichtsqualität auswirkt! Diese Tatsache trägt nicht unbedingt zur Attraktivität des Lehrberufs bei.
- Der Lehrermangel ist eine schwere Hypothek für den Schulbetrieb. Dabei sind gut ausgebildete und motivierte Lehrer Voraussetzung für einen hochwertigen Schulunterricht.
- Die Digitalisierung und der gesellschaftliche Wandel gehen nicht spurlos an Schulen vorbei. Eine Überarbeitung und Anpassung der Schulprogramme und -methoden drängt sich auf.
- Die Mehrsprachigkeit zählt mit Sicherheit zu den Errungenschaften des Luxemburger Schulsystems. Gleichzeitig wird sie für viele Schüler zur unüberwindbaren Hürde auf dem Weg zum schulischen Abschluss.
- Nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Qualifikation. Das erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt und mindert ihre Zukunftsperspektiven.

In der kommenden Legislaturperiode wird es auch darum gehen, das Luxemburger Schulsystem zu konsolidieren und die in den vergangenen Jahren beschlossenen Reformen zu bilanzieren und gegebenenfalls nachzubessern. Reformen sollten mit Bedacht

umgesetzt werden und setzen bei ihrer Ausarbeitung das Einbeziehen der Lehrerschaft voraus.

Bildungsauftrag mit klaren Zielvorgaben

Die öffentliche Schule benötigt klare Zielvorgaben. Sie muss **Allgemeinbildung, Eigenverantwortung, Sozialkompetenzen** und **kritisches Denken** fördern, **fachspezifisches und fächerübergreifendes Wissen** vermitteln und schließlich dafür sorgen, dass Schüler, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, auf allen Unterrichtsstufen jene Förderung erfahren, die sie benötigen, um im späteren Verlauf einen Schulabschluss erlangen und sich eine Zukunft aufbauen zu können. Gleichzeitig geht es darum, potenziellen Schulaussteigern eine zweite Chance zu bieten und die Zahl der Schulabbrecher konsequent zu verringern. Und letztlich geht es um Schulentwicklung und die Fähigkeit, den gesellschaftlichen Wandel proaktiv zu begleiten, um neuen Herausforderungen angemessen begegnen zu können. Am Erreichen dieser vorrangigen Ziele werden Schule und Gesellschaft letztendlich gemessen.

Die Weiterentwicklung und Stärkung der öffentlichen Schule und Kinderbetreuung zählen zu den politischen Prioritäten der Sozialisten. Die Privatisierung von Bildungsangeboten kommt einer Schwächung des öffentlichen Schulbetriebs gleich. Die LSAP wird einer derartigen Entwicklung mit Widerstand begegnen und den öffentlichen Bildungsauftrag konsequent verteidigen.

Ganztagsbetreuung und frühkindliche Förderung

Die LSAP setzt auf Qualität in der frühkindlichen Förderung und Ganztagsbetreuung. Entsprechende Qualitätsstandards und Normen sollten für alle Einrichtungen einheitlich geregelt, verbindlich festgelegt und entsprechend kontrolliert werden. Eine ausgewogene und gesunde Ernährung ist aus Sicht der Sozialisten ein wesentlicher Bestandteil einer hochwertigen Ganztagsbetreuung. Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass auch der Personalschlüssel für ganztägige Betreuung so berechnet wird, dass er in allen Fällen dem tatsächlichen Betreuungsbedarf gerecht wird. Bei der Festlegung des Betreuungsbedarfs müssen Kinder mit spezifischen Bedürfnissen entsprechend berücksichtigt werden.

Die LSAP befürwortet darüber hinaus projekt- und entwicklungsorientierte Ansätze im Rahmen der ganztägigen Betreuung von Kindern und Jugendlichen. Sportlichen, kulturellen und sozialen Tätigkeiten kommt dabei eine besondere Rolle zu.

Jeder Grundschüler hat Anrecht auf eine ganztägige Betreuung. **Die LSAP wird sich konsequent für den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten und Maison-Relais-Plätzen einsetzen** und dafür sorgen, dass Ganztagsbetreuung erschwinglich und

weitgehend im Einflussbereich der Kommunen und öffentlichen Hand bleibt. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang auch prüfen, ob Betreuungseinrichtungen für Kinder in neu angelegten Gewerbebezonen geschaffen werden können.

Schulbildung und außerschulische Betreuung sind komplementäre Bestandteile eines umfangreichen öffentlichen Bildungsauftrags und sollten daher eng aufeinander abgestimmt werden. Ganztagschulen nehmen in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle ein und sollten auch weiterhin gefördert werden. **Die LSAP spricht sich für den landesweiten Ausbau von öffentlichen Ganztagschulen aus.**

Die LSAP setzt sich in Zusammenarbeit mit den Gemeinden dafür ein, dass das Recht der Kinder und Eltern auf Früherziehung in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die LSAP tritt für eine **Annäherung von Ganztagschulen und Maisons-Relais mit lokalen Sportvereinen, Kultureinrichtungen und Musikschulen** ein.

Eltern sollten ein Recht auf freie Wahl zwischen verschiedenen Formen der Kinderbetreuung haben. In diesem Sinne wird die LSAP die Tagespflege als alternatives Betreuungsangebot verstärkt unterstützen und Tageseltern bessere Bedingungen anbieten, sowohl was ihre Entschädigung als auch den Zugang zu ihrer beruflichen Tätigkeit angeht.

Mehrsprachigkeit und Sprachenunterricht

Mehrsprachigkeit ist ein grundlegender Bestandteil des Luxemburger Schulsystems und der Gesellschaft, in der wir leben; sie zeugt von Weltoffenheit und gilt als Standortvorteil in einer globalisierten Welt. **Die LSAP wird Mehrsprachigkeit auch in Zukunft auf allen Unterrichtsstufen fördern und darauf achten, dass sie nicht zur unüberwindbaren Hürde auf dem Weg zum Schulabschluss wird.** Mehrsprachigkeit sollte als Errungenschaft und nicht als Bürde wahrgenommen werden.

Das Erlernen der Luxemburger Sprache spielt eine wichtige Rolle, wenn es um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in das Luxemburger Schulsystem geht. **Die LSAP wird diesem Sachverhalt Rechnung tragen und die mündliche Praxis der Luxemburger Sprache auch weiterhin verstärkt fördern.**

Das Erlernen mehrerer Sprachen ist besonders wichtig für ein kleines Land mit einer heterogenen Bevölkerung. Auch wenn der Schriftspracherwerb im Bildungsverlauf von herausragender Bedeutung ist, sollte der mündliche Sprachgebrauch nicht vernachlässigt werden, weil er unmittelbar dazu dient, sich im Alltag verständlich zu machen. **Die LSAP spricht sich für eine Neugewichtung und Aufwertung der mündlichen Sprachkompetenz aus.**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Bildung kennt keine Grenzen! **Die LSAP befürwortet** eine engere Einbeziehung der Großregion, die ihren konkreten Niederschlag im **Aufbau eines Netzwerks von Partnerschulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit und kulturellem Austausch finden soll**. Die LSAP unterstützt in diesem Sinne grenzüberschreitende Schulprojekte und Schüleraustauschprogramme. Sekundarschüler sollten das Recht auf ein Auslandssemester bzw. -trimester in einer fremdsprachigen Schule haben.

Die LSAP befürwortet und unterstützt grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich. Das deutsch-luxemburgische Schengen-Lyzeum in Perl hat sich als grenzüberschreitendes Schulprojekt bewährt. Die LSAP wird prüfen, ob ähnliche Initiativen mit den beiden anderen Nachbarländern sinnvoll und umsetzbar sind.

Digitalisierung und Medienerziehung

Die LSAP befürwortet ein vielseitiges, international ausgerichtetes Schulangebot, das den unterschiedlichen Bedürfnissen einer heterogenen Schulpopulation im Rahmen des öffentlichen Schulunterrichts gerecht wird. Im Zeitalter der Digitalisierung sollten autonomes, fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen gezielt und verstärkt gefördert werden. Der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Der gesellschaftliche Wandel im Zuge der digitalen Revolution ist unaufhaltsam. Schulen müssen diese Entwicklung proaktiv begleiten und ihre Schulprogramme entsprechend anpassen. **Die LSAP spricht sich für die Einführung eines fächerübergreifenden Medienerziehungsprogramms aus.** Das gilt sowohl für die Grundschule als auch für den Sekundarunterricht. Medienkompetenz ist im Zeichen fortschreitender Digitalisierung unabdingbar. Kinder und Jugendliche dürfen, was die Nutzung modernster Informations- und Kommunikationstechnologien angeht, nicht alleingelassen werden.

Gezielte Förderung und Chancengerechtigkeit

Es gibt immer mehr Kinder und Schüler mit Lernschwierigkeiten, spezifischen Bedürfnissen und Verhaltensauffälligkeiten. Das stellt den öffentlichen Schulbetrieb vor große Herausforderungen, die nur mit genügend Ressourcen (Fachkräfte und Geldmittel) bewältigt werden können. **Die LSAP stellt klar, dass bei Kindern und Jugendlichen in Sachen Bildung nicht gespart werden darf** und dass Schulen und Betreuungseinrichtungen so ausgestattet werden müssen, dass sie diese schwierige Aufgabe unter bestmöglichen Voraussetzungen wahrnehmen können. **Die LSAP tritt vor diesem Hintergrund für eine inklusive Schule ein, die für jeden Schüler ein passendes Angebot bereithält.** Schulen sollten in diesem Sinne verstärkt auf Sozial- und Sonderpädagogen zurückgreifen können.

Die LSAP setzt sich dafür ein, dass alle Schüler ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, damit sie ein möglichst hohes Entwicklungs- und Bildungsniveau erreichen können. Das gilt für schwächere und besonders begabte Schüler gleichermaßen. Auch die Übergänge zwischen „Enseignement secondaire classique“ und „Enseignement secondaire général“ sollten erleichtert und flexibler gestaltet werden. Schließlich geht es darum, Schüler in ihrer Ausbildungswahl und Schullaufbahn optimal zu unterstützen. Schulwechsel sollten grundsätzlich dort ermöglicht werden, wo es Sinn macht und den Interessen der Schüler entgegenkommt.

Die LSAP spricht sich für eine Ausweitung der Ausbildungspflicht auf 18 Jahre für Schüler aus, die keiner regulären Arbeit nachgehen. Damit soll dem frühzeitigen Schulausstieg entgegengewirkt und die Grundlage für eine möglichst hohe Qualifizierung und lebenslanges Lernen gelegt werden.

Das Luxemburger Handwerk leidet nach wie vor an einem chronischen Mangel an Fachkräften. **Die LSAP spricht sich für eine Aufwertung der Berufsausbildung und die Schaffung eines „Bac professionnel“ aus,** der gleichzeitig als Meisterprüfung und Hochschulreife dient.

Schulklima, Schülerbetreuung und Orientierung

Schüler haben unabhängig von ihrer Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder körperlichen Verfassung das Recht, sich in einem respektvollen Schulklima weiterentwickeln zu können. Bullying, Mobbing, Fremdenhass und Homophobie haben an Schulen nichts zu suchen und müssen von allen Schulpartnern konsequent durch gezielte Prävention und Konfliktbewältigung bekämpft werden. **Die LSAP tritt dafür ein, dass alle Schulpartner im Vorfeld eine Vereinbarung unterzeichnen, die es ermöglicht, Diskriminierungen und Übergriffe im schulischen Alltag wirksam zu unterbinden und mit Sanktionen zu belegen.**

Schüler brauchen Orientierung und Rückhalt, das gilt vor allem in schwierigen Entwicklungsphasen z.B. in der Pubertät oder wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen hinsichtlich der schulischen und beruflichen Laufbahn zu treffen. Tutorien, vertrauensbildende Maßnahmen und die gezielte Förderung von Sozialkompetenzen innerhalb des Schulunterrichts sind probate Mittel, um Schulklima und Schülerbetreuung zu verbessern. **Die LSAP befürwortet das Einsetzen von Vertrauenslehrern,** die gefährdeten und verunsicherten Schülern sowohl im Bereich der Konfliktprävention und Mediation als auch im Hinblick auf die schulische Orientierung an die Seite gestellt werden.

Die Übergänge zwischen den einzelnen Unterrichtsstufen müssen optimiert werden. In diesem Zusammenhang drängt sich eine bessere Abstimmung zwischen Grundschule und Sekundarunterricht auf. Auch im Hinblick auf das Erlangen der Hochschulreife und den Übergang zum Hochschulstudium sollte nachgebessert werden. **Die LSAP befürwortet die Einführung einer fächerübergreifenden Projektarbeit auf der gymnasialen Oberstufe,**

die auf die Interessen der Schüler und ihre mögliche Studienwahl zugeschnitten ist. Im „Enseignement secondaire général“ sollte die entsprechende Abschlussarbeit wahlweise aus einem berufsorientierten Praktikum oder einer praxisorientierten Projektarbeit bestehen.

Lehrerbildung, Schulentwicklung und Fortbildung

Schüler haben ein Recht auf gute Ausbildung und engagierte Lehrer. **Die LSAP wird alles dransetzen, um den Mangel an qualifizierten Lehrern in den kommenden Jahren abzubauen und die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern.**

Der Lehrermangel ist auch auf die ungenügende Anzahl an freien Studienplätzen zurückzuführen. **Die LSAP wird mit Nachdruck dafür eintreten, dass mehr Studienplätze für Lehramtsstudenten angeboten werden.** Die Universität Luxemburg wird größtenteils über öffentliche Gelder finanziert und muss einen verstärkten Beitrag zur Behebung des Lehrermangels und Erstellung von zeitgemäßen Schulmaterialien und -methoden leisten.

Darüber hinaus befürwortet die LSAP einen erleichterten **Zugang zum Lehrberuf über den zweiten Bildungsweg.**

Kinder benötigen geschlechtsspezifische Betreuung und Vorbilder im Rahmen ihrer Sozialisation. Um dem Ungleichgewicht zwischen Frauen und Männern in pädagogischen Berufen entgegenzuwirken, wird die LSAP prüfen, ob männlichen Studierenden der **Zugang zum Lehramts- und Pädagogikstudium nicht über gezielte Vorteilsgewährung** (positive Diskriminierung) erleichtert werden sollte.

Die LSAP unterstützt die Netzworkebildung von Betreuungseinrichtungen und Schulen, um Innovation, Entwicklung und das Teilen von guten Praktiken voranzutreiben.

In Zeiten erhöhten Lehrermangels sind Lehrbeauftragte unerlässlich, um einen geordneten Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. **Die LSAP wird die Arbeits- und Lohnbedingungen für Lehrbeauftragte bilanzieren und verbessern.**

Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Deshalb ist es notwendig, dass Fortbildung und Entwicklung Hand in Hand gehen. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der Fortbildungsbedarf für Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen und pädagogische Hilfskräfte analysiert und das Fortbildungsangebot an neue gesellschaftliche Entwicklungen angepasst wird.**

Die LSAP will eine **Brücke** schlagen **zwischen Grundschule und Berufswelt.** Grundschüler sollten im Rahmen eines praxisbezogenen Unterrichts auch unterschiedliche Berufsgruppen kennenlernen, das gilt in einem besonderen Maße für Handwerksberufe, die auf Nachwuchs angewiesen sind.

Auch die Zivilgesellschaft sollte sich stärker auf Grundschulebene einbringen. Gemeinnützige Vereinigungen sollten im Rahmen pädagogischer Projekte die Möglichkeit bekommen, mit Grundschülern zusammenzuarbeiten. Kooperation stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stiftet Solidarität. **Die LSAP begrüßt entsprechende Initiativen und befürwortet eine Öffnung der Grundschule hin zur Gesellschaft und ehrenamtlichen Tätigkeit.**

Aktualitätsbezogene Themen sollten verstärkt Einzug in den Schulunterricht halten. Allgemeinbildung und Aktualitätsbezug gehen dabei Hand in Hand. Das gilt in einem besonderen Maße für eine globalisierte Welt deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sich rasant verändern. **Die LSAP spricht sich in diesem Kontext für eine Aktualisierung der Schulprogramme aus, die mit gesellschaftlichen Veränderungen Schritt halten müssen.** Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen, politische Bildung sowie Sexual- und Umwelterziehung sollten verstärkt in Schulprogrammen berücksichtigt werden. Auch das Wissen um einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen, die begrenzt zur Verfügung stehen, sollte als transversales Zukunftsthema seinen Platz darin haben.

Zu viel Bürokratie schadet der Kreativität und verhindert Spontanität im schulischen Alltag. Bürokratische Prozeduren sollten auf das Sinnvolle beschränkt werden, um Lehrern und Erziehern mehr Spielraum für die Arbeit mit Schulkindern zu ermöglichen. **Die LSAP setzt sich für eine Bilanzierung und Verringerung des bürokratischen Aufwands im Schulbetrieb und die Überarbeitung der Schulentwicklungspläne ein.**

Brückenschlag zwischen Schule und Kultur

Kultur sollte einerseits verstärkt in Schulprogramme einfließen; andererseits sollten Schulklassen konsequenter in außerschulische Kunstprojekte eingebunden werden. **Die LSAP begrüßt die von der Regierung bereitgestellte Plattform für Kulturvermittlung in der Schule.** Sie ermöglicht Begegnungen von Kunstschaffenden mit Schülern sämtlicher Unterrichtsstufen. Kulturvermittlung ist Allgemeinbildung und fördert kreatives und autonomes Lernen. **Die LSAP unterstützt entsprechende Projekte und Initiativen und wird die hierfür notwendigen Fördergelder bereitstellen.**

Luxemburgensia beschränkt sich nicht auf Literatur in Luxemburger Sprache; in ihrer Mehrsprachigkeit ist sie Schmelztiegel kultureller Einflüsse und Vielfalt. **Die LSAP wird dafür sorgen, dass mehr Literatur aus Luxemburg Einzug in die Schulprogramme hält.** Das gilt gleichermaßen für die Grundschule und den Sekundarunterricht und bietet den Vorzug eines unmittelbaren Austauschs von hiesigen Autoren mit Schülern aller Altersgruppen.

Die LSAP wird auf allen Unterrichtsstufen Schulpartnerschaften mit Kultureinrichtungen unterstützen. Jede Luxemburger Schule sollte eine Partnerschaft mit einer kulturellen Institution eingehen. In diesem Kontext soll auch die Auszeichnung

von zusätzlichen Luxemburger Schulen als sogenannte UNESCO-Schulen gefördert werden. UNESCO-Schulen sind „normale“ Schulen mit dem kleinen Unterschied, dass auf dem Stundenplan die Einhaltung der Menschenrechte, kulturelle und Umwelt-Bildung und der gerechte Ausgleich zwischen Arm und Reich stehen.

Sportförderung muss möglichst früh einsetzen

Der Sportunterricht und die gezielte Förderung von Bewegung im schulischen und außerschulischen Kontext sind wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Anreize zur sportlichen Betätigung sind Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und müssen daher möglichst früh ansetzen. **Die LSAP wird das Sportförderkonzept für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren im Rahmen der außerschulischen Betreuungspläne und in Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort umsetzen.** Gleichzeitig wird sie das Aus- und Fortbildungsangebot für das Schul- und Betreuungspersonal ausbauen und verbessern.

Elternvertretung und Schulpartnerschaft

Eltern sind als Erzieher ihrer Kinder wichtige Schulpartner und müssen in ihrer schulpartnerschaftlichen Rolle bestärkt werden. Der enge Kontakt zwischen Schulpersonal und Eltern muss auf allen Ebenen unterstützt und gefördert werden. **Die LSAP wird sich auch weiterhin für eine optimale Einbindung der Eltern als reelle Partner in der Schule einsetzen und die Zusammenarbeit mit der nationalen Elternvertretung fördern,** deren Rolle es sein wird, Elternarbeit und Schulpartnerschaft auf allen Schulstufen einzufordern und aktiv mitzugestalten. Im Sinne einer optimierten Schulpartnerschaft spricht sich die LSAP für die Einführung eines „Carnet de liaison“ aus, das als Plattform für den regelmäßigen Austausch zwischen Eltern, Schule und Maison-Relais dient.

Einheitlicher Werteunterricht

Die LSAP hat sich mit Nachdruck für die Abschaffung des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen ausgesprochen und sich im Gegenzug für einen einheitlichen Werteunterricht starkgemacht. Dieses Ziel wurde mit der Einführung des Unterrichtsfachs „Vie et Société“ in der Grundschule und im Sekundarunterricht erreicht. **Die LSAP wird an dieser Errungenschaft festhalten und dafür sorgen, dass sich der einheitliche Werteunterricht mit den Herausforderungen unserer Zeit auseinandersetzt, sich an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen orientiert und sich entsprechend weiterentwickelt.** Der unmittelbare Aktualitäts- und Praxisbezug sollte im Rahmen dieses fächerübergreifenden Unterrichtsfachs besondere Berücksichtigung finden.

Für die LSAP hat der öffentliche Bildungsauftrag und freie Zugang zu einer kostenlosen Schulbildung Vorrang vor Privatschulen, die von Privatinvestoren, Eltern und öffentlicher Hand mitfinanziert werden. Nicht alle Eltern können sich eine Privatschule für ihre Kinder leisten und die zum Teil erheblichen Schulgelder aufbringen. Das führt mitunter dazu, dass parallele Schul- und Lebenswelten entstehen, die nicht eben förderlich sind für gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Mixität. **Die LSAP will** diesem Sachverhalt Rechnung tragen und **Anreize zur Förderung von sozialer Durchmischung in Privatschulen schaffen**. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Privatschulen, die zu 80 Prozent von öffentlichen Geldern mitfinanziert werden, die gleichen Schulprogramme anbieten wie öffentliche Schulen.

E favorabelt Ëmfeld fir Beschäftegung, berufleche Fort- a Weiderbildung

„Arbeit genießt aus Sicht der LSAP einen übergeordneten Stellenwert (...).“³ Nicht umsonst stellt die LSAP seit mehr als acht Jahren den Arbeits- und Beschäftigungsminister, dessen erklärtes Ziel **Vollbeschäftigung** ist. Dank einer hohen Beschäftigungsquote und wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (ADEM-Reform, Jugendgarantie, Beschäftigungspakt ...) ist es seit Ende 2013 gelungen, die Erwerbslosigkeit von 7,1 Prozent auf 5,6 Prozent zu verringern. Die LSAP wird auch in den kommenden Jahren alles dransetzen, die Zahl der Arbeitslosen weiter zu senken. **In der nächsten Legislaturperiode soll die Arbeitslosenquote auf unter 4 Prozent gesenkt werden**, das Erreichen dieses Eckwerts gilt als Vollbeschäftigung.

Statt in Arbeitslosigkeit wird die LSAP verstärkt **in die Menschen investieren**, in ihre Lern- und Entwicklungsfähigkeit, damit sie auch auf einem digitalen Arbeitsmarkt weiterhin bestehen können. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei jungen Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmern ohne Job. Neben einer guten Grundausbildung werden Fortbildung und lebenslanges Lernen daher immer wichtiger.

Doch auch **die arbeitsrechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen an die neue digitale Arbeitswelt** angepasst werden. Deren „*Spektrum reicht von der Steigerung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit über die Aussicht auf neue, hochwertige Arbeitsplätze, die zunehmende Entbindung von körperlicher Schwerarbeit und hoher Arbeitsintensität, bis hin zur Flexibilität, was Arbeitsplatz und Gestaltung der Arbeitszeit angeht.*“⁴

Die digitale Revolution wird den Wandel der Arbeitswelt in den kommenden Jahren rasant beschleunigen. **Die Interessen der Arbeitnehmer und die Arbeitsbedingungen stehen für die LSAP dabei stets im Vordergrund.** Ihr wird es vorrangig darum gehen,

- mögliche Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle) der Beschäftigten sozial abzusichern,
- berufliche Weiterbildung und Umschulung zu fördern,
- Arbeitszeitmodelle flexibler zu gestalten, in Absprache mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften, im Sinne der Beschäftigten
- Scheinselbstständigkeit und Prekarisierung von Arbeitsplätzen zu verhindern,
- eine gerechte und angemessene Entlohnung der Arbeitnehmer durchzusetzen,
- betriebliche Mitbestimmung auch in einer digitalen Welt zu ermöglichen,
- der digitalen Überwachung der Beschäftigten vorzubeugen,

³ LSAP: Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – Ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S.7

⁴ LSAP: Die digitale Entwicklung für gesellschaftlichen Fortschritt nutzen – Tagespolitische Resolution, Luxemburg 2017

- dem erhöhten Leistungsdruck und dem Gefühl, ständig verfügbar zu sein, entgegenzuwirken.

Digitale Arbeitswelt: Chancen wahrnehmen, Risiken einschränken

Man kann derzeit nur mutmaßen, wie viele Arbeitsplätze der digitalen Revolution zum Opfer fallen werden und welche neuen Perspektiven und Risiken sich für die Beschäftigten daraus ergeben. Für die LSAP steht fest: Es geht um das Wohl der Arbeitnehmer und die Frage, wie sie vor Ausbeutung und unsicheren Arbeitsplätzen geschützt werden können. Die LSAP wird sich auch künftig für sichere Jobs, gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und echte Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer einsetzen. In diesem Sinne wird sie folgende Maßnahmen unterstützen und weiter ausbauen:

- landesweite Fortbildungs- und Umschulungsangebote für Beschäftigte zur Anpassung an den digitalen Wandel im Sinne des von der Regierung initiierten Pilotprojekts „Digital Skills Bridge“
- die Schaffung eines Übergangsgehalts für Arbeitnehmer, die von Stellenabbau betroffen sind und sich beruflich umorientieren müssen
- Arbeits- und Rahmenbedingungen, die an die digitale Arbeitswelt angepasst sind und die sozialen Rechte der Arbeitnehmer absichern und stärken: das gilt in einem besonderen Maße für das Recht auf Freiheit von beruflicher Kommunikation außerhalb der Arbeitszeit (*droit à la déconnexion*) und die Begrenzung bzw. das vollständige Verbot von Überwachung am Arbeitsplatz.

Der Produktivitätsgewinn, der sich unter anderem aus digitalen Prozessen ergibt, muss gerecht verteilt werden. Deshalb befürwortet die LSAP eine **Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, auf ein gesetzlich festgelegtes Maximum von 38 Stunden pro Woche. Im Sinne einer Angleichung des Privatsektors an den öffentlichen Sektor wird der Jahresurlaub im Privatsektor während einer Fünf-Jahresperiode jährlich um einen Tag verlängert.** Diese Maßnahmen werden insgesamt dazu führen, die Jahressoll-Arbeitszeit in Luxemburg wieder an die durchschnittliche Arbeitszeit der Eurozoneländer anzugleichen.⁵

Das **Recht auf Teilzeitarbeit** sollte darüber hinaus verallgemeinert und an ein **Recht auf Rückkehr in Vollzeitarbeit** gekoppelt werden. Bei Teilzeitarbeit aus familiären Gründen (nach unterschiedlichen Zeitmodellen) bis zum 12. Lebensjahr des Kindes übernimmt der Staat die Beiträge zur Pensionsversicherung für eine Reduzierung von bis zu 30% pro Elternteil. Das Recht auf Teilzeit in Verbindung mit der Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge ist nicht übertragbar von einem Elternteil auf den anderen.

⁵ Luxemburg: 1.804,7 Arbeitsstunden; Eurozone: 1.699,1 Arbeitsstunden (Stand 2016)
*Quelle: Fondation européenne pour l'amélioration des conditions de vie et de travail;
 European Industrial Relations Observatory*

Daneben sollte **Telearbeit** verstärkt gefördert und so geregelt werden, dass sie für Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine Win-Win-Situation ergibt.

Auch freischaffende Online-Arbeiter und scheinselbstständige „Clickworkers“ bedürfen eines arbeitsrechtlichen und sozialen Schutzes. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass auf europäischer und internationaler Ebene entsprechende Regeln festgelegt und soziale Schutzmaßnahmen vereinbart werden.

Das Arbeitsrecht verteidigen und stärken

Das Arbeitsrecht hat auch in einem digitalen Zeitalter Allgemeingültigkeit und muss für alle Arbeitnehmer gleichermaßen gelten. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass unbefristete Arbeitsverträge auch künftig die Regel bleiben.**

Darüber hinaus wird sich die LSAP für die konsequente **Stärkung des Arbeitsrechts** einsetzen und entsprechende Reformen umsetzen

- im Bereich der Sozialpläne
- im Hinblick auf die Maßnahmen zum Beschäftigungserhalt
- in Bezug auf die Absicherung des Streikrechts
- zur Stärkung der Kollektivverträge
- zur Bekämpfung von Mobbing am Arbeitsplatz

Arbeitslosigkeit, Beschäftigungspolitik und gezielte Förderung

Menschen, die eine Arbeit suchen, sollten mit allen verfügbaren Mitteln unterstützt werden. Die ADEM (Agence pour le développement de l'emploi) muss in diesem Zusammenhang weiter eine wichtige Rolle zu spielen. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass die Modernisierung der ADEM konsequent fortgesetzt wird.** Sie wird auch weiterhin in die Qualifizierung der Betreuer investieren und die Prozeduren vereinfachen und transparent gestalten. Die ADEM sollte zu einer **Agentur für Beschäftigung und Fortbildung** ausgebaut und weiterentwickelt werden. In diesem Sinne befürwortet die LSAP eine Zusammenlegung von inhaltlich zusammenhängenden Kompetenzen. **Arbeit, Beschäftigung und berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung sollten künftig in den Zuständigkeitsbereich des Arbeitsministers fallen.**

Darüber hinaus spricht sich die LSAP für eine **Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosenentschädigung** aus, sofern sie an anerkannte und zertifizierte Fortbildungsmaßnahmen gekoppelt ist, die den betroffenen Menschen neue berufliche Perspektiven eröffnen. Entsprechende Fortbildungs- und Umschulungsprogramme müssen dabei nicht notgedrungen von der ADEM angeboten werden. Um die berufliche Wiedereingliederung von Arbeitsuchenden zu fördern, sollten auch die Bestimmungen überarbeitet werden, die die berufliche Nebentätigkeit von Erwerbslosen regelt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zählt zu den Hauptzielen der LSAP. Nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen ist das eigentliche Problem, sondern vielmehr das unzureichende Bewerbungsprofil vieler Erwerbslosen. Deshalb wird die LSAP **Fortbildungsmaßnahmen konsequent fördern und das Arbeitnehmerrecht auf Fortbildung weiter stärken.** In diesem Zusammenhang wird die LSAP ein persönliches Fortbildungskonto schaffen. Zu den Zielgruppen gehören u.a. Jugendliche, die eine Arbeit suchen, Frauen, die nach ihrer Mutterschaft wieder ins Berufsleben einsteigen wollen, Langzeitarbeitslose, die sich auf dem Arbeitsmarkt aufgrund ihrer mangelnden Qualifikation schwertun, sowie ältere und behinderte Arbeitnehmer, die aus Kostengründen oder körperlichen Ursachen nur schwer vermittelbar sind.

- Die LSAP wird die eingeführte Jugendgarantie weiterentwickeln und zu einer beruflichen Ausbildungsgarantie ausbauen.
- Die LSAP wird Langzeitarbeitslose unterstützen und für die Schaffung angemessen entlohnter Arbeitsplätze im Bereich der Sozial- und Solidarwirtschaft eintreten. Gleichzeitig wird sie gemeinnützige Gesellschaften unterstützen und einen Aktionsplan zur Förderung der Sozial- und Solidarwirtschaft vorlegen.
- Die LSAP wird auf die Erfahrung und Kompetenzen älterer Arbeitnehmer setzen und Altersmanagement in Betrieben fördern.
- Die LSAP wird dafür sorgen, dass Frauen in gleichem Maße wie Männer von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen profitieren können.
- Die LSAP wird das Stellenangebot für Menschen mit Behinderungen verbessern und darauf achten, dass geltende Quotenregelungen eingehalten werden. Diese Vorgabe gilt für Staat, Kommunen, öffentliche Einrichtungen und Privatunternehmen gleichermaßen. Die öffentliche Hand hat in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion, die sie aktiv wahrnehmen muss.

Gleiche Rechte und Pflichten für Frauen und Männer

Mütter und Väter sind gemeinsam für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Deshalb muss es möglich sein, dass sich beide Elternteile diese Aufgabe gerecht untereinander aufteilen. Frauen und Männer sind gleichberechtigt und haben den Anspruch, ihre jeweiligen Lebensentwürfe aufeinander abstimmen und verwirklichen zu können. Flexiblere Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten, Telearbeit, verbesserte Möglichkeiten bei der Gestaltung von Teilzeit- und Vollzeitarbeit sowie zeitgemäße Sonderurlaubsregelungen sind wichtige Voraussetzungen für mehr Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Es sind notwendige Schritte, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen. **Die LSAP wird sich für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung starkmachen und Familien in allen möglichen Erscheinungsformen unterstützen.**

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Arbeitsmedizin, Gewerbeinspektion und Arbeitgeber sind für das Wohl der Beschäftigten verantwortlich. Sie müssen gemeinsam sicherstellen, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht unzumutbaren Belastungen ausgesetzt und durch schlechte Arbeitsbedingungen und mögliche Unfall- bzw. andere Risiken gefährdet wird. **Die LSAP tritt für eine Reform der Arbeitsmedizin und die Modernisierung und Stärkung der Gewerbeinspektion ein.** Prävention und verstärkte Kontrollen sind dabei ebenso wichtig wie die Bewertung und aktive Vermeidung von Risiken und Gefahren bei Arbeitsabläufen durch Unternehmen. Sichere und gesunde Arbeitsplätze tragen gemeinhin zu einem guten Betriebsklima bei und helfen krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten zu verhindern. Kostenminimierung und Profitmaximierung erhöhen den Leistungsdruck, dem viele Arbeitnehmer in einer globalisierten Arbeitswelt ausgesetzt sind. Sozialdumping, Burnout und Mobbing sind gesellschaftliche Phänomene, die sich daraus ergeben und die mit Nachdruck bekämpft werden müssen. **Die LSAP setzt sich vor diesem Hintergrund für verstärkte Kontrollen durch die Gewerbeinspektion, Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz und eine wirksame Anti-Mobbing-Gesetzgebung ein.**

Berufsausbildung und Lifelong Learning

Eine gute Grund- und Berufsausbildung ermöglicht nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt, sie bildet darüber hinaus eine Grundlage für weiterbildende Studien und lebenslanges Lernen. Eine zukunftsfähige Gesellschaft und eine erfolgreiche Volkswirtschaft benötigen gut ausgebildete Fachkräfte und kreative Köpfe, die bereit sind, neue Wege zu gehen und sich weiterzubilden.

Im Sinne der Chancengerechtigkeit wird die LSAP ein besonderes Augenmerk auf jene Schüler richten, die sich mit der schulischen Bildung schwertun und den Anforderungen des Sekundarunterrichts nicht gerecht werden. Durch eine gezieltere Förderung und Betreuung sollen sie im Rahmen ihrer Schulzeit verstärkt auf die Berufswelt vorbereitet werden. Die LSAP wird in diesem Kontext die Zusammenarbeit zwischen ADEM und dem Haus der Orientierung fördern, damit „Préparatoire“-Schüler frühzeitig in Berufe orientiert werden, die praktisch sind und Zukunftsperspektiven bieten. Auch die **schulische Ausbildung** sollte möglichst **fächerübergreifend, praxis- und projektorientiert** sein und Schüler dazu befähigen, ein ihren Fähigkeiten entsprechendes Bewerbungsprofil (Arbeitsmappe, Motivationsbrief, Lebenslauf) zu erstellen. Eine besondere Bedeutung kommt auch dem Erlernen der englischen Sprache zu, deren Stellenwert in einer globalisierten Welt immer größer wird.

Die LSAP wird alles dransetzen, allen Jugendlichen eine hochwertige Ausbildung und berufliche Perspektive zu bieten. In diesem Sinne setzt sich die LSAP für ein **Recht auf einen Ausbildungsplatz** ein und wird zusammen mit den Sozialpartnern dafür sorgen, dass mehr Lehrstellen in Betrieben zur Verfügung gestellt werden. **Die LSAP befürwortet**

die Vereinbarung eines Ausbildungspakts, der darauf abzielt, alle Jugendlichen – auch die Schwächeren – zu unterstützen und ihnen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Unternehmen, die konsequent in die Berufsausbildung investieren, sollten steuerlich entlastet werden, um anfallende Kosten zu kompensieren.

Darüber hinaus wird die LSAP berufsbegleitende Weiterqualifizierung fördern und die Validierung bzw. Zertifizierung von Berufs- und Lebenserfahrungen konsequent unterstützen. Die Qualitätssicherung und die Bewertung spielt in der beruflichen Fortbildung eine wesentliche Rolle. Die LSAP wird sich für die Schaffung einer **Akkreditierungsagentur für Fortbildungslehrgänge und Ausbilder** einsetzen und dabei auf objektive und transparente Bewertungskriterien drängen. Erfolgreich abgeschlossene Fortbildungsmaßnahmen sollten mit einem Bonus für Mindestlohnempfänger gewürdigt werden.

Die Einführung von **Arbeitszeitkonten und Fortbildungsschecks** sind wichtige Anreize zur Förderung der beruflichen Fortbildung. Insbesondere Menschen mit geringer Qualifikation und niedrigem Einkommen sollten von diesen Maßnahmen verstärkt profitieren und ihre beruflichen Perspektiven durch Weiterbildung verbessern können.

Berufsorientierung und weiterbildende Studien

Im Zeitalter der Digitalisierung ist es sinnvoll, eine enge Verknüpfung von beruflicher und akademischer Bildung zu fördern. **Die LSAP wird sich für die verstärkte Schaffung dualer Studiengänge einsetzen**, um dem technologischen Fortschritt und den Herausforderungen eines digitalen Arbeitsmarkts wirksamer begegnen zu können. Durch Innovation, neue Informations- und Kommunikationstechnologien und automatisierte Produktionsprozesse wird sich die Berufswelt in den kommenden Jahren rasant verändern. Alte Berufe werden verschwinden oder sich verändern, neue Berufsbilder werden entstehen. Vor diesem Hintergrund wird Berufsorientierung immer wichtiger. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass die berufliche Aus- und Fortbildung in enger Zusammenarbeit mit den Betrieben weiterentwickelt wird.** Auch die Ausbilder selbst müssen sich den veränderten Bedingungen anpassen und durch gezielte Weiterbildung mit der digitalen Entwicklung Schritt halten. Daneben spricht sich die LSAP dafür aus, das Berufsbild eines Orientierungsbeauftragten zu definieren und eine entsprechende Ausbildung anzubieten. Bei der Berufsorientierung und Studieninformation sollten Berufsverbände, Fachhochschulen und Universitäten verstärkt zusammenarbeiten.

Zweiter Bildungsweg und Erwachsenenbildung

Jeder Mensch hat eine zweite Chance verdient. Zudem sollte jederzeit die Möglichkeit bestehen, eine abgebrochene Schul- oder Berufsausbildung wieder aufzunehmen und ein Abschlussdiplom auf dem zweiten Bildungsweg zu erlangen. Gleiches gilt für Erwachsene,

die ihre Kenntnisse auffrischen und ihre Kompetenzen erweitern wollen. Lifelong Learning ist ein Bürgerrecht und sollte von allen als gesellschaftliche Verpflichtung wahrgenommen werden. **Die LSAP wird die Schule des 2. Bildungsweges auch künftig unterstützen und konsequent weiterentwickeln.** Sie ist wesentlicher Bestandteil des öffentlichen Schulsystems und Anlaufstelle für Schulabbrecher und Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden. Die LSAP befürwortet die systematische Erfassung aller Jugendlichen, die ihre Ausbildung abbrechen. Dabei drängt sich eine konsequente Ursachenforschung auf, um mit angemessenen Lösungsansätzen darauf reagieren zu können.

Der **Förderung von Sprachkompetenzen** kommt im Rahmen der Erwachsenenbildung eine zentrale Bedeutung zu. Das gilt sowohl für das Erlernen der Luxemburger Sprache als Mittel zur Integration als auch für die Vermittlung von Fremdsprachen. **Die LSAP wird das Angebot an Sprachkursen weiter ausbauen und verbessern.** Darüber hinaus wird die LSAP das Prinzip einer „Open University“ unterstützen, das Erwachsenen jeden Alters freie Studien ermöglicht.

Auch Straftäter haben Anspruch auf Weiterbildung im Rahmen ihres Strafvollzugs. Fortbildungsmaßnahmen erhöhen die Chancen auf eine erfolgreiche Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Die LSAP spricht sich für die Schaffung eines Fortbildungsinstituts für Gefängnisse und Jugendstrafanstalten aus.

Eng optimal Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger

Der Mensch steht für die Sozialisten im Mittelpunkt ihres politischen Engagements.

Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine optimale Gesundheitsversorgung, die weder von der sozialen Herkunft noch von der Höhe des Einkommens oder vom jeweiligen Wohnort abhängen darf. Als Verfechter eines starken Sozialstaats wird die LSAP dafür sorgen, dass das Gesundheitssystem die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit annimmt und den neuen Anforderungen mit angemessenen Lösungsansätzen gerecht wird. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und alternden Bevölkerung leiden immer mehr Menschen an chronischen und degenerativen Erkrankungen, auf die unser öffentliches Gesundheitssystem angemessen reagieren muss. **Die LSAP wird die medizinische Grundversorgung auch in den kommenden Jahren konsequent weiterentwickeln und ausbauen.**

Medizinische Grundversorgung ausbauen und stärken

Die LSAP wird dafür sorgen, dass den Bedürfnissen der Patienten durch eine integrierte, dauerhafte und koordinierte medizinische Versorgung Rechnung getragen wird. **Die Allgemeinmediziner spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.** Sie sind die ersten Ansprechpartner für kranke Menschen; ihnen kommt dabei eine große Verantwortung zu. **Die LSAP wird die postuniversitäre Weiterbildung für Allgemeinmediziner weiterentwickeln.**

Dank des neuen Gesetzes zur Schaffung einer „**Medical School**“ werden Medizinstudenten künftig die Möglichkeit haben, ihr **Bachelor-Studium in Luxemburg** zu absolvieren. Das wird mit Sicherheit die Niederlassung von Allgemeinmedizinern hierzulande fördern. Gleichzeitig werden **spezialisierte Studiengänge** in den Bereichen **Onkologie** und **Neurologie** angeboten. Die Ausbildung von Medizinern in Luxemburg könnte durch weitere Spezialisierung ergänzt und weiterentwickelt werden. Wie in anderen europäischen Ländern wird die **berufliche Weiterbildung von Ärzten** auch in Luxemburg Pflicht.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, alle **Gesundheitsberufe** an die Anforderungen einer modernen Medizin anzupassen. Das gilt sowohl im Hinblick auf eine **bessere Planbarkeit der notwendigen Ressourcen** als auch in Bezug auf die reglementarische Anpassung verschiedener Gesundheitsberufe. Die neuen Bestimmungen für Hebammen, Krankenpfleger und Physiotherapeuten sollen zügig finalisiert werden. **Ziel ist es auch, Gesundheitsberufe attraktiver zu gestalten und gleichzeitig die Qualität der Dienstleistungen zu gewährleisten.** Die LSAP will junge Menschen motivieren, sich für diese Berufe zu interessieren und entsprechend zu orientieren.

Die LSAP wird ferner das Konzept des Referenzarztes ausbauen und Allgemeinmediziner bei ihrer Niederlassung helfen. Daneben unterstützt sie die Einrichtung von **Gruppenpraxen**, sei es zwischen Allgemeinmedizinerinnen, Spezialisten oder auch anderen Gesundheitsberufen. Durch die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen kann den Bürgern eine umfangreichere Gesundheitsversorgung angeboten werden. Gemeinschaftspraxen haben zahlreiche Vorzüge. Sie erlauben es, chronische Patienten besser zu versorgen, bieten flexiblere Sprechstunden und tragen neben den sogenannten „Maisons médicales“ dazu bei, die Notfallversorgung in Krankenhäusern zu entlasten und die regionale Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Die LSAP wird der demografischen Entwicklung Rechnung tragen und sicherstellen, dass auch in Zukunft genügend Apotheken zur Verfügung stehen, um landesweit eine optimale Versorgung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten zu können.

Krankenhausversorgung optimieren

Das neue Spitalgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen wird **die qualitative Versorgung in Krankenhäusern nachhaltig verbessern.** Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der ambulanten Behandlung, die auf Krankenhausebene aufgewertet werden soll. Die **Bündelung von Kompetenzen** und die **Schaffung eines medizinischen Dokumentations- und Informationsdienstes** für sämtliche Krankenhäuser bzw. Krankenhausgruppen sind wesentliche Schritte hin zur Einrichtung von Exzellenzzentren, die zu einer optimierten Gesundheitsversorgung beitragen auf der Grundlage von Qualitätsstandards und -programmen.

Die Notfallversorgung muss weiter verbessert werden. Unnötige Wartezeiten sorgen bei betroffenen Patienten und ihren Angehörigen für Unmut und Unverständnis. Die LSAP wird den Schlussfolgerungen des Audits über die Notfallversorgung in Krankenhäusern Rechnung tragen und schnell Abhilfe schaffen. **Ziel ist es, die Notfallversorgung nachhaltig zu entlasten und die unnötigen Wartezeiten wesentlich zu verkürzen,** damit jeder Patient innerhalb von zwei Stunden ärztlich versorgt werden kann. Eine entsprechende Plattform wird die notwendigen und vorrangigen Maßnahmen koordinieren und auf ihre sofortige Umsetzung drängen.

Die LSAP strebt eine engere Koordination zwischen „Maisons Médicales“ und Krankenhäusern an. Die „Maisons Médicales“ sollen als unabhängige Strukturen in die Spitalgebäude integriert werden. Der „Service de tri“ soll gemeinsam sein.

Klinische Forschung: Herausforderung für das Gesundheitswesen

Die klinische Forschung zählt zu den großen Herausforderungen des Gesundheitswesens. **Die LSAP befürwortet die Schaffung eines Finanzierungsprogramms für klinische**

Forschung in Krankenhäusern auf der Grundlage existierender Modelle in anderen EU-Staaten. In diesem Zusammenhang sollten auch außerklinische Zusammenhänge berücksichtigt werden und in die klinische Forschung einfließen.

Die Sicherheit der Patienten und die Qualität der medizinischen Versorgung haben für die LSAP Vorrang. Ein Patientensicherheitsprogramm auf der Basis internationaler Standards soll sicherstellen, dass sowohl die ambulante als auch die klinische Versorgung in Krankenhäusern den vereinbarten Normen entspricht. Ein entsprechendes Akkreditierungsverfahren für sämtliche Krankenhäuser soll die bestmögliche Versorgung der Patienten gewährleisten.

Die LSAP setzt sich auch für eine **Verbesserung der Patientenrechte** ein und fordert die Schaffung eines Entschädigungsfonds für therapeutische Fehlbehandlungen. Patienten sollten in diesen Fällen ohne Fehlerbeweislaster entschädigt werden.

Die LSAP spricht sich darüber hinaus **für eine Anpassung der Gesetzgebung über das Nationale Gesundheitslabor aus**, wobei die Rolle der verschiedenen Akteure im Bereich der Biotechnologien und Gendiagnostik berücksichtigt werden müssen.

Gesundheit und Digitalisierung

Der Digitalisierung kommt in allen Gesundheitsbereichen eine zunehmend wichtige Rolle zu. Sie wird dazu beitragen, eine vorbeugende und personalisierte Medizin aufzubauen; sie wird die Behandlungsmethoden und Verhaltensweisen beeinflussen, sie wird helfen, Nebenwirkungen bei chronischen Erkrankungen zu verhindern und eine bessere medizinische Überwachung ermöglichen. Die Digitalisierung des Gesundheitssystems wird außerdem helfen, Zeit einzusparen, die dann besser für die medizinische Betreuung und eine hochwertige Versorgung der Patienten genutzt werden kann.

Darüber hinaus wird sie die Patienten befähigen, mehr Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Jeder Patient sollte in die Lage versetzt werden, sich medizinische Kenntnisse anzueignen, um bewusster Entscheidungen zur eigenen Gesundheit treffen zu können. Gemäß dem „Patient Empowerment“-Konzept „Health Literacy“ wird der Patient selbst Akteur, was den bewussten Umgang mit seiner Krankheit angeht.

Die LSAP wird die Digitalisierung des Gesundheitssystems vorantreiben:

- mit Projekten, die die digitale Transformation in Krankenhäusern beschleunigen und die Telemedizin in Luxemburg implementieren
- mit öffentlichen Sensibilisierungskampagnen zur Förderung der digitalen Transformation im Gesundheitsbereich
- durch die Entwicklung von mobilen Anwendungen (Apps), z.B. zur Förderung einer gesunden Lebenshygiene

- durch die Unterstützung von Maßnahmen zur Speicherung von Genomsequenzen.

Mehr in die Digitalisierung im Gesundheitsbereich zu investieren, entspricht nicht nur dem Standpunkt vieler Gesundheitsexperten, auch der Zukunftsforscher Jeremy Rifkin hat in seiner strategischen Studie zur dritten industriellen Revolution für Luxemburg die Digitalisierung als Schlüssel für die künftige Entwicklung in zentralen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen ausgemacht. Eine Auswertung der Aktivitäten und Aufgaben der eSanté-Agentur soll dazu beitragen, einen nationalen **Entwicklungsplan für ein digitales Gesundheitssystem** aufzustellen, der alle Vorzüge nutzen soll, die Luxemburg auf dem Gebiet der Digitalisierung zu bieten hat.

Eine bessere Steuerung des öffentlichen Gesundheitssystems

Die LSAP wird eine gesetzliche Grundlage schaffen, um das öffentliche Gesundheitssystem noch besser steuern und ein Krankheitsregister schaffen zu können. Ein derartiges Register ist ein wichtiges Instrument zur Steuerung eines modernen Gesundheitssystems. Abgesehen vom nationalen Register für Krebserkrankungen gibt es zurzeit keine gesetzliche Basis hierfür. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass mit Inkrafttreten der neuen EU-Datenschutzgrundverordnung akuter Handlungsbedarf besteht, was den Umgang mit personenbezogenen Daten angeht.

Gesundheitspolitik ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb wird die LSAP den allgemeinen Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessern und auch jene Bevölkerungsschichten verstärkt unterstützen, die angesichts ihres sozio-ökonomischen Hintergrunds zu den Risikogruppen für chronische Erkrankungen gehören. **Die LSAP wird diese Ungleichheiten bekämpfen und ein Nationales Komitee für einen gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung schaffen.** Dessen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sollen bei der Aufstellung eines Nationalen Gesundheitsplans berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wird die LSAP die **Entwicklung und Umsetzung einer Nationalen Agentur für Medikamente und Gesundheitsprodukte** vorantreiben und eine gesetzliche Basis hierfür schaffen. Dabei geht es nicht zuletzt um die Förderung und Weiterentwicklung von Biotechnologien. Ein modernes Gesundheitssystem benötigt eine Gesundheitsverwaltung, die auch neuen Herausforderungen und Aufgaben Rechnung trägt. Das entsprechende Gesetz soll überarbeitet und die künftigen Aufgaben der Gesundheitsdirektion darin festgelegt werden. Die LSAP wird auch verstärkt auf aktive Gesundheitsförderung setzen, Gesundheitsrisiken gezielt entgegenwirken und gesundheitsbewusste Lebensweisen fördern.

Gesundheitsprävention, eine langfristige Aufgabe und Strategie

Die LSAP wird verstärkt auf Gesundheitsprävention setzen und eine langfristige Gesundheitsstrategie entwickeln. Alle bestehenden Präventionsprogramme sollen

evaluiert und als Grundlage für den ersten Nationalen **Gesundheitsplan** dienen. Dabei geht es u.a. um klare Zielsetzungen und konkrete Maßnahmen und Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit gilt chronischen Erkrankungen und Pathologien mit hoher Sterblichkeitsrate wie **Herz- und Kreislauferkrankungen**.

Eine vorrangige Zielsetzung der nationalen Gesundheitspolitik wird der **Kampf gegen Fettsucht** sein. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang weiter am Rahmenprogramm „Gesond iessen, méi bewegen“ festhalten. **Gesunde Ernährung** zählt zu den weiteren Prioritäten in Sachen Krankheitsprävention. Die LSAP setzt dabei verstärkt auf **Partnerschaften** mit den Gemeinden, Arbeitgebern, Schulen, Betreuungseinrichtungen, Kantinenbetreibern, Vereinen, Landwirten und Lebensmittelproduzenten. Auch im Bereich der Etikettierung von Nahrungsmitteln wird die LSAP nachbessern. Sie wird eine **Gesundheitscharta** entwickeln, bei der es darum geht, den Einsatz von Salz, Zucker und Trans-Fettsäuren zu verringern. In diesem Zusammenhang wird die LSAP **steuerliche Lenkungsmaßnahmen** ins Auge fassen, um Konsumenten die Wahl von gesundheitsförderlichen Lebens- und Nahrungsmitteln nahezu legen. Die geplanten steuerlichen Maßnahmen werden Teil des globalen Programms zur Gesundheitsförderung sein. Das gleiche gilt für Bestimmungen, die das Angebot und den Zugang zu Qualitätsnahrungsmitteln verbessern und den Schutz von Kindern und Jugendlichen fördern.

Darüber hinaus wird eine Homepage eingerichtet, die sich mit gesunden Lebensweisen befasst und zur Schaffung gesundheitsförderlicher Lebensbedingungen beiträgt. Sie soll u.a. als **Plattform für den Meinungs- und Informationsaustausch** zwischen Bürgern und Gesundheitsberuflern dienen. Darüber hinaus sind Bildungslehrgänge und der Austausch guter Praktiken geplant. Eine Nationale Agentur soll sämtliche Kompetenzen aus den Bereichen „gesunde Ernährung“ und „Lebensmittelkontrolle und -sicherheit“ bündeln.

Kampf gegen Alkoholmissbrauch

Alkoholmissbrauch ist eine Volkskrankheit mit schwerwiegenden Folgen für betroffene Menschen und ihr unmittelbares Umfeld. Auch Jugendliche sind durch missbräuchlichen und wiederholten Alkoholkonsum stark gefährdet. Gelegentliche Alkoholexzesse schädigen die körperliche und geistige Gesundheit, während Komatrinken zu lebensbedrohlichen Situationen führen kann. Vor diesem Hintergrund drängt sich eine **Anpassung des legalen Alters für den Kauf und Konsum von alkoholischen Getränken** von derzeit 16 auf 18 Jahre auf. Die LSAP wird sich dabei an entsprechenden Regelungen in anderen EU-Staaten orientieren. Darüber hinaus wird die LSAP über Preispolitik und Werbung für Alkoholgetränke nachdenken und ein Werbeverbot für Alkoholika ins Auge fassen, das sich an ein jugendliches Zielpublikum richtet. Daneben soll mit Warnhinweisen auf mögliche **Gesundheitsrisiken von Alkoholkonsum** aufmerksam gemacht werden. Ferner werden internationale Empfehlungen zum Jugendschutz in Zusammenhang mit dem Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen.

Kompetenzzentrum für Neuropsychiatrie

Die LSAP befürwortet die enge **Zusammenarbeit zwischen dem Nordspital (CHdN) und dem neuropsychiatrischen Krankenhaus (CHNP)**. Durch eine Fusion beider Einrichtungen können Patienten gezielter betreut und vorhandene Ressourcen und Kompetenzen besser genutzt und aufeinander abgestimmt werden. Die enge Verbindung zwischen einer akuten neuropsychiatrischen Versorgung und der zeitweiligen Unterbringung in offenen Strukturen ermöglicht eine koordinierte Betreuung und schränkt die Rückfallrisiken dieser besonders gefährdeten Patientengruppen ein. Die Fusion von Partnern, die sich in den Bereichen akute Betreuung und Rehabilitation ergänzen, passt daher ausgezeichnet in das allgemeine Konzept von Netzwerkbildung und Kompetenzclustern, das landesweit die bestmögliche Versorgung aller Patienten anstrebt.

Eng zäitgeméiss sozial Ofsécherung fir jiddereen

Die gesetzliche Sozialversicherung zählt zu den wesentlichen Errungenschaften eines starken Sozialstaats, der Garant ist für eine gute Lebensqualität und ein würdevolles Leben in einer Gemeinschaft, die auf Solidarität und geteilte Verantwortung setzt. **Die LSAP wird nicht an den Grundlagen einer solidarischen Finanzierung der Sozialversicherung rütteln.** Sie bilden ein starkes Fundament, das allen Bürgerinnen und Bürgern eine zeitgemäße soziale Absicherung mit hochwertigen Leistungen in allen möglichen Lebenslagen bietet. Eine Zwei-Klassen-Medizin lehnt die LSAP daher ebenso ab wie Bestrebungen von Arbeitgeberseite, sich der kollektiven Verantwortung zu entziehen und die vereinbarte Finanzierungsgrundlage der sozialen Sicherungssysteme zu untergraben.

Die gesetzliche Krankenversicherung absichern und weiterentwickeln

Die gesetzliche Krankenversicherung muss für alle Bürger obligatorisch bleiben, unabhängig von ihrem Einkommen. Dasselbe gilt für das Prinzip der Konventionierung der medizinischen Leistungserbringer. Die aus staatlichen Zuwendungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen solidarisch finanzierte Krankenversicherung hat eine wichtige gesellschaftliche Schutzfunktion. Sie hat sich nachhaltig als Erfolgsmodell bewährt und muss in ihrem Bestand langfristig abgesichert werden. **Die LSAP wird dafür sorgen, dass alle Versicherten - unabhängig von ihrem Krankheitszustand und ihrer finanzieller Lage - Zugang zur gleichen medizinischen Versorgung haben.** Die LSAP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Gesundheitsversorgung in Luxemburg solidarisch organisiert wird.

Die LSAP wird die Krankenversicherung auch in Zukunft weiter ausbauen und ihre Leistungen und Dienste gezielt verbessern:

- bei der Kostenübernahme für zahnärztliche Leistungen (u.a. für Zahnimplantate), Hörgeräte, Brillen, Kontaktlinsen und Eingriffe zur Verbesserung der Sehstärke ...
- durch die Abschaffung von 1.-Klasse-Zuschlägen auf Arzthonoraren: als Kompensation schlägt die LSAP angepasste Vergütungen für die Ärzte vor
- durch die Einführung des „tiers payant généralisé“
- durch die Rückerstattung von Kosten für wirksame alternative Behandlungsmethoden, u.a. für Osteopathie
- durch die Einführung von Einzelfallentscheidungen bei Sonder- und Härtefällen, im sozialen Bereich insgesamt
- durch die Kostenübernahme von aller Verhütungsmitteln ohne Altersbegrenzung
- durch die Kostenrückerstattung und die Tarifikation von medizinischen Akten und paramedizinischen Dienstleistungen in Zusammenhang mit dem Gesetz über Sterbehilfe
- durch weitere Anpassungen der ärztlichen Leistungskataloge an die medizinisch-technische Entwicklung (Neben der Anpassung der ärztlichen Leistungskataloge

sollten auch ärztliche Sondervergütungen (convenances personnelles) geregelt werden. Sämtliche medizinischen Behandlungen sollten einen festgelegten Preis haben, selbst dann, wenn die Kosten dafür nicht von der Gesundheitskasse rückerstattet werden.)

- durch die Aufnahme eines koordinierten Angebots an Gesundheitspräventions- und Sportprogrammen in den Leistungskatalog der Gesundheitskasse

In Europa hat sich die Stärke der Hilfsvereine auf Gegenseitigkeit (société de secours mutuels) in den letzten Jahren substanziell weiterentwickelt: In unseren direkten Nachbarländern agieren große Mutualitäten mit dem sozialen Grundsatz der gegenseitigen Solidarität und ohne jeglichen Gewinnzweck. Deswegen unterliegen diese Mutualitäten besonderen gesetzlichen Bestimmungen, auch in Luxemburg. Die in der AIM (Association internationale de la Mutualité) weltweit förderierten Mutualitäten decken allein im Gesundheitsbereich mittlerweile eine Milliarde Menschen ab. Die LSAP wird dafür sorgen, dass in Luxemburg diejenigen Mutualitäten, die innerhalb der FNML (Fédération de la Mutualité Luxembourgeoise) gefördert und über 300.000 Mitglieder stark sind, dank eines modernen Gesetzes weiterhin den Grundgedanken der gegenseitigen Solidarität weiterverfolgen können und auch weiter existieren werden: Neben zusätzlichen Leistungen im Gesundheitsbereich und in der Prävention können auch andere Gruppenabsicherungen gefördert werden, die den Grundgedanken der Mutualität entsprechen. Die LSAP wird also keine Initiative unterstützen, die zum Ziel hat, das uneigennützig Mutualitätssystem abzuschaffen und es durch kommerzielle Alternativen zu ersetzen.

Generationenvertrag für sichere Renten

Der Generationenvertrag wird mit den Sozialisten auch in Zukunft Bestand haben.

Sichere Renten sind die verdiente Anerkennung einer Lebensleistung, die auf der Grundlage vormals erbrachter Beitragszahlungen per Umlageverfahren vergütet wird. Die heutigen Rentenbezieher sind die Beitragszahler von einst. Mit der 2012 beschlossenen Rentenreform hat die LSAP dazu beigetragen, dass dies auch künftig so sein wird, dass die heutigen Beitragszahler ihren Anspruch auf eine sichere Rente späterhin geltend machen können.

Die LSAP wird an den Grundlagen des gesetzlichen Rentensystems festhalten.

Aufgrund der großen Rentenreserven sieht die LSAP, was dessen Finanzierung angeht, kurzfristig keinen Handlungsbedarf. **Rentenkürzungen und eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wird es mit der LSAP daher nicht geben.** Die Sozialisten unterstützen dagegen Bemühungen, das tatsächliche Renteneintrittsalter näher an das legale Alterslimit von 65 Jahren heranzuführen. Auch sollte über die Berücksichtigung von Schwerstarbeit in Zusammenhang mit Rentenansprüchen nachgedacht werden. Ein entsprechender Faktor könnte zur Ermittlung dieses Sachverhalts herangezogen werden.

Die LSAP wird auch weiterhin an der Deckelung der Beiträge des solidarischen Rentensystems festhalten. Allerdings sollte mit den Sozialpartnern über Ansätze wie die Berücksichtigung von Überstundenvergütungen oder eine teilweise Anrechnung von Essenszulagen diskutiert werden. Darüber hinaus wird die LSAP auch den Aufbau eigener Pensionsrechte bis zur Höhe des früheren Einkommens weiter fördern. Nachbesserungen sind aus LSAP-Sicht auch bei Minimalrenten notwendig, wo es in Härtefällen zu strukturellen Anpassungen kommen muss.

Mittel- und langfristig muss angesichts der wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung auch über alternative Einnahmequellen (z.B. eine Finanztransaktions- oder eine Robotersteuer) **und zusätzliche Finanzierungsmodelle nachgedacht werden.** Mit zunehmender Digitalisierung sollte nicht allein der Faktor Arbeit, sondern auch der Produktivitätsgewinn als Beitragsgrundlage für die langfristige Absicherung und Finanzierung der Renten herangezogen werden.

Die LSAP mahnt überdies zu einem nachhaltigen und umsichtigen Umgang mit vorhandenen Rentenreserven. Investitionsbereiche von Rentenfonds müssen maßgeblich auf nachhaltigen, ethischen, sozialverträglichen und werterhaltenden Kriterien beruhen. **Die LSAP setzt sich für den Aufbau eines Rentenfonds im öffentlichen Dienst ein, um die Finanzierung der öffentlichen Renten abzusichern.**

Reform der Pflegeversicherung: Bilanzierung und Anpassung

Die Pflegeversicherung wurde 1999 auf Vorschlag der Sozialisten eingeführt und 2017 auch auf Initiative der LSAP reformiert. **Seit ihrer Einführung zählt die Pflegeversicherung zu den großen sozialpolitischen Errungenschaften und gesellschaftlichen Fortschritten in Luxemburg.** Nicht nur Pflegebedürftige profitieren von einer umfangreichen Versorgung in spezialisierten Einrichtungen bzw. zu Hause durch Pflegedienste oder Pflegepersonen; auch die Angehörigen von Pflegebedürftigen werden durch die Leistungen der Pflegeversicherung wesentlich entlastet und können ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen dadurch besser nachkommen.

Durch die am 1. Januar 2018 in Kraft getretene Reform der Pflegeversicherung ist es gelungen, für mehr Flexibilität in der Betreuung von Pflegebedürftigen zu sorgen und die Leistungen auf mehreren Ebenen zu verbessern.

Die LSAP wird auch weiterhin auf den Errungenschaften der Pflegeversicherung und einer verbesserten Pflege und Qualitätskontrolle festhalten, um den Bedürfnissen der Versicherten durch angepasste Leistungen besser Rechnung tragen zu können.

Sozialversicherung und Digitalisierung

Anpassungen im Bereich der Sozialversicherung wird es auch durch den digitalen Wandel geben, der die Arbeitswelt und Gesellschaft verändert, neue Berufsfelder erschließt und die Arbeitnehmer und sozialen Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen stellt. Die digitale Arbeitswelt setzt verstärkt auf plattform- und projektbezogenes Arbeiten. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass Arbeits- und Sozialversicherungsrecht weiterentwickelt und modernisiert werden, um Online-Arbeitern einen angemessenen arbeitsrechtlichen Schutz und die notwendige soziale Sicherheit zu bieten.** Die LSAP schlägt in diesem Zusammenhang die **Einführung eines Sozialzuschlags für geleistete Online-Dienste** zur sozialen Absicherung sogenannter „Clickworker“ vor.

Eng innovativ an dynamisch Wirtschaftsentwécklung fir Lëtzebuerg

Das außerordentliche Bevölkerungswachstum, die steigende Zahl der Grenzgänger und die damit verbundenen Verkehrsprobleme und sehr hohen Wohnungspreise befeuern in Luxemburg seit einigen Jahren die Debatte um die Grenzen des Wachstums. Die Regierung hat sich intensiv mit den Fragen zur zukünftigen Entwicklung des Landes beschäftigt. Experten wurden zu Rate gezogen und Plattformen angeboten, die eine breit geführte öffentliche Diskussion angestoßen haben. Die LSAP hat daraus ihre Schlussfolgerungen gezogen und entsprechende Maßnahmen abgeleitet.

Qualitatives Wachstum als Voraussetzung für Lebensqualität

Im Mittelpunkt der Diskussionen über die künftige Entwicklung des Landes stand das Schlagwort „qualitatives Wachstum“. Gemeint ist damit eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die Bürgern ein hohes Maß an Lebensqualität bietet und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch auf ein erträgliches Niveau reduziert.

Luxemburg ist attraktiv. Alle aktuellen Entwicklungsszenarien gehen davon aus, dass die Zahl der Einwohner und Grenzgänger weiter steigen wird. Der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt wird auch in Zukunft groß bleiben. Gezielt weniger Betriebe anzusiedeln und weniger Arbeitsplätze zu schaffen, löst demnach keine Probleme.

Für die LSAP geht nachhaltige Entwicklung über das Schlagwort „qualitatives Wachstum“ hinaus. Vielmehr geht es darum, die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Dimension miteinander zu verbinden. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, die Wirtschaft weiterzuentwickeln und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch einzuschränken und die Umwelt zu schonen.

Die Agenda 2030 mit ihren Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) stellt einen wichtigen Orientierungsrahmen dar. Luxemburg hat sich verpflichtet, die Agenda 2030 auf nationaler und globaler Ebene umzusetzen. Auf nationaler Ebene erfolgt dies u.a. aufgrund der spezifischen Zielvorgaben des 3. Nachhaltigkeitsplans, der vor kurzem von der Regierung verabschiedet wurde und den SDGs Rechnung trägt.

Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Diversifizierung der Wirtschaft gelegt werden. Luxemburg ist in hohem Maße abhängig vom Dienstleistungssektor. **Die LSAP wird diese Abhängigkeit weiter verringern und die wirtschaftliche Diversifizierung konsequent vorantreiben. Luxemburg soll dabei als Produktions- und Industriestandort erhalten bleiben.** Qualitatives Wachstum ist für uns nicht gleichzusetzen mit Deindustrialisierung. Es bedeutet an erster Stelle, dass Produktionsmethoden effizienter und weniger belastend

für die Umwelt werden müssen. Dieselben Grundbedürfnisse müssen auf eine Art erfüllt werden, die nicht unweigerlich zur Übernutzung von Ressourcen führt. Weitere gute Lösungsansätze bietet in diesem Kontext die sogenannte Rifkin-Studie zur 3. industriellen Revolution.

Darüber hinaus dürfen sich neue Betriebe nur dann in Luxemburg ansiedeln, wenn sie die bestmöglichen Technologien einsetzen, um ihre Emissionen und den Ressourcenverbrauch möglichst niedrig zu halten. **Die LSAP fördert parallel hierzu entsprechende Investitionen bei bestehenden Betrieben.**

Damit nachhaltiges Wachstum in Luxemburg Realität werden kann, braucht es nicht nur eine konkrete Strategie, sondern auch einen **Mentalitätswandel** und ein verändertes Konsumverhalten. Innovative Betriebe brauchen Konsumenten, die den Wert dieser Qualitätssteigerung schätzen. Die Sensibilisierung der Bürger und das Verständnis für Zusammenhänge müssen ebenfalls gefördert werden. Eine wichtige Rolle spielen hierbei positive Beispiele, die zur Nachahmung verleiten. Die LSAP will innovative Pilotprojekte unterstützen und ihnen eine möglichst hohe Sichtbarkeit verschaffen. Eine positive Einstellung gegenüber neuen Entwicklungen erhöht die Bereitschaft, eigene Gewohnheiten zu überdenken und zu verändern.

Für eine soziale und ökologische Marktwirtschaft

Wir als Sozialisten bekennen uns klar zum Modell der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. **Die Wirtschaft steht im Dienst der Menschen und der Allgemeinheit, nicht umgekehrt.**

Der Markt kann vieles regeln, aber längst nicht alles. Er reguliert sich nicht von selbst. Das haben die sukzessiven Finanz- und Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte immer wieder gezeigt. Er braucht Regeln, nationale, aber vor allem europäische und globale, um den geschaffenen Wohlstand gerecht zu verteilen, um die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte zu gewährleisten und um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Als Sozialisten sind wir der Überzeugung, dass wir ein angemessenes Wirtschaftswachstum brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir wissen auch, dass wir Wachstum brauchen, um die nötigen Steuereinnahmen zu generieren, ohne die wir weder unseren Sozialstaat finanzieren, noch unsere öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen aufrechterhalten könnten. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ohne Wachstum die Arbeitslosigkeit ansteigt und die Staatsfinanzen ins Ungleichgewicht geraten. Das ist ein Fakt.

Wir brauchen also Wachstum, aber ein anderes Wachstum als bisher. Wir brauchen ein „**qualitatives Wachstum**“, das weniger negative Konsequenzen nach sich zieht: das

weniger Ressourcen verbraucht und Lebensräume zerstört, weniger Verkehrsaufkommen generiert, weniger personalintensiv ist, dafür aber stärker auf Produktivität und Nachhaltigkeit setzt.

Als LSAP werden wir daher unsere Wirtschaftspolitik an den Leitlinien und konkreten Vorschlägen orientieren, die im Rahmen der sogenannten „**Rifkin-Studie**“ gemeinsam mit vielen Akteuren aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft erarbeitet wurden. Die zentralen Bausteine dieser „Dritten Industriellen Revolution“ werden die Digitalisierung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche, Energieeffizienz und der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energieträger sowie der Aufbau einer Kreislauf- und Plattform-Ökonomie sein.

Als Fortschrittspartei steht die LSAP diesem Prozess grundsätzlich offen und positiv gegenüber, aber wir wollen ihn nicht einfach nur über uns ergehen lassen. Wir wollen den technologischen Wandel gestalten und in geordnete Bahnen lenken, damit er den Menschen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zugutekommt. Wir brauchen also ein **inklusives Wachstumsmodell für Luxemburg**, das gute und sichere Arbeitsplätze schafft, statt Prekarität, das produktiv ist und gute Löhne ermöglicht, und den geschaffenen Wohlstand gerecht verteilt, anstatt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer zu machen.

Die Digitalisierung darf uns nicht zu den Anfängen des industriellen Zeitalters zurückwerfen und die Errungenschaften von über 100 Jahren Sozialpolitik wieder in Frage stellen. Deshalb ist es uns wichtig, diesen Wandel im Dialog mit den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zu vollziehen.

Zur Wachstumsdebatte gehört auch die Frage, wie wir Wohlstand in Zukunft definieren wollen: nur monetär (BIP, Einkommen, Kaufkraft, Besitz, Vermögen) oder als Steigerung der Lebensqualität im weitesten Sinne. Als Sozialisten sind wir der Ansicht, dass wir den Wohlstandsbegriff in Zukunft breiter fassen und erfassen sollten, z.B. mit Instrumenten wie dem „PIBien-être“.

Wirtschaftliche Diversifizierung vorantreiben

Wir werden die **Diversifizierung** unserer Wirtschaft weiter vorantreiben. Luxemburg kann nicht ausschließlich auf den Dienstleistungssektor setzen. Zu einer breit aufgestellten, stabilen Wirtschaftsstruktur gehören auch Handwerks- und Industriebetriebe, die Arbeitsplätze für unterschiedlichste Berufe und Talente anbieten. Luxemburg muss auch Industrie- und Produktionsstandort bleiben!

- Wir werden den **sektoriellen Leitplan für Industrie- und Gewerbegebiete** (plan directeur sectoriel „zones d'activités économiques“) zügig durch die vorgesehenen Prozeduren bringen und in Kraft setzen, damit den Industrie- und Handwerksbetrieben die nötigen Ansiedlungsflächen zur Verfügung stehen. Die Kommunen müssen noch aktiver in diesen Prozess eingebunden werden, um die ausgewiesenen Flächen schneller zu entwickeln. Die Konzeption der Gewerbegebiete muss sich in Zukunft stärker am Prinzip der

Kreislaufwirtschaft orientieren, um sinnvolle Synergien zwischen den jeweiligen Betrieben herzustellen und zu nutzen.

- Wir werden die bestehenden **Kompetenz-Cluster** (Logistik, Automobil, Materialien, ICT, Biotech, Umwelt-Technologien) weiter ausbauen und sie kontinuierlich an den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Umfeld anpassen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Luxemburg seiner Vorreiterrolle im Bereich moderner Informations- und Kommunikationstechnologien auch in Zukunft gerecht wird. **Die LSAP wird den Mobilfunk konsequent verbessern und dafür sorgen, dass Luxemburg den 5G-Mobilfunk als erstes Land in Europa einführt.**
- Wir werden neue, **zukunftsweisende Sektoren** wie z.B. Weltraum-Technologie („Space Mining“), die Holzverarbeitende Industrie und die Kreativindustrien (Film, Medien, Gaming, Kunst, Design, Mode, Architektur, usw.) besonders fördern.
- Wir werden im Bereich der sogenannten **Plattform-Ökonomie** („Sharing Economy“) neue Modelle fördern, um das gemeinsame Teilen und Austauschen von Ressourcen zu fördern, ohne jedoch dem Phänomen der „Uberisierung“ Vorschub zu leisten (z.B. unlauterer Wettbewerb durch Vermeidung von Steuern, Umgehung des Arbeits- und Sozialrechts durch Scheinselbstständigkeit, usw.). In diesem Kontext werden wir auch den gesetzlichen Rahmen für alternative Gesellschaftsformen wie Kooperativen und Mutualitäten modernisieren, um diese wieder attraktiver zu machen.
- Wir werden die staatlichen **Beihilfen für Klein- und Mittelbetriebe** (KMU) von der Steuer befreien.
- Wir werden die Hilfestellungen insbesondere für KMU im Bereich der **Digitalisierung** weiter ausbauen durch eine bessere Koordination der vorhandenen Angebote und die Schaffung von Kompetenzzentren, sowie durch die Förderung der Weiterbildung der Beschäftigten (Initiative „Fit4Digital“). Auch in der Frage der Cyber-Security werden wir die Unternehmen verstärkt für Themen wie Datensicherheit, Cyber-Attacken und Industrie-Spionage sensibilisieren und sie darin unterstützen, sich gegen diese Risiken wirksam zu schützen. Ziel ist es, den Standort Luxemburg international als „sicheren Hafen“ („safe haven“) zu etablieren. Hierzu bieten sich auch Kooperationen und Synergien mit den Universitäten und Forschungsinstituten in der Großregion an.
- Wir werden auch weiterhin das gesamte Ecosystem für **Unternehmensgründungen** im Auge behalten und an die aktuellen Bedürfnisse anpassen.
- Wir werden das erfolgreiche **Nation-Branding** der vergangenen Jahre fortsetzen und Luxemburg in seinem ganzen Facettenreichtum (Wirtschaft, Tourismus, Natur, Kultur, usw.) international bewerben und vermarkten.
- Die begonnene Restrukturierung und Professionalisierung des **Tourismus**-Sektors muss konsequent fortgesetzt werden. Die Hotelkapazitäten müssen weiter ausgebaut werden ebenso wie das Netz an Jugendherbergen und Ferienunterkünften („gîtes“). Viele Angebote im Tourismus gehen auf private

Initiativen zurück und leben vom freiwilligen Engagement ihrer Träger. Um diese wertvollen Angebote zu unterstützen und dauerhaft abzusichern, müssen die nötigen Mittel bereitgestellt werden. Auch die Vernetzung des Tourismus mit den Kulturinstitutionen und dem Kulturministerium muss intensiviert werden, um entsprechende Synergiepotenziale besser zu nutzen.

Der Finanzplatz: wichtiges Standbein unserer Wirtschaft

„LuxLeaks“, „Panama Papers“, „LuxFiles“: Die Skandale und Enthüllungen der vergangenen Jahre haben nicht nur dem Ruf des Finanzplatzes Luxemburg geschadet, sondern dem Image des Landes insgesamt. Damit muss endgültig Schluss sein!

Die Regierung hat - nach jahrelangem Stillstand - die Gesetzgebung und Regulierung des Finanzplatzes weitgehend an internationale und europäische Standards angepasst.

Für die LSAP bleibt der Finanzsektor auch in Zukunft ein wichtiges Standbein unserer Wirtschaft, das sich jedoch weiterentwickeln muss. Statt auf Geschäftsbereiche zu setzen, die auf der Ausnutzung steuerlicher und regulatorischer Vorteile beruhen und stets aufs Neue für Krisen und Negativschlagzeilen sorgen, muss der Finanzsektor ethischer werden, sich auf seine echten Kompetenzen konzentrieren, und sich wieder stärker in den Dienst der Realwirtschaft stellen.

Um den Finanzplatz wieder in den Dienst der Menschen und der Luxemburger Wirtschaft zu stellen und sein internationales Ansehen wiederherzustellen, schlägt die LSAP folgende Maßnahmen vor:

- Die **Sanktionsmöglichkeiten gegen Finanzakteure**, die gegen die Regeln verstoßen haben, müssen verschärft werden. Eine gute Regulierung darf nicht mehr als Wettbewerbsnachteil betrachtet werden. Sie dient ebenso dem Schutz der (Klein-) Anleger wie jenem der (Groß-)Investoren und stellt einen wesentlichen Faktor für die Glaubwürdigkeit und Legitimität des Finanzplatzes dar.
- Das System der sog. „**Schattenbanken**“, die enorme Geldsummen insbesondere über den Weg von Verbriefungen („Titrisation“) bewegen und dennoch kaum reguliert sind, muss einer stärkeren Kontrolle unterworfen werden.
- Die Digitalisierung macht auch vor dem Finanzsektor nicht halt. **Kryptowährungen** (wie z.B. „Bitcoin“) und sogenannte „Initial Coin Offerings“ im Rahmen des **Crowdfundings** bieten zwar neue Chancen in der digitalen Welt, bergen aber auch Risiken, z.B. im Zusammenhang mit der organisierten (Online-)Kriminalität. Wir fordern, dass diese neuen digitalen Zahlungs- und Finanzierungsinstrumente einer genauen Risiko-Nutzen-Analyse unterzogen und gegebenenfalls reguliert werden.
- Die luxemburgische **Gesetzgebung** muss innovativ bleiben und den Akteuren am **Finanzplatz** den rechtlichen Rahmen bieten, um weiterhin international wettbewerbsfähig zu bleiben. Als LSAP werden wir jedoch darauf achten, dass die neuen Geschäftsfelder, die in Luxemburg erschlossen werden, ethischen Anforderungen gerecht werden. Entsprechend dieser Maßgabe sollte Luxemburg

ein besonderes Augenmerk auf die Bereiche der sozial verantwortlichen Investitionen und der nachhaltigen Investitionen („Green Finance“) legen.

- Als LSAP sind wir der Ansicht, dass Luxemburg bei internationalen Verhandlungen in Fragen der **Finanzmarktregulierung und Steuerpolitik** kohärent und einig auftreten sollte. Daher sollte ein Komitee eingesetzt werden, das die relevanten Ministerien, Verwaltungen und Institutionen regelmäßig zusammenbringt und eine einheitliche Verhandlungsposition erarbeitet. Mittelfristig sollte die Regierung gemeinsam mit den betroffenen Akteuren und internationalen Experten ein strategisches **Leitbild für den Finanzplatz** ausarbeiten.

Öffentliche Unternehmen und die Grundversorgung der Bürger

Die öffentlichen Unternehmen und Unternehmen mit starker staatlicher Beteiligung spielen für die Bürger ebenso wie für den Wirtschaftsstandort Luxemburg eine bedeutende Rolle. Mit ihren modernen Infrastrukturen und breit gefächerten Dienstleistungen tragen sie wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs und zur Lebensqualität bei, sei dies im Bereich der **Mobilität**, der **Energie-** und **Wasserversorgung**, des **Post- und Telekommunikationswesens** oder im sozialen Bereich. Sie beschäftigen zehntausende von Menschen und bieten gute Löhne und Arbeitsbedingungen. **Die LSAP wird dafür sorgen, dass die wichtigen Versorgungsinfrastrukturen weiter in öffentlicher Hand bleiben**, Dienstleistungen flächendeckend angeboten werden und gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet sind.

Standort für Hochschulbildung, Innovation und Forschung

Die LSAP hat die Schaffung einer eigenständigen Universität stets gefördert, weil sie als Ort für kritischen Meinungsaustausch wesentlich zur Weiterentwicklung von Land und Menschen beiträgt und Luxemburg als Wissenschafts- und Forschungsstandort auf der Weltkarte positioniert hat. Für die Sozialisten steht zweifelsfrei fest, dass das Streben nach Exzellenz in den Bereichen Forschung und Lehre immer Hand in Hand mit der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft gehen muss.

Die LSAP hat sich in der vergangenen Legislaturperiode konstruktiv in die Universitätsreform eingebracht und wichtige Verbesserungen in Sachen interne Organisation und Mitbestimmung durchgesetzt. Die Sozialisten werden die weitere Entwicklung der Universität auch künftig kritisch begleiten und Verbesserungen anregen. Daneben wird die LSAP das von der Regierung überarbeitete Vergabesystem für **Studienbeihilfen** bilanzieren und gegebenenfalls nachbessern.

Die LSAP wird sich auch in Zukunft darum bemühen, die Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandort zu steigern. In diesem Sinne wird sie der Prekarität junger Forscher entgegenwirken und sich für die **Ausarbeitung klarer und transparenter Karrierepläne** einsetzen. Die Vergabe unbefristeter Arbeitsverträge gehört ebenso dazu wie Anreize zur Förderung von Innovation und Exzellenz. Vor diesem Hintergrund schlägt die LSAP die **Koppelung unbefristeter Arbeitsverträge an bedingte**

Leistungsverträge vor. Eine bessere Karriereplanung und sichere Arbeitsverhältnisse tragen zu einer ausgeglichenen „Work-Life-Balance“ bei und kommen jungen Forschern mit Familie und Frauen bei ihrer Entscheidung entgegen, eine akademische Laufbahn in Luxemburg einzuschlagen.

Im Bereich der Forschung setzt die LSAP auf **eine kohärente Strategie**, die sowohl **Grundlagenforschung** als auch **angewandte Forschung** in ihre Überlegungen einbezieht. Beide Forschungsbereiche müssen zur Wissensentwicklung, zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur Schaffung von wirtschaftlichem Mehrwert beitragen. Gleiches gilt für die Entwicklung neuer Spitzentechnologien, die Innovation fördern und unweigerlich zu einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung beitragen. Ausgewiesene Forschungsprioritäten sollten sich auch künftig an sozio-ökonomischen Interessen und neuen Entwicklungen orientieren. Die LSAP befürwortet in diesem Zusammenhang eine Neubewertung und Anpassung der ursprünglichen Forschungsprioritäten, wobei der biomedizinischen und klinischen Forschung besondere Bedeutung zukommt.

Die Umsetzung einer kohärenten Forschungsstrategie kommt ohne die notwendigen Ressourcen nicht aus. Die LSAP wird an der budgetären Ausrichtung der vergangenen Jahre festhalten und **die öffentlichen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation tendenziell ansteigen lassen**. In diesem Kontext scheint eine Zielsetzung von 3 bis 3,5 Prozent des BIP bis zum Horizont 2030 realistisch und im europäischen und internationalen Vergleich unabdingbar. Doch auch der Privatsektor wird weiter in Forschung und Innovation investieren müssen. Die LSAP wird entsprechende Anreize schaffen und den Transfer von Wissen und Kompetenzen aus dem Bereich der öffentlichen Grundlagenforschung fördern. Vor diesem Hintergrund wird die LSAP für eine optimierte Koordinierung auf Regierungsebene eintreten und die **Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Forschungseinrichtungen, Universität sowie öffentlichen und privaten Akteuren verbessern**.

Nachhaltige Landwirtschaft: Bestandteil der nationalen Versorgung

Die LSAP setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die die Abhängigkeit der Betriebe von importierten Produktionsmitteln verringert, ihre Produktionsmethoden nachhaltiger gestaltet und weitgehend nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft funktioniert.

Sowohl konventionelle als auch Biobetriebe müssen sich in diesem Sinne weiterentwickeln. Die Lebensmittelproduktion muss diversifiziert werden und sich stärker an der regionalen Nachfrage orientieren. Agrarflächen müssen an erster Stelle für die Lebensmittelherstellung und in geringerem Maß für die Futtermittelproduktion und Energieerzeugung genutzt werden. Die LSAP lehnt Intensivtierhaltung ab. Milch- und Rindfleischproduktion müssen auf bodengebundene sprich nachhaltige Tierhaltung ausgerichtet sein. Eine nachhaltige Landwirtschaft kommt ohne umweltschädliche Pestizide und synthetischen Dünger aus; sie ist kompatibel mit den Zielen des Natur- und Gewässerschutzes.

Damit in den kommenden Jahrzehnten eine schrittweise Umstellung der Betriebe in diesem Sinne möglich wird, will die LSAP deutlich mehr Mittel für Forschung, Aus- und Weiterbildung bereitstellen. Neueste Technologien (precision Farming) müssen diese Umstellung unterstützen. In enger Zusammenarbeit mit den Landwirten müssen Beratungsstrukturen verstärkt werden.

Jungbauern brauchen besondere Hilfestellung, damit die Nachfolge in den Betrieben gesichert werden kann. Zusätzliche staatliche Maßnahmen sollen es Quereinsteigern ermöglichen, in der Landwirtschaft Fuß zu fassen.

Da die zukünftige gemeinsame Agrarpolitik der EU voraussichtlich eine größere Flexibilität zulässt, muss dieser Spielraum für die Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft genutzt werden.

Die Leistungen, die die Landwirtschaft im Interesse der Gesellschaft erbringt, müssen entlohnt werden, so dass eine extensivere, naturnahe Produktion den Bauern ein faires Einkommen garantiert. Dazu zählen nicht nur Leistungen im Interesse des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch die stärkere Berücksichtigung des Tierwohls.

Parallel hierzu muss die lokale Vermarktung gestärkt werden. Entsprechend der Nachfrage muss die Bio-Zertifizierung der umgestellten Höfe gefördert werden. Das „Befüttern“ von Biogasanlagen mit speziell dafür angebauten Lebensmitteln wie Weizen und Mais lehnen wir ab.

Auf internationaler Ebene will sich die LSAP dafür einsetzen, dass die EU aufhört, den Export von Lebensmittels zu Preisen unterhalb der Produktionskosten zu fördern. Nicht zuletzt aus Gründen der politischen Kohärenz dürfen EU-Exporte lokale Märkte in Entwicklungsländern nicht weiterhin zerstören.

Weinbau: Qualität setzt sich durch

Auch **für den Weinbau gilt das Motto „Klasse statt Masse“**. Luxemburger Winzer produzieren ausgezeichnete Qualitätsweine. Dieses hohe Qualitätsniveau muss erhalten und nach Möglichkeit verbessert werden. Die LSAP wird entsprechende Vermarktungsstrategien fördern und besonders Kunden aus der Großregion für die Vorzüge dieses Luxemburger Qualitätsproduktes sensibilisieren. Der Bioweinbau wird gefördert und die Zertifizierung als zusätzliches Verkaufsargument valorisiert.

Nicht zuletzt trägt die Weinbauregion mit ihren lokalen Produkten zur Attraktivität für den Tourismus bei. Dabei bietet der Önotourismus eine gute Gelegenheit, ausländische Weinliebhaber von der Qualität Luxemburger Produkte zu überzeugen.

Die Rechte der Verbraucher stärken

Für die LSAP stehen die Konsumenten im Mittelpunkt der Verbraucherschutzpolitik.

Nicht die Interessen der Unternehmen dürfen die Verbraucherschutzpolitik bestimmen, sondern einzig und allein Rechte der Verbraucher.

- Wir werden eine gesetzliche Basis für Sammel- bzw. Musterklagen schaffen, damit geschädigte Verbraucher ihre Rechte wirksam einklagen können;
- Wir setzen uns für die Schaffung einer unabhängigen Behörde für Verbraucherschutz und Wettbewerbsrecht ein;
- Wir werden uns auf europäischer Ebene für eine verbesserte Kennzeichnungspflicht u.a. bei Lebensmitteln und Kosmetika einsetzen;
- Wir werden uns dafür stark machen, dass das Konsumentenrecht verständlicher wird. Unternehmen dürfen sich nicht hinter ellenlangen, komplizierten Geschäftsbedingungen verstecken können. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch darauf, ihre wesentlichen Rechte und Pflichten auf eine einfache und klare Weise vermittelt zu bekommen.
- Wir werden uns auf europäischer Ebene auch für gesetzliche Regeln zur Unterbindung von geplanter Obsoleszenz einsetzen (d.h. dass Geräte, Software, etc. so gebaut und programmiert werden, dass sie viel schneller als nötig kaputtgehen, unbrauchbar oder langsamer werden). Wir werden das Prinzip der Beweislastumkehr prüfen. In diesem Fall müsste der Hersteller beweisen, dass seine Produkte nicht veraltet und unbrauchbar sind, und nicht der Käufer.
- Im Zeitalter der Digitalisierung und des „Big Data“ ist Verbraucherschutz mehr denn je auch Datenschutz. Daher wird sich die LSAP nicht nur für strenge Regeln im Bereich des Datenschutzes einsetzen, sondern auch dafür sorgen, dass die Verbraucher ihre Rechte in diesem Bereich wirksam durchsetzen können. Die nationale Datenschutzkommission wird dazu die nötigen Mittel erhalten.

Globalisierung und fairer Welthandel

Die Globalisierung ist eine Realität. Sie zu verleugnen oder zu bekämpfen wäre der falsche Weg. Ohne den weltweiten Handel mit Ressourcen, Waren und Dienstleistungen wäre unser Leben, wie wir es kennen, überhaupt nicht denkbar. Aber die Globalisierung ist keine Fatalität, keine Naturgewalt. Sie kann und muss gestaltet, gesteuert und geregelt werden. Wer die Globalisierung in geregelte Bahnen lenken und Handelskonflikte vermeiden möchte, muss dies über den Weg multilateraler und bilateraler Verhandlungen und Vertragstexte tun.

- Die LSAP setzt sich für einen **ethischen und fairen Welthandel** ein. Der Handel muss der sozialen Entwicklung von allen beteiligten Ländern dienen, die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und die Menschenrechte garantieren.

- Die LSAP erkennt den Nutzen und die Notwendigkeit multilateraler und bilaterale Handelsabkommen an; sie besteht jedoch darauf, dass diese in aller Transparenz ausgehandelt und auf demokratischem Weg diskutiert und beschlossen werden, und dass sie hohe soziale und ökologische Standards festschreiben, um Umwelt- und Sozialdumping einen Riegel vorzuschieben.
- Die LSAP wird sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass transnationale Unternehmen verbindlich dazu verpflichtet werden, ihre Lieferkette zu kennen und die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien zu überwachen („devoir de vigilance“).

Méi eng gerecht Verdeelung vun eisem Räichtum a Wuelstand

Trotz hoher Wachstumsraten und steigender Beschäftigung öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter. Für die LSAP ist diese Entwicklung nicht hinnehmbar. Im Rahmen einer umfangreichen Steuerreform hat sie die niedrigen und mittleren Einkommen ab 2017 wesentlich entlastet und den Spitzensteuersatz von 40 auf 42 Prozent erhöht. Rechnet man die Solidaritätssteuer hinzu, ergibt dies einen Steuersatz von knapp 45,8 Prozent. Aus Sicht der Sozialisten war dies ein erster wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen, dem weitere folgen müssen.

Armutsbekämpfung und Lohnentwicklung

Die LSAP wird zum 1. Januar 2019 den Mindestlohn als Sofortmaßnahme um 100 Euro netto erhöhen. Darüber hinaus befürwortet sie eine strukturelle Anpassung des Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung. Wer arbeitet und zum Wohlstand des Landes beiträgt, muss leistungsgerecht entlohnt und am Produktivitätszuwachs beteiligt werden. Dieses Grundprinzip gilt für alle Arbeitnehmer. Tarifpolitik muss sich am geschaffenen Mehrwert und Produktivitätsgewinn orientieren. Die LSAP unterstützt die Arbeitnehmerverbände in ihren Bemühungen für eine leistungsgerechte Entlohnung der Beschäftigten. **Grundsätzlich muss sichergestellt werden, dass alle Menschen von ihrem Einkommen leben können, ohne Sozialhilfe beantragen zu müssen.** Arbeit muss sich lohnen und darf nicht gleichbedeutend sein mit Armutsrisiko.

Die Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern wurde per Gesetz verankert. Seit Inkrafttreten der neuen Regelung konnte das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern von 8 auf 5 Prozent gesenkt werden. Das ist sicherlich ein Fortschritt, doch angesichts der eigentlichen Zielsetzung noch nicht genug. **Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass es Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern nicht nur *de jure*, sondern auch *de facto* gibt.**

Die Bekämpfung des Armutsrisikos ist eine große gesellschaftspolitische Herausforderung, die einer kollektiven Anstrengung bedarf. **Die LSAP wird die Schwächsten in unserer Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen unterstützen und sicherstellen, dass dort gezielt geholfen wird, wo die Not am größten ist.** Alleinerzieher sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt und tragen somit eine große Verantwortung für ihre Kinder. Die Sozialisten werden **Alleinerzieher** konsequent unterstützen und sie weiter **steuerlich entlasten**, z.B. durch eine Erhöhung des Steuerkredits oder eine Anpassung der Steuerklassen. Die LSAP spricht sich zudem für die **Auszahlung eines Unterhaltsvorschuss** für Alleinerzieher im Rahmen der RMG- bzw. REVIS-Bestimmungen aus, ohne dass vorher alle Rechtswege ausgeschöpft werden mussten. Auch sollen

Pensionsbeiträge von RMG- bzw. REVIS-Beziehern ganz vom Staat übernommen werden. Dieselbe Regelung soll auch für Bezieher eines „Revenu pour personnes gravement handicapés“ gelten.

Die LSAP hat in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass **der automatische Index-Mechanismus** wieder voll eingesetzt wird, um die Preissteigerung und den erlittenen Kaufkraftverlust nachträglich zu kompensieren. **Die LSAP wird auch weiterhin ohne Abstriche an diesem System festhalten.**

Die LSAP wird in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen einer weiteren Steuerreform die mittleren und unteren Einkommen entlasten und dabei verstärkt Alleinerzieher, Mindestlohnbezieher und Verwitwete berücksichtigen.

Die LSAP spricht sich für das Erstellen einer Matrix aller **Sozialleistungen** aus, um den Einfluss von Einkommensvariationen auf die verschiedenen Transferleistungen und Beihilfen berechnen und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen zu können.

Besteuerung von Arbeit, Kapital und Ressourcenverbrauch

In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Steuereinnahmen, die von Privathaushalten stammen im Vergleich zur anteilmäßigen Steuerlast der Unternehmen kontinuierlich erhöht. Multinationale Konzerne haben mit staatlicher Hilfe die Möglichkeit zur **Steuroptimierung** dank günstiger Steuerruling-Vereinbarungen voll ausgeschöpft und Luxemburg in der öffentlichen Darstellung damit erheblichen Schaden zugefügt. Auch Großkonzerne müssen künftig ihre Verantwortung übernehmen und einen sozialgerechten Beitrag zum nationalen Steueraufkommen leisten. Die LSAP wird sich in diesem Sinne für eine **Neujustierung der Steuerpolitik** einsetzen und **der ungleichen Besteuerung von Arbeit und Kapital entgegenwirken.**

Die LSAP wird den sozialen Mindestlohn durch eine Anhebung der Steuergutschrift für Arbeitnehmer und Rentner (crédit d'impôt salariés / crédit d'impôt pensionnés) von der Einkommensteuer befreien.

Die Steuerklasse 1A (Alleinerziehende, Verwitwete und alleinstehende Senioren) wird im unteren Bereich günstiger gestaltet um die Bezieher kleiner und mittlerer Löhne und Renten zu entlasten. Die Steuergutschrift für Alleinerzieher (crédit d'impôt monoparental) wird deutlich angehoben, um das erhöhte Armutsrisiko dieser Gruppe gezielt zu bekämpfen. Durch diese Verbesserungen wird die Steuerklasse 1A an die Steuerklasse 2 angenähert.

Im Sinne einer administrativen Vereinfachung wird die „Mammerent“ steuerlich freigestellt.

Langfristig wird sich die LSAP für die Einführung der Individualbesteuerung einsetzen, um die Ungerechtigkeiten im Luxemburger Steuersystem zu überwinden.

Für die LSAP gibt es keine Notwendigkeit, den Unternehmenssteuersatz weiter zu senken. Vielmehr wird es darum gehen, **den Faktor Arbeit langfristig zu entlasten** und **den Produktivitätsgewinn im Rahmen der digitalen Entwicklung stärker zu belasten** (durch eine Robotersteuer oder die Besteuerung von künstlicher Intelligenz). **Die Sonderregelung für Stock-Options wird die LSAP nach einer Übergangsfrist ersatzlos streichen.** Daneben befürwortet die LSAP eine globale **Finanztransaktionssteuer** und setzt sich dafür ein, dass die EU als „global player“ hier eine Vorreiterrolle einnimmt.

Auch **bei der Mehrwertsteuer** wird die LSAP im Rahmen möglicher Flexibilität **nachbessern** und gemeinnützige Dienstleistungen und Güter des täglichen Bedarfs neu einstufen bzw. mit dem super-reduzierten TVA-Satz von 3 Prozent belegen. Das gilt u.a. für Hygieneartikel, tierärztliche Dienstleistungen und verpackungsfreie Produkte. Auch Reparaturen und Recycling-Produkte sollten mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent belegt werden.

Die Grundsteuer und ihre Bemessungsgrundlage sind nicht mehr zeitgemäß. Die LSAP tritt für eine Abschaffung des Einheitswerts und eine Neubewertung aller Immobilien ein, wobei nicht die Wohn- bzw. Nutzfläche, sondern das Grundstück als neue Bemessungsgrundlage herangezogen werden sollte. Eine eventuelle Mehrbelastung durch die Grundsteuer muss mit einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform einhergehen.

Bezahlbare Wohnraum an alle Regionen vom Land

In Luxemburg herrscht seit Jahren akute Wohnungsnot. Trotz einer Vielzahl an Gegenmaßnahmen (Wohnungspakt, staatliche Bau- und Beihilfen, Steuervergünstigungen, Mietzuschuss ...) ist es bislang nicht gelungen, entschieden gegenzusteuern und den Druck auf die Wohnungspreise zu verringern. Das Gegenteil ist der Fall. Die Grundstückspreise explodieren, während die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt dem Angebot meilenweit hinterherhinkt. Inzwischen hat sich die Wohnungsbauproblematik zur größten sozialen Baustelle ausgewachsen. Insbesondere Menschen, die vom Armutsrisiko bedroht sind, leiden unter einer anhaltenden Wohnungsnot. Doch auch Haushalte und Familien mit durchschnittlichem Einkommen tun sich mit den steigenden Grundstückspreisen und Wohnkosten zunehmend schwer.

Die Regierung hat auch in den vergangenen Jahren nicht tatenlos zugeschaut und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um die Wohnungsnot zu verringern und betroffenen Menschen unter die Arme zu greifen. Ein Baulückenprogramm wurde initiiert, größere Wohnungsbauprojekte sind in Planung, Prozeduren wurden vereinfacht, der „Fond du logement“ wurde reformiert und ein Mietzuschuss wurde eingeführt und nachgebessert. Hinzu kommen Baulandverträge, das Landesplanungsgesetz und der sektorielle Leitplan für den Wohnungsbau. Doch all dies reicht bei weitem nicht, um allen Bürgern in absehbarer Zeit bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Hierzu bedarf es einer kollektiven und langfristigen Anstrengung, die darauf abzielt, neues Bauland zu erwerben und verfügbares Bauland möglichst schnell für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu nutzen.

Alle Akteure, die auf dem nationalen Wohnungsmarkt eine Rolle spielen, stehen in der Verantwortung und müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, damit die Ungleichheiten und das Gefälle zwischen Arm und Reich durch die steigenden Grundstückspreise nicht noch größer werden. Wir brauchen eine echte Wohnungsbauoffensive und Partnerschaft zwischen Staat, Gemeinden, öffentlichen Bauträgern, privaten Promotoren und Grundstücksbesitzern. Sie müssen gemeinsam dazu beitragen, dass alle Bürger eine angemessene Wohnung finden und in Würde leben können. Dieses in der neuen Verfassung zugrunde gelegte Bürgerrecht wird zur Bürgerpflicht für alle.

Wohnungsbauoffensive zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum

Vorrangig geht es für die LSAP in den kommenden Jahren darum, Spekulation auf Grundstückspreisen zu bekämpfen, neues Bauland zu erwerben, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Wohnungsangebot massiv zu steigern. Um diese notwendigen Ziele mittel- und langfristig erreichen zu können, müssen alle Akteure eng zusammenrücken und an einem Strang ziehen. **Ohne echte Wohnungsbauoffensive wird**

die Wohnungsnot in absehbarer Zeit nicht zu lindern sein. Die LSAP schlägt konkrete Maßnahmen vor, um diese gesellschaftspolitische Herausforderung energisch anzugehen:

1. *Die konsequente Bekämpfung der Baulandspekulation und -retention durch*
 - die **Einführung einer nationalen Spekulationssteuer** auf leerstehenden Immobilien und ungenutztem Bauland
 - die **Einführung einer Wertschöpfungsabgabe** für neu eingestufte und als Bauland ausgewiesene Grundstücke, die dadurch an Wert zugelegt haben
 - der **Rückgriff auf Grundstücksenteignungen** mit entsprechenden Entschädigungen falls ein öffentliches Bauvorhaben aus Spekulationsgründen verhindert wird
2. *Das Anschaffen von Bauland für die öffentliche Hand durch*
 - die **Schaffung eines staatlichen Wohnungsbaufonds** zum Erwerb von neuem Bauland in bestehenden Bauperimetern und in angrenzenden Gebieten. Dieser Fonds sollte sich als Ziel setzen, mindestens 50 Ha an (potenziellen) Bauflächen pro Jahr (das entspricht ca. 3.000 Wohneinheiten) zu erwerben
 - die **Neuaufgabe eines verbesserten Wohnungsbaupakts zwischen dem Staat und den Gemeinden**: Ziel dieser kollektiven Anstrengung ist, mehr und schneller bauen zu können und gleichzeitig den Anteil an erschwinglichen und sozialen Wohnungen zu steigern. Der Wohnungsbaupakt sollte Gemeinden nicht nur verpflichten, neuen Wohnraum zu schaffen. Dieses Förderinstrument sollte auch an die Bedingung geknüpft sein, dass soziale Mietwohnungen und subventionierte, zu erschwinglichen Preisen angebotene Wohnungen mindestens 15 Prozent dieses Wachstums ausmachen.
 - die **Stärkung des Vorkaufsrecht für Staat, Gemeinden und öffentliche Bauträger**
3. *Schnellere Prozeduren durch*
 - die **Einrichtung einer staatlichen Plattform für private Grundbesitzer**, die ihr Grundstück direkt an den Staat verkaufen wollen
 - die **Vereinfachung der Prozeduren im Rahmen der kommunalen Flächennutzung** (PAG/PAP) insbesondere, was Umweltauflagen angeht
 - die **Verbesserung der Bedingungen für Wohnungsbaugenossenschaften**
 - die **Schaffung einer dauerhaften Beratungsagentur**, die kleinere Gemeinden bei Wohnungsbauprojekten technisch und juristisch beraten soll

Die konsequente Verringerung der Wohnungsnot ist eine der größten gesellschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen in Luxemburg. Die öffentliche Hand sollte deshalb ehrgeizige Ziele anstreben, um diesem Problemfeld mit Nachdruck zu begegnen. Die LSAP strebt folgende Ziele an:

- Die öffentliche Hand soll pro Jahr 1.000 neue Wohneinheiten für den sozialen Mietwohnungsbau bereitstellen.
- Kommunen sollten grundsätzlich mehr staatliche Unterstützung bekommen, um soziale Wohnungen zu bauen.

Bestehende Beihilfen und Maßnahmen an die Preisentwicklung anpassen

Wohnungsbau- und Sozialpolitik sind eng miteinander verknüpft. **Die LSAP tritt dafür ein, alle bestehenden Maßnahmen nachzubessern, die den Zugang zum Eigenheim oder einer Mietwohnung erleichtern.** Das gilt für die Wohnungsbauhilfen ebenso wie für die steuerlichen Vergünstigungen („Bëllegen Akt“ und superermäßigten Mehrwertsteuersatz). Die LSAP wird diese Beihilfen aufstocken und dabei insbesondere Familien mit Kindern begünstigen. Der „Bëllegen Akt“, der zurzeit einem Steuerkredit von 20.000 Euro pro Person entspricht, soll pro Kind um 10.000 Euro angehoben werden.

Beim Bau von Erstwohnungen und Renovierungsarbeiten gilt der superreduzierte TVA-Satz von drei Prozent mit einem Höchstbetrag von 50 000 Euro. Diesen Höchstbetrag wird die LSAP um 10.000 Euro erhöhen.

Die **Staatsgarantie** beim Erwerb eines ersten Eigenheims sollte entsprechend nachgebessert werden, um Bürgern verstärkt dabei zu helfen, ein Immobiliendarlehen bei einer Bank zu erlangen. Die LSAP spricht sich für **eine Verdreifachung der Staatsbürgschaft** aus. Daneben sollten **Mietkaufmodelle** entwickelt werden, die es auch Geringverdienern ermöglichen, Geld über den gezahlten Mietzins anzusparen, um die Immobilie späterhin erwerben zu können.

Bedingungen für Mieter verbessern

Die LSAP wird darüber hinaus verstärkt Mieter unterstützen, die in der Regel keine eigene Wohnung erwerben können. Neben dem eingeführten Mietzuschuss will die LSAP dafür sorgen, dass anfallende Vermittlungsgebühren bei der Unterzeichnung eines Mietvertrags nicht einseitig zu Lasten der Mieter gehen. Auch Vermieter müssen ihren Beitrag leisten und ihren Teil der anfallenden Kosten übernehmen. In Zukunft sollte der Auftraggeber die Kosten für die Vermittlung übernehmen. **Darüber hinaus wird die LSAP die Gesetzgebung über die Mietgemeinschaft verbessern und Untermieten vereinfachen,** um so den Ansprüchen auf neue Wohn- und Lebensformen (Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser) gerecht zu werden. Daneben spricht sich

die LSAP für die **Einführung einer regelrechten Mietpreisbremse** und die Erstellung eines Mietspiegels auf der Grundlage kommunaler Mietkataster aus. Die bisherige 5-Prozent-Regelung in Bezug auf das investierte Kapital hat sich im Hinblick auf eine Begrenzung der Mietpreise als unbrauchbar erwiesen.

Die LSAP spricht sich des Weiteren für die **Weiterentwicklung von sozialen Immobilienagenturen** und die Schaffung von erschwinglichen Mietwohnungen auf kommunaler Ebene aus. Weiter wird die LSAP die Schaffung von kommunalen und interkommunalen Wohnungsbaugesellschaften ermöglichen, die dazu beitragen können, das Wohnungsangebot weiter zu steigern und alternative Kaufmodelle zu entwickeln. Soziale Wohnungen, die von Staat und Kommunen mitfinanziert wurden, sollten dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben und nicht nach zehn oder zwölf Jahren zu erhöhten Preisen auf dem privaten Wohnungsmarkt landen.

Kulturförderung nei ausriichten a verbessern

Kultur legt die notwendige Basis für eine funktionierende Demokratie in einer interkulturellen und freien Gesellschaft. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Kultur und kulturelle Bildung. Bildung und Kultur bedingen sich wechselseitig und gehören zu den Grundlagen einer humanistischen Wertegemeinschaft, die auf Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität beruht.

Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für eine enge Zusammenarbeit zwischen Kulturbetrieb und Bildungseinrichtungen aus. Grundschulen, Lyzeen, Musikschulen, Universitäten, Fachhochschulen und Fortbildungszentren sollten enge Partnerschaften mit Kunstschaaffenden und Kulturträgern eingehen. Die LSAP befürwortet die **Einrichtung eines Kulturpasses**, der Schülern und Studenten Gratis-Einlass zu öffentlichen Kultureinrichtungen gewährt. Kulturelle Bildung schafft neue Lernkulturen und beeinflusst nachhaltig unser Leben innerhalb und außerhalb der Schulen.

Kultur weitet den Blick für fremde Welten und andere Perspektiven. Literatur, Musik, bildende Kunst, Architektur, Theater, Film und große Teile der Kreativwirtschaft schaffen eine phantasievolle Grundlage für die Auseinandersetzung mit den politischen und kulturellen Realitäten des Alltags. **Für die Sozialisten ist eine moderne Kulturpolitik in Luxemburg eine gesellschaftliche Notwendigkeit und Priorität.** In der Kulturpolitik geht es um neue Perspektiven, neue Denkweisen und neue Modelle des Zusammenlebens in einer Gesellschaft, die einem steten Wandel unterliegt und vor neuen Herausforderungen steht. Es geht vor allem auch um gesellschaftliche Teilhabe, die durch eine aktive und moderne Kulturpolitik gefördert wird.

Die LSAP wird die Fördersysteme anpassen, neue Zugänge gewährleisten, Partizipation ermöglichen und den Nachwuchs verstärkt unterstützen. Sie wird insbesondere die vielen kleinen Projekte, die auf lokaler Ebene stattfinden und Jugendliche direkt erreichen, grundlegender fördern. Für die LSAP müssen die Künstlerinnen und Künstler sowie die Vermittlung von Kultur im Mittelpunkt der Kulturpolitik stehen. Luxemburg braucht eine Kulturpolitik, die Kreativität, künstlerische Freiheit und Unabhängigkeit stärkt. Luxemburg braucht eine Kulturpolitik, die die soziale Lage der Kulturschaaffenden und Kreativen tatsächlich verbessert.

Kulturförderung ist nicht bloß Subventionierung, sondern Investition in die Zukunft. Diese Investition muss bei den Künstlerinnen und Künstlern selbst ankommen, u.a. um ihre Lebensgrundlagen zu sichern. In diesem Sinne wird die LSAP

- Kreativität und Partizipationsbereitschaft fördern
- den Zugang zur Kultur für alle Schichten der Gesellschaft weiter öffnen
- strukturelle Änderungen in der Fördervergabe vornehmen
- die kulturelle Produktivität und ihr ökonomisches Potenzial ausbauen

Kulturpolitik ist auch Standortpolitik und als solche ein zentrales Element der Landes- und Imageentwicklung. Sie stiftet Identität und trägt so zur Identifikation der Bürger mit

ihrem Land und der Großregion bei. Kulturelle Vielfalt und eine moderne Kulturpolitik sind wichtige Standortfaktoren für die Ansiedlung neuer Unternehmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die touristische Entwicklung Luxemburgs innerhalb der Großregion und in Europa.

Der LSAP geht es auch darum, kreative und kulturelle Potenziale in allen Bereichen und Genres anzuregen und weiterzuentwickeln. Auch neue Kunstformen wie „Medien- und Digitalkunst“ sollen spezifisch gefördert und geschützt werden. Es geht darum, den Rechts- und Sozialstaat um die Dimension eines Kulturstaats zu bereichern.

Handlungsbedarf sieht die LSAP auch, was die „Governance“ in der Kulturpolitik angeht. **Die LSAP wird die Vereinfachung der immer noch komplexen und bürokratischen Förderprozeduren im Rahmen eines Kulturentwicklungsplans vorantreiben.** Ein leicht verständlicher Kriterienkatalog zur Bewertung der Qualität eingereichter Projekte ist ebenso notwendig wie klare Leitlinien, Prioritäten und Rahmenbedingungen im Bereich der Kulturentwicklung.

Die LSAP befürwortet die Gründung von „LuxCreation“ als nationaler Agentur für die kreativen und kulturellen Berufe und Vereinigungen. Sie soll die einzelnen Künstlerinnen und Künstler in ihrer Entwicklung begleiten und ihnen beratend zur Seite stehen. Von besonderer Bedeutung ist die Förderung des Exports von Luxemburger Kunst ins Ausland. LuxCreation soll den Kulturschaffenden u.a. bei der Bewältigung von administrativen und juristischen Hürden oder bei der Budgetisierung von Projekten zur Seite stehen und auf geeignete Förderungsmöglichkeiten auf nationaler und europäischer Ebene aufmerksam machen. Auch Luxemburger Botschaften sollen verstärkt in den Bereich der Kulturförderung und -promotion eingebunden werden.

Die LSAP steht für einen Ausgleich und eine Neugewichtung zwischen institutioneller Kulturförderung, Projektförderung und personenbezogener Förderung im Rahmen des Kulturentwicklungsplans. Es gilt sowohl etablierte Strukturen, freie Szene als auch Nachwuchskünstler zu fördern. In diesem Sinne spricht sich die LSAP auch für eine Neuregelung der staatlichen Ausschreibungen im Bereich der bildenden Kunst aus.

Luxemburg sollte auf europäischer Ebene die Initiative ergreifen, künstlerische Dienstleistungen einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu unterwerfen. Derzeit unterliegen künstlerische Dienstleistungen einem Mehrwertsteuersatz von 17 Prozent, dem Höchstsatz, der auch beim Kauf von Luxusgütern anfällt. Aber Kunst ist kein Luxus, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit. **Die LSAP befürwortet in diesem Sinne einen stark ermäßigten Mehrwertsteuersatz für künstlerische Leistungen von 3 Prozent wie für gedruckte Bücher und Zeitungen.**

Die LSAP setzt sich auch für eine bessere Zusammenarbeit von Staat und Gemeinden in der Kulturpolitik ein. U.a. geht es dabei um eine ausgeglichene Verteilung der Subventionen, zwischen Großereignissen und kleinen Kulturveranstaltungen einerseits, zwischen Luxemburg-Stadt und den übrigen Regionen des Landes andererseits. Die LSAP

wird darüber hinaus die Kooperation zwischen kulturellem und sozialem Sektor stärken. Das gilt auch für die Zusammenarbeit des Service des Sites et Monuments und des Centre national de recherches archéologiques mit den Kommunen.

Die LSAP steht nicht zuletzt für die Wertschätzung und den Schutz des „Patrimoine culturel“ in allen Erscheinungsformen: Hochkultur, Volkskultur, Alltagskultur, Industriekultur und last but not least digitale Kultur. **Die LSAP wird die längst überfällige Reform des Denkmalschutzes in Angriff nehmen** und das verabschiedete Archivgesetz auf seinen praktischen Nutzen und seine Effizienz hin überprüfen.

Die Denkmalschutzbehörden und alle anderen Kulturinstitutionen sollen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihre vielfältigen Aufgaben im Bereich der Erforschung und Vermittlung unseres Kulturerbes erfüllen können. Die LSAP wird dafür sorgen, dass Archivalien und Museumsobjekte unter bestmöglichen Bedingungen aufbewahrt werden und auch in Zukunft genügend Raumreserven für deren Aufbewahrung zur Verfügung stehen. Darüber hinaus wird die LSAP Privatpersonen unterstützen, die Kunstwerke und -objekte aus ihren Privatsammlungen an öffentliche Kulturinstitutionen abgeben wollen. Vor diesem Hintergrund wird die LSAP die Förderinstrumente des FOCUNA analysieren und gegebenenfalls nachbessern.

Aus LSAP-Sicht ist es wichtig, die Bevölkerung mit dem nationalen Kulturerbe und der Geschichte des Landes vertraut zu machen. In diesem Sinne wird die LSAP die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Forschungseinrichtungen und Unterrichtsministerium fördern und dafür sorgen, dass entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse und Lerninhalte verstärkt in Schulprogramme einfließen.

Kultur für alle bedeutet aus LSAP-Sicht nicht nur die Förderung dezentraler, regionaler und lokaler Museen. *Kultur für alle* bedeutet auch, den Zugang zum Luxemburger Kulturerbe für jene zu erleichtern, die eine Hilfestellung benötigen. Die LSAP wird dafür sorgen, dass entsprechende Inhalte durch vereinfachte Texte in verschiedenen Sprachen vermittelt werden können und Menschen mit Behinderungen durch angepasste Infrastrukturen und Hilfsmittel Zugang zu diesem vielfältigen nationalen Kulturerbe haben.

Die LSAP sichert darüber hinaus dem Projekt Europäische Kulturhauptstadt „Esch 2022“ und der Südregion ihre volle Unterstützung zu und fordert in diesem Kontext den Erhalt der Gebläsehalle in Belval, einer der ältesten Zeitzeugen der regionalen und nationalen Industriekultur.

Sportförderung konsequent fortsetzen

Neben Bildung und Kultur hat auch der Sport einen herausragenden gesellschaftlichen Stellenwert. Sport trägt wesentlich zur Gesundheit, Erziehung, Freizeitgestaltung, Integration und sozialen Kohäsion bei. Die LSAP wird den Sport auch weiterhin in seiner doppelten Funktion als Ort der Begegnung und Grundlage für eine gesunde Lebenshygiene unterstützen und fördern. **Damit der Sport jenen Stellenwert behält, der ihm in unserer vielschichtigen Gesellschaft zukommt, wird die LSAP an einem eigenständigen Sportministerium festhalten.** Dies ist die beste Voraussetzung für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft mit hohem Integrations- und Bewegungsbedarf.

Die LSAP wird den Schul-, Breiten- und Hochleistungssport auf allen Ebenen unterstützen und an den bewährten Grundlagen einer gezielten Sportförderung festhalten. Das gilt sowohl für die **finanzielle Unterstützung von Vereinen und Sportföderationen** als auch für den **Ausbau und die Modernisierung notwendiger Sportinfrastrukturen**. Die LSAP wird den Bau des Velodroms und des neuen Fußball- und Rugby-Stadions zügig im Zusammenspiel mit den Gemeinden vorantreiben.

Das 2013 gegründete Sportlyzeum ist eine wichtige Einrichtung zur Entwicklung junger Sportler. **Die LSAP wird das Sportlyzeum schrittweise mit jenen Infrastrukturen und Mitteln ausstatten, die notwendig sind, damit es optimal funktionieren und seinen Zweck erfüllen kann.** Das gilt in einem besonderen Maße für das geplante Internat. Darüber hinaus denkt die LSAP über die Möglichkeit eines neuen Standorts für das Sportlyzeum nach. Hierbei muss sichergestellt werden, dass der neue Standort Platz für ein Internat für Sportschüler bietet, optimal an den öffentlichen Transport angebunden ist und in der Nähe wichtiger Sportinfrastrukturen liegt.

Auch die Schaffung eines **Olympia-Stützpunkts für Hochleistungssportler** ist eine wichtige Errungenschaft für den Luxemburger Spitzensport. Die LSAP wird sich weiter darum bemühen, die Arbeits- und Fortbildungsbedingungen für Spitzensportler zu verbessern. In diesem Zusammenhang werden verstärkt Synergien mit wichtigen Partnern im Bereich des Hochleistungssports angestrebt. Darüber hinaus wird die LSAP sich verstärkt darum bemühen, Brücken für Spitzensportler zu schaffen, damit sie am Ende ihre Sportlaufbahn ihre Hochschulausbildung abschließen bzw. im Berufsleben schneller Fuß fassen können.

Die konsequente **Förderung des Elitesports** trägt in einem besonderen Maß zur Imagepflege des Landes bei. Durch die großartigen Leistungen Luxemburger Spitzensportler ist es gelungen, das kleine Luxemburg auf der Weltkarte des Hochleistungssports zu etablieren. Ein entsprechendes Spitzensportlerstatuts verbessert die Rahmenbedingungen der Elitesportler. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass entsprechende Maßnahmen konsequent in die Praxis umgesetzt werden.

Selbst wenn der Hochleistungssport aufgrund seines enormen Identifikationspotenzials das Aushängeschild der Luxemburger Sportwelt darstellt und viel Medienaufmerksamkeit

auf sich zieht, so kommt auch dem **Breitensport** in unserer Gesellschaft eine herausragende Rolle zu. Breitensport versteht sich als vielseitiges Angebot an alle Generationen und Gesellschaftsschichten. Die LSAP wird Initiativen wie die „Europäische Sportwoche“, „BeActive“ oder „Fit 50+“ sowie andere Pilotprojekte zur Förderung des Breitensports unterstützen und den nationalen Aktionsplan „Gesond iessen, méi bewegen“ fortsetzen und entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Sie wird gemeinsam mit den Kommunen einen Plan ausarbeiten, um die Schaffung von Multisportfeldern zu unterstützen, die jedem frei zugänglich sind.

Auch auf Verwaltungsebene wird die LSAP die Sportstrukturen weiter stärken und dafür sorgen, dass genügend Personal zur Verfügung steht, um den Sportföderationen und -vereinen jene Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen, um ihre Mitglieder angemessen betreuen zu können. Das gleiche gilt auch für die Betreuung von Sportlern mit Behinderungen. Sportvereine werden auch in Zukunft auf ehrenamtliche Hilfe angewiesen sein. Die LSAP wird sich verstärkt darum bemühen, **bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Helfer** zu schaffen.

Sportförderung muss bereits in der frühen Kindheit und Erziehung ansetzen. **Die LSAP wird die Nationale Schule für Sporterziehung und Sportarten weiterentwickeln** und daraus ein „Institut National de l'Éducation physique et des sports“ mit erweiterten Aufgabenbereichen machen. Dabei geht es u.a. um die Ausarbeitung und Ausweitung eines Fortbildungsangebots für Lehrer(innen) und Erzieher(innen) und die Umsetzung des Konzepts zur motorischen, physischen und sportlichen Erziehung von Kindern im Alter von 0 bis 12 Jahren.

Nachbessern wird die LSAP auch, was die **Sonderurlaubsbestimmungen** (congé sportif) für Leiter von Sportföderationen angeht. In Sachen **Dopingbekämpfung** wird die LSAP am Prinzip der Null-Toleranz festhalten. Die Antidoping-Agentur wird auch weiter über genügend staatliche Hilfen verfügen, um ihrer Aufgabe und den Anforderungen der internationalen Dopingbekämpfung gerecht zu werden.

Sport und Forschung ist ein weiterer Bereich, der staatliche Förderung verdient. Das gilt insbesondere für die Sportsmedizin und die Analyse und Bewertung von Trainingsmethoden. Forschung kann wichtige Erkenntnisse zur Verbesserung der Betreuung von Hochleistungssportlern liefern. Wer Spitzensport und seine Exponenten ernstnimmt, darf auch in diesem Bereich nicht sparen. Die LSAP wird Ressourcen bereitstellen, um Sportforschung zu unterstützen.

Méi Biergerbedeelegung an éirenamtlecht Engagement

Die Luxemburger Identität lebt von ihrer Pluralität und profitiert wesentlich von ihrem vielfältigen Entwicklungs- und Integrationspotenzial. Politische Partizipation, Kultur, Sport und ehrenamtliches Engagement sind wichtige Faktoren, wenn es um persönliche Entwicklung, Identitätsstiftung und gesellschaftlichen Zusammenhalt geht. Die LSAP wird zusätzliche Spielräume schaffen für aktive Bürgerbeteiligung und gemeinnütziges Engagement auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Den beiden sozialistischen Grundwerten Freiheit und Solidarität kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie stiften Gemeinsinn und Identität; sie fördern Kreativität und schaffen gesellschaftlichen Mehrwert.

Mehr demokratische Teilhabe ermöglichen

Gesellschaftliche Teilhabe beschränkt sich nicht nur auf Kultur und Sport. Bürgerinnen und Bürger wollen auch über die reine Wahlpflicht hinaus an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Der große Zuspruch, den Petitionen haben, zeugt hiervon. Die LSAP trägt diesem Sachverhalt Rechnung und **„fördert eine stärkere Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen des Landes.“**

- *Gut informierte Bürgerinnen und Bürger sind Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie; eine zeitgemäße und transparente Informationspolitik, politische Bildungsangebote für Jugendliche, Erwachsene und Zuwanderer und die Veranstaltung von Bürgerforen gehören zu den Grundlagen einer Politik, die auf Partizipation und Bürgernähe setzt.*
- *Die Demokratie stärken heißt auch soziale Kohäsion fördern, um die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Staat, Gemeinden und Zivilgesellschaft sollen sich weiter verpflichten, optimale Integrationsbemühungen zu schaffen, die verstärkt auf Toleranz und gegenseitigem Respekt beruhen und der Vermittlung von Sprachkompetenzen, rechtsstaatlichen Prinzipien und demokratischen Grundregeln dienen.“⁶*

Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für eine Stärkung der partizipativen Demokratie aus:

- *„Wichtige Themen (z.B. Landesplanung, kommunale Flächennutzung, Bebauungspläne, Gemeindefusionen), die einen wesentlichen Einfluss auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger haben, sollten unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf einer möglichst breiten Ebene diskutiert werden. (...)*
- *Bürgerinnen und Bürger sollen per Gesetz unter Auflagen ein Initiativrecht bekommen, eigene Gesetzesvorschläge im Parlament einzubringen“⁷, die den zuständigen Parlamentsausschüssen zur Beratung und dem Plenum*

⁶ LSAP: Mehr Demokratie wagen, Resolution zum Landeskongress in Mamer, 2015

⁷ Ebd.

zur Abstimmung vorgelegt werden müssen, sofern sie von mindestens 12.500 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt werden.

Das Zentrum für **politische Bildung, Jugendparlamente** und **Jugendforen** sind geeignete Instrumente, um Heranwachsende mit politischen Fragestellungen und Praktiken vertraut zu machen. Die LSAP wird auch in Zukunft diese Einrichtungen fördern und nutzen, um Jugendliche zu freien, kritischen, selbstständigen und verantwortungsbewussten Bürgern heranzubilden. Die LSAP wird sich auch weiter darum bemühen, Zuwanderern über den Weg der politischen Bildung verstärkt unsere rechtsstaatlichen Grundlagen und Prinzipien zu vermitteln.

Das Ehrenamt stärken: Verantwortung für andere übernehmen

Bürgerinnen und Bürger, die sich an ehrenamtlichen Aktivitäten beteiligen, sind für ein gut funktionierendes Gemein- und Sozialwesen unerlässlich. Eine Solidargemeinschaft ist auf das Engagement vieler Bürger in sozialen Netzwerken, Kultur- und Sportvereinen, Nicht-Regierungsorganisationen und anderen gemeinnützigen Initiativen angewiesen. Ihnen allen gebührt große Anerkennung und Dank.

Die „Agence du bénévolat“ und die „Maison des Associations“ sind wichtige Anlaufstellen zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit in Luxemburg. Interkulturelle Projekte, Initiativen wie Sprachencafés, Weltküchen ... ermöglichen den Austausch von Erfahrungen und stärken die soziale Kohäsion. **Die LSAP wird gemeinnützige Initiativen auch in Zukunft unterstützen und soziales Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv fördern.**

Die LSAP wird die Schaffung eines ehrenamtlichen Statuts anregen, um engagierten Bürgern und Zeitschenkern im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit eine **soziale Absicherung** zu ermöglichen. In diesem Sinne befürwortet die LSAP auch die grundsätzliche Übernahme anfallender Kosten für eine **Unfallversicherung** zur Abdeckung möglicher Risiken in Zusammenhang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Darüber hinaus wird die LSAP **Fortbildungsmaßnahmen und Sonderurlaubsregelungen** unterstützen, die sich zur Ausübung von ehrenamtlichen Aufgaben als notwendig erweisen. Die LSAP schlägt in diesem Zusammenhang vor, eine Bestandsaufnahme aller geltenden Bestimmungen durchzuführen, um sie gegebenenfalls auf weitere Bereiche des Ehrenamts ausweiten zu können. Daneben befürwortet die LSAP zusätzliche Anreize zur **Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit**. Die Einführung einer Ehrenamtskarte könnte beispielsweise an Preisermäßigungen bei Kultur- und Sportveranstaltungen oder im Bereich des öffentlichen Transports gekoppelt werden. Die LSAP will den Philanthropie-Gedanken in Luxemburg fördern. Die LSAP befürwortet ebenfalls die Einführung eines nationalen Tages der Philanthropie, um das breite Publikum für dieses Thema zu sensibilisieren und lokalen Akteuren und Initiativen Sichtbarkeit zu verleihen.

Autonom Gemengen an eng kohärent Landesplanung

Kommunen sind ein wesentlicher Baustein im sozialstaatlichen Gefüge! Die LSAP wird die Gemeindeautonomie mit Nachdruck verteidigen; sie ist verfassungsrechtlich garantiert und entspricht dem europäischen Subsidiaritätsprinzip. *„Starke, eigenständige Gemeinden und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen Staat und Kommunen sind wichtige Voraussetzungen für eine effiziente, bürgernahe Politik. Um ihre vielfältigen und zunehmenden **Aufgaben im Dienst der Allgemeinheit** erfüllen zu können, benötigen Gemeinden auch in Zukunft genügend Finanz- und Personalressourcen.“*⁸

Genügend Ressourcen für kommunale Aufgaben

Die auf Betreiben der LSAP durchgesetzte **Gemeindefinanzreform** war ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie hat transparente, landesplanerische Kriterien eingeführt, für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung kommunaler Ressourcen gesorgt und die Finanzmittel entsprechend aufgestockt. **Die LSAP wird auch in den kommenden Jahren an dieser soliden und gerechten Finanzgrundlage festhalten** und dafür sorgen, dass Gemeinden ihre Aufgaben und Pflichten zur Zufriedenheit ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können. **Mit der LSAP wird es daher keinen Rückschritt in Sachen Gemeindefinanzierung geben.**

Auch die Bündelung der **Rettungsdienste** in einer einheitlichen Struktur, die von Staat und Gemeinden zu gleichen Teilen finanziert wird, ist ein Meilenstein und Wegbereiter für eine bessere Notfallversorgung in allen Teilen des Landes. **Die LSAP unterstützt die zügige Umsetzung der Reform und wird die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.** Wenn es darum geht, Menschenleben zu retten, darf keine Mühe gescheut werden, um gefährdeten Bürgern schnellstmöglich Hilfe zu leisten.

*„Mit dem sogenannten Omnibus-Gesetz konnte der administrative Aufwand u.a. im Bereich der kommunalen Flächennutzung verringert werden. Die LSAP wird weiter daran arbeiten, **bürokratische Hürden** abzubauen und die staatliche Kontrolle des Gemeindesektors auf das Notwendige zu beschränken, damit der kommunale Handlungsspielraum im Sinne der Subsidiarität voll ausgeschöpft werden kann.“*

Öffentliche Dienstleistungen, die auf die Grundversorgung der Bürger abzielen und auf kommunaler Ebene besser aufgehoben sind, sollten weiterhin von den Gemeinden angeboten werden. Dort, wo es im Sinne einer flächendeckenden Versorgung notwendig ist, auf

⁸ LSAP; Rahmenwahlprogramm – Kommunalwahlen, Luxemburg 2017, S.1

interkommunale und regionale Zusammenarbeit zu setzen, sollten vorhandene Ressourcen gebündelt und Synergien angestrebt werden.

Keine Zwangsfusionen

Das gilt auch für mögliche Zusammenschlüsse von Kommunen. **Gemeindefusionen** sind kein Selbstzweck und dürfen nicht vom Staat verordnet werden (...).⁹ Zwangsfusionen verstoßen nicht nur gegen das Prinzip der Gemeindeautonomie, sondern stellen aus LSAP-Sicht auch eine Verletzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung dar, die von Luxemburg unterzeichnet wurde. „Die LSAP wird Fusionen zwischen Kommunen nur dort unterstützen, wo es in den Augen der Gemeinden und ihrer Bürger Sinn macht“¹⁰ und durch eine lokales Referendum bestätigt wurde. Aus diesem Grund lehnt die LSAP ein nationales Referendum über Gemeindefusionen ab. Mit welcher Begründung sollten z.B. Bürger im Süden oder Zentrum des Landes über Gemeindefusionen im Norden oder Osten abstimmen. Das wäre allein schon aufgrund der Stimmengewichtung in bevölkerungsreichen Regionen gegenüber weniger dicht besiedelten Gebieten und Kommunen eine nicht zu rechtfertigende Benachteiligung jener Gemeinden, für die Fusionen in Frage kämen.

Ein neues zeitgemäßes Gemeindegesetz

Handlungsbedarf sieht die LSAP, was die Gemeindegesetzgebung und kommunalen Kompetenzen angeht. Die Aufgabenbereiche der Gemeinden werden immer zahlreicher und vielseitiger. Aus diesem Grund macht es Sinn, die kommunale und interkommunale Gesetzgebung zu überarbeiten und zusammenzulegen. Die interkommunale Zusammenarbeit in Syndikaten soll so gestaltet werden, dass weder die Gemeindeautonomie dadurch untergraben noch der demokratische Bürgerentscheid beeinträchtigt wird.

Ein neues Gemeindegesetz soll u.a. die pflichtmäßigen Aufgaben der Kommunen neu festlegen und die Gemeindedienste entsprechend ausstatten. Die LSAP setzt sich für eine Aufwertung der Gemeindemandate und eine Anpassung der „Congé politique“-Bestimmungen ein. Einer prinzipiell wünschenswerten Trennung der Mandate der kommunalen Exekutive von nationalen Abgeordnetenmandaten wird die LSAP nur zustimmen, wenn sichergestellt wird, dass der kommunale Sektor ein wichtiger und mitentscheidender Faktor im Gesetzgebungsprozess bleibt. Die Kompetenzen des Syvicol sollen ausgeweitet werden und an jene der Berufskammern angepasst werden.

Die LSAP tritt dafür ein, dass jede Gemeinde neben der Verwaltung sowie dem finanziellen und dem technischen Bereich auch über einen sozialen Dienst verfügen muss. In diesem

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.

Sinne soll über die **Wiedereingliederung der Sozialdienste in den Verwaltungsbereich der Gemeinden** diskutiert werden. Damit will die LSAP gewährleisten, dass es zu keiner Loslösung dieser wichtigen Einrichtung vom kommunalpolitischen Entscheidungsprozess kommt.

Der soziale Dienst sollte u.a. Koordinationsaufgaben in wesentlichen Politikbereichen übernehmen, die eine kollektive Anstrengung erfordern und das Gemeinwohl betreffen. **Solidarisches Handeln und eine aktive Zusammenarbeit zwischen den Kommunen** müssen in diesem Zusammenhang eine stärkere Rolle spielen. Das gilt sowohl für die Schaffung von neuem Wohnraum als auch für Hilfseinrichtungen für sozial schwache und gefährdete Mitbürger oder die Unterbringung von Flüchtlingen. Die LSAP wird diese kollektive Verantwortung ernstnehmen und auf kommunaler Ebene eine Vorreiterrolle einnehmen. Sie wird auf entsprechende Fortschritte in den genannten Politikbereichen drängen. Für die LSAP gilt deshalb der Grundsatz: Jede Gemeinde muss einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten! **Gemeinden und Regionen, die ein starkes Engagement beim Bau von Sozialwohnungen oder der Unterbringung von Flüchtlingen zeigen, sollten zusätzliche Geldmittel aus dem Staatshaushalt und aus europäischen Strukturfonds erhalten.**

Kinderbetreuung: eine kommunalpolitische Aufgabe

Die Kinderbetreuung stellt in den Augen der LSAP eine primäre Aufgabe der Kommunalpolitik dar. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Ausgliederung von Betreuungseinrichtungen nicht zur Regel wird, sondern die Ausnahme bildet. **Gemeinden müssen landesweit für eine hochwertige Kinderbetreuung sorgen.** Die LSAP setzt sich dafür ein, dass für öffentliche und private Betreuungseinrichtungen gleiche Qualitätskriterien gelten und entsprechende Auflagen auch eingehalten werden. Die LSAP befürwortet eine effiziente Qualitätskontrolle mit unmittelbarer Einbindung von Elternvertretern.

Ausbau des kommunalen Klima- und Naturschutzes

Die Gemeinden sind seit jeher ein wichtiger Partner, was den **Klima- und Naturschutz** angeht. Die LSAP tritt für eine Aufwertung dieser Rolle ein und wird das Subsidiaritätsprinzip beim Klima- und Naturschutz ausbauen. Darüber hinaus muss über finanzielle Mechanismen verhindert werden, dass sich einzelne Gemeinden dieser Aufgabe entziehen. Die LSAP wird den Klimapakt auch weiterhin für eine gute interkommunale Zusammenarbeit nutzen und dessen Zielsetzungen aktiv unterstützen. Das gilt auch für Klimaschutzprojekte und Maßnahmen zur Anpassung an Klimaveränderungen in Entwicklungsländern.

Grundsteuer neu ausrichten

Die LSAP spricht sich für eine **grundlegende Reform der Grundsteuer** aus. Dabei muss einerseits garantiert werden, dass Spekulation auf Grund und Boden deutlich höher besteuert wird. Andererseits kann über eine Entlastung jener Haushalte diskutiert werden, die nur über eine einzige Eigentumswohnung verfügen. Falls die Grundsteuer zu einem gewichtigen Bestandteil der Gemeindefinanzierung werden soll, muss es im Gegenzug zu einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform kommen.

Kommunale Entwicklung und Landesplanung

Die Entwicklung der Gemeinden und die kommunale Raumplanung stehen in direktem Zusammenhang mit der nationalen Landesplanung. Eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Staat ist in diesem Bereich unumgänglich. Die LSAP erwartet, dass die Entwürfe für die vier sektoriellen Leitpläne „Transport“, „Wohnen“, „Landschaften“ und „Zonen für wirtschaftliche Aktivitäten“, die von der Regierung am Ende der Legislatur in die öffentliche Prozedur gegeben wurden, zügig beurteilt und in Kraft gesetzt werden. Den Stellungnahmen von Bürgern und Gemeinden muss dabei Rechnung getragen werden.

Die sektoriellen Leitpläne werden dringend gebraucht, um eine geordnete Entwicklung zu gewährleisten, die ein Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen sektoriellen Bedürfnissen schafft und eine effiziente Nutzung des sehr begrenzten Luxemburger Territoriums erlaubt.

Geordnete Entwicklung der urbanen Zentren

Die LSAP unterstützt die Umsetzung eines Entwicklungsszenarios, das eine harmonische und geordnete Entwicklung erlaubt. Die zentralen Orte „**Nordstad**“, „**Agglolux**“ im Zentrum und „**Agglosud**“ rund um Esch-Alzette sollen den Großteil des Bevölkerungswachstums aufnehmen und bereits urbanisierte Räume sollen ausgebaut werden. Insbesondere in der „Nordstad“ und Umgebung muss in zusätzliche Infrastrukturen investiert werden, damit das vorhandene Potenzial auch genutzt werden kann. Die Entwicklung der urbanen Zentren muss so geplant werden, dass ein besseres Gleichgewicht zwischen den Funktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeitaktivitäten innerhalb dieser Orte entsteht. Die LSAP fordert in diesem Zusammenhang eine bessere Nutzung von Bestandgebäuden und vorhandenen Baulücken.

Dieses Entwicklungskonzept lässt sich nur dann umsetzen, wenn es in der Bevölkerung auf eine breite Akzeptanz stößt. Voraussetzung hierfür ist eine hohe urbanistische Qualität bei der Planung neuer Viertel. Eine starke Verdichtung beim Wohnungsbau muss nicht mit

einem Verlust an Lebensqualität für die Bewohner einhergehen. Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für eine bessere Nutzung öffentlicher Flächen aus. Eine gelungene Verkehrsführung, attraktive öffentliche Plätze, eine gut durchdachte Begrünung und eine hochwertige Architektur, die Privatsphäre erlaubt und den direkten Kontakt mit der Natur zulässt sind hierfür Schlüsselemente.

„Urban gardening“ muss ein fester Bestandteil urbaner Raumplanung werden. Kommunale Bauverordnungen sollten den sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Einwohner Rechnung tragen und eine Ghettoisierung verhindern. **Die LSAP will sich dafür einsetzen, dass alternative Wohnformen** (Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhäuser usw.) **nicht durch reglementarische Hindernisse eingeschränkt werden.** Der zunehmende Bedarf an Zweifamilienhäusern sollte ebenfalls berücksichtigt werden.

Die Kapazitäten für den öffentlichen Transport müssen prioritär zwischen diesen urbanen Entwicklungszentren ausgebaut werden.

Die Weiterentwicklung des ländlichen Raums

Das bedeutet für die anderen Regionen des Landes keinesfalls Stillstand. Die etwas kleineren regionalen Zentren und der ländliche Raum müssen sich ebenfalls weiterentwickeln, wenn auch mit anderen Schwerpunkt-Funktionen. Der ländliche Raum wird weiterhin stark von der Landwirtschaft geprägt sein. Die Flächen sollen prioritär für die Lebensmittelproduktion und an geeigneten Standorten für die Produktion von erneuerbarer Energie genutzt werden. Der Dorfcharakter im ländlichen Raum soll nicht durch dicht bebaute Neubausiedlungen zerstört werden. Ein Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten soll weiterhin auf den Tourismus ausgerichtet sein.

Die LSAP will sowohl den urbanen als auch der ländlichen Raum bei ihren spezifischen Entwicklungsprojekten mit staatlichen Mitteln unterstützen. Fördermaßnahmen sollten nicht danach bewertet werden, ob sie ländlichen oder urbanen Gemeinden zu Gute kommen, sondern für konkrete Projekte bereitgestellt werden, die eine Entwicklung im Sinne der nationalen Landesplanung voranbringen.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern

Die LSAP ist überzeugt, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Landesplanung immer wichtiger wird. Gleiches gilt für die Bereiche Mobilität, Umweltschutz und den schonenden Umgang mit Naturressourcen. Die Probleme sind überall ähnlich und müssen gemeinsam gelöst werden.

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Grenzregionen ist im Interesse Luxemburgs, weil sie das Gefälle zwischen den Regionen verringert und den Wachstumsdruck besser aufteilt. Im Hinblick auf die vielen Grenzgänger ist es auch sinnvoll,

dass Luxemburg sich finanziell an bestimmten Infrastrukturprojekten jenseits seiner Landesgrenzen beteiligt.

Handlungsspielraum für künftige Planungsoptionen

Das Leitprogramm der Landesplanung, die sektoriellen Leitpläne und die Allgemeinen Bebauungspläne (PAG) auf Gemeindeebene müssen in einer langfristigen Perspektive ausgearbeitet werden. **Über die geplanten Infrastrukturprojekte und den mittelfristig absehbaren Bedarf hinaus muss sichergestellt werden, dass auch in 20 oder 30 Jahren noch genügend Handlungsspielraum bleibt** und möglichst viele Planungsoptionen bestehen bleiben.

Da die reale Entwicklung selten der vorhergesehenen entspricht, müssen alle Planungsinstrumente regelmäßig überprüft und angepasst werden. Dieser Prozess muss transparent sein, damit für betroffene Akteure jederzeit **Rechtssicherheit** gegeben ist. Die Planungsinstrumente sollen grundlegende Fragen zu Nutzungsmöglichkeiten einer bestimmten Fläche im Voraus beantworten und so **Genehmigungsprozeduren beschleunigen und vereinfachen**.

En aktive Klima- an Naturschutz fir eng nohaltege Liewensqualit  t an eise Stied and Dierfer

Zunehmende Treibhausgasemissionen und ihre Auswirkungen auf die atmosphärische Zirkulation gehören laut Klimaexperten zu den menschengemachten Ursachen für die Klimaerwärmung, die mit der industriellen Revolution eingesetzt hat und durch die weitere Entwicklung beschleunigt wird, mit verheerenden Folgen für Menschen und Umwelt in betroffenen Regionen. Der Rückgang von Permafrost-Gebieten, steigende Meeresspiegel, die Verschiebung von Klimazonen mit zunehmend extremen Wetterlagen ... Stürme, Überschwemmungen, D  rren, sorgen für existenz- und lebensbedrohliche Gefahren sowie enorme volkswirtschaftliche Folgeschäden und treiben Menschen in die Flucht in weniger betroffene Regionen. Hinzu kommen Artenrückgang, übertriebener Ressourcenverbrauch und die zunehmende Verschmutzung von Natur und Umwelt, die die Menschheit vor globale Herausforderungen und eine kollektive Verantwortung stellt, der niemand sich entziehen darf. Auch in Luxemburg nicht!

Treibhausgasemissionen verringern

Luxemburg muss seine Treibhausgasemissionen in den kommenden Jahren schrittweise verringern. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls müssen die Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 2005 um 20 Prozent gesenkt werden. Legt man das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 zugrunde, so müssen die Emissionen bis 2030 um 40 Prozent reduziert werden. Luxemburg hat den Weltklimavertrag COP21 per einstimmigen Parlamentsbeschluss 2016 ratifiziert. Nun müssen die vereinbarten Einsparziele konsequent umgesetzt werden.

Den größten Anteil an den nationalen Treibhausgasemissionen hat der Transportsektor mit rund 64 Prozent. Einen hohen Energiebedarf und somit CO₂-Emissionen haben derzeit noch Häuser und Wohnungen (rund 19 Prozent); rund 9 Prozent entfallen auf die Landwirtschaft. Handel, Handwerk und Industrie sind für etwa 4 Prozent der nationalen Emissionen verantwortlich. **Daraus ergeben sich für die LSAP klare Prioritäten:**

- die Verringerung des Verkehrsaufkommens
- die Steigerung der Energieeffizienz
- die Förderung erneuerbarer Energien
- die digitale Vernetzung von Energieversorgung, Kommunikation und Mobilität

Die Maßnahmen zur **Verringerung des Verkehrsaufkommens** und die verstärkte Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln verbessern nicht nur die Lebensqualität der Einwohner und Grenzgänger, sie reduzieren auch den Energieverbrauch und verringern somit CO₂-Emissionen.

Der **technische Fortschritt** wird dazu beitragen, sparsamere und emissionsärmere Fahrzeuge herzustellen. **Die LSAP wird Innovationen in diesem Bereich konsequent unterstützen.** Es gilt außerdem, die richtigen Schlussfolgerungen aus den aufgedeckten Dieselskandalen zu ziehen und Automobilhersteller stärker in die Pflicht zu nehmen. **Elektromobilität soll stärker gefördert werden.** Die LSAP befürwortet

- eine Herabsetzung der Autosteuer für Elektroautos auf 25 Euro
- die Umstellung des öffentlichen Fuhrparks auf Elektromobilität bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode

Elektromobilität erlaubt eine flexiblere Nutzung erneuerbarer Energie, gleichzeitig wird dadurch die innerstädtische Luftverschmutzung reduziert. Aus Sicht der LSAP drängt sich in diesem Zusammenhang die Durchführung einer Lebenszyklusanalyse auf, um die Effizienz und Nachhaltigkeit verschiedener Antriebssysteme besser vergleichen und die Förderpolitik entsprechend anpassen zu können. Im Sinne der Gerechtigkeit und des Fortschritts muss darauf geachtet werden, dass jeder Bürger von dieser Förderpolitik profitiert, wenn ein wirkliches Umdenken gelingen soll.

Auch der **Treibstoffexport** und der Tanktourismus lasten schwer auf der nationalen CO₂-Bilanz. Das ist nicht zuletzt auf die internationale Berechnungsmethode zurückzuführen. Emissionen aus dem Treibstoff, der in Luxemburg verkauft wird, werden hier angerechnet, auch wenn der Sprit selbst hierzulande nicht verbraucht wird. Im Gegenzug schlägt sich der Energieimport Luxemburgs nicht in der Kyoto-Bilanz nieder. Der hohe Treibstoffexport Luxemburgs ergibt sich aus der Preisdifferenz zu den Nachbarländern.

Höhere Spritpreise hierzulande würden den Tanktourismus tendenziell verringern und den Treibstoffverkauf zunehmend in unsere Nachbarländer verlagern; die globalen CO₂-Emissionen gingen dadurch aber nicht zurück. Das hätte wohl einen positiven Einfluss auf die nationale Klimabilanz, würde aber gleichzeitig den Staatshaushalt belasten.

Da die Einnahmen aus dem Treibstoffverkauf voraussichtlich abnehmen und möglicherweise ganz ausfallen können, setzt sich die LSAP dafür ein, dass der Anteil der Einnahmen, der dem Treibstoffexport zugerechnet werden kann, in zukunftsweisende Projekte investiert wird, um die Abhängigkeit Luxemburgs von Energieimporten zu verringern.

Auch der zunehmende Flugverkehr ist für ein hohes Maß an Treibhausgasemissionen verantwortlich und beeinträchtigt die Lebensqualität von vielen Menschen. Die LSAP wird sich für die Einhaltung des Nachflugverbotes einsetzen. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass Lande- und Starterlaubnisse am Flughafen Findel an Effizienzkriterien gebunden werden.**

Energiewende herbeiführen

Neben der schrittweisen Verringerung von Treibhausgasemissionen wird die LSAP **konsequente Maßnahmen ergreifen um die Energiewende herbeizuführen und die Energieeffizienz zu verbessern**. Fossile Brennstoffe sind begrenzte Naturressourcen und verursachen Umweltschäden. **Die LSAP wird verstärkt auf erneuerbare Energien setzen und die Energieversorgung weiter dezentralisieren und diversifizieren**. Bis 2020 soll Luxemburg den Gesamtenergieverbrauch mit einem Mindestanteil von 11 Prozent an erneuerbaren Energien abdecken. Im Rahmen einer EU-weiten Zielsetzung hat sich Luxemburg zudem verpflichtet, den Anteil an erneuerbaren Energien bis 2030 auf 32 Prozent zu erhöhen. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass dieses Ziel hierzulande erreicht wird.

Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung der Energiewende **ist der Ausbau der Energieversorgungsnetze und deren Anschluss an dezentrale Energieproduzenten**. Die LSAP wird private Initiativen und Kooperativen zur Produktion von erneuerbarer Energie (Solarenergie, Wind- und Wasserkraft ...) unterstützen. Sogenannte „Prosumers“, die gleichzeitig ihren eigenen Energiebedarf decken und ihre überschüssige Energieproduktion ins Netz einspeisen, werden beim Ausbau erneuerbarer Energien eine zunehmend wichtige Rolle spielen und sollten entsprechend gefördert werden. Von größerer Bedeutung wird auch ein verändertes Konsumverhalten sein. **Die LSAP wird die Staffelung von Energiepreisen durch Smartmetering fördern** und Energie verstärkt dann nutzen, wenn sie am günstigsten ist.

Großes **Energiesparpotenzial** bieten auch der Wohnungsbau und die Altbausanierung. **Die LSAP wird die bestehenden Instrumente zur Förderung der energetischen Altbausanierung überprüfen und gegebenenfalls anpassen**. Darüber hinaus soll die Qualität im Wohnungsbau konstant verbessert werden. Betroffene Berufsgruppen sollen durch Aus- und Weiterbildung mit technischen Entwicklungen Schritt halten. Der Einsatz neuer Materialien und Bauweisen sollte nur dann gezielt gefördert werden, wenn sie sich in der Praxis bewährt haben. Daneben sollte **Energieberatung** verstärkt genutzt werden. Die LSAP wird die Beratertätigkeit von „myenergy“ ausbauen.

Die LSAP wird die Chancen und Perspektiven nutzen, die die Digitalisierung im Energiebereich bietet. Die Rifkin-Studie über die dritte industrielle Revolution beruht auf der Einsicht und Schlussfolgerung, dass die Vernetzung von Energie, Mobilität und Kommunikation nicht nur enormes Energieeinspar- und Entwicklungspotenzial bietet, sondern auch Voraussetzung für eine nachhaltige und verantwortungsbewusste Zukunftspolitik ist. Die LSAP wird diesen Weg einschlagen und die Energiewende konsequent umsetzen.

Ein klares Nein zur Atomenergie

Die LSAP wird sich weiterhin für die Schließung der grenznahen und veralteten Atomkraftwerke einsetzen. Der notwendige Ausstieg aus fossilen Energien rechtfertigt nicht den Bau neuer Atomkraftwerke. Ganz abgesehen davon, dass Uran nicht zu den unbegrenzt verfügbaren Energiequellen zählt, ist das Problem der Endlagerung atomaren Mülls alles andere als gelöst. Die Altlasten, Langzeitfolgen und Risiken der zivilen Nutzung von Atomenergie stellen eine große Hypothek für heutige und künftige Generationen von Menschen und Tieren dar. Atomenergie ist für die LSAP daher keine Option; sie ist weder nachhaltig noch unbedenklich. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der Euratom-Vertrag reformiert wird. Der Bau neuer Atomkraftwerke darf nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden. Auch die Haftungsregeln für Betreibergesellschaften müssen überarbeitet und verschärft werden. Für die LSAP führt mittel- und langfristig kein Weg am Atomausstieg vorbei.

Natur und Artenvielfalt schützen

Im Umweltbereich wurden in der zu Ende gehenden Legislatur neue Gesetze und andere Reglementierungen ausgearbeitet, von denen einige sich noch auf dem Instanzenweg befinden. Diese neuen Bestimmungen müssen sich nun in der Praxis bewähren. Die Umsetzung dieses komplexen Regelwerks aus Vorschriften, Prozeduren und ausgewiesenen Schutzzonen muss regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Hierzu zählt das kürzlich in Kraft getretene neue **Naturschutzgesetz**. Die LSAP begrüßt die Einführung eines Ökopunktesystems und die Schaffung regionaler und nationaler Flächenpools, mit denen Umweltschäden durch Bauprojekte ausgeglichen werden können. Schwierigkeiten bereitet nach wie vor der rechtliche Status des **Biotopkatasters** und des verwaltungsinternen Leitfadens zur Bestimmung von geschützten Biotopen. Die LSAP wird in dieser Frage für Rechtssicherheit und Transparenz sorgen. Projektträger brauchen Planungssicherheit. Wenn es innerhalb des Bauperimeters geschützte Elemente gibt, so muss dies von vorneherein ersichtlich sein.

Auch außerhalb des Bauperimeters muss für jeden erkennbar sein, welche Aktivitäten wo erlaubt sind. Die LSAP will die bisherigen Initiativen im Sinne eines **verbesserten Managements der Natura-2000-Zonen** weiterführen und die **Sensibilisierung** der Allgemeinheit für den Schutz der Biodiversität insgesamt verstärken.

Trotz aller bisher getroffenen Maßnahmen nimmt die **Artenvielfalt** in Luxemburg ab. Die Ursachen sind vielfältig. Die Zersiedlung der Landschaft, der Rückgang spezifischer Lebensräume und die Intensivierung der Landwirtschaft sind für einen wesentlichen Teil des Biodiversitätsverlusts verantwortlich. Maßnahmen, um diesen Trend zu stoppen und wenn möglich umzukehren, beschränken sich nicht auf die Ausweisung von Schutzzonen, sondern müssen auch in andere Politikbereiche einfließen.

Den Wald als wichtigen Lebensraum und Ressource schützen

Wälder bedecken rund 35 Prozent des Luxemburger Territoriums. Sie stellen einen wichtigen Lebensraum für zahlreiche seltene Tier- und Pflanzenarten dar und müssen in einem guten Zustand erhalten werden. Etwa zwei Drittel der Wälder sind als Schutzgebiete ausgewiesen.

Da der Wald viele verschiedene Funktionen erfüllt, muss die Nutzung klaren Regeln unterliegen. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der bereits vorliegende Entwurf für **ein neues Waldgesetz** gleich zu Beginn der kommenden Legislaturperiode in Kraft treten kann.

Für viele Menschen ist der Wald ein **beliebtes Naherholungsgebiet**. Freizeitaktivitäten im Wald müssen jedoch gerade angesichts der wachsenden Bevölkerungsdichte so geregelt werden, dass sie nicht mit den bestehenden Naturschutzzielen in Konflikt geraten.

Dem Wald kommt ebenfalls eine wichtige Rolle beim Klimaschutz zu. Einerseits speichert der Wald CO₂, andererseits liefert er wertvolle, klimaneutrale Rohstoffe, die verstärkt im Bausektor und zur Möbelherstellung genutzt werden können. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass das bestehende Holzcluster weiter ausgebaut und gefördert wird**, damit in Zukunft besonders wertvolles Stammholz regional valorisiert werden kann. Darüber hinaus liefert der Wald Holz, das in erneuerbare Energie umgewandelt werden kann. Dies darf jedoch ausschließlich nach den Regeln einer nachhaltigen Bewirtschaftung geschehen.

Bodenschutz ist unverzichtbar

Boden ist eine begrenzte natürliche Ressource, die existenziell wichtig für Menschen, Tiere und Pflanzen ist. Qualitativ hochwertige Böden bilden die Grundlage für Ackerbau und Viehzucht und sind somit für die Lebensmittelproduktion unverzichtbar. Sie müssen vor Erosion, Verdichtung, Kontamination und Versiegelung geschützt werden. Böden haben ebenfalls Einfluss auf das Klima und auf den Wasserhaushalt.

Bodenschäden lassen sich kaum noch rückgängig machen, so dass man von einer endlichen, nicht regenerierbaren Ressource sprechen muss. Umso wichtiger sind wirksame Schutzmaßnahmen. **In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde erstmals in Luxemburg ein Entwurf für ein Bodenschutzgesetz vorgelegt. Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass dieses Gesetzesprojekt ohne Zeitverlust diskutiert, gegebenenfalls ergänzt und verabschiedet wird.**

Trinkwasserversorgung langfristig absichern

Auch das Wasser ist eine lebenswichtige Ressource, die knapp ist und geschützt werden muss. Die Versorgung mit sauberem Trinkwasser zählt zu den vorrangigen Aufgaben der öffentlichen Hand. Sie muss sicherstellen, dass Luxemburg über genügend Trinkwasser

verfügt. Auch wenn die Trinkwasservorräte derzeit ausreichend sind, müssen Vorkehrungen für die Zukunft getroffen werden. Um die Versorgungssicherheit im Trinkwasserbereich zu verbessern, wird die LSAP innerhalb der Großregion für die **Anbindung an ausländische Trinkwasserversorgungsnetze** eintreten.

Mit der LSAP wird es keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung geben. Der Ausbau der neuen SEBES-Anlage wird zusätzliche Kapazitäten schaffen. Dennoch können ein starkes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zu Engpässen in der Wasserversorgung führen, wenn wir nicht sorgsam mit dieser begrenzten lebenswichtigen Ressource umgehen. Eine Übernutzung von Grundwasser muss vermieden werden.

Die LSAP tritt für einen verantwortungsbewussten Wasserkonsum und einen schonenden Umgang mit diesem kostbaren Gut ein. Privathaushalte, Kommunen, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe sind gleichermaßen in der Pflicht:

- Wassersparende technische Lösungen müssen bestmöglich in der Industrieproduktion genutzt werden.
- Versorgungsnetze und bestehende Infrastrukturen müssen gewartet und bei Bedarf instandgesetzt werden; Trinkwasser darf nicht ungenutzt versickern.
- Trennsysteme sollen überall dort eingerichtet werden, wo es möglich ist, damit Regenwasser aufgefangen und in die Bäche zurückgeführt werden kann, ohne dass die Kläranlagen überlastet werden.
- Die Bevölkerung muss für einen sparsamen Umgang mit Trinkwasser sensibilisiert werden.
- Wasserverschwendung muss über einen gestaffelten Wasserpreis reduziert werden.
- Landwirtschaft sollte nachhaltig sein und auf umweltschädliche Pestizide und synthetischen Dünger verzichten.

Alle Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine hochwertige Trinkwasserversorgung, die auch für künftige Generationen Bestand haben muss. Der Abwasserbehandlung kommt große Bedeutung zu. Die LSAP tritt dafür ein, dass

- Kläranlagen kontinuierlich ausgebaut werden, damit ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen, um steigenden Einwohnerzahlen Rechnung zu tragen
- geeignete Kläranlagen durch staatliche Förderung mit einer vierten Reinigungsstufe ausgerüstet werden, damit weniger Medikamentenrückstände und andere Verunreinigungen in unsere Gewässer gelangen
- Wasserversorgung und Abwasserbehandlung auch in Neubaugebieten gewährleistet werden, bevor die Genehmigung für neues Baugebiet erteilt werden kann.

Der Zustand unserer Oberflächengewässer und des Grundwassers ist schlecht. Daran hat sich trotz aller Maßnahmen in den vergangenen Jahren nichts geändert. Wir sind weit davon entfernt, das von der EU vorgegebene Ziel, alle Gewässer schrittweise in einen guten

Zustand zu bringen, zu erreichen. **Die LSAP setzt sich für die weitere Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten ein und wird auch weiterhin Renaturierungsprojekte fördern.**

Darüber hinaus wird die LSAP den Hochwasserschutz verstärken und genügend Geldmittel zur Verfügung stellen, um Hochwasserpartnerschaften zu unterstützen und die Realisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen zu ermöglichen.

Luft- und Lichtverschmutzung verringern

Saubere Luft ist eine Voraussetzung für unsere Gesundheit. Luftverschmutzung muss auf ein Minimum reduziert werden. Hierfür braucht es ein systematisches Monitoring. **Die LSAP wird bestehende Mess-Systeme ausbauen und die Maßnahmen, die im nationalen Luftreinhalteplan von 2017 festgehalten wurden, konsequent umsetzen.** Die zunehmende Verstädterung und Industrialisierung zählen zu den Hauptursachen der Lichtverschmutzung. Die wachsende Weltbevölkerung verstärkt dieses Phänomen. Die Umwelt leidet unter künstlichen Lichtquellen, die den Nachthimmel erhellen und Flora und Fauna negativ beeinflussen können. **Die LSAP setzt sich dafür ein, dass zusammen mit den Städten und Gemeinden ein Maßnahmenkatalog zur Reduzierung der Lichtverschmutzung erstellt und umgesetzt wird.**

Abfall vermeiden, Plastikmüll verringern

Die LSAP wird Vorkehrungen und Maßnahmen unterstützen, die Abfall vermeiden. Kreislaufwirtschaft und Sharing Economy können einen wichtigen Beitrag hierzu leisten. Darüber hinaus muss die Abfallentsorgung weiter optimiert werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass der neue Abfallbewirtschaftungsplan konsequent umgesetzt wird. Sie wird außerdem konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Entstehung von Plastikmüll zu verringern.

Die LSAP spricht sich für ein klares Ausstiegsszenario aus, was den Gebrauch von Plastikverpackungen und Plastikeinwegutensilien angeht. In einer ersten Phase sollen Produzenten und Verbraucher durch Sensibilisierungsmaßnahmen verstärkt auf das globale Umweltproblem Plastikmüll aufmerksam gemacht werden. In einer zweiten Phase werden die Sozialisten die Nutzung von Plastikverpackungen und -einwegutensilien durch steuerliche Maßnahmen einschränken, bevor in einer dritten Phase Verbote und Sanktionen per Gesetz verhängt werden. Am Ende der kommenden Legislaturperiode wird Phase 3 eingeleitet.

Nicht nur Menschen, auch Tiere haben Rechte

Die aktuelle Regierung hat ein neues fortschrittliches Tierschutzgesetz ausgearbeitet. Die LSAP begrüßt diese Initiative und wird sich dafür einsetzen, dass die Umsetzung dieser Gesetzesvorlage in der Praxis zu einer spürbaren Verbesserung im Umgang mit Tieren führt. Anerkannte Tierschutzorganisationen, die mit diesem Gesetz zusätzliche Rechte erhalten, können einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten.

Darüber hinaus wird der Tierschutz Einzug in das neue Grundgesetz halten, das in der kommenden Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Damit wird der Stellenwert und Schutz der Tiere eine neue gesellschaftliche Qualität bekommen. Dadurch wird auch unmissverständlich klar, dass nicht nur Menschen, sondern auch Tiere Rechte haben und schützenswert sind. Die LSAP hat einen wesentlichen Beitrag zur Ausarbeitung des neuen Verfassungstextes geleistet. Die verfassungsrechtliche Verankerung des Tierschutzes wäre aus LSAP-Sicht ein wichtiger gesellschaftspolitischer Fortschritt, der Anerkennung verdient.

Die LSAP setzt sich konsequent für einen artgerechten Umgang mit Haus-, Nutz- und Wildtieren ein. Die LSAP tritt dafür ein, dass Tierhalter über einen artgerechten Umgang mit Zucht- und Gebrauchstieren aufgeklärt werden. Konzentrierte Intensivtierhaltung ist mit Tierschutz bzw. einer artgerechten Tierhaltung unvereinbar und muss strikt unterbunden werden. Tiertransporte, Schlachthäuser, Tierversuche und Tierhandel müssen ihrerseits strengen Kontrollen unterliegen. Jedwede Form von Tierquälerei muss geahndet und konsequent bestraft werden. Vom Aussterben bedrohte Tiere und ihre Lebensräume müssen geschützt werden. Der Rückgang der Biodiversität ist eine reelle Bedrohung für das gesamte Ökosystem. Deshalb ist es im Urinteresse aller Menschen, den Artenrückgang aktiv zu bekämpfen und Naturressourcen zu schonen.

Hundehalter müssen mit ihren Haustieren verantwortungsvoll und artgerecht umgehen. **Die LSAP wird mit Sensibilisierungsmaßnahmen dafür werben, dass möglichst viele Hundehalter einen Hundeführerschein machen.** Sie spricht sich auch dafür aus, die Liste der als gefährlich eingestuften Hunde zu überprüfen und gegebenenfalls nachzubessern. Die LSAP befürwortet darüber hinaus die Einrichtung von Tierfriedhöfen.

Eng Mobilitéit, déi net bremst, mee eis virubrénkt

Der zunehmende Individualverkehr auf unseren Straßen belastet nicht nur die Umwelt, sondern schränkt auch unsere Lebensqualität und unseren Anspruch auf Freiheit und unbehinderte Mobilität ein. In Luxemburg wohnen über 600.000 Einwohner. Es sind über 500.000 Fahrzeuge registriert. Zwei Drittel aller Bürger benutzen vornehmlich das Auto für ihre private Mobilität. Drei Viertel nehmen das Auto zum Einkaufen. Luxemburg beschäftigt 180.000 Grenzgänger, von denen die große Mehrheit ein Auto nutzt. Darüber hinaus werden unsere Straßen durch den internationalen Transitverkehr zusätzlich belastet. Damit bleibt der permanente Stau vorprogrammiert, wenn das wachsende Verkehrsaufkommen nicht zunehmend vermieden oder verlagert wird.

Mehr Lebensqualität durch eine verbesserte Mobilität

Die Priorität muss der Erweiterung des öffentlichen Transportangebotes gelten. **Die LSAP wird den kostenlosen öffentlichen Transport in der kommenden Legislaturperiode einführen und dafür sorgen, dass das vorhandene Angebot im Vorfeld entsprechend ausgebaut und verbessert wird.** Die Sozialisten werden weiterhin in den Ausbau des Eisenbahn-Netzes investieren. Neue, schienengebundene Verkehrswege müssen geplant und realisiert werden. Diese stellen das Rückgrat des öffentlichen Verkehrsnetzes dar. **Ein intelligentes, zukunftsfähiges Mobilitätskonzept, das dem Mobilitätsbedarf gerecht wird, muss multimodal sein und die Groß- bzw. Grenzregion mit einbeziehen.** Busdienste werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle als Zubringer zu multimodalen Umsteigeplattformen und als wichtigstes öffentliches Verkehrsmittel auf weniger intensiv genutzten Strecken spielen. P&R in den Grenzregionen sollen es Pendlern ermöglichen, früh auf ein öffentliches Verkehrsmittel umzusteigen. Oftmals verfügen Anrainergemeinden nicht über die notwendigen Finanzressourcen, um diese Infrastrukturen allein zu finanzieren. Luxemburg sollte auch hier Verantwortung übernehmen und sich an der Finanzierung von P&R-Einrichtungen im Grenzgebiet beteiligen. Von dieser Maßnahme zur Entlastung des grenzüberschreitenden Pendlerverkehrs würden alle profitieren: Pendler, die Nachbarländer sowie Luxemburg und seine Einwohner. Den Individualverkehr entlasten werden auch Investitionen in die sanfte Mobilität. Sichere separate Fuß- und Radwege innerorts erleichtern den Verzicht aufs Auto für kurze Strecken. Neue Radwege, die Entwicklungszentren auf direktem Weg verbinden, ergänzen das Mobilitätsangebot. Das Straßennetz muss auch in Zukunft ausgebaut und sicherer gestaltet werden; diese notwendige Infrastruktur muss jedoch effizienter genutzt werden.

Mobilitätsbedarf und Verkehrsaufkommen reduzieren

Neben einer verbesserten Mobilität im Bereich des öffentlichen Transports wird es künftig auch darum gehen, den Mobilitätsbedarf und Individualverkehr durch alternative Angebote zu verringern. Flexiblere Arbeitszeiten und -modelle, zeitgemäße Infrastrukturen und eine verstärkte Dezentralisierung können hier Abhilfe schaffen und einen wichtigen Beitrag zur Senkung des Verkehrsaufkommens leisten.

Die LSAP wird in diesem Sinne Telearbeit fördern, Pendlerhäuser bzw. Telearbeitszentren befürworten, die von Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen in Grenznähe und an Mobilitätsknotenpunkten eingerichtet werden.

Dezentrale Büroeinheiten, die sich in der Nähe der Wohnorte der Mitarbeiter befinden und direkt an den öffentlichen Transport angebunden sind, haben gleich mehrere Vorteile: Sie bringen einen Zeitgewinn für Arbeitnehmer, verringern den Pendlerverkehr und ermöglichen Kostenersparnisse für Arbeitgeber, die auf günstigere Büroflächen zurückgreifen können. Sogenannte Pendlerhäuser oder Telearbeitszentren bieten zudem eine offiziellere und vor allem leistungsfähigere Büroumgebung, was die technische Ausstattung und gesicherte Übertragung sensibler Daten angeht als das private Umfeld eines Homeoffice. Darüber hinaus erlauben sie den Berufstätigen die arbeitstechnisch saubere Trennung von Berufs- und Privatleben.

Die LSAP spricht sich auch für die verstärkte Dezentralisierung öffentlicher Verwaltungen aus, die in direktem Kontakt mit den Bürgern und Kunden stehen. Auch eine **Flexibilisierung der Arbeits- und Schulzeiten** kann die Verkehrssituation zu Stoßzeiten entlasten und den Verkehr über längere Zeiträume besser verteilen. Denkbar sind unterschiedliche Arbeitszeitmodelle, gegebenenfalls kombiniert mit einer Arbeitszeitverkürzung.

Vorrang für den öffentlichen Transport

Wenn es darum geht, den Individualverkehr einzuschränken und das Mobilitätsangebot zu verbessern und effektiver zu gestalten, führt kein Weg an einem Ausbau des öffentlichen Transports vorbei. Zug, Tram und Bus können eine große Anzahl von Passagieren am wirksamsten von A nach B bringen. In einem geringeren Maße gilt das für Pkw, die voll besetzt sind. Mitfahrdienste können demnach einen Beitrag zur Entlastung der Hauptverkehrsachsen leisten. Priorität muss dagegen die Kapazitätserweiterung des öffentlichen Gemeinschaftstransports haben.

Öffentliche Verkehrsmittel werden genutzt, wenn sie preisgünstig, zuverlässig, komfortabel und schneller am Ziel sind als das Privatauto, und dies auch an Sonn- und Feiertagen. Insbesondere Busdienste können diese Bedingungen erfüllen, wenn sie im Straßenverkehr auf einer eigener Spur am Stau vorbeifahren können. Innovative Konzepte, wie Busspuren, die je nach Bedarf einen Wechsel der Fahrtrichtung erlauben oder intelligente Ampelanlagen können den Bussen dort Vorrang geben, wo ein Ausbau der Straße nicht

möglich ist. Die LSAP wird derartige Konzepte konsequent unterstützen und auch dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen – Komfort, Zuverlässigkeit und Infrastrukturen – des öffentlichen Transports kontinuierlich verbessert werden. Nachholbedarf gibt es insbesondere, was die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im nationalen Zugverkehr betrifft. Zahlreiche Verspätungen und Zugausfälle sind darauf zurückzuführen, dass das Schienennetz überlastet ist und eine hohe Taktfrequenz nicht bewältigen kann. **Die LSAP wird hier Abhilfe schaffen und den Ausbau des Schienennetzes vorantreiben.**

Die LSAP wird Gewalt im öffentlichen Transport verstärkt durch Videoüberwachung, Sensibilisierung und Weiterbildungsmaßnahmen für Begleitpersonal bekämpfen.

Ein gutes öffentliches Transportangebot ist untrennbar verbunden mit einer guten Raum- und Städteplanung. Neue Einkaufszentren, Kultur- und Sporteinrichtungen sollten vorzugsweise innerhalb der Städte errichtet werden bzw. dort, wo ein hochwertiges öffentliches Transportangebot besteht. Auf dem Hauptstadtgebiet muss die Einführung der Tram im Zusammenspiel mit dem Busangebot genutzt werden, um die einzelnen Stadtteile besser miteinander zu verbinden.

Fakt ist: Der öffentliche Transport kann keinen flächendeckenden Von-Tür-zu-Tür-Service anbieten. Ziel ist daher, Teilstrecken bis zum nächsten Knotenpunkt mit dem Auto, oder wenn möglich mit dem Rad oder zu Fuß zurückzulegen. Die genutzten Verkehrsmittel müssen daher optimal aufeinander abgestimmt sein, um ein bequemes Umsteigen ohne Zeitverlust zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer optimierten Information in Echtzeit. **Die LSAP wird das „Mobiliéit.lu“-Angebot weiter ausbauen und dabei sicherstellen, dass alle Busse im Netz über die nötige technische Ausrüstung verfügen.** Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass nicht alle Nutzer in der Lage sind, Informationen über eine App oder eine Webseite abzurufen. Die LSAP wird dafür sorgen, dass an allen wichtigen Knotenpunkten Personal verfügbar ist, um vor Ort bei Bedarf Auskunft geben zu können.

Ausbau der Infrastrukturen im Sinne einer kohärenten Landesplanung

Ausbau des Schienennetzes: Das öffentliche Transportangebot ist vielseitig und umfangreich. In den vergangenen Jahren wurde viel in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Ein herausragendes Beispiel ist die Wiederaufnahme des Trambetriebs in Luxemburg-Stadt nach jahrelangen Diskussionen über Sinn und Zweck dieser wichtigen Investition in die Zukunft des Landes. **Mit der Inbetriebnahme der hauptstädtischen Tram wurde eine langjährige Forderung der LSAP Ende 2017 Realität.** Die Tram wird das öffentliche Mobilitätsangebot auch in Zukunft wesentlich verbessern.

Doch das Bevölkerungswachstum und die wirtschaftliche Entwicklung werden die Nachfrage an benutzerfreundlichen Mobilitätsangeboten weiter steigern. Ein **Ausbau des Tram-Netzes** entlang der „route d’Arlon“ bis nach Mamer mit Anbindung an die Europaschule drängt sich auf. Das gleiche gilt für die Weiterführung von der „Cloche d’or“ nach Bartringen und Strassen mit Anschluss an die Strecke Mamer-„Place de l’étoile“.

Die LSAP tritt darüber hinaus für die Schaffung einer schnellen Schienentrasse zwischen Esch/Alzette und Luxemburg-Stadt ein. Die neue Streckenführung soll die Entwicklungspole Belval, Esch/Schifflingen, Monnerich/Foetz und Leudelingen mit der Hauptstadt verbinden. Dabei muss sichergestellt werden, dass alle Entwicklungspole im Süden an die neue Streckenführung angebunden werden. Die LSAP unterstützt in diesem Zusammenhang die Idee einer schnellen Tram auf dieser Strecke. Die LSAP wird auch prüfen, ob eine schnelle Tram vom französischen Grenzgebiet (im Raum Düdelingen) nach Luxemburg Sinn macht. Hinzu kommt die Umsetzung wichtiger Projekte, die bereits verabschiedet sind, wie der Bau zusätzlicher Quai-Anlagen am Hauptstadtbahnhof, die Tramverbindung ab Flughafen Findel, über das Stadtzentrum und den Hauptbahnhof bis zur „Cloche d’or“ sowie multimodale Plattformen. Da sich das Gebiet rund um den Flughafen auch in Zukunft weiter stark entwickeln wird, könnten sich die Kapazitäten dieser Tramlinie und der heutigen Busverbindung zwischen dem Hauptbahnhof und dem Findel via Cents als unzureichend erweisen. **Die LSAP schlägt die Freihaltung eines Korridors vom Hauptbahnhof über den Cents zum Findel vor**, damit später bei Bedarf auf diesem Streckenabschnitt eigene Busspuren oder gegebenenfalls eine Tramlinie eingerichtet werden können.

Daneben spricht sich die LSAP für eine verbesserte Anbindung des Streckenabschnitts Rümelingen-Noertzange an die Hauptstadt aus, mehr Direktzüge und kürzere Umstiegszeiten würden hier Abhilfe schaffen. Das bestehende Schienennetz sollte ebenfalls genutzt werden, um **eine direkte Verbindung zwischen Rümelingen, Esch/Belval/Universität und Petingen** herzustellen.

Zu den großen Prioritäten, was den Ausbau des Schienennetzes angeht, zählt auch die **Verbindung zwischen den Hauptentwicklungszentren Nordstad, Luxemburg und Esch/Alzette**. Auch der Norden des Landes braucht ein Mobilitätskonzept. Dazu gehören aus LSAP-Sicht:

- der zweigleisige Ausbau der Nordstrecke, dort wo es möglich ist
- die Aufrechterhaltung des Streckenabschnitts Ettelbrück-Diekirch
- die Verbesserung des Busangebots als Zubringerdienst
- die Nutzung der Bahnstrecke ab Bissen als Zubringer für die Nordstrecke
- die Verwirklichung einer Nordstad-Verbindung zwischen Bissen, Ettelbrück, Diekirch und Gilsdorf als mögliche Alternative
- der Ausbau der Nordstrecke über die Nordstad hinaus nach Clerf und Ulflingen

Ausbau der Straßeninfrastrukturen: Beim Straßenbau werden die Sozialisten dem **Bau lokaler Umgehungsstraßen** den Vorrang geben. Wie die Beispiele Lintgen, Sandweiler oder nunmehr Junglinster zeigen, können nach dem Bau von lokalen Umgehungsstraßen innerorts Maßnahmen zur **Verkehrsberuhigung** und Bevorteilung von Fußgängern und Radfahrern verwirklicht werden. Ortschaften wie Ettelbrück, Dippach, Bascharage, Hosingen, Ulflingen und andere müssen schnellstens vom Transitverkehr befreit werden.

Aus Sicherheitsgründen und zur Vermeidung von Rückstaus bei Unfällen muss die Hauptachse des internationalen Durchgangsverkehrs (Arlon-Luxemburg-Thionville) ausgebaut werden.

Die Escher Autobahn (A4) soll auf drei Spuren erweitert werden, wobei die zusätzliche Spur für Busse und Autos mit Mitfahrern reserviert wird.

Ausbau der Radwege: Die LSAP werden auch weiterhin sanfte Mobilität fördern, sowohl auf nationaler wie lokaler Ebene. Die Ausweitung des Radwegenetzes ist ein wesentlicher Bestandteil eines zeitgemäßen Mobilitätskonzepts. **Die LSAP wird den Ausbau des nationalen Radwegenetzes forcieren** und dabei besonders den Alltags- und Berufsverkehr berücksichtigen und gleichzeitig sicherstellen, dass nationale Radwege bis ins Zentrum der Ortschaften und Städte hineinreichen. Daneben wird die LSAP Möglichkeiten ausloten, um neben der geplanten Verbindung zwischen Esch/Alzette und Stadt Luxemburg weitere **Radschnellwege** einrichten zu können. Die LSAP wird sich auch für eine bessere Anbindung von Bahnhöfen an das nationale Radwegenetz einsetzen und mehr Radstellplätze bereitstellen. Radfahren sollte zudem Teil der Ausbildung an Grundschulen sein. Die LSAP wird in diesem Zusammenhang die Teilnahme von Grundschulern an der „Coupe scolaire“ systematisch fördern. Auch der Radtourismus ist Teil einer globalen Mobilitätsstrategie, die zur Attraktivität des Luxemburger Standorts beiträgt und verstärkt internationale Gäste anlocken wird. Die LSAP wird sich am Schweizer Vorbild orientieren und eine nationale Radwegstrategie für den Radtourismus ausarbeiten.

Verbesserung der Wasserwege: Im Bereich der Moselschifffahrt wird die LSAP sich für den zügigen Ausbau der Moselschleusen mit jeweils zwei Schleusenkammern einsetzen.

E kloert Bekenntnes zu engem sozialen a solidareschen Europa

Ohne europäische Integration hätte sich Luxemburg in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu dem entwickeln können, was es heute ist: ein erfolgreiches und weltoffenes Land, das in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnimmt. Auch in Zukunft wird es darum gehen, neue Wege zu gehen, die Europäische Union zu stärken und so auszurichten, dass sie den Menschen dient und neue Perspektiven eröffnet.

“Die Europäische Union ist (...) in erster Linie eine Werte- und Solidargemeinschaft mit großem Wirtschaftspotenzial. Nur eine solidarische und in sich gefestigte EU kann ihren wirtschaftlichen Einfluss in der Welt auch politisch geltend machen. Für die LSAP gibt es keine Alternative zur EU, die angesichts großer Herausforderungen nicht nur den Ausbau und die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, sondern allen voran die Sozialunion vorantreiben muss (...).“¹¹

Die LSAP hat klare Vorstellungen, wie sich die Europäische Union weiterentwickeln muss, damit die Bürgerinnen und Bürger ihr das notwendige Vertrauen entgegenbringen. In den kommenden Jahren wird es vorrangig darum gehen,

- die soziale Dimension innerhalb der EU zu stärken,
- die Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben,
- die Sicherheit und Verteidigung zu koordinieren und zu verbessern
- den Umwelt- und Klimaschutz aktiv voranzutreiben
- die europäischen Grundwerte zu verteidigen und verstärkt auf die Gemeinschaftsmethode zu setzen
- faire und transparente Handelsbeziehungen einzufordern und zu fördern
- Menschenhandel, illegale Immigration und Fluchtursachen zu bekämpfen

Sozial- und Werteunion

Demokratische und soziale Konvergenzkriterien sind aus LSAP-Sicht für die Vertrauensbildung unabdingbar und tragen wesentlich zur Glaubwürdigkeit der EU bei. Die Freiheit von Presse und Justiz, die anerkannten Bürger- und Gewerkschaftsrechte sind unantastbar. EU-Mitgliedsstaaten, die dagegen verstoßen, müssen mit schwerwiegenden Sanktionen rechnen.

Die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass verbindliche soziale Rechte durch EU-Richtlinien und Verordnungen eingeführt werden. Dabei muss gewährleistet werden, dass geltende Standards nicht nach unten, sondern nach oben angepasst werden. Die

¹¹ LSAP; Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S. 12

sozialen Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer dürfen nicht den wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber untergeordnet werden.

Die LSAP fordert darüber hinaus einen Solidarpakt, der sicherstellen soll, dass aus der EU eine echte Beschäftigungsunion wird. Dazu gehören:

- die Einführung eines Mindestlohns, der oberhalb der Armutsgrenze in den jeweiligen Mitgliedsstaaten liegt
- die Bekämpfung von Sozial- und Steuerdumping
- die Schaffung einer Europäischen Arbeitsbehörde, die mit echten Kontrollbefugnissen ausgestattet ist und die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen durchsetzen kann
- zusätzliche Mittel für die Europäische Jugendgarantie
- die Ausweitung des Erasmus-Programms, damit auch Sekundarschüler davon profitieren können
- die Einführung von europäischen Kulturschecks
- die Einführung einer europäischen Garantie für armutsgefährdete Kinder
- die Einführung einer europäischen Garantie für ältere Arbeitnehmer, damit sie ihre Arbeitslosigkeit überwinden können.

Wirtschafts- und Währungsunion

Die Erfahrungen, die seit dem Ausbruch der Eurokrise gesammelt wurden, haben gezeigt, dass die gemeinsame Währung nur gelingen kann, wenn sie durch eine kluge und kohärente Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene begleitet wird und in einen klaren institutionellen Rahmen eingebettet ist. Für uns Sozialisten ist klar, dass die ausschließliche Fokussierung auf Austerität und Privatisierung gescheitert ist und viel Schaden besonders in den südlichen Euro-Ländern angerichtet hat. Nur wenn EU-weit die Nachfrage angekurbelt und produktive Investitionen gefördert werden, können sich die betroffenen Mitgliedstaaten aus der Krise herausarbeiten. Deshalb steht die LSAP den Überlegungen für eine **Stärkung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik** sowie ihrer institutionellen Organisation grundsätzlich positiv gegenüber. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Europas und Luxemburgs kann dies jedoch nur gelingen, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine echte Sozialunion ergänzt wird, um u.a. Lohn- und Sozialdumping zu vermeiden. Auch die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion, die Reform des EU-Haushalts und die Beendigung des schädlichen Steuerwettbewerbs gehören zu den Voraussetzungen, um aus dem Euro langfristig eine Erfolgsgeschichte zu machen.

Steuerdumping ist kein nachhaltiges Geschäftsmodell. Luxemburg wird sich EU-weit für einen Mindeststeuersatz für Unternehmen einsetzen. Auch innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion sollte verstärkt auf eine koordinierte Führung und Solidarität gesetzt werden. In diesem Sinne fordert die LSAP **mehr Eigenmittel für den EU-Haushalt** und einen gemeinsamen Politikansatz, der auf Stabilität, Effizienz und Transparenz setzt und

die soziale Dimension und demokratische Kontrolle einbezieht. Die LSAP macht sich für eine **Demokratisierung der Eurozone** und einen **Vollzeit-Finanzminister** stark, der gleichzeitig Mitglied der EU-Kommission ist. Die demokratische Kontrolle sollte durch eine Spezialkommission des Europaparlaments gewährleistet werden. Die LSAP spricht sich ferner dafür aus, den Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds umzuwandeln, auf den in Krisenzeiten zurückgegriffen werden kann.

Auch die Eurogruppe sollte reformiert und erweitert werden. Die LSAP fordert, dass sie sich nicht mehr ausschließlich mit Wirtschafts- und Finanzfragen befassen soll. Vielmehr sollten auch Beschäftigungs- und Sozialminister an deren Treffen beteiligt werden. Darüber hinaus setzt die LSAP sich dafür ein,

- dass Kriterien für soziale Rechte im Europäischen Semester verankert werden: Mitglieder der Eurozone sollen auf diese Weise verpflichtet werden, soziale Kriterien bei der Aufstellung ihrer Haushalts- und Reformentwürfe zu berücksichtigen
- dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird
- dass der Kampf gegen Geldwäsche und die Finanzierung terroristischer Attacken verstärkt wird
- dass die Bankenunion durch ein wirksames Einlagensicherungssystem ergänzt wird
- dass die EU-Ressourcen erhöht werden, um globalen Herausforderungen (Brexit, Sicherheit, Migration, Forschung, Klimawandel ...) besser begegnen zu können. Die LSAP befürwortet diesbezüglich eine Aufstockung des EU-Haushalts auf 1,3 Prozent des nationalen Bruttoinlandsprodukts sowie eine Erhöhung der EU-Eigenmittel durch Besteuerung von CO₂-Emissionen, Finanztransaktionen und Digitalunternehmen.

Handlungsbedarf gibt es auch im Hinblick auf die **Weiterentwicklung der Wirtschaftsunion**. Die LSAP tritt dafür ein, dass die soziale Verantwortung der Unternehmen in Europa Standard wird. Die EU braucht klare und verbindliche Richtlinien, um soziale Verantwortung in den Unternehmen durchzusetzen. Darüber hinaus muss ein Rechtsrahmen für digitale Entwicklung geschaffen werden, der Innovation fördert und Arbeitnehmern und Nutzern wirksamen Schutz bietet. Die LSAP setzt auf Investitionen, die Innovation und Weiterbildung fördern und für Beschäftigung in den EU-Mitgliedsstaaten sorgen.

Darüber hinaus befürwortet die LSAP die Einführung von Privatanleihen zur Förderung von Sozialprojekten, die umwelt- und sozialverträgliche Kriterien erfüllen.

Die regionale Sperrung (Geoblocking) von Internetinhalten und Online-Angeboten ist unvereinbar mit einem freien, digitalen EU-Binnenmarkt. Davon betroffen sind vor allem Konsumenten und Nutzer kleinerer Staaten, die nicht auf entsprechende Online-Dienste zurückgreifen können. Die LSAP setzt sich für ein wirksames Verbot von Geoblocking auf EU-Ebene ein: Jeder EU-Bürger sollte freien Zugang zu Internet-Angeboten haben.

Sicherheit und Verteidigung

Angesichts vieler Konfliktregionen und einer zunehmend unsicheren Weltlage wird auch die EU verstärkt gefordert sein und sich zu einer Sicherheitsunion weiterentwickeln müssen, die eine klare und gemeinsame Linie verfolgt.

Die EU muss sich für den Frieden und die Stabilisierung fragiler Regionen einsetzen.

Für die LSAP steht fest, dass Einsätze in Krisengebieten nur auf der Grundlage eines klaren UNO-Mandats erfolgen können. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Nachrichtendienste enger zusammenarbeiten. Ferner sollte über eine Ausweitung der Kompetenzen der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft nachgedacht werden, um Terrorismus wirksamer zu bekämpfen. Doch diese Anstrengungen müssen mit der Verteidigung der Grund- und Freiheitsrechte einhergehen. In diesem Sinne spricht sich die LSAP dafür aus, den Gebrauch von Aufklärungs- und Überwachungsdrohnen strikt zu reglementieren und die Menschenrechte dabei zu wahren. Dem Einsatz von automatisierten und intelligenten Waffensystemen erteilt die LSAP dagegen eine klare Absage. Sie müssen verboten und geächtet werden.

Die LSAP spricht sich ferner für die Schaffung einer Europäischen Zivilschutztruppe aus, die bei Naturkatastrophen, z.B. bei Erdbeben und Überschwemmungen zum Einsatz kommen soll.

Umwelt- und Klimaschutz

Der Klimawandel mit seinen Folgeerscheinungen für Mensch und Umwelt zählt mit Sicherheit zu den größten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte. Die EU als Global Player trägt hier eine besondere Verantwortung und sollte im Bereich des aktiven Klimaschutzes eine führende Rolle übernehmen.

Die LSAP spricht sich dafür aus, die Folgekosten von CO₂-Emissionen angemessen zu veranschlagen, um die Energiewende mit Nachdruck zu fördern. Die EU-Kommission sollte ernsthaft über die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Produkten nachdenken, die an den Außengrenzen der EU importiert werden, um auf diese Weise zu verhindern, dass Unternehmen sich außerhalb der EU ansiedeln. Ziel muss sein, die Entkarbonisierung der Wirtschaft voranzutreiben. Dabei sollten insbesondere jene Regionen mit EU-Mitteln unterstützt werden, die am meisten Hilfe benötigen. Um der Wechselwirkung von Klimaveränderung und Waldbränden entgegenzutreten wird eine „Zero Vision“-Strategie zur Vermeidung von Waldbränden benötigt. Sie soll mit Hilfe von EU-Geldern finanziert und umgesetzt werden.

Abfallvermeidung ist ein wichtiger Bestandteil des Natur- und Umweltschutzes. Die LSAP spricht sich für eine europäische Regelung aus, die die Produktion und Nutzung von Plastikverpackungen und Einwegplastikutensilien schrittweise unterbindet.

Innovation und Digitalisierung

Die Zukunft ist digital. Die Europäische Union muss dieser Tatsache verstärkt Rechnung tragen und die digitale Revolution als globale Herausforderung mit enormen Entwicklungsperspektiven aktiv nutzen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist **die Schaffung einer Europäischen Agentur zur Förderung von Innovation**. Forschung und Innovation müssen auf transnationaler und interregionaler Ebene durch administrative Vereinfachung und grenzüberschreitende Kooperation gefördert und ermöglicht werden.

Daneben spricht sich die LSAP für die **Besteuerung von Digitalunternehmen** und die **Regulierung von Internet-Plattformen** aus. Netzneutralität muss dabei ebenso gewährleistet werden wie der freie Zugang zu Online-Angeboten. Digitalisierung darf nicht dazu führen, dass Menschen ausgeschlossen werden. Die EU-Kommission muss darüber hinaus sicherstellen, dass europäische Grundwerte und Prinzipien nicht durch Robotisierung und die Nutzung künstlicher Intelligenz in Frage gestellt werden.

Maßnahmen zur Stärkung Europas

Nur eine solidarische Union ist eine starke Union! „Die EU-Mitgliedsstaaten haben eine gemeinsame historische Verantwortung, die weit über den europäischen Binnenmarkt und nationale Partikularinteressen hinausgeht. Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt und die falschen Lehren aus der Vergangenheit zieht, wird das Erstarken der Nationalstaaten und die Verbreitung nationalistischer Ressentiments fördern und damit Rechtsextremismus, Fremdenhass, Intoleranz und gewaltsamen Übergriffen Vorschub leisten. Globale Krisen und Herausforderungen können nur gemeinsam und solidarisch bewältigt werden. Das gilt für die globale Flüchtlingskrise ebenso wie für den globalen Kampf gegen Armut und Klimawandel, die Bekämpfung von Terrorismus und religiösem Fanatismus.“¹²

Die LSAP tritt für eine starke und solidarische Union ein, die Fremdenhass, Intoleranz und Rechtsextremismus aktiv bekämpft. Die Institutionen der Europäischen Union müssen so abgestimmt werden, dass die **Gemeinschaftsmethode** künftig wieder voll zum Zug kommt und als **Grundlage europäischer Politik** dient. Als Gründungsmitglied und Kernland der Europäischen Union hat Luxemburg eine besondere Verantwortung und sollte auch weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen. Die LSAP befürwortet und unterstützt Initiativen und Maßnahmen verstärkter Kooperation, sofern sie den europäischen Grundwerten und Verträgen entsprechen. Verstärkte Kooperation sollte allen EU-Mitgliedsstaaten offen stehen, die die europäische Integration vorantreiben und die EU stärken wollen.

Die LSAP befürwortet:

- die Einführung transnationaler Kandidatenlisten bei Europawahlen
- Spitzenkandidaten, die ihre politischen Bewegungen bei Europawahlen anführen

¹² LSAP; Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S. 12

- die Ausweitung des Europatages (9. Mai) zum gesetzlichen Feiertag als Vorbote eines in sämtlichen EU-Staaten gültigen Feiertags
- die Einführung eines Erasmus-Programms für Sekundarschüler; alle sollten das Recht haben, mindestens sechs Monate in einem anderen europäischen Land zu verbringen
- die Unterstützung von europäischen Universitätsnetzwerken zur Förderung eines mehrsprachigen Studentenaustauschs

Im Sinne einer verbesserten Kohärenz und Transparenz sollte zudem sichergestellt werden, dass die Kompetenzen auf nationaler und europäischer Ebene klarer verteilt und vermittelt werden.

EU: Außen-, Kooperations- und Handelspolitik

Um glaubwürdig zu sein und politisches Gewicht zu haben, muss die EU grundsätzlich mit einer Stimme sprechen. Das gilt für die Bürgerkriege in Syrien und Jemen genauso wie für den Nahost-Konflikt oder die Kooperation mit afrikanischen Ländern.

Die LSAP unterstützt Bemühungen zur Förderung des europäischen Integrationsprozesses. **EU-Beitrittskandidaten benötigen eine europäische Perspektive, die ihnen auch im Hinblick auf die Stärkung der Balkanregion erlaubt, Wirtschafts- und Sozialreformen durchzuführen**, um die Sicherheit und den Wohlstand eines ganzen Kontinents zu gewährleisten. Gleichzeitig geht die LSAP davon aus, dass die Konsolidierung innerhalb der EU derzeit Vorrang hat. Bevor neue Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beitreten können, müssen auf EU-Ebene konkrete Fortschritte in wichtigen Politikbereichen erzielt werden.

Die Lage in der Türkei ist nach wie vor Besorgnis erregend. Die Missachtung der Pressefreiheit und Menschenrechte, die autoritäre Staatsform, die Druck auf Oppositionelle ausübt und sie wegsperren lässt, sind mit den Grundwerten und Prinzipien der EU nicht vereinbar. **EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollten so lange auf Eis gelegt werden, bis sich die Menschenrechtslage und das politische Umfeld dort wesentlich verbessert.**

Die LSAP erwartet, dass die EU ihre gemeinsamen Werte und Prinzipien auch auf internationaler Ebene mit Nachdruck verteidigt. Die Missachtung von Bürger- und Menschenrechten, eine Globalisierung ohne Sozial- und Umweltstandards und die Befeuerung von Konflikten in Krisenregionen passen nicht ins Weltbild der Europäischen Union. Aus LSAP-Sicht geht es vielmehr darum, soziale Gerechtigkeit, eine nachhaltige Entwicklung und internationale Kooperation auf der Grundlage fairer Handelsbeziehungen anzustreben. In diesem Sinne fordert die LSAP:

- einen gerechten Welthandel mit klaren Regeln und Standards

- eine koordinierte Kooperationspolitik, die auf eine nachhaltige Entwicklung setzt und die vereinbarten Ziele konsequent anstrebt

Handels- und Kooperationsabkommen müssen soziale und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen, Lebensmittelsicherheit gewährleisten, die Umwelt schützen und den Frieden in der Welt fördern.

Die LSAP wird dem gemischten Teil des Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) nur dann zustimmen, wenn:

- das EuGH vor der Abstimmung im Luxemburger Parlament die Vereinbarkeit der geplanten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit mit europäischem Recht festgestellt haben wird
- die Unparteilichkeit und Unbefangenheit der Schiedsgerichtsmitglieder durch einen entsprechenden Verhaltenskodex sichergestellt wird.

Künftig sollen sämtliche Freihandelsabkommen der EU soziale und ökologische Mindeststandards aufweisen, die nicht unter den Maßgaben des CETA-Abkommens liegen. Geltende Verträge mit Drittstaaten oder bilaterale Abkommen zwischen Mitgliedsstaaten müssen entsprechend nachgebessert und die bestehenden Schiedsgerichtssysteme endgültig abgeschafft werden.

EU: Asyl- und Flüchtlingspolitik

„Die EU braucht eine kohärente Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Alle EU-Staaten müssen ihre Verantwortung gleichermaßen übernehmen. Das gilt sowohl für die Sicherung der Außengrenzen, die Regulierung von legaler Zuwanderung als auch im Hinblick auf die gemeinschaftliche Errungenschaft des freien Personenverkehrs im Schengen-Raum.“¹³

Während das Asylrecht zu den Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und Rechtsstaatlichkeit gehört, müssen Menschenhandel und illegale Einwanderung konsequent bekämpft werden.

Die Lage an den Außengrenzen Europas hat sich nicht grundlegend verbessert. **Für die LSAP ist eine Reform der europäischen Asylpolitik unabdingbar.** Sie muss schnell umgesetzt werden, um Flüchtlingen ein würdevolles Leben in Europa zu ermöglichen. Die LSAP wird sich zusammen mit den europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten für die Verbesserung der Lebenslage jener Menschen einsetzen, die internationalen Schutz benötigen. Das gilt in einem besonderen Maße für Gruppen, die stark gefährdet und erhöhten Risiken ausgesetzt sind wie Kinder ohne Begleitung, Kranke oder schwangere Frauen.

Alle EU-Mitgliedsstaaten stehen in der Pflicht und müssen gemeinsam zu einer kohärenten Asylpolitik beitragen, die eine europaweite Harmonisierung anstrebt und auf Solidarität

¹³ LSAP; Sozial, fortschrittlich, gerecht und solidarisch – ein sozialistischer Leitfaden, Luxemburg 2016, S. 13

beruht: Lasten und Ressourcen müssen gerecht zwischen den einzelnen Mitgliedsländern verteilt werden. Wer sich dieser Verantwortung entzieht, sollte mit Sanktionen belegt werden und keinen Anspruch auf EU-Hilfsgelder haben.

Um die Überwachung der EU-Außengrenzen wirksamer gewährleisten zu können, muss die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.

Die EU wird auch in den kommenden Jahren weiterhin mit Armutsflüchtlings konfrontiert sein sowie zunehmend mit Klimaflüchtlings. Diese Menschen haben kein Anrecht auf Asyl im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Daher müssen wir die Bedingungen in ihren Herkunftsländern konkret verbessern helfen, damit sie sich eine Zukunft in ihrer Heimat aufbauen können, sei es über die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik, sei es über Entwicklungszusammenarbeit und fairen Welthandel. Zudem muss die EU auch Wege der legalen Migration ermöglichen.

E staarkt Engagement fir d'Demokratie, d'Mënscherechter an de Weltfridden

Das Völkerrecht als internationales Ordnungssystem, die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine aktive Friedenspolitik, die auf Konfliktvermeidung, internationale Zusammenarbeit und Solidarität setzt, bilden die Grundlage einer friedlichen Weltordnung, für die sich die LSAP seit jeher einsetzt.

Kriegerische Auseinandersetzungen, die Missachtung des humanitären Völkerrechts und geopolitische Alleingänge von Supermächten zur Durchsetzung ihre Interessen bewirken das genaue Gegenteil: Sie schüren Hass, steigern das Konfliktpotenzial und erhöhen die Sicherheitsrisiken weltweit! Das gilt für Putins Krim-Annexion ebenso wie für US-Präsident Trumps einseitige Aufkündigung des Atomdeals mit dem Iran oder die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem.

Der allgemeinen Bedrohung des Weltfriedens muss konsequent mit einem multilateralen Politikansatz begegnet werden, der die kollektive Verantwortung für die Weltgemeinschaft nicht aus dem Blick verliert.

Die Grundlagen Luxemburger Außenpolitik

Die LSAP bekennt sich zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen und hält an den drei Säulen der Luxemburger Außen- und Kooperationspolitik fest: Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung. Luxemburg ist Teil des NATO-Bündnisses und steht auch weiterhin zu dieser Verpflichtung. Die LSAP wird daran nicht rütteln. Gleiches gilt für die verstärkten Sicherheits- und Verteidigungsbemühungen innerhalb EU. Luxemburg wird auch hier seine Verantwortung übernehmen und einer zunehmend komplexen internationalen Sicherheitslage Rechnung tragen.

- Die LSAP tritt für einen weitgefassten Sicherheitsbegriff ein, der sich nicht einseitig auf die Erhöhung von Militärausgaben fokussiert!
- Die LSAP setzt auf Friedensdiplomatie, Konfliktprävention, Krisenmanagement, humanitäres Engagement und Entwicklungshilfe!
- Die LSAP fordert das sofortige Ende der Bürger- und Stellvertreterkriege in Syrien und Jemen: Nur politische Lösungen zwischen allen Konfliktparteien und Regionalmächten können diese humanitären Katastrophen entschärfen und beenden!
- Die LSAP fordert die konsequente Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit!
- Die LSAP spricht sich gegen Atom- und Massenvernichtungswaffen aus!
- Die LSAP lehnt Militäreinsätze ohne UNO-Mandat kategorisch ab!

- Die LSAP hält im Nahost-Konflikt an einer Zwei-Staaten-Lösung fest: Israelis und Palästinenser haben die gleichen Rechte und Anspruch auf einen eigenen Staat!
- Die LSAP fordert die Aufrechterhaltung des Atomabkommens mit dem Iran, das in einer UN-Resolution verankert ist!

Sicherheit gewährleisten

Sicherheit kann nicht allein durch militärische Stärke und steigende Militärausgaben gewährleistet werden. Vielmehr gilt es, ganzheitliche und langfristige Lösungen anzustreben, die in Krisenregionen **wirtschaftliche Entwicklung und soziale Absicherung** ermöglichen, um für mehr Stabilität vor Ort zu sorgen und Perspektiven für die Menschen zu schaffen. Das gilt nicht nur für die Krisengebiete im Nahen und Mittleren Osten, sondern auch für den afrikanischen Kontinent. Afrika ist in seiner Dynamik und Vielfalt ein wichtiger Partner für die EU und Luxemburg. Eine enge Zusammenarbeit ist nötig, um der afrikanischen Jugend Perspektiven zu ermöglichen und Fluchtursachen gezielt entgegenzuwirken. Dabei geht es einerseits um **Friedenssicherung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit**, andererseits muss es entsprechende Bildungs- und Mobilitätsangebote geben, um Innovation, Forschung, technologischen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Alle Länder müssen ihren Teil zu einer friedlichen Entwicklung beitragen. Auch wenn Großmächte wie die USA, Russland und China sowie die Europäische Union hier eine besondere Verantwortung haben, so können auch kleine Länder in verschiedenen Bereichen einen wichtigen Beitrag leisten. Obwohl die Luxemburger Armee aufgrund ihrer Größe und Stärke nie in der Lage war, das nationale Staatsgebiet vor fremden Angriffen zu schützen, so war sie stets in militärischen Bündnissen aktiv. Das wird auch künftig so sein. Eine moderne Armee benötigt eine langfristige Strategie und entsprechende Ressourcen, um neuen Herausforderungen und Sicherheitsrisiken begegnen zu können.

Die **Modernisierung der Luxemburger Armee** ist ebenso Bestandteil dieser umfassenden Strategie wie die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung oder die Luxemburger Entwicklungshilfe mit ihren klaren Zielsetzungen. Die LSAP wird daher die Modernisierung der Militärkasernen vorantreiben und das Gesetz zur Regelung von friedenserhaltenden Maßnahmen überarbeiten, um den neuen Herausforderungen der Armee und der verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene Rechnung zu tragen. Die LSAP wird darüber hinaus die Armeereform unterstützen und die Rechte und Pflichten der freiwilligen Soldaten dabei berücksichtigen. Die LSAP spricht sich für eine Verlängerung des Freiwilligendienstes und verbesserte Chancen auf berufliche Wiedereingliederung aus. Daneben sollten Armeeangehörige im Rahmen ihres Militärdienstes die Möglichkeit haben, einen Sekundarschulabschluss zu absolvieren.

Die LSAP unterstützt die Leitlinien und langfristige Ausrichtung der nationalen Verteidigungspolitik. Dabei soll sichergestellt werden, dass entsprechende Ausgaben nicht nur militärischen, sondern auch zivilen und wirtschaftlichen Nutzen haben. Die

Bekämpfung von Cyberkriminalität, die aktive Überwachung des Luftraums sowie Behandlungen im Rahmen des geplanten Militärspitals sind zeitgemäße Aufgabengebiete, die von einem modernen Corps wahrgenommen werden sollen.

Krisenprävention und Entwicklungshilfe durch Kooperation

Die Kooperation ist ein grundlegender Bestandteil Luxemburger Außenpolitik und trägt wesentlich zu ihrem guten Ruf bei. **Die LSAP unterstützt die Ausrichtung der Luxemburger Kooperation und Entwicklungshilfe.** Sie setzt auf inklusives, nachhaltiges Wachstum, verantwortungsvolle Staatsführung und den Respekt der Menschenrechte und entspricht damit den Vorgaben der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Die LSAP ist auch weiterhin bereit, 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Kooperation und Entwicklungshilfe auszugeben. Die Finanzierung von internationalen Klimaschutzmaßnahmen und anfallende Kosten zur Aufnahme von Flüchtlingen werden auch weiterhin nicht als Entwicklungshilfe angerechnet. Diese notwendigen Hilfgelder sind Ausdruck gelebter Solidarität und werden vorrangig eingesetzt, um Armut und Hunger zu bekämpfen, Schul- und Berufsausbildung zu fördern, die Gesundheitsversorgung zu verbessern und ländliche sowie lokale Entwicklung in den Zielländern der Luxemburger Kooperation zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf jenen Ländern, die am fragilsten und wenigsten entwickelt sind.

Auch die Luxemburger Zivilgesellschaft und die Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag im Bereich der Kooperation und Entwicklungshilfe. Die LSAP wird diese Bemühungen auch in Zukunft unterstützen und sich dafür einsetzen, dass dieses gemeinnützige Aufgabengebiet Einzug in die kommunale Gesetzgebung hält.

Die LSAP tritt für die verbindliche Umsetzung der Agenda 2030 im Rahmen der Luxemburger Kooperationspolitik ein. Sie wird dabei verstärkt auf Partnerschaft und gemeinsame Interessen bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele setzen. Das Zusammenwirken verschiedener Akteure - Privatinvestoren, Zivilgesellschaft, Forschungseinrichtungen und Universitäten - kann in diesem Zusammenhang einen zusätzlichen Beitrag leisten und sollte gefördert werden.

Wirtschaftswachstum trägt zur Steigerung des Bruttonationaleinkommens bei. Die sich daraus ergebenden zusätzlichen Finanzmittel für die Kooperation sollten teilweise für **multilaterale und humanitäre Hilfe** genutzt werden, um die Vereinten Nationen zu stärken, die Menschenrechtslage zu verbessern und Frauen weltweit in ihrem Streben nach Gleichberechtigung zu unterstützen.

Doch Geld allein reicht nicht; es muss auch möglichst wirksam, kohärent und zielführend eingesetzt werden. **Die LSAP spricht sich in diesem Zusammenhang für eine entsprechende Evaluierung der Kooperation auf der Grundlage transparenter Kriterien aus.** Darüber hinaus ist es im Hinblick auf eine kohärente Politik sinnvoll, Rolle

und Kompetenzen des CID (Comité interministerériel pour la coopération au développement) und der CIDD (Commission interdépartementale du développement durable) zu überdenken und aufeinander abzustimmen.

Daneben befürwortet die LSAP eine **Anpassung des Kooperationsgesetzes** an jüngste Entwicklungen. Ferner gilt es, neue Partnerstaaten zu identifizieren und die Lage in den afrikanischen Staaten, im Mittleren Osten und in Myanmar zu berücksichtigen. Partnerstaaten sollten auch dabei unterstützt werden, eigene Daten zu sammeln und Statistiken zu erstellen.

Der LSAP geht es darum, in Krisengebieten und Entwicklungsländern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, neue Perspektiven zu schaffen, in die Menschen zu investieren und gleichzeitig Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Die Einführung eines Studienbeihilfeprogramms wäre vor diesem Hintergrund eine sinnvolle Ergänzung im weiten Spektrum Luxemburger Kooperationspolitik.